G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Karl D. Bredthauer
Vietnam Dezember 1968

Hans Heinz Holz
Machtpolitik mit der DM

Martin Hall, Los Angeles
Amerika nach den Wahlen

Dorothea Dane / Niels Kadritzke
Politische Tendenzen in Israel

Dr. Reinhard Kühnl
Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung

Rainer-W. Hoffmann
Polizei und Demokratie

Dr. Jacques Otto Grézer
Vor fünfzig Jahren zerfiel Österreich-Ungarn

Einzelheft 3,— DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,— DM

Dezember 12 1968

XIII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats November 1968 1227

Kommentare und Berichte
Vietnam Dezember 1968 (Karl D. Bredthauer) 1230
Kein Verfahren gegen die NPD? (Dr. Reinhard Kühnl) 1223
Machtpolitik mit der DM (Hans Heinz Holz) 1237

Martin Hall, Los Angeles
Amerika nach den Wahlen 1241
Dorothea Dane / Niels Kadritzke
Politische Tendenzen in Israel 1245
Dr. Reinhard Kühnl
Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung 1259
Rainer-W. Hoffmann
Staatsgewalt und Demokratie. Anmerkungen zum Verhältnis von Polizei, Staat und Gesellschaft 1268
Karl Theodor Schuon / Hanne Wiedner
Politisch-soziologische Analyse historischer Kausalität und politische Bildung in der BRD. Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der Schulgeschichtsbücher für die Oberstufe der Gymnasien (I) 1288
Prof. Dr. h. c. Manfred v. Ardenne, Dresden
Zur gegenwärtigen Lage der Informationswissenschaft 1299
Dr. Jacques Otto Grézer
Vor fünfzig Jahren zerfiel Österreich-Ungarn 1302
Emanuel Salomon Sachs, London
Südwestafrika und die Vereinten Nationen 1314

Anmerkungen Zuschriften
Zum Fernsehfilm „Die Weiße Rose — Abschied von einem Mythos"
(Willi Cronauer) 1322

Fernseh-Spalte
Keine Bilanz (E. H. Wahl) 1324

Bücher
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1325

Dokumente zum Zeitgeschehen
Erklärung von Präsident Johnson zur Einstellung der Bombardierung Nordvietnams vom 31. Oktober 1968 1327
Wortlaut des Appells von Ho Chi Minh vom 2. November 1968 1330
Wortlaut des Schlußkommuniqués der Ministertagung der NATO vom 16. November 1968 1332
Wortlaut der TASS-Erklärung zur Ministertagung der NATO vom 23. November 1968 1335
Bund demokratischer Wissenschaftler gegründet 1337

Bündnis haben die Gegner des Vietnamkrieges viel erreicht. Dies gilt es zu sehen — nicht nur im Hinblick auf Vietnam. Karl D. Bredthauer

Kein Verfahren gegen die NPD?

Bundesinnenminister Benda hat durch Beamte seines Ministeriums einen ausführlichen Bericht erarbeiten lassen, der sich mit der Frage befaßt, ob die NPD eine verfassungsfeindliche Partei sei. Zwar ist dieser Bericht der Öffentlichkeit nicht zugänglich, doch sein Ergebnis wurde mitgeteilt: Das Material reiche aus, um die Verfassungsfeindlichkeit der NPD zu erweisen und ein Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht mit guten Erfolgsaussichten einzuleiten.

Nach einem Gespräch zwischen Benda und Kiesinger wurde aber bekanntgegeben, daß man dennoch darauf verzichten wolle, ein solches Verfahren zu beantragen — aus politischen Gründen. Ein abschließendes Urteil sei freilich dem Kabinett vorbehalten.

Die Diskussion über staatliche Verbotsmaßnahmen gegen die NPD ist damit in ein neues Stadium getreten, dessen juristische und politische Implikationen eine kurze Betrachtung verdienen. In der Vergangenheit wurden drei Varianten staatlicher Verbotsmaßnahmen gegen die NPD erörtert:

1) Die NSDAP sei 1945 samt allen Neben- und Untergliederungen aufgelöst, die Bildung von Nachfolgeorganisationen verboten worden. Diese zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften wurden durch Art. 139 GG als gültiges Recht in das Verfassungssystem der Bundesrepublik übernommen. Da sich nachweisen lasse, daß die NPD die verbotene NSDAP fortsetze, handele es sich bei ihr um eine von Anfang an illegale Partei. Die Exekutivbehörden seien verpflichtet, sie aufzulösen.

Gegen diese Rechtsauffassung, die vor allem von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vertreten wurde, ist einzuwenden: In allen Fällen, in denen es sich um Verbotsmaßnahmen gegen Parteien handelt — also um Organisationen, die durch Art. 21 GG besondere Privilegien erhielten —, hat das Bundesverfassungsgericht ein Entscheidungsmonopol für sich in Anspruch genommen (BVerfGE 5, 140; 6, 91 f). Art. 139 GG verpflichtet also die Bundesregierung lediglich dazu, alle zugänglichen Materialien über eine des Neonazismus verdächtige Partei sorgfältig zu prüfen. Allenfalls könnte man noch folgern, daß sie,wenn sich der Verdacht als begründet erweist, bei neonazistischen Parteien v e r p f l i c h t e t ist, ein Verbotsverfahren zu beantragen — während es im allgemeinen ihrem politischen Ermessen überlassen bleibt, ob sie ein Verfahren beantragen will oder nicht.

2) Es lasse sich beweisen, daß die NPD eine Ersatzorganisation der 1952 verbotenen SRP sei, da sie deren Programmatik und Ideologie fortsetze. Die Exekutivbehörden, in diesem Falle die Innenminister der Länder, seien verpflichtet, diesem Verbotsurteil Geltung zu verschaffen und die NPD aufzulösen. Daß die Ersatzorganisation sich in Form einer Partei organisiert habe und damit die Privilegien des Art. 21 GG genieße, schütze sie nicht vor der Auflösung, da diese Privilegien durch die SRP bereits verbraucht seien. Art. 21,2 garantiert jeder verfassungswidrigen Partei nur e i n Verfahren (BVerfGE 6, 307 ff; 16, 4 ff.).

In der Tat wären die Exekutivbehörden berechtigt, vermutlich sogar verpflichtet gewesen, die NPD als Ersatz-

organisation der verbotenen SRP aufzulösen, sobald sich nach ihrer Gründung im November 1964 ihr verfassungsfeindlicher Charakter zeigte. Jetzt sind sie das nicht mehr, denn das neue Parteiengesetz ist von der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abgewichen und hat festgelegt, daß eine Partei, die in einem Landtag oder im Bundestag vertreten ist, nur nach einem neuen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht als Ersatzorganisation verboten werden kann (Paragraph 33, 2). Diese Regelung ist vom Standpunkt der Rechtsstaatlichkeit aus zu begrüßen, weil sie der Exekutive die Möglichkeit nimmt, unerwünschte Parteien kurzerhand als „Ersatzorganisationen" verbotener Parteien aus dem politischen Leben auszuschalten. In der konkreten Lage freilich hat sie sich zugunsten des Neonazismus ausgewirkt.

3) Gegenwärtig gibt es also nur noch einen Weg: ein neues Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Antragsberechtigt sind — nach Paragraph 43 Bundesverfassungsgerichtsgesetz — der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung. Daß sich der verfassungsfeindliche Charakter der NPD nachweisen läßt, ist von wissenschaftlicher Seite oft genug betont und von der Bundesregierung jetzt bestätigt worden. Leider folgt aus diesem Sachverhalt, wie oben dargelegt, keineswegs die Pflicht der Bundesregierung, ein Verfahren zu beantragen (es sei denn, man legt Art. 139 GG in dieser Weise aus).

Für jene, die ein Verbot der NPD trotz aller Bedenken befürworten — und das sind neben einer Reihe von Wissenschaftlern vor allem die Gewerkschaften und die Verfolgtenorganisationen —, bleibt nur die Möglichkeit, den Druck auf Parteien, Landesregierungen und Bundesregierung zu verstärken, um eine der drei antragsberechtigten Instanzen zum Handeln zu bewegen. — Aus „politischen Gründen", so verlautete nach der Unterredung Bendas mit Kiesinger, werde man einen Verbotsantrag wohl nicht stellen. Welche Gründe mögen das sein? Aus den Zeitungsberichten geht hervor, daß lediglich ein konkreter Hinweis gegeben wurde: Man wolle sich auf die politische Auseinandersetzung mit der NPD konzentrieren, die ja, wie die Kommunalwahlen in Niedersachsen, Hessen, Saarland und Baden-Württemberg gezeigt hätten, offenbar auch zum Erfolg führe.

Wie brüchig diese Argumentation ist, liegt auf der Hand: Die NPD hat bei den letzten Landtagswahlen (im April dieses Jahres in Baden-Württemberg) 9,8 Prozent erzielt und damit ihren bisher höchsten Stand erreicht. Die Resultate der Kommunalwahlen sind dagegen nicht geeignet, über den tatsächlichen Umfang der NPD-Anhängerschaft Auskunft zu geben, denn erstens verlaufen Kommunalwahlen nach anderen politischen und psychologischen Gesetzen als Landtags- oder Bundestagswahlen; zweitens steckt ein erheblicher Teil der NPD-Anhängerschaft in den Kandidatenlisten und den Stimmanteilen der sogenannten Freien Wählergemeinschaften, die es nur bei Kommunalwahlen gibt; und drittens schließlich hat die in den letzten Monaten stark intensivierte Verbotsdrohung viele ängstliche Wähler davon abgehalten, ihre Stimme oder gar ihren Namen für die NPD herzugeben, weil sie persönliche Unannehmlichkeiten befürchteten. Zwar wird der konjunkturelle Aufschwung weitere spektakuläre Erfolge der NPD zunächst verhindern, aber zu der Hoffnung, diese Partei werde ins Nichts zurücksinken, besteht kein Anlaß. Allenfalls wird sie bei 6 bis 8 Prozent stagnieren, damit gleichwohl in alle Parlamente auf Landes- und Bundesebene eindringen, ihren Aufstieg aber erst bei der nächsten Rezession fortsetzen.

Gegenüber der Argumentation der Bundesregierung, daß die Gefahr gering und durch politische Auseinandersetzung zu bannen sei, ist außerdem darauf hinzuweisen, daß man 1951 einen Antrag auf Verbot der SRP stellte, obwohl diese Partei selbst auf ihrem Höhepunkt niemals eine mit der NPD vergleichbare Bedeutung erlangen konnte. Der Antrag auf Verbot der KPD schließlich richtete sich gegen eine Partei, deren Wählerziffern weit unter denen der NPD lagen. Und nach 1956 wurde eine Reihe von linksgerichteten Vereinigungen als „Ersatzorganisationen der KPD" aufgelöst, die lediglich geringe Bedeutung hatten.

Daß die Bundesregierung die NPD so schonend behandelt, kann also weder in der allzu geringen Bedeutung noch im Vertrauen der Regierenden auf den Erfolg einer politischen Auseinandersetzung begründet liegen. Welche Motive aber könnten sonst am Werke sein?

Daß die CDU in ihrer Ideologie und ihren programmatischen Vorstellungen der NPD nahe verwandt ist, wurde oft genug nachgewiesen. Die Ideologie der CSU, wie sie sich besonders im Bayern-Kurier darstellt, ist von der NPD kaum noch zu unterscheiden. Zu diesem Ergebnis kommt der Beobachter, ob er nun die Vorstellungen über Sozial- und Wirtschaftsverfassung, über Kultur- oder Außenpolitik, über Neger oder Chinesen, über Portugal, Spanien, Südafrika oder Vietnam untersucht. Grundsätzliche Einwände gegen die NPD kann eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung also kaum haben.

Freilich: Daß die NPD in borniertem Trotz all das offen in die Welt posaunt, was die Führungsgruppen in Wirtschaft und Gesellschaft allenfalls andeuten, daß sie überdies das Dritte Reich und seine Kriege offen glorifiziert, die Vereinigten Staaten der Ausbeutung Deutschlands bezichtigt und die bestehenden Parteien als

KLEINE BIBLIOTHEK POLITIK WISSENSCHAFT ZUKUNFT

Soeben erschienen

Band 3
Wilhelm Raimund Beyer
Tendenzen bundesdeutscher Marx-Beschäftigung

Die Situation der Philosophie am Anbeginn der BRD · Die Marxologen · Die Marxismus-Kritik · Die Revisionisten · Der Putativ-Marxismus · Die Marxianer, insbesondere die Hegel-Marxianer · Der Heilige Rock zu Trier · Exkurs: Die marxistische (politische) Partei · Nachwort: Definition des Marxismus-Leninismus

151 Seiten · engl. broschiert · Einfachband **DM 7,50**

Band 1
Hans Heinz Holz
Utopie und Anarchismus

Zur Kritik der kritischen Theorie Herbert Marcuses

130 Seiten · engl. broschiert · Einfachband **DM 7,50**

Band 2
Sozialdemokratie und Sozialismus heute
Beiträge zur Analyse und Veränderung sozialdemokratischer Politik

mit Beiträgen von:
Solveig C. Ehrler · Hartmut Häußermann · Jörg Huffschmid/Margaret Wirth · Niels Kadritzke · Rolf Kreibich · Ekkehart Krippendorff · Anke Nevermann · Knut Nevermann · Lothar Pinkall · Wolfgang Schluchter · Jürgen Zerche · Bodo Zeuner

230 Seiten · engl. broschiert · Doppelband **DM 9,75**

Pahl-Rugenstein Verlag Köln · Barbarossaplatz 2

Linzenzparteien von Besatzers Gnaden diffamiert, ist der CDU/CSU ein wenig peinlich. Die Beteuerungen Bendas, sein Ministerium prüfe intensiv die Verbotsmöglichkeiten gegen die NPD, dürfte nicht zuletzt auf den Druck des Auslandes, vor allem Israels und der Vereinigten Staaten, die Benda kürzlich besuchte, zurückzuführen sein. So ist wohl jene zwiespältige Haltung zu erklären, daß die NPD zwar als verfassungsfeindlich gekennzeichnet, ein Verbotsantrag aber nicht gestellt wird. Auf diese Weise kann zwar die NPD unter einer gewissen Kontrolle gehalten werden, denn durch die permanente Verbotsdrohung werden sich auch in Zukunft viele potentielle Wähler und Kandidaten von einer Unterstützung der NPD abhalten und ihre stimmen der CDU / CSU zufließen lassen. (Der taktische Gegenzug der NPD, nunmehr ihrerseits energisch ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu verlangen, damit ihre Makellosigkeit endlich erwiesen werde, kann diesen Druck nur teilweise kompensieren.)

Andererseits aber bleibt sie als potentieller Machtfaktor doch erhalten. Mit dem Hinweis auf sie kann die Verstärkung der autoritären und nationalistischen Elemente in der offiziellen Politik gerechtfertigt werden, denn man müsse der NPD-Propaganda den Wind aus den Segeln nehmen. Auf sie kann man deuten, wenn von der Gefährdung der Demokratie von rechts die Rede ist. Im Falle einer Rezession, wenn größere Sozialgruppen unruhig werden, kann sie als Auffangbecken für die Unzufriedenen dienen, die sonst vielleicht nach links abwandern könnten. Für den äußersten Notfall schließlich steht sie bereit, um die traditionellen Funktionen einer faschistischen Bewegung zu übernehmen.

Angesichts dieser Überlegungen sollten die demokratischen Kräfte verstärkt auf ein Verbotsverfahren drängen. Durch das Verbot der NPD könnte immerhin eine unmittelbar drohende Gefahr für den Augenblick gebannt, den Oberklassen ein potentielles Instrument aus der Hand genommen werden. Ein solches Verbot würde rechtsgerichtete Ideologien generell treffen und so die taktische Position der demokratischen Kräfte wesentlich verbessern: Gegenüber den Ideologien, wie sie etwa der Bayern-Kurier oder die Springer-Presse vertreten, könnte dann darauf hingewiesen werden, daß eben wegen solcher Parolen die NPD als verfassungsfeindlich verboten worden sei. Daß ein Verbot der NPD den Faschismus nicht in der Wurzel treffen kann, daß nur eine umfassende Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Demokratie wirklich stabilisieren kann, ist unbestritten. Ein Verbot der NPD aber wäre immerhin ein erster, wenn auch kleiner Schritt auf diesem Wege.

Dr. Reinhard Kühnl

Friedensvorstellungen und gegen chauvinistische und expansionistische Strategen im eigenen Lande keine wirkungsvolle Linke in den arabischen Ländern entstehen kann, die sich einen Interessenausgleich mit Israel zum Programm macht.

Die Erfolglosigkeit der linken Parteien erscheint daher zum Teil als selbstverschuldet. Sie ist aber — ähnlich wie die geringen Erfolgschancen der außerparlamentarischen Matz-Pen — zum großen Teil in der Tat durch die außenpolitische Situation erklärbar. Eine realistische Würdigung der Schwierigkeiten linker Politik im Staate Israel muß daher in Rechnung stellen, daß die arabische Politik, die der fortschrittlichen Staaten eingeschlossen, der Linken in Israel ebensowenig Hilfestellung leistet wie umgekehrt. Das Dilemma der israelischen Linken spiegelt sich exemplarisch in der Meinung eines fortschrittlichen Intellektuellen, die politischen Auseinandersetzungen in Israel würden die Nation in dem Augenblick in zwei Lager spalten, in dem ein ernstzunehmender arabischer Politiker die staatliche Anerkennung in Aussicht stellt. Mit anderen Worten: Die arabische Israelpolitik schwächt nicht nur die israelische Linke, sondern trägt auch wesentlich zur Aufrechterhaltung der Bedingungen eines expansionistischen Programmes bei, indem sie „die israelische Bevölkerung politisch an die herrschenden Machteliten bindet" [27]).

Dr. Reinhard Kühnl

Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung

I

In der politischen Auseinandersetzung der letzten Monate spielte das Vokabular, das sich um den Begriff „Faschismus" gruppiert, eine bedeutende Rolle. Ein jeder nennt das, was seinen eigenen Anschauungen entgegensteht, kurzerhand „faschistisch". Nicht von dem törichten, zur Diffamierung der Linken und zur Umkehrung der wirklichen Tatbestände aber prächtig geeigneten Begriff des Linksfaschismus allerdings, den die Rechte und beträchtliche Teile der als liberal sich verstehenden Öffentlichkeit auf die außerparlamentarische Opposition anwenden, soll hier in erster Linie die Rede sein, obgleich ein paar Bemerkungen hierzu nicht überflüssig sind. Vielmehr wende ich mich an jene, die einigermaßen zutreffende Vorstellungen vom Faschismus schon haben und denen nicht erst bewiesen werden muß, daß Faschismus etwas mit Kapitalismus zu tun hat [1]).

27) Stemmler/Falkenberg, a.a.O., S. 56.

1) Wer Materialien und Analysen über diesen Zusammenhang sucht, findet sie beispielsweise in: E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967. G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1962. O. Bauer, H. Marcuse u. a., Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt 1967. Vor allem aber die Beiträge von T. Mason, in: Das Argument Nr. 41, (8. Jg., 1966, H. 6) und E. Czichon, T. Mason und D. Eichholz/K. Gossweiler, ebenda, Nr. 47 (10. Jg., 1968, H. 3), in denen fast die gesamte einschlägige Literatur und die wichtigsten Belege aufgeführt werden.

Geht man davon aus, daß der Inhalt von Begriffen nicht vorgegeben ist, sondern nach den Maßstäben erkenntnistheoretischer Zweckmäßigkeit bestimmt wird, so kommt es darauf an, einen Faschismusbegriff zu entwickeln, der präzis genug ist, um ein bestimmtes unverwechselbares Phänomen zu erfassen und abzugrenzen, und zugleich umfassend genug, um strukturelle Ähnlichkeiten zwischen vergangenen und gegenwärtigen und zwischen deutschen und anderen Systemen erkennen zu helfen.

II

Der bisherige Sprachgebrauch ist uneinheitlich, verwirrend und deshalb unbefriedigend. Gibt es im bestehenden System der Bundesrepublik „faschistische Tendenzen", oder ist das System als solches schon „faschistisch"? Kann von „faschistischen Herrschaftspraktiken" oder von „faschistischen Methoden" der Polizei die Rede sein? Sind die Herrschaftssysteme in Südvietnam und Südkorea, in Griechenland und Portugal als „faschistisch" zu bezeichnen? Gab es überhaupt außerhalb Italiens jemals „Faschismus"?

Ein Herrschaftssystem sollte als faschistisch bezeichnet werden, wenn es vier Merkmale aufweist:

1) Seine soziale Funktion besteht darin, kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen sozialen Privilegien der Oberklassen auch dann aufrechtzuerhalten, wenn dieses System in eine Krise geraten ist und die Massen sich dagegen wenden oder zu wenden drohen. Es erleichtert zugleich eine militärische Expansionspolitik, die ihrerseits geeignet ist, die inneren Konflikte des Systems zu verringern oder mindestens zu verdecken.

2) In einer solchen Krisenlage verzichten die herrschenden Machtgruppen auf parlamentarische, bürgerlich-demokratische Regierungsformen und greifen zu terroristischen Herrschaftsmethoden. Opposition wird weder in den Medien der öffentlichen Meinung noch im Parlament, weder bei den Parteien noch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens geduldet. Jeder potentielle Oppositionsfaktor wird mit den Mitteln des staatlichen Zwangsapparats ausgeschaltet, jede oppositionelle Handlung schwer bestraft. (Die Totalitarismustheorie [1a]) verabsolutiert diesen einen Aspekt des Faschismus und kommt durch den Nachweis ähnlicher Herrschaftsmethoden im Stalinismus zu ihrer These von der Wesensgleichheit von Faschismus und Kommunismus. In letzter Zeit hat diese Auffassung, die lediglich auf die Methode blickt und von der sozialen Funktion wie von der sozialen Basis absieht, in Gestalt der Polemik gegen den „Linksfaschismus" neue Aktualität erhalten. Wer alle Demonstrationen nur nach ihren Methoden beurteilt, ohne nach ihrer Zielsetzung zu fragen, und so kritische Studenten von der SA nicht unterscheiden kann, wer Gewaltanwendung grundsätzlich als illegitim bezeichnet und so die Gewalt Hitlers und die Stauffenbergs gleich beurteilen muß, dokumentiert in anschaulichster Weise die Grenzen seines Differenzierungsvermögens.)

Wird Opposition in der Öffentlichkeit und im Parlament zwar zugelassen, aber jeder Effektivität beraubt und verselbständigt sich die Exekutive gegenüber dem Parlament, ohne das Parlament als Tribüne für kritische Stimmen zu beseitigen, so sollte nicht von faschistischer, sondern von autoritärer Diktatur gesprochen werden. Die Präsidialkabinette von Brüning bis Schleicher können dafür ebenso als Beispiel dienen wie die Fünfte Republik de Gaulles. Reicht die autoritäre Diktatur nicht aus, um die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu er-

[1a]) Zur Kritik der Totalitarismustheorie vgl. M. Greiffenhagen, Der Totalitarismusbegriff in der Regimenenlehre, in: PVS 1968, Heft 3, und K. Hildebrand, Stufen der Totalitarismusforschung, ebenda.

halten, so werden die Oberklassen den Versuch unternehmen, sie zu einer faschistischen zu verschärfen.

3) Auch ein solches Herrschaftssystem kommt nicht aus ohne eine Massenbasis: Es stützt sich auf eine politische Bewegung, die durch eine Vielzahl von Untergliederungen eine möglichst totale Erfassung aller Bevölkerungsgruppen anstrebt und als Massenintegrations- und -manipulationsinstrument in der Hand der Führungskader fungiert, ohne den Mitgliedern die Artikulation eines eigenen Willens zu belassen. Diese Partei rekrutiert sich vor der Eroberung der politischen Macht vor allem aus Sozialgruppen mit mittelständischer Mentalität: aus Kleineigentümern (Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, Bauern) und Gruppen mit Aufstiegsbewußtsein (Angestellten, Beamten), die gleichermaßen entschlossen sind, ihre bedrohte, nach ihrem Bewußtsein aber durch Leistung gerechtfertigte, tatsächlich oft nur noch in ihrer Vorstellung vorhandene „mittelständische" Position gegenüber den unteren sozialen Klassen zu verteidigen. (In der Bundesrepublik haben — aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können — auch beträchtliche Teile der Arbeiterschaft „mittelständisches" Bewußtsein angenommen, so daß auch sie als Rekrutierungsfeld einer faschistischen Bewegung in Frage kommen.)

4) Die Massen werden — neben dem Terror und dem Propagandamonopol des Staates — durch eine Ideologie in die gewünschte Richtung gelenkt, die die Volksgemeinschaft proklamiert und das bedingungslose Zusammenstehen aller gegen innere und äußere Feinde verlangt. Der Zorn der Massen über ihre unbefriedigenden Lebensbedingungen wird auf leicht fixierbare und relativ wehrlose Minderheiten abgelenkt, die durch kritische Analyse der Wirklichkeit die Parole von der Volksgemeinschaft als Verschleierungsideologie entlarven (Intellektuelle, Studenten), durch ihren Kampf für die Veränderung des Bestehenden „Ruhe und Ordnung" bedrohen (Sozialisten) oder sich durch ihr besonderes Aussehen und ihre andersartige Lebensform aus der Masse herausheben und so leicht als Sündenböcke fixieren lassen (rassische Minderheiten wie Juden, Zigeuner, Neger, Gastarbeiter usw.). Der Antikommunismus nimmt im allgemeinen eine zentrale Stellung in dieser Ideologie ein, weil sich unter diesem Motto am wirksamsten eine gemeinsame Front aller „Besitzenden", aller jener, die „etwas zu verteidigen" haben — sei es einen großen Konzern oder einen kleinen Laden, ein Milliardenvermögen oder ein Reihenhäuschen —, herstellen läßt. Zur Rechtfertigung des inneren Notstandes wird überdies die ungeheure Bedrohung durch äußere Feinde beschworen. Um vor all diesen Gefahren errettet zu werden, sei nicht nur die Besinnung auf die „nationalen Werte" (Ehre, Würde, Pflicht, Vaterland), sondern auch gläubiges Vertrauen und bedingungsloser Gehorsam den Führenden gegenüber erforderlich. (Daß diese Gemeinschaftsideologie in der Vergangenheit vom Nationalismus verkörpert wurde, darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß das immer so sein müßte. Organisiert sich eine neue politische Ordnung in einem größeren Rahmen, so wird eine faschistische Ideologie diese größere Gemeinschaft als Basis wählen. Die Bemühungen, den deutschen Nationalismus zur europäisch-abendländischen Ideologie umzuformen, die schon in den letzten Kriegsjahren einsetzten, nach 1948 intensiviert wurden, allerdings bis heute mit den verschiedenen Nationalismen zu ringen haben, veranschaulichen, in welche Richtung der Prozeß verläuft.)

Je höher ein kapitalistisches System entwickelt ist, um so deutlicher treten diese Strukturmerkmale des Faschismus hervor. So war der Terror des deutschen Faschismus besser organisiert und brutaler als der des italienischen, seine Massenbewegung stärker und straffer geführt, seine Ideologie militanter. Der Grund

liegt darin, daß die höhere Entwicklungsstufe des Kapitalismus einerseits seine Gegnerschaft anwachsen läßt, weil seine Mängel in Krisensituationen allzu evident hervortreten, andererseits aber wirksamere technische Mittel zur Manipulierung der Massen und zur Unterdrückung der Opposition zur Verfügung stellt.

III

Es bleibt zu fragen, wieso ein faschistisches System die Interessen der sozialen Oberklassen, vor allem des großen Kapitals, vertreten kann, wenn die faschistische Bewegung ihrer sozialen Zusammensetzung nach vorwiegend kleinbürgerlich bestimmt ist. In der Tat hat diese Divergenz faschistischen Systemen beträchtliche Schwierigkeiten bereitet, weil die kleinbürgerlichen Massen bei aller Furcht vor sozialistischen Bestrebungen sich auch vom großen Kapital bedroht fühlten und nach der „Machtergreifung" ihrer Bewegung die Realisierung ihrer Wünsche verlangten. Mit der Zerschlagung der Demokratie und der Arbeiterbewegung (= „nationale Revolution") war nur der eine Gegner des „Mittelstandes" ausgeschaltet. Als dieser Prozeß abgeschlossen war, wurde der Ruf nach der zweiten, der „sozialen Revolution", d. h. nach Kampfmaßnahmen gegen das große Kapital und die etablierten Eliten zugunsten der eigenen Anhängerschaft laut, der nur durch die Ermordung der gesamten Führungsgarde der SA im Sommer 1934 zum Verstummen gebracht werden konnte. Auch in faschistischen Bewegungen gibt es also anfänglich oppositionelle Tendenzen, die von der Führung niedergeworfen werden müssen, um die Bewegung schließlich in ein reines Massenmanipulationsinstrument zu verwandeln.

Insofern kann — wie bei jeder politischen Gruppierung — auch bei der faschistischen Bewegung von einem „linken" Flügel gesprochen werden, der vor allem die Frontstellung gegen das große Kapital betont und zu einer begrenzten Kooperation mit den Arbeiterparteien bereit ist. Damit die faschistische Bewegung aber die politische Macht erobern und die ihr zugedachte soziale Funktion erfüllen kann, muß der linke Flügel niedergeworfen werden — ein Prozeß, der bei der NSDAP im Sommer 1930 mit dem Ausschluß der Strasser-Gruppe einsetzte und nach mehreren Stufen im Sommer 1934 abgeschlossen war. Einen Sieg des linken Flügels in einer erfolgreichen faschistischen Bewegung hat es nie gegeben und kann es nicht geben, weil die Machteroberung von den Oberklassen in diesem Falle nicht zugelassen würde. So hat der linke Flügel in einer faschistischen Bewegung objektiv nur demagogische Funktion — auch wenn er subjektiv ehrlich für seine Überzeugung eintritt.

Die Beziehung zwischen den sozialen Oberklassen und der Führung der faschistischen Bewegung, die über die Staatsgewalt verfügt, ist damit aber noch nicht hinreichend bestimmt. Das von der Forschung ermittelte empirische Material läßt den Schluß zu, daß die Faschismuskonzeption der Kommunistischen Internationale von 1935 („Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"), die die Vorstellungswelt der kommunistischen Parteien in der folgenden Periode bestimmt hat und zum Teil heute noch bestimmt, unzureichend ist. Der Faschismus bedeutet keineswegs die unmittelbare Herrschaft irgendeiner Gruppe des Kapitals. Eben weil eine solche Herrschaft — wie das Scheitern der autoritären Diktaturen Brüning und Papen bewiesen hatte — nicht mehr möglich war, mußte die politische Gewalt den Führern der faschistischen Bewegung übertragen werden. Die faschistische Staatsführung aber kann nicht nur als bloßes Vollzugsorgan, als „Agent" und Handlanger des Kapitals begriffen werden, wie es — die ursprüngliche Konzeption noch vergröbernd — in

der Folge vielfach behauptet worden ist. Eine partielle Verselbständigung der Exekutive mußte schon deshalb in Kauf genommen werden, weil die verschiedenen Machtgruppen des Kapitals ihre Konflikte in der Krise untereinander nicht mehr zu regeln vermochten und deshalb eine Instanz benötigten, die zu verbindlichen Entscheidungen in der Lage war. Nur auf diese Weise war das Gesamtsystem zu stabilisieren. Schon die Entscheidung über die gelegentlich sehr heftigen Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den einzelnen Konzernen um die großen Rüstungsaufträge, sondern auch zwischen den verschiedenen Sektoren des Kapitals — besonders zwischen der Schwerindustrie und den Chemie- und Elektro-Konzernen — um die Schwerpunktverteilung bei der Rüstung mußte von der Exekutive getroffen werden [1b]).

Mit der Theorie der partiellen Verselbständigung der faschistischen Exekutive kann auch der erstaunliche Tatbestand erklärt werden, daß es immer wieder zu Maßnahmen gekommen ist, die — vom rational verstandenen Interesse des Systems her gesehen — dysfunktional wirkten: die umfassenden Vernichtungsmaßnahmen gegen die europäischen Juden in den Kriegsjahren etwa nahmen einen beträchtlichen Teil der Transportmittel in Anspruch, der für den militärischen Nachschub dringend gebraucht worden wäre. Hier triumphierte die irrationale Ideologie des Faschismus über alle „sachlichen Notwendigkeiten".

Die starke Verschmelzung der ökonomischen Führungsgruppen mit denen von Partei und Staat in den Entscheidungsgremien des Systems beweist allerdings, daß Wirtschaft und Staat am gleichen Strang zogen. (Die heute weit verbreitete Ideologie von der alleinigen Entscheidungsgewalt Adolf Hitlers dient offenbar dazu, die Eliten des Dritten Reiches in Wirtschaft, Militär und Bürokratie von jeder Verantwortung freizusprechen.)

In Wirklichkeit handelte es sich bei den Führungsgruppen in Wirtschaft, Militär und Bürokratie einerseits und der Führung der faschistischen Massenbewegung andererseits um Bündnispartner, die aufeinander angewiesen waren. Das Bündnis beruhte auf Interessensolidarität und Gemeinsamkeit in den wesentlichen politischen Zielen: Einerseits konnte die faschistische Bewegung die politische Macht nicht ohne die Unterstützung der sozialen Oberklassen erobern [2]). Andererseits waren die sozialen Oberklassen nur durch die Übertragung der politischen Macht an die Führung der faschistischen Partei in der Lage, das wankende kapitalistische System zu bewahren und ihre soziale Vorrangstellung zu erhalten. Irrational begründete und letzten Endes dysfunktional wirkende Aktionen wie die Judenvernichtung nahmen sie notgedrungen in Kauf — nicht ohne daraus noch einen maximalen Profit zu schlagen (Arisierung jüdischer Vermögen, KZ-Insassen als billige Arbeitskräfte usw.).

Einigkeit aber bestand darüber, daß der Rechtsstaat, die Demokratie und die sozialistische Bewegung zu vernichten seien, daß jede Opposition mit den Mitteln des staatlichen Terrorapparats niedergehalten, daß die Wirtschaftskrise durch Staatsaufträge, besonders durch eine forcierte Aufrüstung überwunden und daß schließlich ein neuer Versuch unternommen werden sollte, die weitreichenden imperialistischen Ziele, die im Ersten Weltkrieg nicht verwirklicht werden konnten, doch noch durchzusetzen. Innerhalb dieses gemeinsamen Programms gab es zwar immer wieder Meinungsverschiedenheiten über Einzelfragen und taktische Probleme, doch war die Basis des Bündnisses so solide, daß es in Deutschland nicht einmal im letzten Kriegsjahr ernsthaft in Gefahr geriet, als einige Kräfte in Mili-

1b) Das geht m. E. schon aus den Fakten hervor, die Czichon, der eigentlich die Theorie der Kommunistischen Internationale belegen will, berichtet. (Vgl. E. Czichon, Das Argument Nr. 47, z. B. S. 179, 181).
2) Dazu besonders **Czichon, a.a.O.**

tär und Bürokratie seine Auflösung anstrebten. (In Italien konnte der angesichts der bevorstehenden militärischen Katastrophe ausbrechende Konflikt zwischen den beiden Bündnispartnern zum Sturz Mussolinis führen, weil dort das faschistische System wegen der niedrigeren Entwicklungsstufe des Kapitalismus von Anfang an nicht über die gleiche Kraft verfügt hatte.)

IV

Legt man die oben vorgeschlagene Begriffsbestimmung zugrunde, so kann von Faschismus nur in Ländern gesprochen werden, in denen der Kapitalismus ein gewisses Niveau erreicht hat. Die Militärdiktaturen in Süd- und Mittelamerika, in Südvietnam usw., deren Funktion primär darin besteht, die Privilegien einer Feudalklasse zu verteidigen, fallen dann nicht unter den Begriff des Faschismus. Auch die Begründung, daß sie zugleich der Herrschaft ausländischen Kapitals dienen, reicht nicht aus, weil man sonst jede Kolonialherrschaft seit dem 19. Jahrhundert als faschistisch bezeichnen müßte.

Problematisch wird die Entscheidung bei Ländern wie Ungarn (vor 1944), Portugal, Spanien und Griechenland, in denen zwar einige Bereiche schon kapitalistisch strukturiert sind (bzw. waren), der noch stark feudal geprägte Agrarsektor für Gesellschaft und Politik jedoch noch eine gewichtige Rolle spielt(e). Hier sollte die Terminologie danach gewählt werden, wie weit die Wirtschaft kapitalistisch bestimmt ist und ob das Herrschaftssystem überwiegend den Interessen des Kapitals oder denen des Grundbesitzes dient (die sich freilich auch partiell decken können). Der Diktatur in Griechenland etwa fehlt ein wesentliches Merkmal faschistischer Systeme, nämlich die Massenbewegung. Sie rückt in dieser Hinsicht in die Nähe der Diktaturen in Südvietnam, Südkorea und Lateinamerika. Als faschistisch im strengen Sinne sollten also nur die Herrschaftssysteme in Deutschland nach 1933 und in Italien nach 1922 [2a]) bezeichnet werden sowie die Bewegungen in anderen Industrieländern wie Belgien, Frankreich, Skandinavien, England und den USA, denen allerdings die Eroberung der politischen Macht in der Vergangenheit nicht gelungen ist. Die Systeme in Spanien, Portugal und Griechenland können als Mischformen zwischen den aus Lateinamerika bekannten Militärdiktaturen und faschistischen Diktaturen angesehen werden, wobei die faschistischen Elemente um so stärker sind, je weiter die Durchdringung dieser Gesellschaften mit kapitalistischen Elementen vorangeschritten ist.

Die hier vorgeschlagene Begriffsbestimmung erhebt lediglich den Anspruch, zweckmäßig zu sein. Natürlich könnte man den Begriff „Faschismus" auch so weit fassen, daß auch die Diktaturen in halbkapitalistischen und in überwiegend agrarischen Ländern subsumiert werden können. Je weiter jedoch ein Begriff gefaßt wird, um so inhaltsleerer wird er auch, um so stärker büßt er seine Erkenntnisfunktion, seine Fähigkeit, eine bestimmte Realität möglichst genau von einer anderen zu unterscheiden, ein. Das ist der Grund, weshalb ich dafür plädiere, den Begriff des Faschismus für jene Diktaturen vorzubehalten, die primär der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems dienen; für Länder also, in denen der Kapitalismus die Wirtschaftsstruktur schon bestimmt.

Andererseits erscheint die Beschränkung auf die Periode zwischen den beiden Weltkriegen oder gar auf das Italien Mussolinis allein nicht sinnvoll, weil damit

[2a]) „Mussolini unterstützte die Gutsbesitzer Süditaliens in ihrem Kampfe gegen die Agrarrevolution, aber er war doch niemals geneigt, diesen halbfeudalen Herren den entscheidenden Einfluß im Staate zurückzugeben, den sie in der sogenannten liberalen Periode gehabt hatten. Der Faschismus war und blieb die Partei des modernen Nordens . . . gleichzeitig brach er den beherrschenden Einfluß der rückständigen Feudalkreise Mittel- und Süditaliens" (A. Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, in: O. Bauer, H. Marcuse u. a., Faschismus und Kapitalismus, S. 111 f.).

der strukturellen Übereinstimmung zwischen damaligen und heutigen Tendenzen nicht Rechnung getragen wird und der Blick für die faschistischen Gefahren der Gegenwart verlorengeht.

V

Wendet man die hier vorgeschlagenen Kategorien auf die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik an, so lautet das Ergebnis: Da sich der Kapitalismus zwar weiterentwickelt, nicht aber im Prinzip verändert hat, ist in Krisenlagen mit faschistischen Tendenzen zu rechnen, die wegen der starken autoritären Traditionen in diesem Lande gefährlicher sind als anderswo, weil die demokratischen Gegentendenzen über keine ausreichende Basis in den Massen, in den Parteien und in den Medien der öffentlichen Meinung verfügen. So hat sich in den letzten Jahren eine Partei formiert, die so gut wie alle wesentlichen Merkmale einer faschistischen Bewegung aufweist und bei allen Wahlen in steigendem Maße Erfolge erzielt. Da die Staatsgewalt bislang keine Maßnahmen gegen diese Partei in die Wege geleitet hat, muß man überdies annehmen, daß die herrschenden Machtgruppen in unserem Lande gegen den Aufstieg einer faschistischen Bewegung schon jetzt nichts einzuwenden haben.

Elemente faschistischer Ideologie sind aber auch außerhalb der NPD in zunehmender Stärke nachweisbar [3]). Das gilt sowohl für die im Bundestag vertretenen Parteien wie für die Bundesregierung, für große Teile der veröffentlichten Meinung wie für mächtige Verbände (Unternehmer) und einflußreiche Institutionen (z. B. Erziehungswesen). Presse- und Schulbuchanalysen [4]), Reden von Strauß und Gerstenmaier, Erhard und Mende [5]), die Ideologie der Adenauer-Stiftung und deren Verbindung zur offiziellen Politik [6]) und eine Reihe ähnlicher Erscheinungen lassen keinen Zweifel, wohin der Trend geht.

Mit den Notstandsgesetzen wurde ein Instrumentarium geschaffen, das es den herrschenden Machtgruppen ermöglicht, ihre eigenen Vorrechte und das kapitalistische System auch dann zu behaupten, wenn die normalen Mittel der Manipulation versagen und die „Formierung" der Gesellschaft sich in der beabsichtigten Weise nicht bewerkstelligen läßt. Daß das Volk rebelliert, ist zwar im Augenblick außerordentlich unwahrscheinlich, bei veränderten Bedingungen im internationalen Kräftefeld (z. B. weiteren erfolgreichen Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt) sowie wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern, mit denen auch in Zukunft zu rechnen ist [7]), einerseits und weiterem kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstum in den sozialistischen Ländern andererseits aber durchaus denkbar. Würden die Notstandsgesetze für solche Zwecke eingesetzt — und es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß die herrschenden ökonomischen Machtgruppen im Augenblick ihrer Bedrohung auch dieses Mal so handeln würden —, so wäre der Tatbestand des Faschismus — sowohl was seine soziale Funktion als auch was seine Herrschaftsmethode betrifft — erfüllt. Die Möglichkeit, daß sich die CDU/CSU zur faschistischen Massenbewegung um-

3) Vgl. dazu I. Fetscher, H. Grebing u. a., Rechtsradikalismus, Frankfurt 1967, S. 11 ff. und 95 ff.
4) Vgl. dazu F. Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt 1968. G. Bienko, So steht es immer noch im Geschichtsbuch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1968. R. Kühnl, Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik, Frankfurt 1966.
5) Vgl. K. Sontheimer, Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik, hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung, September 1966.
6) Vgl. die Beiträge über die Stiftung in: Tribüne 22/1967.
7) Kritische Analysen über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus bieten: P. A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied 1966. O. Lange, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964. Th. Prager, Wirtschaftswunder oder keines? Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1963. E. Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa—Amerika, Frankfurt 1968. Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus, Marxistische Blätter Sonderheft 1/1967.

gestaltet, erscheint nach dieser Erwägung wenig wahrscheinlich — obgleich sie ideologisch eine Reihe faschistischer Elemente aufweist —, denn in einer Krisenlage werden die etablierten Parteien für die Misere verantwortlich gemacht, und dann muß den Massen eine andere Partei angeboten werden, die scheinbar alles anders machen will. (Dazu bemerkte August Thalheimer im Jahre 1929: „Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien ... bei der Vorbereitung des Faschismus ... besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern darin, daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen, die das Urteil vollstreckt, das sie über sich selber fällen" [7a].) Bei dem Einsatz der Polizei gegen demonstrierende Studenten schließlich wurden Herrschaftsmethoden sichtbar, an die ein faschistisches System ohne allzu große Schwierigkeiten anknüpfen könnte.

Es ist also offensichtlich, daß in der Gesellschaft der Bundesrepublik faschistische Tendenzen vorhanden sind, die sich in den beiden letzten Jahren beträchtlich verstärkt haben, und daß die Exekutive sich in wachsendem Maße verselbständigt, also dem Typus einer autoritären Diktatur nähert. Daß diese Entwicklung unter Beihilfe des Parlaments geschieht, ändert nichts an ihrem Resultat, gibt allerdings Auskunft über den inneren Zustand der großen Parteien. Hingegen kann keine Rede davon sein, daß das Verhalten der Staatsgewalt in der Bundesrepublik oder gar das politische System im ganzen schon faschistisch sei. Eine solche Aussage wäre nicht nur sachlich unrichtig, weil Opposition in einem relativ hohen, in den letzten Jahren sogar gestiegenen Maße noch möglich ist, sondern überdies auch taktisch falsch, weil sie das eigene Vermögen zur Differenzierung und zur exakten Analyse beeinträchtigt.

Die Schlußphase der Weimarer Republik bietet dafür ein lehrreiches Beispiel: Die Kommunisten hatten die autoritären Kabinette von Brüning bis Schleicher so intensiv als „faschistisch" attackiert, daß sie 1933 den Umschlag in die neue Qualität des wirklichen Faschismus nicht analytisch zu fassen vermochten, deshalb auch dem Dritten Reich mit Massenaufmärschen und anderen, der bürgerlichen Demokratie angemessenen Methoden zu Leibe rückten und dabei sehr schnell ihre besten Kräfte verloren.

Nun wäre freilich denkbar, daß man zwar selbst sehr wohl eine zutreffende Vorstellung vom augenblicklichen Stand der Entwicklung hat, aus agitatorischen Gründen aber dennoch von „Faschismus" und „faschistischen Methoden" redet. Aber abgesehen davon, daß man leicht dazu neigt, nach einer Weile selbst an das zu glauben, was man zunächst nur aus taktischen Gründen vorbringt (die Geschichte der SPD bietet dafür gutes Anschauungsmaterial), wäre zu fragen, ob denn eine solche Diagnose für diejenigen, an die sie sich wendet, glaubwürdig ist. Wer Faschismus aus eigenem Erleben oder aus Berichten kennt — und das ist die große Mehrheit der Bevölkerung —, wird die Beurteilung des gegenwärtigen Systems als faschistisch nicht akzeptieren und die Repräsentanten einer solchen Diagnose als Phantasten abtun.

Sowohl aus Gründen einer exakten Analyse und realistischen Beurteilung wie aus Gründen einer vernünftigen Taktik empfiehlt sich also eine möglichst präzise Begrifflichkeit. Eine zutreffende theoretische Analyse ist auch hier die Voraussetzung für erfolgversprechendes praktisches Handeln.

7a) Gegen den Strom 1929/16, S. 4.

VI

Der Einwand, der hier entwickelte Faschismusbegriff sei aus der Wirklichkeit der dreißiger Jahre abstrahiert und für die heutigen Verhältnisse ungeeignet, führe sogar zur Unterschätzung der in neuem Gewande auftretenden faschistischen Gefahren, bedarf noch einer kurzen Erörterung.

Ohne Zweifel haben sich in den letzten Jahrzehnten wichtige sozialökonomische und sozialpsychologische Veränderungen vollzogen, die den Schluß nahelegen, ein neuer Faschismus werde nicht in der aus der Vergangenheit bekannten Gestalt auftreten. Handelt es sich um eine Diktatur der Exekutive, die zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus dient, mit terroristischen Methoden regiert und jede Art von Opposition unterdrückt, so ist sie auch dann als Faschismus zu bezeichnen, wenn der Terror im Vergleich zur NSDAP sublimere Formen annimmt. Bloße Manipulation der öffentlichen Meinung, so effektvoll sie in Normalperioden auch sein kann, reicht aber nicht aus, um ein System als faschistisch zu qualifizieren. (Für ernste Krisenlagen, die die Lebenshaltung der Massen wesentlich beeinträchtigen, würde sie ohnedies kaum genügen.) Die Unterdrückung jeder Art von Opposition durch staatliche Zwangsmittel sollte um der Klarheit des Begriffes willen als Wesensmerkmal des Faschismus festgehalten werden. Die konkrete Form der Unterdrückung kann sich dabei durchaus wandeln. Sie muß nicht unbedingt auf physische Vernichtung hinauslaufen.

Daß auch ein neuer Faschismus nicht ohne Gemeinschaftsideologie, die sich zugleich gegen innere und äußere Feinde richtet, und ohne eine organisierte Massenbewegung mit einer charismatisch legitimierten Führung (deren ideologische Grundlagen besonders durch die Propaganda der Springer-Presse schon gelegt sind) auskommen könnte, scheint mir evident. Daß diese Gemeinschaftsideologie sich nicht gegen Juden richtet, sondern gegen andere Minderheiten, und daß die Massenbasis nicht aus tobenden uniformierten Horden besteht, wäre noch kein Argument gegen ihren faschistischen Charakter.

Die konkrete Gestalt des Faschismus kann sich also wandeln und wird sich wandeln; sofern ein System die oben genannten Strukturmerkmale aufweist, ist die Anwendung des Begriffes „Faschismus" jedoch gerechtfertigt. Erwägenswert wäre freilich, die neue, den gegenwärtigen politischen, sozialökonomischen und psychologischen Bedingungen entsprechende Form „Neofaschismus" zu nennen, um einerseits auszudrücken, daß die Grundstruktur die gleiche geblieben ist, andererseits aber auch, daß seine äußere Gestalt sich geändert hat. Genauere Analysen hätten zu zeigen, welcher Art die Wandlungen sind, die sich im sozialökonomischen Bereich und in der Mentalität der Massen vollzogen haben, um daraus die veränderte Form des Faschismus verständlich zu machen. So könnte der Begriff des Neofaschismus Anschaulichkeit gewinnen und dem Einwand mancher Historiker, Faschismus sei ein Phänomen der Zwischenkriegsperiode und mit dem Jahre 1945 aus und vorbei [8]), differenziert begegnet werden.

[8]) So z. B. der Marburger Historiker Ernst Nolte.

Machtpolitik mit der DM

Am Vorabend der Konferenz, zu der die Minister und Notenbank-Präsidenten der sogenannten „Zehnergruppe" vom 20. bis 22. November zusammenkamen, um die internationale Währungskrise zu beraten, trat der Sprecher der deutschen Bundesregierung, Staatssekretär Günter Diehl, vor das Deutsche Fernsehen und gab eine Erklärung ab, die besagte:

„1) Die Bundesregierung wird die DM nicht aufwerten.

2) Sie wird durch steuerliche Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der Ein- und Ausfuhr die binnenwirtschaftliche Preisstabilität absichern.

3) Hiermit leistet sie zugleich einen wirksamen deutschen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Zahlungsbilanzen."

Mit dieser Erklärung hatte die Bundesregierung bereits den Ausgang der Zehnerkonferenz vorweggenommen und unmißverständlich kundgetan, daß die anderen Staaten sich ihrem Diktat würden beugen müssen. Noch vor dem Match verkündete sie lautstark „Ich bin der Größte" und gab sich nachher verwundert über die feindselige Reaktion, der sie im gesamten Ausland begegnete.

Von Anfang an war klar, daß der Druck sich ausschließlich gegen Frankreich richtete, das in diesem Augenblick das schwächste Glied der westlichen Währungskette darstellte und dem man nun heimzuzahlen gedachte, daß es aus dem atlantischen Bündnissystem ausgebrochen war und seine eigene Politik verfolgt hatte. Finanzminister Ortoli wurde in die demütigende Lage versetzt, politische Bedingungen für eine wirtschaftliche Sanierung hinnehmen zu sollen, die doch letztlich im Interesse aller Beteiligten und nicht allein Frankreichs liegen mußte. Sein Ausbruch nach vorn, durch das Angebot einer zwanzigprozentigen Franc-Abwertung das gesamte Währungssystem zu einer Revision der Paritäten zu zwingen, mußte ihm dann auch noch die Unterstützung der USA rauben, die anfangs eine DM-Aufwertung ganz gern gesehen hätten, um ihre eigene Zahlungsbilanz etwas zu erleichtern.

Wie ist es zu diesem undurchsichtigen Tauziehen hinter den Kulissen gekommen?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befindet sich das internationale Währungssystem in einem Zustand künstlicher Unbeweglichkeit. (Ich würde nicht von Stabilität sprechen, da diese Immobilität periodisch auftauchende Krisen nicht auszuschließen vermochte.) Die große Siegermacht des Krieges, die USA, erreichte es, den Dollar als Leitwährung auf einem Kurs fixieren zu lassen, der von Jahr zu Jahr weniger seinem Geldwert entsprach. Der Nachkriegsrezession folgten die volkswirtschaftlich unproduktiven Aufwendungen des Koreakrieges und dann des Vietnamkrieges, die die USA immer mehr in eine defizitäre Haushaltsführung abgleiten ließen. Über die festen Wechselkurse mußten sich die übrigen Länder der westlichen Welt an den Kosten der Militarisierung des amerikanischen Wirtschaftslebens, an der Finanzierung der amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Expansion beteiligen.

Die Belastungen, die diese „Verschwendungswirtschaft" (Baran) für den amerikanischen Steuerzahler mit sich brachte, reduzierten zwar dessen Kaufkraft beträchtlich, nicht aber die Gewinne, die die Industrie aus den militärischen Aktionen des Landes zog. Bei nachlassender Konsumfähigkeit im Inland mußten darum Investitionsmöglichkeiten im Ausland gesucht werden, in die die Unternehmensgewinne weitergeleitet werden konnten. Dieser Kapitalabfluß, der sich, um der schnelleren Rendite willen, bevorzugt auf Beteiligungen an den Wachstumsindu-

strien in bereits industrialisierten Ländern richtete, wurde natürlich durch einen Wechselkurs begünstigt, der den Dollar über seinem Realwert notiert. Die USA begannen ihre Verbündeten aufzukaufen. Dabei wurde die Bundesrepublik ein beliebtes Objekt amerikanischer Investitionsneigung — einmal, weil es dort infolge der Kriegszerstörungen tatsächlich mehr zu investieren gab als anderswo; zum zweiten aber auch deshalb, weil der Verliererstaat leichter in politischer Abhängigkeit zu halten und zu kontrollieren war.

Auf der anderen Seite zeigte es sich, daß die DM im internationalen Währungssystem bald zu niedrig bewertet war. Der rasche technisch-ökonomische Wiederaufbau, der unter Verzicht auf die mögliche und notwendige Ausweitung der Sozial- und Bildungsstruktur vorangetrieben wurde, schuf einen hohen Kapitalbedarf, der durch das Hereinströmen von Dollarinvestitionen befriedigt werden konnte; etwa 40 Prozent der gesamten amerikanischen Kapitalinvestitionen in Europa gingen in die Bundesrepublik. Es entstand in einem Boom (dem der Name „Wirtschaftswunder" gegeben wurde) eine exportintensive Industrie, die unter dem fördernden Einfluß der Unterbewertung der DM rasch auf den Weltmarkt vordringen konnte. Diese Entwicklung konnte den amerikanischen Anteilseignern deutscher Unternehmen nur recht sein, sicherte sie ihnen doch eine gute Verzinsung ihres investierten Kapitals. So entstand eine währungspolitische Komplizenschaft der USA und der Bundesrepublik, die genau der wirtschaftlichen Verflechtung beider Länder entsprach und ihrem politisch-militärischen Bündnis parallel lief.

Eine so rücksichtslose Verfolgung von Sonderinteressen unter Ausnutzung eines Marktmechanismus, dessen Gesetz des freien Spiels der Kräfte man künstlich lähmt (durch oktroyierte Wechselkurse), mußte ständig zu handelspolitischen Anpassungsschwierigkeiten für die beiden anderen großen Währungen, Franc und Pfund, führen (wobei der Abbau des britischen Weltreichs und die Belastungen des langen Algerienkriegs für beide Währungsgebiete noch erschwerend hinzukamen). Franc und Pfund gerieten so in eine permanente Schwäche, die sich in steigenden Defiziten der Außenhandelsbilanz sichtbar ausdrückte.

In dieser Situation sah mit amerikanischer Rückenstärkung die Bundesrepublik eine günstige Gelegenheit, ihren alten Großmachtanspruch zu erneuern. Wer die politischen Erklärungen Prof. Erhards zunächst als Bundeswirtschaftsminister und dann als Bundeskanzler aufmerksam verfolgte, kann ohne Schwierigkeit die wachsende Expansivität ebenso auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet erkennen — und das Kabinett Kiesinger ist dieser allgemeinen Linie genau gefolgt. Es ist kein Zufall, daß Prof. Erhard gerade die währungspolitischen Entscheidungen des Monats November in vollem Umfang gutgeheißen und seinen Nachfolger dabei beraten hat.

Allerdings hätten auch grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden müssen, um einer unhaltbar gewordenen internationalen Währungssituation zu begegnen. Eine Aufwertung der DM ohne Abwertung des Dollars wäre eine halbe Maßnahme gewesen, die zwar die Relation zwischen den europäischen Staaten vorübergehend normalisiert, aber die des Dollars zu den übrigen Währungen unberührt gelassen hätte. Die kurzfristige Stärkung des Dollars infolge einer DM-Aufwertung, bedingt durch vermehrten Devisenrückstrom und eine Aufwertung der der Bundesrepublik abgeforderten und „im Bereich des Wahrscheinlichen liegenden" („Welt" 22. 11. 68) Übernahme der Truppenstationierungskosten, hätte auf die Dauer der Schwindsucht der amerikanischen Währung nicht Einhalt gebieten können. So war von Anfang an

die Forderung de Gaulles, währungspolitische Maßnahmen nur im Zusammenhang einer grundlegenden Revision des Weltwährungssystems überhaupt vorzunehmen, logisch gerechtfertigt. Genau das aber hätte das Ende der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten und der Ambitionen der Bundesrepublik bedeuten müssen. Die USA bestanden darum auf der Dollarparität, die Bundesrepublik verweigerte die fällige Aufwertung der DM.

Stattdessen griff die Bundesregierung zu einem Hilfsmittel, das scheinbar der internationalen Stabilisierung dienen soll, in der Tat jedoch eher einen neuen Unruhefaktor darstellt: sie besteuerte die Exporte mit einer Abgabe von 4 Prozent und verbilligte die Importe durch einen entsprechenden Nachlaß, um so den Überschuß der Außenhandelsbilanz ausgleichen zu helfen. Faktisch bedeutet das, daß die DM zu einem geteilten Kurs gehandelt wird, einmal zur Parität und ein andermal mit den Außenhandelsabweichungen. Dieser Trick bringt der Bundesregierung kurzfristig 1,3 Milliarden DM Exportsteuern ein; vor allem aber ist eine solche steuerliche Maßnahme jederzeit variabel oder widerrufbar, so daß sie international zu erpresserischen Manipulationen ausgenutzt werden kann. Langfristigen Dispositionen wird so ein schwerwiegendes Handicap auferlegt, das die ausländischen Handelspartner um so schwerer trifft, als sie auf die Entscheidungen der Bundesregierung intern keinen Einfluß haben. Die Bundesregierung hat mithin eine internationale Währungsstabilität, der die langfristig planenden Großbanken und Bundesbankpräsident Blessing zu-

Ein wichtiger Beitrag zum Thema Nahost!

FRITZ GROBBA

Männer und Mächte im Orient

25 Jahre diplomatischer Tätigkeit im Orient
340 Seiten, 8 Abb. auf Tafeln, Ganzleinen DM 38.10

aus den Besprechungen:

. . . die Memoiren des Diplomaten sind nicht nur von historischem Interesse. Man legt sie mit dem Gefühl aus der Hand, daß sich im Grunde an den großen Linien arabischer Politik weniger geändert hat, als der Wirbel von „Revolutionen" vermuten läßt. . . .
Stuttgarter Zeitung

. . . Es ist nicht nur als zuverlässige Geschichtsquelle zu empfehlen. . . . In der spärlichen deutschen Orientliteratur der letzten Jahre ist es die bedeutendste Neuerscheinung.
Nahost-Bulletin

. . . Der Wert des Buches liegt im Detail, in der genauen Wiedergabe der zahlreichen Erklärungen, Abkommen und Besprechungen. **Deutsche Presse-Agentur**

MUSTERSCHMIDT - VERLAGSBUCHHANDLUNG
3400 GÖTTINGEN · Postfach 421

neigten, ihren unmittelbaren machtpolitischen Wünschen geopfert. Der Handel innerhalb der westlichen Welt wird weiterhin im Ungleichgewicht bleiben. Nirgendwo wird der wirtschaftliche Sinn dieses Bonner Diktats anerkannt. „Die Weigerung der deutschen Regierung, die Mark offen und in einem dem Zahlungsbilanzüberschuß des Landes angemessenen Umfang aufzuwerten, ist im Grunde eine politische Entscheidung", schreibt die Londoner „Financial Times". „Die Entscheidung, nicht abzuwerten, beeinträchtigt noch mehr die Chancen einer Stabilisierung des Weltwährungssystems. Ein Währungskrieg zwischen dem Franc und der Mark ist unvermeidbar", heißt es in der „Sunday Times", und die „Times" fügt hinzu: „Eine Annäherung zwischen Frankreich und Großbritannien, die die kleineren Staaten natürlicherweise als ein Gegengewicht zu Deutschland betrachten, scheint unvermeidlich." Gerade die kleinen Nachbarn schauen mißtrauisch und verärgert nach Bonn. „Dagens Nyheter" (Stockholm) spricht davon, die Bundesregierung wolle ihren internationalen politischen Einfluß erhöhen, und meint, „es sei zu bezweifeln, ob dies etwas Positives ist". „Berlingske Tidende" (Kopenhagen) sagt unumwunden, daß die Bundesregierung die Aufwertung aus politischen Gründen abgelehnt habe. So könnte der Kraftakt der Bundesregierung sehr schnell in eine weltpolitische Isolation umschlagen, während sich eine Front der „Währungsgeschädigten" bildet, die den ungerechten Paritäten unter ungünstigeren Umständen ein Ende macht, als sie gegenwärtig existieren.

Ein machtpolitischer Alleingang statt einer vernünftigen Gemeinschaftslösung ist schlecht. Die Beibehaltung des DM-Kurses unter gleichzeitiger Vergabe eines hohen Kredits an Frankreich schafft nicht nur eine momentane Vormachtstellung des finanziell stärkeren Landes, also der Bundesrepublik, sondern mindestens ebensoviel böses Blut. Die Quittung hat die Bundesregierung von de Gaulle sofort bekommen. Als sie ihre finanzielle Überlegenheit in politische Bedingungen ausmünzen wollte, konterte Frankreichs Präsident mit einer Kampfansage: er weigerte sich, die erwartete Franc-Abwertung vorzunehmen. Damit schiebt er dem von der Bundesrepublik erstrebten deutschen Investitionsfluß nach Frankreich einen hemmenden Riegel vor. Die Sparmaßnahmen, die nur auf Kosten des kleinen Mannes durchgeführt werden können und die sozialen Spannungen in Frankreich erheblich verschärfen müssen, werden allein allerdings nicht ausreichen; es ist darum zu erwarten, daß intensive diplomatische Bemühungen hinzukommen werden, um eine Entente der Schwächeren zustande zu bringen, die sich unter französischer Führung und möglicherweise englischem Beistand gegen den deutschen Hegemonieanspruch in Europa zusammenschließen.

Die herrschenden Mängel können indessen ohne eine grundsätzliche Änderung des bestehenden internationalen Währungssystems nicht behoben werden. Solange künstliche Paritäten aufrecht erhalten bleiben, wird es auch Ungleichmäßigkeiten der Handelsbilanzen und Unsicherheit auf dem Weltmarkt geben. Die gegenwärtigen Paritäten sind durch das Zusammenspiel der USA und der Bundesrepublik zementiert. Der Wechselkurs ist nicht mehr ein wirtschaftliches Regulativ, sondern ein Instrument des politischen Machtkampfs. De Gaulle hatte das in seiner Kampfansage an den Dollar und in seinem Plädoyer für den Goldstandard durchaus erkannt. Allein war er nicht imstande, das Währungskartell zu sprengen, doch beginnen immer mehr Nationen einzusehen, daß an seinem Fortbestand ihr Heil nicht hängt. Noch ist bisher eine Alternative nicht zu sehen; doch die brutale Expansion des deutschen Kapitals könnte bei den anderen zu der Reaktion führen, sich ernsthaft nach einer solchen Alternative umzusehen. Hans Heinz Holz

Martin Hall, Los Angeles

Amerika nach den Wahlen

Der Wahlkampf des Jahres 1968 und sein Verlauf waren so voller Überraschungen, daß man dieses Jahr in der Geschichte Amerikas mit Recht als einmalig bezeichnen kann. Zwei führende Persönlichkeiten im politischen Leben des Landes wurden ermordet: Dr. Martin Luther King, Träger des Friedensnobelpreises und bei weitem der angesehenste Führer der amerikanischen Negerbewegung, und Senator Robert F. Kennedy. Robert Kennedy wurde am Abend der Vorwahlen in Kalifornien, aus denen er eben als Sieger hervorgegangen war, in Los Angeles erschossen.

Der Tod Dr. Martin Luther Kings beraubte die 20 Millionen amerikanischer Neger ihres Führers zu einem Zeitpunkt, an dem seine Autorität ernstlich von jüngeren, militanteren Negerführern bestritten wurde.

Der Mord an Senator Robert Kennedy beraubte den fortschrittlichen Flügel der Demokratischen Partei eines Führers, der, wäre er am Leben geblieben, wahrscheinlich Kandidat seiner Partei für das Amt des Präsidenten geworden wäre und der vielleicht die beste Chance gehabt hätte, das Weiße Haus zu erobern. Sein Tod änderte das politische Bild des Wahlkampfes in entscheidender Weise und machte Richard Nixons Wahlsieg möglich.

Das Jahr 1968 wurde weiterhin durch zwei wichtige Erfolge der amerikanischen (und der internationalen) Friedensbewegung gekennzeichnet: Präsident Johnson sah sich gezwungen, auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur zu verzichten. Er wurde zu dieser Entscheidung gezwungen, weil die Opposition gegen den Vereinigten Staaten unmöglich gemacht hätten, in der üblichen Weise in öffentlichen Kundgebungen um die Stimmen der Wähler zu werben, und die ihn zwangen, nur noch in der Sicherheit des Weißen Hauses durch Fernsehansprachen oder, geschützt vor jeder direkten Konfrontation mit den Massen, in militärischen Installationen seine Wahlreden zu halten.

Ferner mußte Präsident Johnson unmittelbar vor den Wahlen das Ende der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam anordnen, eine Maßnahme, gegen die er sich bis zuletzt gesträubt hatte und die allgemein nur als ein verzweifeltes Manöver angesehen wurde, durch diese Geste die Wahl Hubert Humphreys zu retten. Das Manöver mißlang, und Nixon wurde zum Präsidenten gewählt.

Aber die Überraschungen dieses Jahres waren noch nicht zu Ende. George Wallace, der frühere Gouverneur des Staates von Alabama, einer der entschiedensten Gegner der Integration der Neger, brach mit der Demokratischen Partei und vermochte es, seine Präsidentschaftskandidatur für die Unabhängige Nationale Partei in 50 Staaten offiziell anerkennen zu lassen. Er gewann eine Mehrheit der Stimmen in vier Staaten des Südens, obwohl seine Hoffnung, auch in anderen Teilen des Landes erfolgreich zu sein, sich nicht erfüllte. Immerhin stellte seine unabhängige Kandidatur eine so genügend große Bedrohung der traditionell den Süden beherrschenden Demokratischen Partei dar, daß politische Experten wenigstens eine Zeitlang die Möglichkeit erwogen, Wallace könnte genügend

Stimmen von Humphrey und Nixon abziehen, um beiden Kandidaten die Mehrheit im Electoral College vorzuenthalten und damit eine Wahl des Präsidenten durch das neugewählte Repräsentantenhaus notwendig zu machen.

Das endgültige Wahlergebnis selbst war zum mindesten außergewöhnlich. Keiner der Kandidaten der beiden großen Parteien erreichte eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Noch zwei Tage nach der Wahl war es nicht sicher, ob Nixon oder Humphrey die meisten Stimmen erhalten hatte. Nixons Prozentanteil an den Wählerstimmen betrug 43,6 Prozent, Humphreys 43,2 Prozent, während Wallace immerhin 13 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Unter dem archaischen System der amerikanischen Präsidentenwahl bestimmt nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen den Sieger, sondern die Mehrheit der Stimmen im Electoral College, in dem die Elektoren für den Kandidaten votieren, der in ihrem Staat die relative Mehrheit erhalten hat. Da die Bevölkerungsdichte in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich ist — Wyoming hat z. B. nur etwa 200 000 Einwohner, während Kalifornien über 20 Millionen zählt —, kann es geschehen, daß tatsächlich ein Kandidat im Electoral College gewählt wird, der in der Volkswahl weniger Stimmen erhalten hat als sein Rivale. Denn jeder Staat hat die gleiche Zahl Elektoren. Unter diesem eigenartigen System erhielt Nixon 302 Stimmen im Electoral College, Humphrey 191 und Wallace 45. — Es ist interessant festzustellen, daß Humphrey die meisten Stimmen in den großen Städten erhielt, während Nixon in den von der besser gestellten Bevölkerung bewohnten Außenbezirken der Großstädte, in den kleineren Städten und in den ländlichen Bezirken seine Stützpunkte fand. Nahezu 90 Prozent der Stimmen in den schwarzen Gettos und eine große Mehrheit der Arbeiterstimmen wurden für Humphrey abgegeben.

Es ist von großer politischer Bedeutung, daß der neu gewählte Präsident Richard Nixon keinerlei Unterstützung unter den Negern und im Westen unter den Mexikanern gefunden hat, die in den verwahrlosten Gettos der großen Städte wohnen, in denen mehrmals in den letzten Jahren blutige Unruhen ausgebrochen sind.

Noch drei Wochen vor den Wahlen wurde allgemein ein überwältigender Sieg für Nixon vorausgesagt. Erst in den letzten zwei Wochen des Wahlkampfes zeigte Humphrey ein so überraschendes Anwachsen seines Einflusses, daß plötzlich der Sieg Nixons ernstlich in Frage gestellt zu sein schien. Wahrscheinlich kam die Einstellung der Luftangriffe auf Nord-Vietnam Humphrey zugute. Aber dieser Schachzug kam zu spät.

Noch überraschender war das Ergebnis der Wahlen zum Kongreß. Nur dreimal in der Geschichte Amerikas ist es vorgekommen, daß die Partei des siegreichen Präsidentschaftskandidaten nicht auch gleichzeitig eine Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat gewonnen hat. Aber der erwartete Gewinn der Republikaner im Kongreß blieb aus. In beiden Häusern des Kongresses hat die Demokratische Partei eine sichere Mehrheit. Präsident Nixon sieht sich einem Kongreß gegenüber, der wenig Neigung zeigen wird, Gesetze zu verabschieden, die wesentliche Änderungen gegenüber der Sozialgesetzgebung der Johnson-Administration bringen würden.

Was waren die Hauptursachen für diesen Ausgang der Wahlen? Vor allem waren es drei Gründe: die massive Opposition gegen den Krieg in Vietnam, die tiefe innenpolitische Krise in den Städten und die Spaltung in der Demokratischen Partei.

Das Vietnam-Problem hat den Wahlkampf von Anfang an überschattet. Während Humphrey vergeblich versuchte, den Eindruck zu verwischen, daß die höchst

unpopuläre Vietnam-Politik Johnsons ebenso seine eigene war, hat Nixon fast täglich den Wählern versprochen, daß er in der Lage sein würde, als Präsident den Krieg in Vietnam zu einem raschen Ende zu bringen. Natürlich vermied Nixon, irgendwelche konkreten Vorschläge für die Beendigung des Krieges zu machen. Aber Humphreys Mitverantwortung für die immer tiefere Verstrickung der Vereinigten Staaten in Südostasien wurde das größte Hindernis auf seinem Weg zum Präsidentenamt.

Es ist von großer Bedeutung, daß mit zwei oder drei Ausnahmen die Hauptwortführer im Kongreß gegen Johnsons Vietnam-Politik wieder gewählt worden sind, wie z. B. James Fulbright, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

Was die Krise in den Städten betrifft, so haben sich alle drei Kandidaten darin zu überbieten versucht, das Schlagwort von Ruhe und Ordnung zu einem ihrer Trümpfe zu machen.

Der Skandal des Demokratischen Konvents in Chicago, wo die Gestapotaktik der Polizei Bürgermeister Dailys gegen die Opposition außerhalb der Tagungshalle zu bisher nie dagewesenen Szenen führte, die offene Mißachtung des Willens der Mitgliedschaft in der Tagungshalle, die Wahl eines Vertreters der alten Parteibürokratie und des Status quo haben tiefe Wunden in der Demokratischen Partei hinterlassen. (Auch die Republikanische Partei hat natürlich mit der Wahl von Nixon und Agnew Vertreter des Alten erkoren.) Ein Robert Kennedy hätte vielleicht Präsident werden können, ein Hubert Humphrey konnte die gespaltene Partei nicht einigen.

Auf der republikanischen Seite war zwar ebenfalls der Ruf nach einer neuen, jüngeren Führung mißachtet worden, aber es gab keine solche Spaltung wie bei den Demokraten. Außerdem ist es wohl richtig zu sagen, daß eine große Anzahl der Stimmen, die Nixon erhielt, nicht so sehr Stimmen für ihn, sondern Stimmen gegen Johnson/Humphrey waren.

Die Polarisierung der politischen Szene kam weiterhin in der Tatsache zum Ausdruck, daß Wallace und sein Vizepräsidentschaftskandidat, der pensionierte Luftwaffengeneral Le May, der einmal vorgeschlagen hatte, man solle Nord-Vietnam in die Steinzeit zurück bombardieren, fast zehn Millionen Stimmen erhielten. Wallace gewann sogar an einigen Stellen im Norden eine erhebliche Anzahl Stimmen von Arbeitern, die aus Angst um ihre Arbeitsplätze der rechtsradikalen Demagogie verfielen, welche sie ihre schwarzen Kollegen als Feind und angebliche Ursache ihrer sozialen Unsicherheit hassen lehrt.

Das Resultat der Wahlen ist zutiefst beunruhigend. In einem historischen Augenblick, wo große Entscheidungen getroffen werden müssen, die das Vertrauen des Landes in seine Regierung voraussetzen, ist ein Mann gewählt worden, der nur eine Minderheit der Wähler hinter sich hat, ein Mann, nicht geeignet, Vertrauen zu erzeugen, ohne Verständnis für die brennenden sozialen Probleme im Land und in der Welt und ohne Verständnis für die komplexen Fragen der Weltpolitik. Nixon hat weder Phantasie, sich in mögliche Situationen hineinzudenken, noch hat er schöpferische, neue Ideen. In der Innenpolitik wird er geneigt sein, die Opposition mit Polizeigewalt zu brechen, in den Gettos wie auch an den Universitäten. Der Kongreß wird zwar immerhin verhindern, daß die ohnehin sehr zage Sozialpolitik Johnsons in Bausch und Bogen über Bord geworfen wird. Aber entscheidende Maßnahmen zur Lösung der sozialen Probleme sind sicher nicht zu erwarten.

In der Außenpolitik der USA wird sich kaum etwas Entscheidendes ändern.Nixon wird versuchen müssen, irgendwie den Krieg in Vietnam zu beenden. Er mag etwas größeres Gewicht auf Lateinamerika und Europa legen und wird wahrscheinlich von Amerikas NATO-Verbündeten verlangen, daß sie einen größeren Teil der Verantwortung für die sogenannte Verteidigung des Westens tragen. Washingtons Verhältnis zu Paris könnte sich etwas verbessern, und wenn auch nur aus dem einen Grund, daß es kaum noch schlechter werden kann.

Nixons Verhältnis zur Sowjetunion und den osteuropäischen Volksrepubliken wird wie das seines Vorgängers von der Tatsache bestimmt werden, daß die beiden Supermächte, da sie keine atomare Konfrontation wagen können, irgendwie koexistieren müssen. Vielleicht wird Nixons Haltung etwas härter sein, aber eine wesentliche Änderung kann es nicht geben. Schon allein die Spaltung in der amerikanischen Bevölkerung läßt keinen Spielraum für Experimente.

Es ist durchaus möglich, daß Nixon, im Namen der Einheit des Landes, den einen oder anderen Demokraten in sein Kabinett einbeziehen wird, eine Art versteckter Koalitionspolitik. Für die Masse der enttäuschten und desillusionierten Bürger wird das ein weiterer Beweis dafür sein, daß es im Grunde keinen Unterschied in der Politik der beiden großen Parteien gibt.

Bei weitem interessanter wird die Entwicklung innerhalb der Demokratischen Partei und der Kräfte, die links von ihr stehen, sein. Obwohl es zweifellos richtig ist, von einem Ruck nach rechts zu sprechen, der sich in verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gegen die rebellierende Jugend, die Neger und die fortschrittliche Intelligenz auswirken wird, darf man doch eines nicht übersehen: Das Fiasko der Johnson-Humphrey-Politik hat eine Situation geschaffen, die die Möglichkeit einer Neuorientierung, vielleicht sogar einer Neuformierung der Linken möglich macht. Hätte Humphrey gesiegt, gäbe es wenig Hoffnung, auf absehbare Zeit eine solche Linksentwicklung zu beginnen. Die Tatsache, daß die Wähler sich geweigert haben, der bisherigen Führung ein Vertrauensvotum zu geben, gibt der Linken eine Chance zur Selbstbesinnung und vielleicht zur politischen Reaktivierung. Oppositionelle Elemente innerhalb der Demokratischen Partei und Kräfte außerhalb der Partei haben angekündigt, daß sie Ende November eine Konferenz linker Kräfte in St. Louis abhalten werden. Gewiß, solche Versuche sind schon zuvor gemacht worden. Aber so lange die Demokratische Parteimaschine an der Macht war, gab es wenig Hoffnung auf Erfolge. Heute ist das anders.

Die alte Koalition zwischen dem eher liberalen Norden und dem reaktionären Süden, die Basis der Demokratischen Partei, ist erschüttert. Das ist vielleicht der einzige positive Beitrag, den George Wallace zur politischen Entwicklung geleistet hat. Die falsche Rücksichtnahme auf die Kräfte im Süden ist überflüssig geworden.

Auch in den Reihen der Arbeiterschaft rührt sich etwas. Die Automobilarbeitergewerkschaft, die größte und finanzkräftigste Gewerkschaft in Amerika, hat sich bereits von der letzten nationalen Tagung der AFL/CIO, der sie angehört, ferngehalten. Sie weigert sich, ihren Mitgliedsbeitrag an die Dachorganisation abzuführen. Gerüchte besagen, daß Verhandlungen im Gange seien, eine neue Gewerkschaftsföderation zu bilden, unter Einschluß auch solcher Gewerkschaften, die früher wegen ihrer militanten Haltung aus der AFL/CIO ausgeschlossen worden waren. In einigen dieser Verbände haben sich in den letzten Jahren Gruppen aktiv an der fortschrittlichen Bewegung beteiligt, und zwar gegen die ausdrücklichen Anweisungen ihrer Führungen.

Es sind Kräfte dieser Art, die zusammen mit früheren Anhängern Senator McCarthys und Kennedys, mit Teilen der Studentenbewegung und mit den zahlreichen Friedensorganisationen eine Basis für eine Neuformierung der Linken bilden könnten. Die rasche Verschärfung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konflikte, die moralische und kulturelle Zersetzung der Gesellschaft und die unüberwindlichen Hindernisse, denen sich das anachronistische amerikanische System gegenüber sieht, haben eine politische Atmosphäre geschaffen, die eine echte politische Alternative möglich macht.

Dorothea Dane / Niels Kadritzke

Politische Tendenzen in Israel

Die Verfasser dieses Aufsatzes haben als Mitglieder einer Delegation des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und des Bundesverbandes Deutsch-Israelitischer Studiengruppen (BDIS) im Herbst dieses Jahres eine Studienfahrt nach Israel unternommen. Während ihres Aufenthaltes in Israel und in den besetzten Gebieten hatten sie Gelegenheit, sich in Gesprächen und Diskussionen mit Vertretern der israelischen Parteien, mit arabischen Politikern und mit jüdischen und arabischen Bewohnern über den aktuellen Stand des Nahost-Konfliktes zu informieren.

Die besonders ausführlichen Kontakte mit Vertretern der politischen Linken ermöglichten den Verfassern einen genaueren Einblick in die schwierige Situation, in der sich die sozialistischen Kräfte Israels nach dem Juni-Krieg befinden.

Um dem Vorwurf einer einseitig kritischen Beurteilung der israelischen Politik vorzubeugen, weisen die Verfasser ausdrücklich darauf hin, daß ein Überblick über die komplizierte Lage im Nahen Osten erst vollständig wäre, wenn eine ebenso kritische Darstellung der arabischen Politik und ihrer schwerwiegenden Fehler gegeben würde. Im Rahmen dieses Aufsatzes konnte diese Seite des Problems ebenso wenig berücksichtigt werden wie andere wichtige Fragestellungen (z. B. die Rolle der Großmächte, soziale Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft), die einer gründlicheren und ausführlicheren Analyse bedürften. *D. Red.*

Wer die Lage im Nahen Osten zu beurteilen versucht, hat sich eine Frage vorzulegen, die auch dem Besucher Israels als erste gestellt wird: Wie stehst Du zur Existenzberechtigung eines mehrheitlich jüdischen Staates inmitten einer arabischen Umwelt?

Bis zur Gründung des Staates Israel war diese entscheidende Frage gewiß nicht leicht zu beantworten, denn selbst auf dem linken und liberalen Flügel der zionistischen Bewegung wurde noch bis 1947 der Gedanke an einen jüdisch-arabischen Palästina-Staat propagiert, den es in anti-imperialistischer Gemeinsamkeit zu begründen gelte [1]). Der Krieg von 1947/48 hat die Vertreter des binationalen Konzeptes gezwungen, ihr Programm auf die schwer genug zu realisierende Zielvorstellung einer friedlichen Koexistenz zweier Nationalstaaten auf palästinischem Boden zu reduzieren. Daher halten auch jene Zionisten, die auf lange Sicht ein die nationalstaatliche Raumaufteilung überwindendes Konzept verfolgen, für die verfeindete Situation der Gegenwart an einem Nationalstaat fest, der für das jüdische Volk die derzeit optimale Sicherheitsgarantie darstellt, die in einer von Konflikten geprägten Region für nationale Minderheiten denkbar ist [2]).

Die Geschichte der zionistischen Idee zeigt, daß sich die Vorstellung eines jüdischen Siedlungsraumes erst dann zum nationalstaatlichen Projekt verdichten konnte, als die Bedrohung der mittel- und osteuropäischen Juden durch den deutschen Faschismus sichtbar wurde [3]).

Auch wer Anti-Semitismus nicht als integralen Bestandteil des Faschismus ansieht, wird diesen Zusammenhang nicht außer acht lassen können. Anti-Faschismus fordert demnach Sorge um das Schicksal der Menschen, die auf so beispiellose Weise Opfer des Faschismus geworden sind. Über diese Verpflichtung zu anti-faschistischer Solidarität hinaus ist für eine gerechte Beurteilung des Nah-Ost-Problems aber der Hinweis Isaak Deutschers entscheidend, daß die Araber es waren, „die man dazu bestimmte, den Preis für die Verbrechen zu zahlen, welche der Westen an den Juden begangen hatte" [4]). Demnach gilt es konsequent jenem im Westen herrschenden anti-faschistischen Schuldbewußtsein entgegenzutreten, das rigoros pro-israelisch und ebenso rigoros anti-arabisch ausfällt. Die Anerkennung der Existenzberechtigung für den Staat Israel darf keinesfalls implizieren, was viele Israelis wie selbstverständlich erwarten: eine unkritische Rechtfertigung der ganzen politischen Entwicklung, die dieser Staat seit seiner Gründung genommen hat, einschließlich seiner Einstellung zur arabischen Umwelt.

Zionismus und Imperialismus

Nur offen reaktionäre Kräfte in Israel erlauben es sich, ähnlich wie die Springer-Presse in Deutschland, den Anti-Semitismus-Verdacht gegen jedermann auszusprechen, der Vorbehalte gegen die israelische Politik zu formulieren wagt. Aber auch israelische Sozialisten sind nicht immer bereit, sich ohne emotionales Mißtrauen auf eine kritische Zionismus-Diskussion einzulassen [5]). Eine solche Diskussion muß auch die Frage aufwerfen, ob und in welchem Maße die zionistische Bewegung — mit oder gegen ihre ursprünglichen Intentionen — imperialistische Konsequenzen zur Geltung bringt oder aber mit imperialistischen Mächten zusammenarbeitet. Beide Fragen können ohne jeden antisemitischen Hintergedanken gestellt werden und werden in Israel seit langem diskutiert.

---

1) Vgl. Hermann Meyer-Cronemeyer, Der Zionismus, Germanica Judaica, N. F. 19/20, S. 19 ff.
2) Die Behandlung des Kurden-Problems im Irak zeigt, daß die arabische Minderheitenpolitik nicht jenseits aller Kritik liegt. Konsequenterweise hat sich der Kurdenführer Barsani im Juni-Krieg nicht auf einen Burgfrieden im Irak eingelassen und damit verhindert, daß wesentliche Teile der irakischen Armee gegen Israel eingesetzt wurden.
3) Vgl. Meyer-Cronemeyer, S. 28 ff.
4) Isaak Deutscher, Der israelisch-arabische Konflikt, Voltaire-Flugschrift Nr. 21, S. 15.
5) So hat das Sekretariats-Mitglied der Mapam Simcha Flapan Deutscher indirekt vorgeworfen, er verbreite mit seinem Anti-Zionismus einen Anti-Imperialismus „für dumme Kerls", so wie die Faschisten mit ihrem Anti-Semitismus einen „Sozialismus für dumme Kerls" verkaufen wollten. Vgl. Flapan, The Arab-Israeli War of 1967, Tel Aviv 1968.

Das Buch, das zur diesjährigen Frankfurter Buchmesse großes Aufsehen erregte!

Unbewältigt

Eine Dokumentation
94 Seiten · Broschiert 2.- DM

Ebenso wie das ‚Braunbuch', DM 5.80, und das ‚Graubuch', DM 5.60, gibt diese Dokumentation einen genauen Überblick über die braune Vergangenheit führender Kräfte der Bundesrepublik.
Ihre Bestellungen richten Sie bitte an eine örtliche Buchhandlung oder direkt an den Verlag.

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
DDR · 108 Berlin · Otto-Grotewohl-Straße 17

Als imperialistisch muß ganz ohne Zweifel ein religiös-chauvinistischer Zionismus angesehen werden, der unter Berufung auf die geographische Ausdehnung des alttestamentarischen Siedlungsgebietes jüdischen Anspruch auf arabisch besiedeltes Land jenseits der alten Grenzen erhebt. Die bedenkliche Verstärkung dieser expansionistischen Gruppierung nach dem Juni-Krieg soll noch ausführlich dargestellt werden. Über ihren reaktionären Charakter kann so wenig Zweifel bestehen wie über die politische Qualifizierung jener bundesrepublikanischen Grenz-Revisionisten, die seit dem Juni-Krieg das „kleine Israel" als geopolitisch erfolgreiches Vorbild feiern.

Während die territorialen Expansionisten ganz offensichtlich eine Unterwerfung und wirtschaftliche Durchdringung arabischen Gebietes anstreben, birgt ein gemäßigter Zionismus weniger offensichtlich imperialistische Tendenzen in sich. Dieser gemäßigte Zionismus, der heute bis weit in sozialistische Kreise hinein vertreten wird, zielt nach wie vor auf eine Einwanderung möglichst vieler Juden nach Israel. Hieraus folgt noch nicht notwendig ein Zwang zu territorialer Expansion, wie arabische Politiker immer wieder behaupten, denn mehrere Millionen Menschen können allein in der noch zu erschließenden Negev-Wüste angesiedelt werden. Die Tatsache aber, daß die finanziellen Mittel, die die Lösung des Einwandererproblems von den infrastrukturellen Voraussetzungen her überhaupt erst ermöglichten, Israel überwiegend aus dem Ausland zuflossen [6]), mußte bedenkliche Konsequenzen haben. Da auf der anderen Seite die arabischen Staaten, auf sich allein gestellt, nicht in der Lage waren, das Problem der palästinensischen Flüchtlinge in ähnlicher Weise zu lösen, entstand im Nahen Osten ein künstlich überhöhtes Gefälle des ökonomischen und zivilisatorischen Standards zwischen Gesellschaften, die an sich mit denselben bevölkerungspolitischen Schwierigkeiten der Ernährung und Integration von Zuwanderern zu kämpfen hatten.

Die Weigerung der israelischen Regierung, zur Lösung des arabischen Flüchtlingsproblems beizutragen, und ihre erklärte Einwanderungspolitik verlängern diesen Zustand zwangsläufig auch in die absehbare Zukunft. Nachdem das Potential orientalischer Einwanderer ausgeschöpft ist und keine Aussicht auf Einwanderer aus der Sowjetunion besteht, sind die jüdischen Minderheiten Europas und beider Amerikas das derzeit einzige Immigranten-Reservoir. Um diesen Juden aus den reichen Gesellschaften des Westens eine Umsiedlung ohne sozialen Abstieg zu ermöglichen, gilt es heute, einen künstlich geschaffenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der auch weiterhin nur durch die hohe Kapital-Zufuhr und durch finanzielle Zuweisungen aus der Diaspora (vor allem USA) garantiert wird. Die Zielvorstellung einer Sammlung aller erreichbaren Juden impliziert damit den Ausbau der israelischen Wirtschaft zu einer fremdfinanzierten potentiellen Vormacht im Nahen Osten.

Zwar kann Israel diese Vormachtstellung derzeit gegenüber seinen arabischen Nachbarn nicht zur Geltung bringen, weil mit diesen keine wirtschaftlichen Austauschbeziehungen bestehen. Aber die expansive Dynamik der israelischen Wirtschaft und die Möglichkeit für westliches Kapital, über das Einfallstor Israel dominierende Positionen im Nahen Osten zu erobern, können die arabische Bereitschaft keineswegs fördern, mit Israel normale Handelsbeziehungen aufzunehmen. Das sozialistische Bekenntnis israelischer Politiker, man strebe durchaus eine Einordnung des Landes in den Nahen Osten und damit auch für die arabische Seite nützliche wirtschaftliche Beziehungen zu den Umliegerstaaten an, ist

[6]) Vgl. Horst Stemmler/Walmot Falkenberg, Der Konflikt im Nahen Osten, in: Neue Kritik 42/42 (August 1967), S. 66.

demnach nicht zu vereinbaren mit einer auf die westliche Diaspora gerichteten aktiven Einwanderungspolitik.

Uber jedem Imperialismus-Verdacht steht dagegen ein Zionismus-Begriff, der die politische Zielvorstellung einer verstärkten jüdischen Einwanderung der einer Assimilierung des Staates an die orientalische Umwelt unterordnet. Moshe Sneh, Knesseth-Abgeordneter der kommunistischen Maki-Partei, der auch gegen den gemäßigten Zionismus wegen seiner imperialistischen Implikationen argumentiert, sieht drei prinzipiell gleichwertige Möglichkeiten jüdischer Selbstverwirklichung: in der Einwanderung nach Israel, in der Assimilation im Herkunftsland und der Integration in eine jüdische Volksgruppe außerhalb Israels. Er ist nur in dem Sinne Zionist, daß er im Staate Israel eine Zufluchtsstätte für diskriminierte Juden aller Länder sieht. Die Übersiedlung nach Israel ist für ihn damit nicht mystisch verklärter Aufstieg zum historischen Bestimmungsort aller Juden, sondern stets offenzuhaltende Möglichkeit für den einzelnen, insbesondere den verfolgten Juden, keinesfalls aber zwingende Notwendigkeit für den Staat Israel. Der Zusammenhang zwischen diesem reduzierten Zionismus-Konzept und sozialistischen wie anti-imperialistischen Zielvorstellungen ist zwingend: wer keine Rücksichten auf die Konsum-Erwartungen und Investitions-Wünsche potentieller Einwanderer und ihrer Förderer aus kapitalistischen Mittel- und Oberschichten nimmt, kann für die wirtschaftliche Binnenstruktur des Staates sozialistische Vorstellungen entwickeln und auf die wirtschaftliche Abhängigkeit von kapitalistischen Geldgebern verzichten.

Die innenpolitischen Rückwirkungen des arabisch-israelischen Konfliktes machen es den Vertretern eines anti-imperialistischen Zionismus schwer, dem Argument entgegenzutreten, angesichts der zahlenmäßigen arabischen Übermacht sei Israel schon aus militärischen Gründen auf eine größere Bevölkerung angewiesen. Solchen Einwänden versucht die israelische Linke ein langfristiges Konzept des arabisch-jüdischen Ausgleichs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entgegenzuhalten.

Die prinzipielle Schwierigkeit, aus solch langfristigem Koexistenz-Konzept kurzfristige politische Handlungsanweisungen abzuleiten, die Schwierigkeit also, aktuelle Sicherheitsinteressen des Staates mit langfristigen, auf positiven Sicherungen beruhenden Friedensvorstellungen zu verbinden, erklärt weitgehend die defensive Position, in der sich die israelische Linke heute befindet.

Andererseits erfordert ein langfristig realistischer Friedensplan von israelischer Seite statt abstrakt geäußerter Friedenshoffnungen konkrete Angebote oder gar Vorleistungen, die von einer starken Linken innenpolitisch erst einmal erstritten werden müßten.

Im folgenden soll kurz untersucht werden, ob und in welchem Maße Elemente eines auch arabischerseits diskutablen Friedensprogramms von israelischen Parteien und Gruppierungen vertreten werden, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, wie jeweils die Frage der Schuld am Juni-Krieg beurteilt wird.

Die Konzeption der linken Kräfte

Die Aussichten, daß sich im Rahmen der sozialdemokratischen Labour-Partei die progressiven Kräfte durchsetzen, haben sich zerschlagen, seit der Kern der alten Regierungspartei (Mapai und Achdut Ha'awoda) sich mit den „starken Männern" der Rafi um Moshe Dayan angereichert hat. Daß diese Labour-Fraktion einen harten außenpolitischen Kurs steuert, haben die häufigen Be-

merkungen Dayans zu territorialen Fragen deutlich gemacht. Wer aus Sicherheitsgründen die Sinai-Halbinsel behalten will und wer im Jordan die natürliche Grenze des Landes sieht, steht nicht zum Text der UN-Resolution vom 22. November 1967, die Israel formell akzeptiert hat. Die Differenzen innerhalb des israelischen Kabinetts, die seit dem Juni-Krieg immer wieder sichtbar geworden sind, haben sich durch den Labour-Zusammenschluß auf die größte Partei übertragen, in der Außenminister Ebans Einfluß weiter zurückgegangen ist. Aber auch Ebans eigene Vorstellungen über mögliche Sicherheitsgrenzen sind nicht eindeutig definiert, wenn auch außer Zweifel steht, daß er wie ein Teil der Parteimitglieder auf den Großteil der Westbank und wohl auch auf die Sinai verzichten würde. Aber auch Eban mißachtet neuerdings den Willen der UNO, indem er öffentlich für den Allon-Plan eintritt, der eine jüdische Besiedlung des Jordan-Tales zwischen See Genezareth und dem Toten Meer vorsieht. Nur der Streifen zwischen Jordan-Tal und der „alten" Grenze soll im Falle eines Friedens an Jordanien zurückgegeben werden [6a]).

Der auf den ersten Blick zukunftsweisende Gedanke einer Konföderation zwischen einem arabischen Staat Palästina und Israel, wie er von Mapai-Vertretern geäußert wird, hat jedoch ambivalenten Charakter. Zum einen liegt diesem Plan die Vorstellung eines außenpolitisch bevormundeten und wirtschaftlich abhängigen Vasallenstaates zugrunde, zum anderen will er dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser vorgreifen, die sich auf keinen Fall eine Option gegen die haschemitische Feudalherrschaft israelischerseits aufzwingen lassen wollen. Insgesamt stellen die Vorstellungen der Labour-Partei über die Zukunft der besetzten Gebiete für die betroffenen Araber kein diskutables Verhandlungsangebot dar, zumal über die Flüchtlingsfrage erst nach formeller Anerkennung des Staates Israel gesprochen werden soll. Aus arabischer Sicht muß die Politik der größten Regierungspartei als Verschleierung ihrer Konzessions-Unwilligkeit erscheinen, weil sie weder bereit ist, für den Fall möglicher Verhandlungen klare Angebote als Gegenleistung für eine Anerkennung zu nennen, noch einwilligt, in vorgängig indirekten Verhandlungen den beiderseitigen Konzessionsspielraum auszuloten [7]).

Die Führung der seit 1966 in der Regierung wieder vertretenen jüdisch-arabischen Mapam[8]) und zwei Drittel ihrer Mitglieder vertreten in außenpolitischer Hinsicht das Konzept der Labour-Mehrheit. Der Führer der Mapam, Jaari, kann nicht einmal als rückhaltloser Verfechter des Eban-Kurses gelten, nachdem er, getreu seinem alten Konzept einer „Wiedervereinigung des größten Teils des jüdischen Volkes in ganz Palästina" [9]), nach dem Juni-Krieg mehrfach expansionistische Vorstellungen geäußert hat [10]). Die Vertreter des linken Mapam-Flügels dagegen, die sich im übrigen vom Abbau der rechtlichen und sozialen Unterprivilegierung der über 300 000 arabischen Bewohner Israels positive außenpolitische Wirkungen versprechen, vertreten ein realistischeres Verhandlungsprogramm. Von der These ausgehend, daß der Juni-Krieg, ganz im Gegensatz zum Sinai-Feldzug von 1956 (den die Mapam zwar anfangs abgelehnt, spä-

6a) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19. 11. 1968, S. 7.
7) Eban wollte Anfang November vor seiner Rückkehr nach New York das Kabinett auf ein Konzept indirekter Verhandlungen festlegen, was ihm offensichtlich nicht gelungen ist.
8) Die Mapam hält sich selbst für eine marxistische Partei, was umstritten ist. Sie zeichnet sich aber immerhin durch eine konsequente und aktive Vietnam-Opposition aus und unterhält gute Beziehungen zu vielen sozialistischen Parteien, u. a. zur KP Kubas.
9) Zitiert nach: K. Iwanow, S. Scheinis, Der Staat Israel, Situation und Politik, Berlin 1960, S. 49.
10) Entsprechend ist für die Wahlen von 1969 eine Listenverbindung zwischen Labour und Mapam zu erwarten, der im Oktober dieses Jahres nur noch die Weigerung der Labour-Führung entgegenstand, die arabischen Knesseth-Kandidaten der Mapam auf die gemeinsame Liste zu setzen. Die meisten arabischen Mapamniks neigen denn auch dem linken Flügel der Partei zu, der Listenverbindungen ablehnt, der Regierungskoalition skeptisch gegenübersteht und die Labour-Partei auch im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung mit rätedemokratischen Vorstellungen bekämpfen will.

ter aber in nationaler Einigkeit mitgetragen hat) dem Lande aufgezwungen wurde, sehen sie doch Dayans Versuch, die Anerkennung Israels durch Waffengewalt zu erreichen, als gescheitert an. Weil ihr unvorstellbar ist, daß Israel den Frieden durch Krieg erringen kann, bemüht sich diese Gruppe um politische Schritte zur Beendigung des Konfliktes. Dabei setzt sie noch immer auf eine Entspannung im internationalen Rahmen — blasser Abglanz jener vor 1967 in der Mapam weitverbreiteten Hoffnung, die Sowjetunion werde nach dem Vorbild von Taschkent auch zwischen Arabern und Israelis Frieden stiften.

Von israelischer Seite verlangt die Mapam eine deutliche Erklärung, daß keine Expansion beabsichtigt sei, schon weil für sie Expansion einen neuen Krieg bedeutet. Als Gegenleistung für eine solche Willenserklärung hätten die arabischen Staaten die Existenzberechtigung des Staates Israel auszusprechen. Allerdings sei es irreal, direkte Verhandlungen über einen Frieden zu fordern, weil die arabischen Regierungen nach ihrer Niederlage nur indirekte Verhandlungen akzeptieren können. Die Möglichkeit einer späteren friedlichen Koexistenz sieht der linke Mapam-Flügel nur unter der Voraussetzung starker sozialistischer Kräfte in beiden Lagern. Arabische Mapam-Politiker unterhalten deshalb indirekte Kontakte über italienische und französische Genossen mit sozialistischen Gruppierungen z. B. in Ägypten. In der Frage Jerusalems ist die linke Fraktion ganz im Gegensatz zur Mapam-Führung nicht festgelegt: Auch Jerusalem muß nach ihren Vorstellungen Verhandlungsgegenstand sein, wenn auch eine Rückkehr zum Status quo ante als undenkbar erscheint.

Das Interesse an spezifisch jüdischen bzw. arabischen Wählerschichten erklärt die unterschiedliche Einstellung der beiden kommunistischen Parteien Maki und Rakach zu den außenpolitischen Fragen und auch zur Bewertung der Kriegsschuldfrage [11]).

Die Maki sieht den ersten Schritt zum Juni-Krieg in der Schließung der Straße von Tiran [12]). Gleichwohl wird genau gesehen, daß auf israelischer Seite schon vor dem Krieg Annexions-Forderungen erhoben wurden, deren Einlösung es nach dem Krieg zu verhindern gilt. Denn für die Maki rechtfertigt die Verteidigung im Juni-Krieg keinerlei Annexionen, die nur eine neue Kriegsgefahr heraufbeschwören würden. Eine Friedensregelung müsse vielmehr die Rückgabe aller besetzten Gebiete beinhalten, wenn auch entmilitarisierte Zonen anzustreben seien. Die Maki nimmt damit heute eine ähnliche Haltung ein wie 1948, als sie die Waffenstillstandslinien des Unabhängigkeitskrieges ebenfalls nicht als endgültig akzeptieren wollte, ohne weitergehende praktische Forderungen aus der Erkenntnis abzuleiten, daß die jüdische Erschließung Galiläas schließlich nicht verhindert werden konnte. Föderations-Plänen steht die Maki sehr skeptisch gegenüber. Bis zu einem Friedensvertrag sollen sich die Palästinenser selbst regieren dürfen, ohne daß ihre Entscheidung über Eigenstaatlichkeit bzw. Rückkehr zu Jordanien von israelischer Seite aus präjudiziert wird. Eine Rückgabe der besetzten Gebiete ohne Friedensregelung lehnt die Maki allerdings ab, weil sie diese als Garant für die Erhaltung Israels ansieht.

Die Rakach sieht imperialistische Interessen bei der Entstehung des Juni-Krieges als wichtige Faktoren an. Israel sei deutlich der Aggressor gewesen, obwohl die

11) Die Kommunisten Israels sind seit 1965 in zwei Parteien gespalten. Als der damalige algerische Staatspräsident Ben Bella in seiner Moskauer Rede anläßlich der Verleihung des Lenin-Ordens die Vernichtung Israels als Teil des Kampfes gegen den Imperialismus verkündete, ohne daß die sowjetische Seite sich von dieser Äußerung distanzierte, bildeten sich innerhalb der KP zwei Fraktionen, die sich dann trennten. Die vor allem von jüdischen Mitgliedern getragene Maki begann sich von der Moskauer Linie zu lösen, während die vor allem von Arabern getragene Rakach noch immer auf Moskauer Linie liegt, was sich auch in ihrer Stellungnahme zur CSSR äußert.

12) Vgl. Flapan, a.a.O., S. 18 ff., der zwei Phasen der Krise unterscheidet und den Beginn der zweiten, entscheidenden Phase erst mit der Schließung der Straße von Tiran ansetzt.

ägyptische Regierung, z. B. mit der Schließung der Straße von Tiran, Fehler gemacht habe. Im Rahmen einer Friedensregelung fordert die Rakach eine Anerkennung Israels durch die arabischen Regierungen, wobei offenbleibt, ob sie damit auch den territorialen Besitzstand des Staates garantiert sehen will. Damit formuliert die Rakach ihre Anerkennungsbereitschaft so formal, wie ihre Funktion als eine im israelischen Staat arbeitende Interessenvertretung der arabischen Einwohner dies vorschreibt. Der israelischen Nachkriegspolitik werfen die arabischen Kommunisten eine Mißachtung der UNO-Resolution vom November 1967 vor, da sie als Verhandlungsziel nicht die Rückgabe der besetzten Gebiete, sondern allenfalls deren Teilung anstrebe. Daher verhindere vor allem die israelische Politik der Stärke eine Überwindung des Konfliktes. Israel müsse als ersten Schritt zu einer Friedenslösung die besetzten Gebiete räumen und generell zu erkennen geben, daß es bereit sei, zusammen mit den arabischen Sozialisten imperialistische Strömungen im Nahen Osten zu bekämpfen. Auch das Flüchtlingsproblem müsse einer Lösung nahegebracht werden, bevor eine Anerkennung für die arabischen Staaten denkbar erscheine [13]).

Links von allen Parteien steht in Israel nur eine sehr kleine Gruppe anti-autoritärer Sozialisten, die sich um die Zeitung Matz-Pen gebildet hat. Sie baut auf einen die Staatlichkeit der nationalen Gebilde im Nahen Osten revolutionär überwindenden Kampf der fortschrittlichen Kräfte und versucht, diesen in Israel zu organisieren, indem sie durch radikale Kritik und provokative Aktionen die expansionistisch-imperialistischen Kräfte des Landes bekämpft. Ein nicht-zionistisches Israel muß nach den Vorstellungen der Matz-Pen-Gruppe die rückkehrwilligen arabischen Flüchtlinge repatriieren und die anderen entschädigen. Es wird darüber hinaus „seine Bereitschaft erklären, den Palästinensern territoriale Konzessionen zu machen, und ihnen helfen, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten, falls sie diesen wünschen sollten". Die später angestrebte Verschmelzung von Palästinensern und Israelis in einem sozialistischen föderativen Staat soll langfristig dem „Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Vereinigung des gesamten Nahen Ostens" dienen [14]).

Chauvinistische und koexistenzfeindliche Strömungen

Eine für die Zukunft Israels und der Region entscheidende Frage ist nun, in welchem Maße solche kritischen Meinungen im Spektrum der politischen Öffentlichkeit vertreten sind und welche Aussichten sie haben, Eindruck auf die Gesamtbevölkerung und auf die Politik der arabischen Staaten zu machen. Die Antwort auf diese Frage muß heute entmutigend negativ ausfallen. Dies aus mehreren Gründen.

Die Immobilität der israelischen Politik folgert seit Bestehen des Staates aus der leidigen Tatsache, daß auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Umwelt stets eine Periode folgte, in der eine militante Politik der Rechten und das Burgfriedensverhalten der Linken zu einer im Ergebnis maximalistischen Regierungspolitik zusammenfielen. Nach dem Juni-Krieg dokumentiert sich die von der Linken mehr oder weniger passiv hingenommene Dominanz der politischen Rechten in der Fortdauer der riesigen Koalition, die Ende Mai 1967 zur Beschwichtigung der Bevölkerung gebildet worden war. Die Mapam hält bis heute in dieser Notstands-Koalition aus und nimmt damit in Kauf, daß alle möglicherweise auch arabischerseits diskutablen Friedens-Vorstellungen durch das Regierungs-

13) Undeutlich ist, welchen Einfluß die Rakach auf Politiker der arabischen Staaten hat. Ihre Schwierigkeiten, außerhalb Israels akzeptiert zu werden, zeigt die Tatsache, daß auf Drängen arab. Parteien die Rakach nicht zur Konferenz der linken Parteien des Mittelmeerraumes zugelassen wurde.
14) Zitiert aus einer von der Matz-Pen-Gruppe mitunterzeichneten Erklärung zur Nahost-Krise, abgedruckt in: DISkussion, Nr. 23, S. 33 ff.

bündnis mit der chauvinistisch-expansionistischen Gachal-Partei unter Führung des exemplarischen Demagogen Menachem Begin ebenso unglaubwürdig werden, wie in früheren Jahren realistische arabische Stimmen durch die mörderische Hetze eines Shukeiri diskreditiert wurden.

Die Duldung der Rechtsparteien in der Koalition beraubt die linken Kräfte in der Regierung darüber hinaus jeder Möglichkeit, die wachsende chauvinistische Grundströmung in der Bevölkerung wirkungsvoll zu bekämpfen. Der unbedenkliche, fast naive Nationalismus weiter Teile der Bevölkerung macht sich nicht nur im Alltagsbild des Landes in Form aller möglichen Souvenirs bemerkbar, die die militärischen Aktionen des letzten Jahres und ihre Helden in peinlich glorifizierender Weise feiern. Er tritt auch in politischer Umsetzung als stetig anwachsende „Bewegung für ein größeres Israel" in Erscheinung, die dank ihrer publizistischen Rührigkeit vielleicht schon 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung auf ein expansionistisches Programm verpflichtet hat. Dieser durch den Krieg verstärkte, auf einem Gefühl militärischer Überlegenheit aufbauende nationalistische Extremismus droht heute in der Bevölkerung jene Grundeinstellung zugunsten eines außenpolitischen Kompromisses zu zerstören, die Voraussetzung für einen modus vivendi mit den Arabern ist und bleibt[15]). Auch wenn man die ständige Mobilisierungs-Bereitschaft des Volkes als Zwang der außenpolitischen Situation akzeptiert, kann man vor den Gefahren einer zunehmenden Militarisierung der öffentlichen Meinung nicht die Augen verschließen. Israelische Gesprächspartner versuchen den besorgten Besucher oft mit dem Hinweis zu beruhigen, die militärische Prägung der Gesellschaft sei eine unfreiwillige und schon deshalb unbedenklich, weil die Armee in ihrer Binnenstruktur demokratisch sei wie keine andere. Auch wenn dies zutrifft, bleibt zu fragen, wie man der Gefahr begegnen will, daß die Bevölkerung die außenpolitischen Probleme nur aus militär-strategischer Sicht wahrnimmt und auch innenpolitisch aus der Sicht des Soldaten optiert. Die Frage stellt sich um so dringlicher, als das Problem der politischen Kontrolle des militärischen Apparates und seiner Entscheidungen in Israel nie endgültig gelöst sein wird. Der indirekte oder konspirative Einfluß militärischer Kreise hat die Politik immer wieder stören können, wenn sie zu „zivilistisch" auszufallen drohte: So in der Lavon-Affäre, die den intriganten Kampf von Militär-Politikern gegen die offizielle Politik der Regierung Sharett enthüllte [16]). Die intransigente Haltung der israelischen Politik zur UNO-Resolution ist nur zu verstehen, wenn man den Einfluß militärischer Autoritäten auf die Außenpolitik in Rechnung stellt. Insofern liegt der Verdacht nahe, daß auch die israelischen Vorstöße auf ägyptisches Gebiet und die Sprengung der Nilbrücken am 31. Oktober 1968 Maßnahmen waren, die sich vor allem gegen die zu diesem Zeitpunkt nicht ganz hoffnungslosen diplomatischen Bemühungen Außenminister Ebans richteten, in indirekten Kontakten mit der arabischen Seite Fortschritte zu erzielen.

Welche Gefahr die Fortsetzung militärischer Karrieren in der israelischen Politik darstellt, zeigt sich in der geschickten Art, in der ein Exponent des Militärs wie General Dayan mit Hilfe der rechten politischen Kräfte des Landes die Diskussion um die Zukunft Israels mit der Durchschlagskraft militärischer Argumente zu entscheiden versucht. Denn erst die angeblich realistische Kalkulation mit strategischen Sicherheitsgrenzen ermöglicht es den Vertretern eines territorialen

15) Vgl. Carl J. Schneider, The Arab-Israeli Conflict: A Re-Examination, in: Problems in international relations, 2. Aufl., hrsg. von Gyorgy/Gibbs, Englewood Cliffs, 1962, S. 218.
16) Der damalige Verteidigungsminister Lavon mußte 1955 zurücktreten, als sich herausstellte, daß militärische Kreise Israels durch ägyptische Juden Unruhen gegen Nasser geschürt hatten, um eine mögliche Entspannung zwischen Ägypten und Israel zu verhindern. Der nicht endgültig geklärte Verdacht, in welchem Maße auch Ben Gurion in die Affäre verwickelt war, hat später zur Abspaltung der Rafi von der Mapai beigetragen.

Expansionismus, über die religiös motivierten Bevölkerungsteile hinaus Anhänger für ein Konzept des „greater Israel" zu rekrutieren.

Die entscheidende politische Auseinandersetzung um eine Friedensregelung spielt sich demnach zwischen den „Falken" und den „Tauben" ab, die man auch als „strategische Realisten" und als „politische Realisten" charakterisieren kann. Erstere halten sichere Grenzen für die einzige Voraussetzung des Friedens. Die langfristige Zielvorstellung einer politisch statt militärisch gesicherten Koexistenz mit den arabischen Nachbarn, die heute und auf absehbare Zeit mit dem strategischen Sicherheitskalkül konfligiert, ersetzen die „Falken" durch eine Doktrin des exemplarischen Strafens, durch die allein die Araber „zur Vernunft" und das heißt zur Anerkennung Israels gebracht werden könnten [17]). Israel handelt in dieser Konzeption in der Nachfolge der britischen Politik als regionale Ordnungsmacht, die sich Koexistenz letztlich nur als freiwillige Anerkennung ihrer natürlichen Überlegenheit durch die Araber vorstellen kann. Gegen die arabische Feindschaft hilft im Zweifelsfall nicht ein Verhandlungsangebot, sondern nur die Aussicht auf einen neuen Waffengang [18]).

Diese Einstellung hat auch in starkem Maße die Politik gegenüber der arabischen Minderheit in Israel bestimmt. Bis Dezember 1966 waren die Bürgerrechte der israelischen Araber durch gesetzliche Vorschriften beschränkt, die noch aus der Mandatszeit stammten. Auch nach der Aufhebung der Militärverwaltung kann die Bewegungsfreiheit oppositioneller Araber durch die zivilen Behörden eingeschränkt werden, politische Kontakte mit Bewohnern der besetzten Gebiete sind ohnehin untersagt. Die rechtliche Gleichsetzung der Araber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre beträchtliche soziale Benachteiligung so bald nicht ausgeglichen werden kann. Welche Barrieren hier noch zu überwinden sind, zeigt schon der Durchschnittsverdienst eines Arabers, der um 1/3 hinter dem jüdischen Durchschnittslohn zurückbleibt [19]). Besonders auffällig wird die arabische Unterprivilegierung auf dem Bildungssektor: während auf 20 jüdische Schüler ein Student kommt, ist das entsprechende Verhältnis im arabischen Bevölkerungsteil 200 : 1 [20]).

Die israelische Politik in den besetzten Gebieten

Die entscheidende politische Auseinandersetzung zwischen „Falken" und „Tauben" spielt sich heute allerdings in der Diskussion um die Zukunft der besetzten Gebiete ab, für deren Verwaltung das Verteidigungsministerium verantwortlich ist. Neben dieser Zuständigkeit ergibt sich ein weiterer gleichsam natürlicher Vorsprung für die Realisierungschancen der „strategischen Realisten" aus der Unfähigkeit der Großen Koalition, verbindliche Vorstellungen für ihre Besatzungspolitik zu fixieren [21]).

Im Schutz dieser offiziellen Undefiniertheit werden aber sowohl in den besetzten Gebieten als auch im öffentlichen Bewußtsein der israelischen Bevölkerung allmählich Fakten geschaffen, die später ihr eigenes Gewicht für eine endgültige Eingliederung der besetzten Gebiete entwickeln können.

Die Gewöhnung der Israelis an die „neuen Grenzen", wie sie fast nur noch genannt werden (während der Besucher schon auf Vorbehalte stößt, wenn er von

---

17) So auch die Einschätzung von General Burns, der von 1955—57 Leiter der UNO-Waffenstillstandskommission (UNTSO) im Nahen Osten war, in: Between Arab und Israeli, New York 1963, S. 62 ff.
18) Vgl. Dayans Charakterisierung durch Burns, a.a.O., S. 65 f., und Dayans ständige Hinweise auf die Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges. Vgl. auch Deutscher, a.a.O., S. 15.
19) Die Angaben stützen sich auf ein Gespräch mit dem Mapam-Abgeordneten Abdul Assis Suabi.
20) Zahlen nach „Tatsachen aus Israel 1968", S. 65 f., S. 154 ff.
21) Zwar werden von den verschiedenen Regierungsmitgliedern ständig Gedanken über eine territoriale Aufteilung der besetzten Gebiete geäußert, die sich oft widersprechen; eine verbindliche Generallinie ist hieran jedoch nicht abzulesen.

besetzten Gebieten spricht), wird konsequent kartographisch gepflegt: So ist kaum mehr eine Karte zu erhalten, in der die alten Grenzen eingezeichnet sind. Auch die vom Auswärtigen Amt herausgegebene offizielle Touristenbroschüre „Tatsachen aus Israel — 1968" bildet auf ihren Karten nur die Waffenstillstandslinien vom 9. Juni 1967 ab, ohne die alten Grenzen auch nur anzudeuten. In den Auskünften von Regierungsvertretern wird immer wieder hervorgehoben, daß die „neuen Grenzen" natürlicher verliefen, kürzer seien als je zuvor und die strategische Sicherheit denkbar gut garantierten (Golanhöhen, Jordan, Gazastreifen). Im übrigen sei die Situation der Westbank völkerrechtlich unklar, da sie 1948 von Transjordanien ebenfalls besetzt worden sei, ohne daß ihre Bewohner gefragt worden wären. Eine gespielte Ratlosigkeit, wem man das Gebiet eigentlich zurückgeben solle, kaschiert so die Überlegung, daß die Westbank aus strategischen Gründen doch in israelischen Händen am besten aufgehoben sei.

Die Antizipation der Aneignung arabischen Landes wird also im Bewußtsein der Bevölkerung durch die staatliche Öffentlichkeitspolitik gefördert; sie gewinnt ihre eigentliche Bedeutung aber erst vor den Bestrebungen, die demographischen Fakten der Westbank im israelischen Sinne zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang sind die vielfältigen Maßnahmen zur Förderung der Fluchtbewegung nach Transjordanien zu sehen [22]). Die folgenreichsten Ansatzpunkte für eine jüdische Durchdringung der besetzten Gebiete sind jedoch die wachsende Zahl neuer Ansiedlungen. Zwar sollen die sogenannten Wehr-Kibbuzim auf den Golan-Höhen und im Jordan-Tal vorwiegend militärischen Zwecken dienen, aber die Neugründung des religiösen Kibbuz Kfar Ezyon zwischen Hebron und Bethlehem zeigt exemplarisch, wo strategisch motivierte Sicherungspolitik in geopolitisch motivierte Siedlungspolitik umschlägt. Hier ist in der Tat ein erster Schritt zur endgültigen Einverleibung der Westbank vollzogen, dem schon bald weitere folgen können. Als Vorbild für eine solche Entwicklung haben die Araber noch die israelische Siedlungspolitik in Galiläa vor Augen, die mit der Gründung von Grenzkibuzzim begann und nach 20 Jahren demographische Daten geschaffen hatte, die eine Rückkehr zu einem im UNO-Teilungsplan von 1947 vorgesehenen arabischen Galiläa unmöglich machten. Vor diesem Erfahrungshintergrund könnte die Gründung einer jüdischen Neustadt in Hebron, wie sie von Moshe Begin als Pendant zur Neustadt von Nazareth vorgeschlagen wurde, ohne daß die Regierung sich öffentlich gegen diesen Plan gewandt hätte, zum Fanal eines allgemeinen Aufstandes der palästinensischen Araber werden. Eine solche Neustadt wäre jedenfalls kein Beitrag zum vertrauensvollen Kennenlernen zwischen Arabern und Juden, das zuweilen als mögliche Begleiterscheinung der israelischen Besatzung in Aussicht gestellt wird. Ganz in diesem Sinn heben Vertreter der Militärverwaltung gern hervor, eine mildere und humanere Besatzungspolitik als die israelische sei schlechthin nicht denkbar. Diese Politik werde zunehmend das Interesse fördern, das die arabische Bevölkerung an einem friedlichen Zusammenleben mit den Israelis entwickeln müsse. Die israelische Seite läßt bei solchen Überlegungen außer acht, wie stark die arabische Bereitschaft von der Frage abhängt, ob friedliches Zusammenleben von einem Besatzungsregime abgefordert wird oder aber sich auf der Grundlage palästinensischer Souveränität entwickeln soll.

Jenseits dieser für die Araber entscheidenden Frage bringt auch die konkrete Besatzungspolitik für die arabische Bevölkerung Belastungen mit sich, die sie

22) Die Methoden der Israelis während und unmittelbar nach dem Krieg müßten genauer untersucht werden. Aus glaubwürdigen arabischen Quellen erfährt man immer wieder, daß zumindest ein starker psychischer Druck auf die Bewohner Ost-Jerusalems und der Flüchtlingslager ausgeübt wurde. Sicher ist allerdings auch, daß viele Palästinenser aus eigenem Entschluß über den Jordan geflohen sind.

auf die Dauer nicht ertragen kann. So hat sich vor allem die wirtschaftliche Situation der Westbank-Bewohner entschieden verschlechtert [23]). Zwar können die landwirtschaftlichen Produkte der arabischen Bauern nach Transjordanien abgesetzt werden, der Verkauf nach Israel ist aber streng unterbunden, um die israelischen Erzeugnisse vor der billigeren Konkurrenz zu schützen. Der landwirtschaftliche Sektor ist der einzige, der von Arbeitslosigkeit verschont geblieben ist. Am stärksten betroffen wurde in dieser Hinsicht der Dienstleistungssektor, vor allem in seinen von Touristen abhängigen Zweigen. Die Zahl der Touristen, die dem arabischen Sektor Geld einbrachten, ist insgesamt zurückgegangen, die Kurgäste aus den arabischen Ländern bleiben aus, die Reise ins Heilige Land beginnt in Israel. Zudem drängen israelische Touristik-Unternehmen in die einschlägigen Geschäftsbereiche (Hotels, Rundfahrten, Führungen, Reisebüros), und dies mit teilweise äußerst fragwürdigen Methoden [24]). Der Schwund im Touristengeschäft hat vor allem in den von israelischen Touristen kaum besuchten Städten wie Nablus und Ramallah negative Rückwirkungen auf die Beschäftigungslage in den entsprechenden Handwerks- und Kleinbetrieben.

Erschwert wurde die wirtschaftliche Lage auch für die palästinensischen Familien, deren Angehörige vor dem Juni-Krieg im arabischen Ausland oder jenseits des Jordans arbeiteten. Um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren oder aus Furcht, die Geldüberweisungen könnten gestoppt werden — wie das anfänglich auch der Fall war —, wanderten viele ihrem Arbeitsplatz nach. Die verbreitete Arbeitslosigkeit, die durch Teilzeitbeschäftigung bei israelisch finanzierten Straßenarbeiten nicht wesentlich vermindert wird, trifft die arabischen Familien um so stärker, als die Lebenshaltungskosten erheblich angestiegen sind. Die Preise für Grundnahrungsmittel, die die Westbank vor dem Krieg aus Transjordanien bezog, haben sich auf Grund der Angleichung an das israelische Preisniveau um 30 bis 100 Prozent erhöht. Die nach wie vor aus Transjordanien importierten Genußmittel werden am Jordan mit einem hohen Einfuhrzoll belegt. Insgesamt gesehen ist die Westbank heute im selben Maße von der israelischen Wirtschaft abhängig, wie sie früher von Husseins Wirtschaftspolitik abhängig war, die absichtlich auf der Westbank keine Industrieansiedlung gestattete.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Perspektiven und angesichts der ungeklärten politischen Zukunft der Westbank wandern immer mehr palästinensische Araber ins arabische oder auch westliche Ausland ab. Die israelische Seite beunruhigt dabei keinesfalls, daß vor allem beruflich qualifizierte Bewohner und große Teile der jungen Intelligenz ihr Glück im Ausland suchen, denn diese Gruppen zählen zu den unruhigsten in der Gesamtbevölkerung.

Die politischen Betätigungsmöglichkeiten der im Lande gebliebenen Araber lassen kaum einen Spielraum zwischen den extremen Alternativen der Kollaboration und des Terrorismus. Politische Parteien sind nicht zugelassen, Demonstrationen, Versammlungen und selbst unpolitische Vorträge untersagt; die in mehreren Gemeinden anstehenden Kommunalwahlen haben nicht stattgefunden, die Bevölkerung konnte also bis heute ihre Einstellung zu den mit der Militärverwaltung zusammenarbeitenden örtlichen Notabeln nicht zum Ausdruck bringen. Zwar stehen drei Lizenzen für arabische Zeitungen bereit, die politischen Bedingungen für journalistische Arbeit haben bisher allerdings noch niemanden veranlaßt, sich für die Herausgabe einer Zeitung zu interessieren. Alteingesessene Politi-

23) Eine Ausnahme bilden in dieser Hinsicht nur die Beamten und Verwaltungsangestellten, die ihre Gehälter von israelischer und jordanischer Seite beziehen. Daß überdies die israelischen Gehälter beträchtlich angehoben wurden, dürfte das Vertrauen der Bevölkerung in die so „bestochenen" Beamten kaum erhöht haben.
24) Nach zuverlässigen Berichten wird z. B. die Post arabischer Touristik-Unternehmen überwacht, um Buchungsaufträge auf israelische Konkurrenten übertragen zu können. Die betrogenen arabischen Unternehmen verlieren so allmählich ihre alten Geschäftsverbindungen.

ker sind öffentlich kaum mehr aktiv, weil sie jederzeit des Landes verwiesen werden können.

Hier zeigt sich auch ganz deutlich, daß die Ordnungsgewalt der Besatzungsmacht nur solange im Hintergrund bleibt, als jeglicher Protest gegen sie unterbleibt. Rein optisch kommt die israelische Westbank-Politik ohne kompakte militärische Präsenz aus, weil sie eine flexible Strategie der Bestrafung und des Gegenterrors verfolgt. Mit dem Argument, Abschreckung sei das beste Mittel zur Isolierung der aktiven Widerstandskämpfer, sprengte die Militärverwaltung bisher über 150 Häuser, in denen Mitglieder oder Sympathisierende der mit terroristischen Mitteln arbeitenden El-Fatah-Bewegung wohnten. Diese Sprengungen werden unverzüglich nach einer Verhaftung, also ohne Gerichtsurteil vorgenommen. In diesen Fällen haftet nicht nur die Sippe, sondern die ganze Wohngemeinschaft für Kontakte zu subversiven Organisationen, deren politische Motive auf diese Weise einfach kriminalisiert werden. Daß solche Methoden nicht nur brutal und inhuman sind, sondern auch wirkungslos bleiben müssen, liegt auf der Hand [24a]).

Mit alledem soll lediglich belegt werden, daß israelische Besatzungspolitik — wie jede andere — gezwungen ist, Unterdrückungs-Methoden anzuwenden, um eine gegen die Besatzung eingestellte Bevölkerung in Schach zu halten. Schon aus diesem Grunde wäre es illusionistisch, sich ein die gegenseitigen Vorurteile überwindendes Zusammenleben unter Besatzungsbedingungn zu versprechen, zumal wenn das Ende dieses Unterdrückungsstandes für die Araber nicht abzusehen ist.

Daß auch die finanziellen Aufwendungen Israels für Straßenarbeiten etc. auf der Westbank die Araber nicht ohne weiteres von den freundlichen Absichten der Militärverwaltung überzeugen können, geht aus einer Kontroverse zwischen Dayan und dem Labour-Generalsekretär Sapir hervor. Sapir kritisierte die „fürsorgliche" Politik der Militärverwaltung als eine Strategie, die langfristig auf eine Integration der Westbank in den israelischen Staat hinauslaufe, und monierte, es sei schon so weit gekommen, „daß man nicht von der Rückgabe der Territorien und von Frieden sprechen könne, ohne von gewissen Kreisen als Verräter angesehen zu werden" [25]).

Das Problem Jerusalem

Für diese Kritik an der Westbank-Politik der „Falken" ist bezeichnend, daß das Problem Jerusalem in ihr gar nicht mehr angesprochen ist. Denn die völlige Integration des fast rein arabischen Teils der Stadt in den israelischen Staat ist seit den einseitigen Rechtsakten der Knesseth vom Herbst 1967 ein fait accompli, über das auch die meisten „Tauben" schon nicht mehr diskutieren.

Dem ausländischen Beobachter gibt die israelische Politik in diesem Punkt ein sorgenvolles Rätsel auf. Wer erlebt hat, wie auch die härtesten Gegner eines religiös geprägten Staates und die geduldigsten Verfechter einer nicht-expansionistischen Außenpolitik am Thema Jerusalem emotional festgelegt sind, muß sich fragen, ob eine an entscheidenden Punkten auf irrationale Faktoren so unmittelbar ansprechende Politik überhaupt eine Zukunft haben kann. Für einen Staat, dessen Existenz wie die keines anderen von einer strengen, die Reaktionen der Nachbarstaaten einkalkulierenden außenpolitischen Rationalität abhängt, ist in der Tat emotionale Nationalpolitik ein Luxus, der eines Tages vielleicht zu teuer wird bezahlt werden müssen.

[24a]) Im Gegenteil sprechen sehr viele Anzeichen dafür, daß die El-Fatah unter dem Eindruck des israelischen Gegenterrors zunehmend an Sympathien gewinnt.
[25]) Zitiert nach der Süddeutschen Zeitung vom 12. 11. 68, S. 7.

Das dominierende Gefühl religiöser Juden, Jerusalem als den Ort jüdischer Erfüllung nicht mehr aufgeben zu dürfen, mag auch bei vielen nicht-religiösen Juden in säkularisierter Fassung auf unmanipulierte Weise zustande gekommen sein. Zu fragen ist nur, ob sich alle Befürworter des Anschlusses der arabischen Altstadt über den gefährlich luxuriösen Charakter dieser Annexion voll im klaren sind. Im Hinblick auf die arabische Reaktion gilt es, immerhin zweierlei zu bedenken: Erstens die Tatsache, daß noch am 5. Juni 1967 kein israelischer Politiker an die Eroberung der Altstadt gedacht hat (da ja die jordanische Front nach israelischer Vorstellung ruhig bleiben sollte); daß bei Kriegsende jedoch die endgültige Annexion völlig außer Frage stand, dokumentiert für arabische Augen die prinzipielle Irredenta-Qualität israelischer Politik, deren offizieller Bekundung territorialer Saturiertheit mit Recht nicht zu trauen sei. Die national-jüdischen Ambitionen des Staates Israel haben sich demnach im Akt der Eingliederung der Altstadt in so rigoroser Weise über das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung hinweggesetzt, daß der israelischen Politik weitere Schritte zuzutrauen sind, die die nationalen Aspirationen Israels nur auf Kosten der arabischen Palästinenser einlösen können. In den Augen koexistenz-bereiter Araber hat der Fall Ost-Jerusalem darüber hinaus eine bedenkliche Unaufrichtigkeit israelischer Politik enthüllt. Während die israelische Einstellung zur Frage der arabischen Flüchtlinge bis heute mit dem Hinweis gerechtfertigt wird, das nüchterne Kalkül gebiete wohl oder übel, das arabische Recht auf Heimat der nationalen Sicherheit des Staates unterzuordnen (das heißt, den arabischen Flüchtlingen der feindlichen Gesinnung wegen die Rückkehr nach Israel zu verwehren), hat die in der jüdischen Tradition begründete emotionale Bindung an Jerusalem jedes nüchterne Kalkül überspielt. Denn mit der Eingliederung Ost-Jerusalems übernahm Israel 70 000 oppositionelle Araber, ohne daß auch nur einer der realistischen Politiker auf das Sicherheitsrisiko hingewiesen hätte.

Von der israelischen Seite wird man kaum erwarten dürfen, daß sie einer Friedenslösung zustimmt, die die Teilung der Stadt wiederherstellt und den Zugang zu den jüdischen Heiligen Stätten aufs neue versperrt. Durch die einseitige Annexion hat Israel jedoch ein Faktum geschaffen, das die Möglichkeit einer von Arabern und Israelis gleichberechtigt verwalteten Stadt als zukünftige Regelung eines Friedensvertrages ausschließt.

Resignation der sozialistischen Kräfte?

Das Verhalten der israelischen Linken bleibt in zwei Punkten zu kritisieren: Im Falle Jerusalems haben es die Sozialisten Israels versäumt, der Bevölkerung die Gefahren einer emotionalen Belastung der außenpolitischen Friedenskonzeption vor Augen zu führen und im eigenen Lande jene realistische Bereitschaft zu Zugeständnissen herstellen zu helfen, deren Fehlen sie auf arabischer Seite mit so viel Recht beklagen. Die Mitverantwortung für das fait accompli Jerusalem macht die israelischen Sozialisten damit zu wenig glaubwürdigen Vorkämpfern eines Widerstandes gegen die Annexion weiteren arabischen Gebietes.

Zum zweiten sehen die israelischen Sozialisten den Zusammenhang zwischen der Hoffnungslosigkeit ihrer innenpolitischen Position und ihrer eigenen Passivität recht eingleisig. Wenn etwa ein Mapam-Autor als Quintessenz seiner Überlegungen lediglich die Forderung an die arabischen Politiker zu bieten hat, sie sollten endlich „ihre anti-israelische Doktrin aufgeben und ein Abkommen mit Israel schließen, um überhaupt den Sozialismus in Ägypten zu retten"[26]), so vergißt er, daß ohne den Kampf der israelischen Sozialisten um realistische

[26]) Flapan, a.a.O., S. 45.

Friedensvorstellungen und gegen chauvinistische und expansionistische Strategen im eigenen Lande keine wirkungsvolle Linke in den arabischen Ländern entstehen kann, die sich einen Interessenausgleich mit Israel zum Programm macht.

Die Erfolglosigkeit der linken Parteien erscheint daher zum Teil als selbstverschuldet. Sie ist aber — ähnlich wie die geringen Erfolgschancen der außerparlamentarischen Matz-Pen — zum großen Teil in der Tat durch die außenpolitische Situation erklärbar. Eine realistische Würdigung der Schwierigkeiten linker Politik im Staate Israel muß daher in Rechnung stellen, daß die arabische Politik, die der fortschrittlichen Staaten eingeschlossen, der Linken in Israel ebensowenig Hilfestellung leistet wie umgekehrt. Das Dilemma der israelischen Linken spiegelt sich exemplarisch in der Meinung eines fortschrittlichen Intellektuellen, die politischen Auseinandersetzungen in Israel würden die Nation in dem Augenblick in zwei Lager spalten, in dem ein ernstzunehmender arabischer Politiker die staatliche Anerkennung in Aussicht stellt. Mit anderen Worten: Die arabische Israelpolitik schwächt nicht nur die israelische Linke, sondern trägt auch wesentlich zur Aufrechterhaltung der Bedingungen eines expansionistischen Programmes bei, indem sie „die israelische Bevölkerung politisch an die herrschenden Machteliten bindet" [27]).

Dr. Reinhard Kühnl

Faschismus — Versuch einer Begriffsbestimmung

I

In der politischen Auseinandersetzung der letzten Monate spielte das Vokabular, das sich um den Begriff „Faschismus" gruppiert, eine bedeutende Rolle. Ein jeder nennt das, was seinen eigenen Anschauungen entgegensteht, kurzerhand „faschistisch". Nicht von dem törichten, zur Diffamierung der Linken und zur Umkehrung der wirklichen Tatbestände aber prächtig geeigneten Begriff des Linksfaschismus allerdings, den die Rechte und beträchtliche Teile der als liberal sich verstehenden Öffentlichkeit auf die außerparlamentarische Opposition anwenden, soll hier in erster Linie die Rede sein, obgleich ein paar Bemerkungen hierzu nicht überflüssig sind. Vielmehr wende ich mich an jene, die einigermaßen zutreffende Vorstellungen vom Faschismus schon haben und denen nicht erst bewiesen werden muß, daß Faschismus etwas mit Kapitalismus zu tun hat [1]).

27) Stemmler/Falkenberg, a.a.O., S. 56.

1) Wer Materialien und Analysen über diesen Zusammenhang sucht, findet sie beispielsweise in: E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967. G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1962. O. Bauer, H. Marcuse u. a., Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt 1967. Vor allem aber die Beiträge von T. Mason, in: Das Argument Nr. 41, (8. Jg., 1966, H. 6) und E. Czichon, T. Mason und D. Eichholz/K. Gossweiler, ebenda, Nr. 47 (10. Jg., 1968, H. 3), in denen fast die gesamte einschlägige Literatur und die wichtigsten Belege aufgeführt werden.

Rainer-W. Hoffmann

Staatsgewalt und Demokratie

Anmerkungen zum Verhältnis von Polizei, Staat und Gesellschaft

Noch allzusehr halten sich die Forderungen nach Realisierung der Demokratie in Staat und Gesellschaft im Allgemeinen. Ansätze für die Verwirklichung der im Grundgesetz postulierten Demokratie werden heute — in einer Zeit der akuten Bedrohung des Grundgesetzes durch antidemokratische, modern-autoritäre Reformkonzeptionen und Praktiken — immer häufiger diskutiert. Aber es fehlt merklich an konkreten Vorstellungen darüber, wie die Demokratie in den verschiedensten Bereichen — im Bildungsbereich, in der Wirtschaft, im Bereich der staatlichen Institutionen, der Kultur und der Religionsgemeinschaften — aussehen und durchgesetzt werden könnte. Die „Blätter" wollen daher künftig mehr noch als bisher Beiträge veröffentlichen, in denen Modelle für eine demokratische Bundesrepublik entwickelt und die Möglichkeiten ihrer Realisierung erörtert werden. Es versteht sich, daß solche Aufsätze nicht perfekte Lösungen werden anbieten können, sondern nur als Beiträge zu der notwendigen permanenten Diskussion des Demokratisierungsthemas zu verstehen sind. In diesem Sinne jedoch erbittet die Redaktion aus dem Kreis ihrer Leser und sonstiger Interessierter anregende Beiträge für die verschiedenen Gebiete.

In Heft 11/68 veröffentlichten wir zur Problematik der Demokratisierung einen Beitrag über die Mitbestimmung in der Wirtschaft und ein Modell zur Demokratisierung der Kirchen. Nachstehend folgt ein Aufsatz, der die Diskussion über die Möglichkeiten einer demokratischen Gestaltung der Polizei anregen will. Mit der Darstellung möglicher Alternativen für spezielle Gebiete soll nicht ausgeschlossen werden, daß sich künftige Aufsätze im Rahmen dieser Beitragsreihe auch quer durch verschiedene Bereiche hindurch mit den Problemen der Demokratisierung befassen können.

D. Red.

Seit 1967 ist die Polizei auf andere Weise ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten als bis dahin. Vorher konnten die vereinzelten, aber gar nicht so seltenen Gewaltakte der Polizei [1]) ihrem sorgsam gehüteten Freund-und-Helfer-Image nicht ernsthaft etwas anhaben [2]). Seither haben sich die Ansichten gewandelt und bisweilen polarisiert, teils auf sehr emotionale Weise. Die individuell mögliche Spanne der Einstellungsänderung in ganz kurzer Zeit hat eine in Oakland/Cali-

1) Vgl. etwa die Fälle in dem satirischen Beitrag von O. Köhler, Schlag schneller, Kollege; in: pardon, 2. Jahr, Nr. 12, Dez. 1963, S. 14 f.

2) Trotzdem ist in Polizeikreisen die Überzeugung stark ausgeprägt gewesen, daß der Bürger, gehemmt durch den Mißbrauch der Polizei in der Vergangenheit, kein ausreichend positives Verhältnis zur Polizei habe. Vgl. etwa H. Pieschel, Die Polizei als Hüterin der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; in: Beginn und Aufstieg, 10 Jahre Gewerkschaft der Polizei 1950—1960, S. 23 ff., insbesondere S. 27: „Hier liegt die Tragik unseres Berufs, daß wir bei unserer Berufsausübung, durch den Fluch der Jahrhunderte belastet, als Mensch im Rock der Polizei verkannt werden."

fornien verprügelte Demonstrantin dargestellt. Bevor sie selbst der Gewalt zum Opfer gefallen war, hegte sie die Vorstellung, daß die Polizei „freundlich alten Damen über die Straße helfe". Danach beschreibt sie ihre Gefühle so: „Nun könnte ich beim Anblick eines Polizeiautos jedesmal ausspucken. Die Uniform steht für eine Organisation von Leuten, die Leute schlagen" [3]).

Auch hierzulande ist das Bild vom netten Herrn mit der Schirmmütze zerronnen. Stattdessen assoziiert man geschwungene Knüppel, gezogene oder auch benutzte Schußwaffen, Wasserwerfer, blutende Demonstranten. Und man hat auch seine Attribute für diese Arten polizeilicher Aktivität: pflichtbewußt oder brutal; tapfer oder sadistisch. Entsprechend haben die gängigen Bezeichnungen für die gesamte Berufsgruppe der Polizisten ihr jeweils konträres Pendant bekommen: Schützer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung versus Knüppelschläger; Ordnungshüter versus Menschenjäger. Die Polizei ist im manifesten Sinn politisch geworden.

Polizei und Polizeigewalt

Der einzelne Polizist personifiziert in Friedenszeiten die staatliche Gewalt schlechthin. Er ist Mitglied jener Institution, die dem Bürger bei bestimmten Voraussetzungen am unmittelbarsten und am direktesten an Freiheit, Leib und Leben darf. Innerhalb der staatlichen Ordnungsverwaltung lautet die Aufgabe der Polizei: Erhaltung des politischen und sozialen Friedens; Abwehr von Schaden und Gefahr; Bewahrung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung; Förderung der Wohlfahrt des Volkes etc. [4]).

An diesen Formulierungen zeigt sich, in welchem Ausmaß allgemeingültige Aussagen zugleich Banalitäten sind. Sie notieren heißt das Verhältnis von Polizei, Staat und Gesellschaft in Frageform bringen; Antworten sind auf diese Weise nicht zu geben. Denn was für beliebige historische Situationen richtig ist, hat in aller Regel sehr geringen Erkenntniswert [5]). Begnügte man sich damit, so hätte alles, was Polizisten jemals getan haben, ganz einfach der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gedient: das Vorgehen preußischer Polizei gegen sozialistische Arbeiter unter Bismarcks Sozialistengesetz; nazistische Pogrome gegen jüdische Geschäftsleute; die Festnahme eines Taschendiebes auf der Kirmes in Hintertupfingen; die Mißhandlung von Demonstranten gegen den Springer-Konzern. Man kann sich beliebig viele Aktionen hinzudenken, die alle der öffentlichen Sicherheit gedient haben.

Die genannten Fälle haben insofern einen gemeinsamen Nenner, als Macht ausgeübt worden ist, mit Max Weber verstanden als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht" [6]). Doch auch hiermit ist wenig gewonnen; man ist lediglich auf der Leiter gesellschaftlich indifferenter Generalisierungen eine Sprosse höher geklettert. Denn der Machtbegriff ist, wie Max Weber selber hervorhebt, soziologisch amorph [7]). Was Macht im Einzelfall bedeutet, läßt sich erst ausmachen, wenn sie auf die größeren Zusammenhänge einer Gesellschaft bezogen wird. Man muß wissen, wessen Willen von wem auf welcher Grundlage und aus welchem Grund gegen wen durchgesetzt wird. „Erst von dem

---

3) Zitiert in: Berkeley Barb, Vol. 5, No. 16, Issue 114, Oct. 20—26, 1967.
4) Vgl. Schutz, Ordnung, Sicherheit. Polizei SOS, Bayer. Ausgabe, Hannover 1950, Stichwort „Polizei", S. 172.
5) Das ist gegenüber Politikwissenschaftlern zu betonen, denen die Suche nach informativen Sätzen universeller Gültigkeit erklärter Zweck ihrer Arbeit ist. So in letzter Zeit H. Kammler, Der Ursprung des Staates, Köln und Opladen 1966, Vorwort. — Derselbe Einwand trifft formale soziologische oder sozialpsychologische Bestimmungen wie die von Th. M. Newcomb, Sozialpsychologie (1950), Meisenheim 1959, S. 390: „Die soziale Funktion der Rolle des Polizisten besteht darin, der Öffentlichkeit Schutz zu gewähren."
6) M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, Köln, Berlin 1964, S. 38.
7) Vgl. ebenda.

allgemein-gesellschaftlichen Zwecke her, dem der Gebrauch politischer und anderer Machtmittel dient, läßt sich bestimmen, ob die Formen der Machtausübung Herrschaftscharakter haben oder nicht" [8]). Herrschaft ist dabei, wie Werner Hofmann mit aller Klarheit hervorgehoben hat, insofern qualitativ von Macht unterschieden, als jene ein soziales Grundverhältnis bezeichnet, während sich diese im Bereich der gesellschaftlichen Beziehungen abspielt [9]). Herrschaft bedeutet „institutionell gesicherte Nutznießung eines Teils der Gesellschaft gegenüber einem anderen" [10]). Wenn Macht, insonderheit polizeiliche Gewalt, im Dienst einer Ordnung steht, kommt es offenbar darauf an, was die jeweils prägenden Züge dieser Ordnung sind und wer über ihren Charakter zu befinden hat. Denn Ordnung ist als bloßer Begriff genau so aussageschwach wie Macht. Carl Schmitt stellt mit gutem Grund fest, daß bei Streitigkeiten im Staat jeder das allgemeine Beste wolle; die Souveränität bestehe aber gerade darin, diesen Streit zu entscheiden und „definitiv zu bestimmen, was öffentliche Ordnung und Sicherheit ist, wann sie gestört wird usw." [11]). Diese Definition von Sicherheit und Ordnung liegt bei verschiedenen Strukturen von Staat und Gesellschaft bei sehr verschiedenen Instanzen. Obwohl im wesentlichen die Funktion der Polizei in der politischen Demokratie behandelt werden soll, erheischt die Komplexität gerade dieser Beziehung einen Exkurs auf Verhältnisse, die insoweit klarer gewesen sind.

Polizei im Obrigkeitsstaat

Solange das staatliche und gesellschaftliche Geschehen auf als unwandelbar gesetzte Prinzipien und Werte ausgerichtet ist, solange zugleich die Machtmittel bei den Nutznießern dieser Werte und Prinzipien konzentriert sind, können innenpolitische Fragen entschieden werden, bevor sie als solche überhaupt aufgetreten sind. Als Staatsfeind beispielsweise ist vorweg jeder definiert, der politisch gegen besagte Werte agiert, aus welchen Gründen das auch geschehe. Die zeitliche Dimension ist dabei auf eigentümliche Weise ausgelöscht: wegen der Starrheit der zentralen Verhältnisse ist der Staatsfeind, Störer, Majestätsbeleidiger für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eindeutig zu identifizieren [12]). Im gleichen Sinne ist die Größe der oppositionellen Gruppe im Prinzip irrelevant. Ähnlich zweifelsfrei sind die Freiheiten der Staatsbürger bestimmt: reduziert auf das Recht zum Handeln im Rahmen des Status quo, zur systemimmanenten Aktion ohne Ambitionen zur Veränderung des Ganzen, lassen sie sich mit den Entfaltungsmöglichkeiten in einer Einbahnstraße vergleichen. Da Mangel an Konformität per se strafwürdig ist, ergibt sich der von staatlichen Machtmitteln bedrohte Personenkreis als Restkategorie, ohne daß der Einsatz dieser Machtmittel vom Selbstverständnis des Staates her einer zusätzlichen Legitimation bedürfte. Der konstante Bezugspunkt im Kampf gegen die Abweichung verleiht den Mitteln gleichen Rang; als eines davon kann Gewalt gewissermaßen unschuldig bleiben. Solche obrigkeitsstaatliche Starrheit mit dem Schein der Flexibilität verbrämt zu haben, ist das entscheidende Strukturprinzip von Bismarcks Verfassung für das Deutsche Reich, die, bis zum Untergang der Monarchie nur unwesentlich verändert, der Anwendung von Gewalt gegen Bürger den staatsrechtlichen Rahmen gab. Als Hintergrund für die qualitativ andere Legitimation und Funktion von Gewalt in der Demokratie ist eine aufs äußerste komprimierte Charakteristik die-

8) W. Hofmann, Was ist Stalinismus; in ders.: Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt/M. 1967, S. 14.
9) Vgl. ebenda, S. 13 f.
10) ebenda, S. 13.
11) C. Schmitt, Soziologie des Souveränitätsbegriffs und politische Theologie; in: Hauptprobleme der Soziologie, Erinnerungsausgabe für Max Weber, 2. Bd., München und Leipzig 1923, S. 7.
12) Darin liegt ein bedeutsamer Unterschied zum Totalitarismus, auf den H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1955), Frankfurt/M. o. J., in ihrem 13. Kapitel über „Ideologie und Terror: eine neue Staatsform" hinweist.

ser Verfassung [13]) unerläßlich. Sie gewährte das allgemeine und gleiche Wahlrecht, indem sie es als Agens gesellschaftlicher Veränderung zugleich kastrierte. Dem bloßen Wortlaut nach hätte ein gleichlautendes Votum von Reichstag und Bundesrat mit den jeweils vorgeschriebenen Mehrheiten, sanktioniert durch kaiserliches Placet, jede politische und gesellschaftliche Veränderung initiieren können. Doch ist der Wortlaut einer Verfassung deren am wenigsten bedeutsame Existenzform: was formell als Möglichkeit offenstand, wurde durch das Zusammenspiel der Institutionen und der hinter ihnen stehenden gesellschaftlichen Interessen faktisch verschlossen. Durch die Personalunion von deutschem Kaiser und preußischem König, durch den Bundesrat und seine preußische Sperrminorität gegen grundlegende Veränderungen, durch die Bindung der preußischen Stimmen im Bundesrat an die Instruktion des vom König ernannten, mit dem Reichskanzler und meist auch mit dem preußischen Ministerpräsidenten personengleichen preußischen Außenministers, schließlich durch die gesellschaftlich einseitig stabilisierende Wirkung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, war jede umfassende Wandlung unmöglich. Die faktische Starrheit des Verfassungssystems bei vollständiger Flexibilität nach dem bloßen Wortlaut wird erst mit Hilfe des Interessenbegriffs [14]) voll verständlich. Der oben konstruierte Fall gleichlautender Voten zur Veränderung von Staat und Gesellschaft hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die Vertreter gesellschaftlicher Interessen gerade jene Herrschaftspositionen freiwillig aufgegeben hätten, deren Erhaltung die Verfassung zu dienen bestimmt war: Monarchie in Reich und Ländern; Dominanz von Großgrundbesitz und Militär; Integration des besitzenden Bürgertums in die bestehenden Verhältnisse.

In dieser Situation war der allgemein und gleich gewählte Reichstag zwar nicht nur Stimmungsbarometer, aber wenig mehr als ein Stimmungsmanometer. Die Inhaber der gesellschaftlichen Herrschaftspositionen konnten gewissermaßen ablesen, wie hoch die Unzufriedenheit des Volkes die Stimmenzahl der Reichsfeinde trieb, und in vielfältiger Weise reagieren. Mit Gewalt und Unterdrückung etwa durch das Sozialistengesetz (1878—1890); mit Entgegenkommen und Opfern etwa durch die Sozialgesetzgebung (ab 1881). Repression und Integration, Zuckerbrot und Peitsche haben dieselbe Stoßrichtung [15]). Einzig unter dem Gesichtspunkt der Opportunität im Hinblick auf konstante Ziele eingesetzt, greift Gewalt alternativ oder ergänzend ein, wenn die normalen Mechanismen zur Identifizierung der Menschen mit den Verhältnissen [16]) versagen. Gewalt hat ganz offen den Zweck, zusammen mit der Ordnung die Diskriminierung großer Bevölkerungsgruppen zu erhalten; sie dient unverblümt den Interessen der Herrschenden.

Der direkten Verflechtung des Staats mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und der Situation des Bürgers als Untertan trägt vielleicht ein Wort von Thomas Mann am anschaulichsten Rechnung: „Als Knabe personifizierte ich mir den Staat gern in meiner Einbildung, stellte ihn mir als eine strenge, hölzerne Frackfigar mit schwarzem Vollbart vor, einen Stern auf der Brust und ausgestattet mit einem militärisch-akademischen Titelgemisch, das seine Macht und Regelmäßigkeit auszudrücken geeignet war: als General Dr. von Staat" [17]).

13) Für eine genauere Darstellung vgl. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, Stuttgart 1963, vor allem Kap. XIV folgende; E. Forsthoff, Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1961, vor allem S. 150 ff.; F. Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte, 7. Aufl. Stuttgart 1959, vor allem S. 269 ff.

14) Vgl. Ch. v. Ferber, Die gesellschaftliche Rolle des Interesses, Teil I; in: DUZ, 13. Jg. 1958, H. 4, S. 213 ff.

15) Vgl. etwa H. Rothfels, Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik, Königsberg 1929; O. Vossler, Bismarcks Sozialpolitik; in: HZ 167 (1943).

16) In welchem Maß dem Heer und der Dienstzeit diese Funktion oblag, wird etwa aus dem Kern des preußischen Verfassungskonflikts deutlich. Vgl. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, a.a.O., S. 283 f.

17) Th. Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, Stuttgart, Zürich, Salzburg o. J., S. 239.

Polizei in der Demokratie

Die Entwicklung des Demokratiebegriffs

„Wenn zwei ‚Demokratie' sagen, so ist es von vornherein wahrscheinlich, daß sie etwas sehr Verschiedenes meinen" [18]). Als dieses Wort geschrieben wurde, war der Demokratiebegriff tatsächlich von der behaupteten Mehrdeutigkeit. Heute weiß man hingegen verdächtig genau, was Demokratie ist, wo es sie gibt und wo nicht. Das gilt nicht nur für den „Mann auf der Straße", sondern auch für so manchen Politwissenschaftler, Parteivertreter, Parlamentarier, Lehrer [19]). Der Demokratiebegriff hat sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner stabilisiert, dem institutionellen Aspekt: Demokratie ist da, wo es freie, gleiche und geheime Wahlen gibt, wo ein Parlament, unter Umständen noch eine Opposition vorhanden ist. Auf die Inhalte der Politik kommt es weniger an. Keine der größeren Parteien mag ohne das Attribut demokratisch firmieren — sie kann trotzdem Prinzipien aus vorgeblich längst vergangenen Zeiten huldigen [20]). Jede Regierung in der Bundesrepublik ist definitionsgemäß eine demokratische Regierung — sie kann unangefochten mit rassistischen Regimen und mit Machthabern quasi faschistischer Staaten freundschaftlich verkehren. Von diesem formalen Verständnis aus ist es leicht, obrigkeitsstaatliche Enge des Freiheitsbegriffs sowie die entsprechende Starrheit des Staatsbegriffs mit den Verhältnissen der politischen Demokratie zu versöhnen und, im demokratischen Gewande, deren Vorteile aus der Sicht der Herrschenden zu perpetuieren. Ein Demokratieverständnis dieser Art hat einen immanenten Rechtsdrall.

Wer freilich die Formen der politischen Demokratie lediglich als partielle Konkretisierung einer alle Lebensbereiche erfassenden Idee versteht, muß die manifesten Inhalte einer historischen Situation dieser Idee konfrontieren, also den Anspruch auf Selbstbestimmung des Volkes dem entgegensetzen, was dem Volk bestimmt wird. Unabdingbarer Anspruch der Demokratie gegenüber dem Obrigkeitsstaat muß nun einmal sein, den heiklen Begriff Gemeinwohl nicht von oben zu definieren, sondern ihn in einem ständigen Prozeß von Willensbildung und Interessenkampf zu historisch jeweils anderen Inhalten sich klären zu lassen. Das schließt notwendig die Bereitschaft der politischen Leitung ein, Ansätzen einer Wandlung selbst dann nicht mit Gewalt zu begegnen, wenn deren Vertreter von einer umfassenderen Interpretation der Verfassung ausgehen als sie selbst. Denn der demokratische Freiheitsbegriff, ganz allgemein auf die Befreiung des Menschen aus der überwiegend von anderen verschuldeten Unmündigkeit bedacht, unterscheidet sich qualitativ von dem obrigkeitsstaatlichen Recht zum systemimmanenten Handeln [21]). Hierzu sind einige Präzisierungen erforderlich. Die erste ist in einem Satz von Eduard Heimann enthalten: „Vollkommene Elastizität der Sozialgestaltung entsprechend dem realen Kräfteverhältnis der widerstreitenden Ideen, Offenheit also für das geschichtliche Werden, das ist das vielverkannte Wesen der Demokratie; wer unterliegt, hat sich nicht in der Demokratie geirrt, sondern in seinem eigenen historischen Recht" [22]). Diese Elastizität auch im Grundsätzlichen ist zwar wichtig, aber nicht hinreichend. Denn nicht jeder Konsensus einer Mehrheit liegt auf der Linie zunehmender Humanität; und formale Gleichheit kann die subtilste Form der Ungleichheit sein. Deshalb ist politisches Geschehen stets mit der Frage zu konfrontieren, ob es bestehenden Herrschafts-

---

18) Th. Mann, zit. bei R. Thoma, Das Reich als Demokratie; in: HdbDStR, Bd. 1, 1930, S. 188.
19) Für das Gewicht dieses formalen Demokratiebegriffs im Sozialkundeunterricht vgl. E. Becker, S. Herkommer, J. Bergmann, Erziehung zur Anpassung?, Schwalbach 1967.
20) Die NPD bestritt den Wahlkampf für die niedersächsischen Kommunalwahlen unter anderem mit dem Slogan: Demokraten wählen NPD.
21) Dazu sehr treffend B. Moore, Zur Geschichte der politischen Gewalt, Frankfurt/M. 1966, Anm. 5 auf S. 28.
22) E. Heimann, Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929, S. 131.

positionen nützt oder aber die Freiheit und Emanzipation der Menschen begünstigt. Es läßt sich in jedem Einzelfall zeigen, ob eine Entscheidung mit dem immanenten Fernziel der Demokratie korrespondiert oder nicht: der Entwicklung der Menschen zu einem Grad von Autonomie, daß die rationale, kooperative Bestimmung der gesellschaftlichen Zwecke erst möglich wird.

Zur Legitimation von Gewalt in der Demokratie

Die genannten Elemente eines materiellen Demokratiebegriffs geben Kriterien für den demokratischen Gehalt politischer Entscheidungen und haben weitreichende Konsequenzen für das Urteil über Vorstellungen zu Ordnung, Sicherheit, Gewalt, Staatsfeinden usw. Alle Begriffe dieser Art werden gewissermaßen dynamisiert, ohne durch ihre Flexibilität an Präzision zu verlieren. Gerade der Verzicht auf absolute Werte liefert einen absoluten Maßstab, der auch polizeilichen Maßnahmen anzulegen ist.

Wenn die Polizei in der Demokratie Sicherheit und Ordnung schützen soll, kann das nur bedeuten: Schutz der Bürger als citoyens vor allen Eingriffen in die Entwicklung zu mündigen Menschen; Schutz der demokratischen Idee zunehmender Humanisierung der Sozialverhältnisse gegen jede Beeinträchtigung. Etwa die Fixierung eines Staatsfeindes in der beschriebenen obrigkeitsstaatlichen Manier kann mit den Kriterien demokratischen Verhaltens kollidieren. Der Staat kann Feind der von ihm selbst verkündeten Staatsidee sein, während der Staatsfeind die Staatsidee auch inhaltlich vertritt. In diesem Fall wird auch die Staatsgewalt gegen die Staatsidee gekehrt; Polizisten werden ohne ihr individuelles Zutun Büttel für Partikularinteressen.

Auf eine derartige Möglichkeit stößt man selbst dann, wenn man sich an einem repräsentativen Demokratieverständnis orientiert. Solange der Gedanke beibehalten wird, daß die jeweilige Regierung die Gesamtgesellschaft repräsentiere und nicht die Interessen einer einzelnen Gruppe wahrnehme, ist die Polizei in einer eigentümlichen Position. Ihr Handeln richtet sich namens des Repräsentierten gegen diesen selbst.

Und sogar das verbreitete formale Demokratiemodell einer Konkurrenzsituation rivalisierend nach der Mehrheit strebender Gruppen schließt Gewalt in der innenpolitischen Auseinandersetzung aus. Auch hier ist der Verzicht auf Unterdrückung von Minderheiten Grundlage des Verfassungskompromisses; schließlich beruft man sich auch bei äußerst knappen Mehrheiten auf den „Wählerwillen", dem sogar das Verlangen nach bestimmten Koalitionen unterstellt wird.

So läßt sich das Dilemma der Polizei in der Demokratie als ein ganz spezifischer und schwer zu ertragender Widerspruch charakterisieren: ihre verliehene Gewalt richtet sich auf Auftrag des Beauftragten gegen den Auftraggeber. Diese Beziehung macht sofort deutlich, wie eng die immanenten Grenzen der Gewaltanwendung vornehmlich in politischen Fragen sind. Sie gibt auch einen Maßstab für die Bewaffnung der Polizei; deren Ausrichtung an den Erfordernissen einer Bürgerkriegsarmee [23]) zeigt deutlich, daß besagte Grenzen bereits antizipativ überschritten worden sind. Die repressive Ausweitung der immanenten Limits durch die Exekutive stellt grundsätzlich deren Anspruch auf Repräsentation der ganzen Gesellschaft in Frage. Wo Gewalt dazu dient, politische Konflikte zu unterdrücken, wird nicht nur der Fortbestand dieser Konflikte deutlich, sondern auch die Unfähigkeit von Regierungen, die Ursachen politisch zu beheben. Auf die tieferen Gründe dieser nicht im persönlichen Sinn zu verstehenden Unfähigkeit wird unten ausführlicher einzugehen sein.

---

23) Vgl. Kursbuch, Nr. 12 (1968), insbesondere S. 3 f., 52 f.; ferner A. Goeschel, Die Polizei als Dienstleistungsbetrieb (II); in: atomzeitalter, Nr. 1/2 Januar/Februar 1968, S. 47 ff.

Zum Selbstverständnis der Polizei und seiner Umsetzung

Aus dem soeben entwickelten Demokratiebegriff ergibt sich unmittelbar, was die Polizei als Institution und wie der einzelne Polizist als Person sein sollte. Beide müssen im Verhältnis zur demokratischen Idee Instrument und gleichzeitig aktiv an deren Durchsetzung beteiligt sein.

Diese Vorstellung deckt sich in einem gewissen Ausmaß mit dem Selbstverständnis der Polizei aus Reden und Schriften, für die Institution wie für den einzelnen Beamten. Freilich ist auf beiden Ebenen ein ausgeprägter Dualismus von ungefragter Staatstreue und fragendem Staatsbürgerbewußtsein unverkennbar. „Für eine moderne Polizei gilt es, die oft turbulente Mannigfaltigkeit des pluralistischen Gesellschaftssystems durchzustehen, sich in dessen Spannungen mit reifem politischen Verständnis einzufühlen und mit mildesten Mitteln Lösungen anzustreben" [24]). Anderseits weist derselbe Autor der „staatspolitischen Bildungsarbeit in der Polizei" die Aufgabe zu, angesichts der „im Wesen der Demokratie liegenden Vielfalt der Auffassungen vor allem auch das Gemeinsame zu betonen, das uns alle verbindet, vor allem auch in der Abwehr totalitärer Bedrohungen" [25]). Dieser Dualismus im Verständnis der Institution [26]) kehrt auf der individuellen Ebene wieder.

Das erklärte Erziehungsziel für den einzelnen Beamten ist, zusammengefaßt, ein gut informierter, denkfähiger und emotional richtig gesteuerter Polizist mit der Bereitschaft zu unbedingtem Gehorsam. Er soll zum selbständig denkenden, politisch mündigen Bürger erzogen werden, der sich in den sozialen und politischen Problemen der Bevölkerung auskennt. Zugleich soll er, bis hin zum Einsatz seines Lebens, dem Staat in absoluter Treue dienen. Beides soll nicht nur verstandesmäßiger Überzeugung entspringen, sondern in einen Fundus fester Einstellungen und Gefühle eingehen. Denn nur die nahezu automatisch wirkende emotionale Lenkung könne dem Beamten in kritischen Situationen eine zuverlässige Richtschnur seines unter Zeitdruck stehenden Handelns sein [27]). Die demokratischen Anforderungen an höhere Beamte werden gelegentlich noch höher geschraubt: folgenden Programmpunkt formulierte ein Parlamentarier vor einer Polizeikonferenz: „Das ist das letzte Ausbildungsziel des leitenden Polizeibeamten: zu wissen, wo die Grenze liegt, an der sein Widerstand einsetzen muß, und die Festigkeit zu bekommen, in jedem Fall dem Recht und dem sittlichen Gebot zu dienen, unabhängig davon, wer zufällig die derzeitigen Machthaber sind" [28]).

Die Ambivalenz von absoluter Staatstreue und dem notwendig relativierten Bewußtsein des Mündigen vom Staat [29]) muß kein Gegensatz sein, kann aber leicht dazu werden. Was davon der Fall ist, hängt vor allem von zwei Faktoren ab: der Zielrichtung des Einsatzes der Polizei bei politischen Spannungen und der Umsetzung des Selbstverständnisses im Prozeß der Ausbildung. Beides läßt zunächst nur den Schluß zu, daß Staatsdenken fortwährend über Staatsbürgerdenken die Oberhand gewinnt. Dabei wirken mehrere Prozesse zusammen, von denen einige dem Einfluß der Polizei weitgehend entzogen sind.

---

24) Polizei-Schulrat F. Stiebitz, Deutsche Geschichtsepochen als Nährboden der jeweiligen Polizeikonzeption; in: Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes, Hamburg o. J. (1960), S. 12.
25) ebenda, S. 13; vgl. ferner das Vorwort zu Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes, a.a.O.; H. Pieschel, Die Polizei als Hüterin . . ., a.a.O., S. 28.
26) Der Dualismus wird besonders deutlich in der Konfrontation zweier Stellen aus H. Junker, Polizeihoheit und polizeiliche Aufgaben in verfassungsrechtlicher Sicht; in Grenzbereiche . . ., a.a.O., S. 30 bzw. S. 35.
27) Vgl. E. van den Bergh, Der Polizei-Fachunterricht, 2. Aufl., Braunschweig 1952, S. 9 ff.
28) Schäfer, Welche Anforderungen sind an Stärke, Ausrüstung und Ausbildung der Polizei zu stellen?; in: Grenzbereiche . . ., a.a.O., S. 48.
29) Natürlich handelt es sich nur um eine besonders ausgeprägte Form des Dilemmas der staatsgebundenen Beamtenschaft überhaupt. Vgl. etwa K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl. Villingen 1960, S. 174 ff.; H. Heller, Das Berufsbeamtentum in der deutschen Demokratie; in: Die Neue Rundschau, XXXXI. Jg. der freien Bühne, H. 12, Dez. 1930, S. 721 ff.

Äußerst bedeutsam ist zunächst eine triviale Tatsache. Die Polizisten sollen über der Gesellschaft stehen, obwohl sie in der Gesellschaft leben und aufgewachsen sind. Sie teilen jene kollektiven Vorstellungen und Vorurteile, die bei jedermann das unreflektierte Handeln mitbestimmen. Dazu gehören harmlose „kulturelle Selbstverständlichkeiten" [30]) wie die in Deutschland geltende Sitte, daß schwarz die Farbe der Trauer sei. Dazu gehört aber auch das weit verbreitete Antikommunismus-Syndrom, das ebenfalls eine fast schon naturwüchsige Stabilität erlangt hat. Deren Wirken hat sich immer wieder bei Zwischenfällen an der Berliner Mauer gezeigt. Im Einsatz gegen antikommunistische „Störer" mußten antikommunistische Polizisten Ruhe und Ordnung schaffen, obwohl sie innerlich die aufgebrochene Unruhe und Unordnung zumindest nicht mißbilligten [31]). Umgekehrt war die Situation bei den „gemeinsamen Einsätzen" von Polizisten und gewissen Berliner Bürgern gegen die Demonstranten zum Thema Schahbesuch, Springer-Presse, Notstandsgesetze. In politischen Einsätzen dieser Art ist die etwa im obligatorischen Gespräch zwischen Parksünder und Polizisten um die Höhe der Verwarnung neutrale Beziehung zwischen Täter und Obrigkeit aufgehoben. Der Haß auf das Opfer wandelt eine berufliche Tätigkeit in eine vaterländische Pflicht um; Verrichtung tendiert zur Vernichtung.

Das tief verinnerlichte und jeder vernünftigen Steuerung entzogene Syndrom spricht auch aus dem Schimpfwortkatalog, den Polizisten in bemerkenswerter Gleichförmigkeit auf Demonstranten anwenden: Kommunistenschwein, Kommunistensau etc.

Zu dieser Partizipation des einzelnen Beamten an kollektiven Meinungen kommt ein weiteres. Die Häufigkeit autoritärer Bewußtseinsstrukturen in der Gesellschaft ist ein Datum, das für die polizeiliche Personalpolitik ohne deren Zutun bedeutsam wird. Denn sie bedingt eine gesellschaftlich vermittelte Vorauswahl unter denen, die überhaupt am Polizeidienst interessiert sind. Die Polizei zieht kraft der ihr obliegenden Tätigkeit autoritäre Persönlichkeitstypen in stärkerem Maße an als andere Einrichtungen. Hierin liegt eine Teilerklärung für den Befund, daß autoritäre und obrigkeitsstaatlich denkende Polizisten so häufig sind [32]). Um es überspitzt zu formulieren: dieser Typus geht uneingestandenermaßen zur Polizei, um trotz demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien gelegentlich prügeln und schießen zu können; er macht Aggressionen in legaler Form nutzbar, die sonst in der Verdrängung blieben oder Gefahr liefen, ihrerseits polizeilichen Zugriff heraufzubeschwören. Dieser Prozeß der negativen Vorauslese wird durch die schlechte Bezahlung der Polizisten verstärkt. Mit Recht hat man von einem „Kainsmal . . . auf den Gehaltsstreifen der Schutzleute" gesprochen und gefolgert: „Die politische Führung muß sich den Verdacht gefallen lassen, sie nehme mit dieser Bezahlung eine negative Auslese vor, um nicht über denkende, sondern über parierende Polizisten zu verfügen" [33]).

Die mitgebrachten Vorstellungen und die personelle Auswahl werden durch eine Ausbildungspraxis in ihrer Wirkung verstärkt, die mit den erklärten Erziehungszielen in offenem Widerspruch steht. „Zwischen Berchtesgaden und Flensburg werden jährlich etwa 10 000 Polizeianwärter mit Vorbedacht in eine falsche Ausbildung geschickt. In zweijähriger, kasernierter Drillzeit wird ihnen beigebracht, daß sie strammzustehen, richtig zu grüßen und um Heiratserlaubnis zu bitten haben. Sie lernen Straßenkampf, Angriff durch Stoßkeile, Kesselangriff, Nachtangriff, Handstreich, Angriff über ein Gewässer, und ‚Befrieden' eines eroberten

30) P. R. Hofstätter, Einführung in die Sozialpsychologie, 3. Aufl. Stuttgart 1963, S. 57 ff.
31) Vgl. Kursbuch, Nr. 12 (1968), S. 11.
32) Vgl. die Ausführungen von H. Kentler; in: Der Spiegel, Nr. 33/1967, S. 33.
33) F. Strempel; in: Frankfurter Rundschau vom 2. 9. 1967.

Gebietes" [34]). So sind schon die Gegenstände der Ausbildung tendenziell an dem Ziel orientiert, mit großen Gruppen schwer bewaffneter Eindringlinge aus bestimmter Himmelsrichtung fertigzuwerden. Dies, obwohl Vergleiche zwischen militärischen und polizeilichen Verbänden verbal heftig zurückgewiesen werden [35]). Auch die Ausbildung selbst scheint sich streckenweise dem Freund-Feind-Modell anzugleichen. Ein symptomatischer Einzelfall ist durch ein Gespräch der Illustrierten „stern" mit einem ehemaligen Polizeireservisten bekannt geworden. „Wir lernten in der Ausbildung den gesetzlich zulässigen Widerstand brechen" heißt es dort. „Wir sollten auf den (friedlichen) Demonstranten zugehen und rufen ‚Was, du Schwein, du willst mich schlagen?' und dann dem Betreffenden mit dem Knüppel eins drüberziehen. Nachher, so erklärte uns der Ausbilder, könne niemand mehr was feststellen" [36]). Gewiß mag das eine Ausnahme sein; doch ist eine Mehrzahl ähnlich gearteter Ausnahmen ein sehr zuverlässiger Indikator für die Regeln, die jene Ausnahmen bestätigen.

Die Verbindung der bisher genannten Prozesse zeigt freilich erst im Einsatz ihre ganze Virulenz. Betrachtet man das Ausmaß polizeilicher Gewalt in der letzten Zeit einmal aus der Sicht der von den Trägern der Gewalt verkündeten Ziele, so fällt unübersehbar eines ins Auge: ein erheblicher Überschuß der faktisch angewandten gegenüber der funktional notwendigen Gewalt, ein Surplus diffuser Brutalität. Jedes Mal waren mehr Personen betroffen als nötig, ein großer Teil davon intensiver als erforderlich. Immer wieder wurden Unbeteiligte, Fliehende und Wehrlose niedergeknüppelt, Demonstranten in Fallen gelockt [37]). Ein permanenter Verstoß gegen den verbal geheiligten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel[38]) will nicht Widerstand brechen, sondern Persönlichkeiten. Was beim einzelnen Beamten in der Tat aus Nervosität, Gereiztheit und Überlastung herrühren kann, hat über die Köpfe der Akteure hinweg eine ganz andere gesellschaftliche und politische Funktion.

Durch das willkürliche Verprügeln von Personen werden Demonstranten in die Situation von Aussätzigen gebracht. Bereits zufälliger Kontakt birgt Bedrohung. Wenn Neugier die erste Vorform von Interesse ist, bedeutet die persönliche Gefährdung von Neugierigen einen wirkungsvollen Angriff auf die Möglichkeit der Chance einer politischen Bewegung, Interesse in Partizipation umzuwandeln. Die diffuse Gewalt hat trotz ihres vereinzelten Auftretens mit dem Terror totalitärer Regime eines gemein: sie wirkt nicht nur unmittelbar und zeitlich begrenzt auf einen angebbaren Personenkreis ein, sondern waltet im Bewußtsein wie im Unbewußten der Menschen fort. Sie wirkt in der Erinnerung des Gewesenen und der Antizipation des Möglichen — beitragend zu einer gesamtgesellschaftlichen Grundstimmung von Angst und Haß.

Was sich in Einsatz und Ausbildung dokumentiert, findet seine entscheidende Ergänzung in der Kumpanei von Polizisten vor Gericht und in der Verteidigung auch ausgesprochener Schlägertypen durch ihre Vorgesetzten. Dies letzte hat der frühere Berliner Innensenator Büsch in einem Schreiben an den früheren Berliner Polizeichef geradezu zum Programm erhoben. In bezug auf die Schwierigkeiten der Polizei bei Krawalleinsätzen, vor allem bei Auseinandersetzungen mit Stu-

---

34) ebenda; vgl. auch Der Spiegel, Nr. 5/1968, S. 34 ff.
35) Polizeioberrat H. U. Werner, Grenzbereiche des polizeilichen Einsatzes; in: Grenzbereiche . . ., a.a.O., S. 39: „Der Soldat wird gegen den äußeren Feind eingesetzt. Alleiniger Ausgangspunkt aller seiner Überlegungen und Maßnahmen ist der Vernichtungsgedanke. Der Kampf mit der Waffe ist die alleinige Aufgabe. Die Polizei ist das Exekutivorgan der inneren Verwaltung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Innern des Landes. Sie ist auch Hilfsorgan der Strafverfolgungsbehörde. Der polizeiliche Waffengebrauch ist deshalb letztes Zwangs- oder Selbstverteidigungsmittel."
36) zit. bei F. Strempel, a.a.O.
37) Vgl. etwa Der Spiegel, Nr. 4/1968 (Polizei).
38) Vgl. Polizei SOS, a.a.O., Stichwort „Waffengebrauch der Polizei", S. 251 ff.

denten, meinte er: „Diesen Anforderungen werden die eingesetzten Polizeibeamten nur dann genügen können, wenn sie stets die Gewißheit haben, daß ihre Vorgesetzten auch dann für sie eintreten, wenn sich bei der nachträglichen taktischen und rechtlichen Prüfung Fehler herausstellen sollten. Das setzt allerdings voraus, daß diese Fehler nicht als Dienstpflichtverletzungen angesehen werden müssen" [39]). Es ist deutlich geworden, welche Kluft zwischen dem artikulierten Selbstverständnis und der Praxis des Polizeieinsatzes klafft. Es ist an der Zeit, die konstatierten Diskrepanzen zwischen Ideen und Ideologien, Sprüchen und Ansprüchen, gedrucktem Wort und faktischer Unterdrückung auf die objektive Funktion der Polizei in Staat und Gesellschaft zu beziehen. Anleitung dazu sei ein Satz von Paul A. Baran: „Ganz allgemein kann wohl gesagt werden, daß zur Einschätzung der Rolle einer Gruppe oder eines Einzelnen im Geschichtsablauf subjektive Motive (bewußte oder unbewußte) viel weniger Bedeutung haben als objektive Leistungen. Im Zweifelsfalle ist es bei allen diesen Problemen immer angebracht zu fragen: cui bono? Die Antwort mag nicht immer überzeugend sein — sie ist jedoch niemals belanglos" [40]).

Das strukturelle Spannungsverhältnis der politischen Demokratie

Die mehrfach angeklungene, zentrale These dieser Arbeit lautet: die polizeilichen Exzesse der letzten Zeit sind kein behebbarer Mangel, sondern für den Bestand der „Demokratie" in ihrer heutigen Form notwendig; die Polizei erfüllt dabei — selbst gegen ihre erklärte Absicht — die Funktion eines Büttels für etablierte Herrschaftsinteressen.

Direkte Opfer polizeilicher Brachialgewalt waren Personen, die, bei allen Unterschieden in Zielen und Strategien, für eine zunehmende Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche eintreten. Die Unterdrückung galt mehr den vertretenen Ideen als deren personellen Trägern. Denn Auflösung verfestigter Machtpositionen, Selbstbestimmung des Menschen in Arbeit und Freizeit, tatsächliche Chancengleichheit nach Maßgabe der je persönlichen Möglichkeiten sind Programmpunkte, die theoretisch Aussicht haben, von großen Teilen der Bevölkerung aufgenommen und in Wahlentscheidungen umgesetzt zu werden. Daß Staatsgewalt gegen diese Ideen auf den Plan gerufen wurde, verweist auf ein grundlegendes Spannungsverhältnis der nur politischen Demokratie, das Karl Marx erfaßt hat, bevor die Demokratie auf deutschem Boden eine Rolle spielte. Am Beispiel der französischen Verfassung von 1848 hat er folgende Erkenntnis gewonnen: „Der umfassende Widerspruch aber dieser Konstitution besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen" [41]). Das läßt sich mittels der gewählten Terminologie noch etwas raffen und auf den hier bedeutsamen Punkt konzentrieren: die Macht des Parlaments kann eine Gefahr für soziale Herrschaft werden.

---

39) Zit. in Kursbuch, Nr. 12 (1968), S. 32.
40) P. A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums (1957), Neuwied und Berlin 1966, S. 55.
41) K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, Mega Bd. 7, Berlin 1964, S. 43.

Die analytische Kraft dieses Gedankens kam nach dem Ende des zweiten Deutschen Reichs in der ersten Republik zum Tragen [42]); der Niedergang des Dritten Reiches konstituierte seinen Erkenntnisgegenstand in Gestalt der zweiten Republik aufs neue. Das strukturelle Spannungsverhältnis muß die aufs Politische beschränkte parlamentarische Demokratie zeit ihres Bestehens begleiten. Es wäre nur mit der Aufhebung jener sozialen Herrschaftspositionen aufhebbar, deren Existenz es begründet.

Wann immer soziale Herrschaft, verdichtet in der Verfügung über die Produktionsmittel und die ihrer Verteidigung dienenden Mechanismen, angegriffen wird, reagieren die Inhaber der Herrschaftspositionen mit einem Bündel von Maßnahmen, deren Gesamtheit die Stärke der Verteidiger indiziert. Solche Mittel können unter anderem sein: Konzedierung einer demokratischen Verfassung; Abschluß weitreichender Verträge oder Abkommen; aber auch Einsatz von Polizei oder Militär. Diese Mittel sind zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Ausmaß disponibel und verschieden stark vermittelt. Doch fallen alle Entscheidungen innerhalb des aufgewiesenen Spannungsverhältnisses: Konzessionen sind genau so wenig ein Kompromiß wie eine aus taktischen Gründen zurückgenommene militärische Verteidigungslinie.

Die Rigidität der Abwehr hängt außer von der realen Machtverteilung und der Schwere des Angriffs auch von der Zielrichtung des Angriffs ab. Die Zerstörung der Berliner Waldbühne durch Beatfans beim Besuch der Rolling Stones bedeutete einen weit höheren Sachschaden als die Zerstörung einiger Fahrzeuge des Springer-Konzerns. Mit der Brutalität der Polizei verhielt es sich umgekehrt. Denn im Waldbühnenfall war die Vernichtung von Kapitalwerten eher zufällig; sie waren nicht Adressat, sondern beiläufiges Objekt jugendlichen Überschwangs. Anders im Fall Springer: hier wollte keineswegs irgendein Tatendrang irgendetwas zerstören. Die Gewalt galt gezielt einer der zentralen Vermittlungsinstanzen von Herrschaftsansprüchen, die, das Bewußtsein der Menschen von der gegenwärtigen Gesellschaft konservierend, die Bedienung der verfügbaren Mechanismen der parlamentarischen Demokratie zugunsten eben jener Menschen durch sie selbst verhindern. Entsprechend trat die Polizeigewalt in den Dienst von Interessen, die von jeher darauf angewiesen sind, das erwachende Bewußtsein niederzuhalten.

Nach diesen Ausführungen wird die Funktion von Polizei und Polizeigewalt innerhalb des strukturellen Spannungsverhältnisses der politischen Demokratie klarer. Sie läßt sich weiter durch einen Gedanken verdeutlichen, den Hans Gerth und C. Wright Mills in sehr viel allgemeinerer Form entwickelt haben. Als „Verästelungen" einer gegebenen gesellschaftlichen Teilordnung in einer Gesellschaft bezeichnen sie „jene Aktivitäten, die für eine Ordnung selbst Ziel sind, die jedoch als Mittel in einer anderen institutionellen Ordnung benutzt werden" [43]).

Das polizeiliche, sich neutral gebende Selbstverständnis als Ordnungshüter dient jenseits der Polizei als bloßes Mittel; sie wird in anderem Sinne Werkzeug, als sie selbst vermeint. Mit Recht ist gesagt worden, daß massiertes Hervortreten der Polizei „ihrer Funktion nach immer eine ultima ratio der Herrschaft ist. Es ist kennzeichnend für den Zustand einer Gesellschaft, wie früh oder wie spät diese ultima ratio angewandt wird" [44]). Ihre objektive Funktion besteht

---

42) Vgl. O. Kirchheimer, Weimar — und was dann? Analyse einer Verfassung (1930); in: ders., Politik und Verfassung, Frankfurt/M. 1964, S. 16; C. Landauer, Die Wege zur Eroberung des demokratischen Staates durch die Wirtschaftsführer; in: Hauptprobleme der Soziologie, Erinnerungsausgabe für Max Weber, München und Leipzig 1923, Bd. 2, S. 111.

43) H. Gerth, C. W. Mills, Character and Social Structure, New York, Chicago, Burlingame 1964, S. 32.

44) Kursbuch, Nr. 12 (1968), S. 2.

allerdings ganz unabhängig davon, ob sie hervortritt oder nicht; das Latente ist dem Sichtbaren insoweit identisch [45]). Die Polizei gerät indirekt gerade in jene Rolle des Büttels für Sonderinteressen, die ihrem Selbstverständnis so sehr zuwider ist.

Nun ist die Identität der Verhältnisse wie des Bewußtseins von den Verhältnissen mit den Interessen der Herrschenden unter den Bedingungen der politischen Demokratie sehr viel schwerer zu erhalten als im Obrigkeitsstaat. Es bedarf einer Fülle von Vermittlungsinstanzen, von denen polizeiliche Gewalt erst die letzte und augenfälligste ist.

Klammern der unerfüllten Demokratie

Wichtigste Drehscheibe für die gesellschaftliche Entwicklung ist unter den Bedingungen der politischen Demokratie das Bewußtsein der Menschen von ihrer Situation [46]). Deshalb kommt allem, was mit dem Bewußtsein der Menschen sich befaßt, eine ungleich höhere Bedeutung zu als unter anderen politischen Verhältnissen. Hier wird über die Bedingung der Möglichkeit entschieden, daß rational handelnde Individuen definieren, was dem Begriff objektiver Vernunft seine je historische Konkretion geben soll.

Zu den Vermittlungsinstanzen zwischen Sein und Bewußtsein gehören neben den Einrichtungen des Bildungssystems im weitesten Sinne sämtliche anderen Erziehungseinflüsse — gerade auch solche nicht-intentionaler Art; ausdrücklich erwähnt seien so unterschiedliche Dinge wie Wehrdienst, Justizapparat und Massenmedien. Sie alle sind für die Erhaltung wie für die Zerstörung sozialer Herrschaft gleichermaßen wichtig. Sie können im Prinzip unreflektiert handelndes, selbst manipuliertes und zugleich manipulierendes Werkzeug sein — aber auch Vermittler eines kritischen und für die demokratische Entwicklung offenen Bewußtseins. Diese Alternative besteht freilich nur für einige der erwähnten Vermittlungsinstanzen; sie ist für einen Teil der Massenmedien vorweg entschieden. Nur von daher ist verständlich, weshalb geballte staatliche Hoheitsgewalt einen Pressekonzern gerade so heftig verteidigt, als gehe es direkt an die sogenannten Grundfesten der Gesellschaftsordnung. Korrelat dieses Sachverhalts ist, daß die außerparlamentarischen oppositionellen Kräfte, wenn sie in der Tat jene Grundfesten meinen, ihre Aktion gegen bestimmte Presseorgane richten, gerade als seien diese jenen identisch. Aus diesem Zusammenhang erhellt anderseits die ungeheure Bedeutung selbst der bescheidendsten Ansätze aktiver Demokratisierung in den anderen Vermittlungsinstanzen. Es kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, daß etwa die Richterschaft eine zweifache Art von Abhängigkeit zu reflektieren und erkennen beginnt: die Bestimmung des persönlichen Werdeganges durch den Justizminister und die eigene, bewußtseinsmäßige Befangenheit in staatshörigen Wertvorstellungen [47]).

Doch produziert eine potentiell bedrohte Gesellschaftsverfassung die Mittel ihrer eigenen Stabilisierung auch außerhalb der direkt aufs Bewußtsein wirkenden Einflußmöglichkeiten. Das sei anhand der Funktion von Minderheiten und der Bedeutung von Angst in der Demokratie exemplarisch verdeutlicht.

Der Bestand einer mit strukturellen Konflikten belasteten Gesellschaft wird in Friedenszeiten durch Minoritäten erleichtert. Deren anhaltende Diskriminierung

45) C. W. Mills, The Power Elite, New York 1959, S. 85: „Only when revolution or crime threaten to disturb domestic order does the police captain, and only when diplomacy and war threaten international order, do the generals and admirals, come to be recognized for what at all times they are: indipensable elements of the order of power that prevails within and between the national states of the world." — Ähnliche Gedanken verwendet P. A. Baran, Politische Ökonomie . . ., a.a.O., S. 182 f. zur Analyse ökonomischer Probleme.
46) Das betont für den Sozialismus L. Goldmann, Stringenz und Phantasie im sozialistischen Denken; in: H. Maus u. a. (Hrsg.), Gesellschaft, Recht und Politik, Neuwied und Berlin 1968, S. 113.
47) Vgl. Der Spiegel, Nr. 14/1968, S. 98 f.

wirkt als sozialer Kitt und fördert jenen Konsensus der übrigen, jenes kollektiv falsche Bewußtsein, das für den Bestand von Herrschaft unerläßlich ist. Die als bedrohlich oder minderwertig hingestellte Minderheit ist es, die anderswo geschaffene Aggressionen auf sich zieht. Was Alexander und Margarete Mitscherlich kürzlich über die Wirkungen der Nazi-Propaganda gesagt haben, hätte sinngemäß Vorgänge aus der jüngsten Zeit kommentieren können: „Die Juden wurden als ‚Ungeziefer' wahrgenommen. Ungeziefervernichtung ist erlaubt und darf konfliktfrei geschehen" [48]). Die Existenz von Minoritäten schafft dem aggressiven Potential in einer Gesellschaft eine Art dauerhafter Garantie, sich auf eine für die Gesellschaft nicht nur ungefährliche, sondern sogar förderliche Weise abreagieren zu können. Damit ist einer der Mechanismen gewährleistet, die den Fortbestand der Ursachen der aggressiven Bedürfnisse tendenziell verewigen. Insoweit gleicht sich die gesellschaftliche Funktion von Minoritäten, so unterschiedlich auch ihre Zusammensetzung im einzelnen sei.

In der Bundesrepublik fehlte es bis vor kurzem an einer dauerhaften Minorität, wenn man von den Gastspielen der Gastarbeiter in dieser Rolle einmal absieht. Seit kurzem ist eine Minderheit vorhanden: die Studenten. Sie bilden, eigentlich denkbar ungeeignet für diese Funktion, im Grunde eine Quasi-Minorität. Sie sind, anders als die „normalen" Minderheiten, im Hinblick auf Teilhabe an zentralen gesellschaftlichen Werten nicht auf Dauer unterprivilegiert. Sie gelten, im Unterschied etwa zu den amerikanischen Negern, als künftige Mitglieder einer gesellschaftlichen Elite, als potentielle Vorgesetzte, kurz als diejenigen, „die uns einmal führen sollen." Wer also Studenten insgesamt als Minorität disqualifizierte, erwiese jener Herrschaft einen schlechten Dienst, deren mentaler Verteidigung unter anderem Minoritäten dienen. Er untergrübe für die Zukunft die Legitimation eines rational ungeprüften Autoritätsanspruchs und die Bereitschaft zum ungeprüften Gehorsam gegenüber genau jener Autorität, deren Erhaltung in der Gegenwart die Verteufelung von Minoritäten nützt. Abstrakt würde ein Herrschaftsanspruch in Frage gestellt, zumindest problematisiert werden, der konkret erhalten werden soll. Wenn zugleich mit dem Glauben an die Inferiorität der Minderheit Unglauben gegenüber der Obrigkeit erzeugt wird, schlägt die gesellschaftliche Funktion der Minorität auf lange Sicht ins Gegenteil um. Dieser Effekt wäre, bildlich gesprochen, ein Selbsttor der Herrschenden.

Damit dürfte die wesentliche Erklärung gefunden sein, warum die Vorstellung von den „kleinen, radikalen Minderheiten" allen empirischen Untersuchungen [49]) zum Trotz so systematisch kultiviert und so hartnäckig beibehalten wird. Denn erst durch diese falsche Korrektur ist der Charakter der Studenten als Quasi-Minorität aufgehoben. Das Stereotyp der kleinen, radikalen Gruppen genügt allen Anforderungen: sie sind schmutzig, moralisch verkommen, faul, unnütz, bisweilen kriminell. Und sie haben, weiter aus der Sicht der Manipulateure gesprochen, einen zusätzlichen Vorteil: Sie erlauben die Transplantation der weltpolitischen Freund-Feind-Vorstellung auf die Innenpolitik. Was an Aversion aufgespeichert ist, kann mit dem Schein der Berechtigung auf eigenem Boden den äußeren Feind liquidieren helfen. Und noch etwas: indem die „schlechten" Studenten systematisch vom braven Rest isoliert werden, wächst diesem mehr denn je ein Vertrauen zu, das, auf die Gegenwart diskontiert, heutiger Herrschaft zugutekommt. Im Zusammenhang mit der Verteufelung von Minderheiten hat sich die Schutzfunktion der Polizei für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufgespalten: die

[48]) A. und M. Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern, München 1967, S. 29.
[49]) Vgl. Der Spiegel, Nr. 8/1968, S. 40 f.
Politik; in: ders., Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt, Wien 1967, S. 261 ff.

Erhaltung der Ordnung im allgemeinen gefährdet die Sicherheit von Individuen im besonderen.

Der zweite, als Beispiel für die indirekte Erhaltung des strukturellen Spannungsverhältnisses der Demokratie ausgewählte Prozeß ist die schon weiter oben angedeutete Erzeugung von Angst [50]). Auf die Sicherung des politischen Gettos der oppositionellen Kräfte durch einen weiteren Festungsgürtel mentaler Art wurde bereits hingewiesen. An dieser Stelle kommt es auf die Bedeutung von Angst und Haß für die Demokratie an. Beide verstärken die ohnehin vorhandenen Vorurteile und Emotionen, die, den Individuen in der Genese weitgehend unbekannt, dem politischen Denken und Handeln einen stark irrationalen Einschlag geben. Durch die Produktion von Haß und Angst wird die Fremdbestimmung des einzelnen weiter vergrößert: er steht vor der individuell so gut wie unlösbaren Aufgabe, diese Lenkungsmechanismen im eigenen Innern zu überwinden, bevor Freiheit der Reflexion und des Handelns überhaupt denkbar ist. Nur wenige der mentalen Freiheitsbeschränkungen bei formeller Freiheit entziehen sich so sehr dem persönlichen Einfluß wie Haß und Angst. Insofern sind beide allein durch ihre Existenz ein Gegensatz zur Demokratie; und wer sie erzeugt, klemmt dieser den Lebensnerv ab: sein Tun ist per se undemokratisch. Gerade deshalb trägt es aber zur Festigung des labilen Gleichgewichts der politischen Demokratie in ihrem strukturellen Spannungsverhältnis bei. Heftiger auf das Unbewußte der Abwesenden denn aufs Bewußtsein der Anwesenden wirkend, appelliert diffuse Gewalt an das bei den Bürgern so gründlich eingeübte Vertrauen in den starken, unlösbar mit vordemokratischen Verhältnissen verbundenen „General Dr. von Staat". Und indem der Staat in der Gewaltanwendung das Vertrauen nutzt und die Stärke dokumentiert, nimmt der Bürger dadurch symbolisch an der mystifizierten Macht teil, daß er sich seiner eigenen realen Macht der Kontrolle und Mitwirkung am gesellschaftlichen Charakter des Staates unfreiwillig-freiwillig entschlägt. Die solcherart aus der unerfüllten Demokratie hervorgetriebenen obrigkeitsstaatlichen Beziehungsmuster sind ein weiterer Beitrag zur Konsolidierung oder gar Expansion des Undemokratischen inmitten der politischen Demokratie.

Die erwähnten Prozesse gewinnen ihre Sprengkraft im wesentlichen aus dem Wirken in der Stille. Im Zusammenhang mit den polizeilichen Exzessen der letzten Zeit haben öffentliche Diskussion und Kritik diese Existenzbedingung in Frage gestellt. Deren Auswirkungen sind im folgenden zu betrachten.

Äußerliche Anpassung an äußerliche Kritik

Die Kritik an der Polizei hat sich jedenfalls in der breiteren Öffentlichkeit an der unverhüllten Brutalität entzündet. Sie galt weniger der Tatsache, daß Ausdrucksformen eines bestimmten politischen Willens unterdrückt worden sind, als an den Methoden der Unterdrückung. Dem angepaßt sind die Vorschläge und Entwicklungen, die sich in dem verbreiteten Bemühen abzeichnen, das Image der Polizei im Sinne der Freund-und-Helfer-Ideologie aufzupolieren.

Erstens scheint die Suggestion der Gewaltlosigkeit Substitut der offenen Gewalt zu werden. Was während des Sternmarsches der Notstandsgegner nach Bonn perfekt durchgeführt wurde, könnte Modellcharakter gewinnen. Damals waren die örtlichen Schwerpunkte der Demonstration optisch — und das heißt auch fernoptisch — frei von Polizisten. Den Demonstranten war jedoch bekannt, daß umfangreiche Polizeistreitkräfte unsichtbar in Bereitschaft standen. Aus der Sicht der Teilnehmer konnte in diesem Verfahren kein Verzicht auf Gewalt er-

[50]) Vgl. H. Wiesbrock (Hrsg.), Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst; F. Neumann, Angst und

blickt werden. Jenen unpolitischen, Gewalt nur als unästhetisches Einsprengsel im politischen Geschehen kritisierenden Teilen der Öffentlichkeit mußte das genügen. Tatsächlich handelt es sich um eine bloß bedingte Konservierung des normalen Aggregatzustandes der Gewalt: der Potentialität. Die Schwelle der Anwendung wird verändert, nicht die Objektivität der Drohung und nicht deren politischer und gesellschaftlicher Gehalt. Die Phase des Abwartens birgt die Legitimation gesteigerter Gewalt in sich; man kann sich darauf berufen, das Maximum des Erträglichen zuvor hingenommen zu haben. Das Ganze ist eine Korrektur im Bereich der Mittel zweckrationalen Handels, nicht eine Revision der Zwecke.

Das gilt auch für die zweite Form der Anpassung, den Übergang zur Gewalt ohne Wunden. Deren Wirkungen ist gemeinsam, dem Schönheitssinn jener zu entsprechen, die nicht zu den Opfern zählen. Gewalt legt die bagatellisierende Assoziation nahe oder umgibt sich mit dem Schein der Humanität. Der Wasserwerfer ist die derzeit noch beliebteste neue Waffe dieser Art. Wenn gesagt wird, daß betroffene Demonstranten eine unfreiwillige Dusche hätten in Kauf nehmen müssen, wird staatliche Gewalt sprachlich neutralisiert und Naturereignissen gleichgestellt. Darüber hinaus erhält sie durch die Vorstellung von den schmutzigen Demonstranten noch die Aura der Zweckmäßigkeit. Während die Anschaffung von Wasserwerfern bereits intensiviert wird [51]), stehen Entscheidungen über andere Möglichkeiten „humaner" Gewalt noch aus. Doch nehmen die Länderpolizeien starken Anteil an technischen Entwicklungen, die geeignet sein können, den Knüppeleinsatz zurücktreten zu lassen [52]). Sie richten ihr Augenmerk auf Erzeugnisse, die von amerikanischen Uniformträgern bereits angewandt worden sind — dieses Mal auf dem Experimentierfeld des inneren Kriegsschauplatzes. In erster Linie handelt es sich um Tränengas und andere chemische Reizstoffe, wie das in den USA eingesetzte und kürzlich ins Kreuzfeuer der Kritik geratene Gas „mace". Der Name des Produkts ist unerwünscht aufschlußreich für den gesellschaftlichen Charakter dieser neuen Form der Gewalt: „mace" bedeutet Kampfkeule. Ähnlich erhellend ist die Bezeichnung amerikanischer Demonstranten für die zum Versprühen des Gases benutzten Dosen: „tear gas gun". Die unmittelbaren Auswirkungen dieses Gases, Tränenstrom und Augenwischen, sind ähnlich telegen wie die Suggestion der Gewaltlosigkeit. Unsichtbar sind die noch nicht hinreichend erforschten weiteren Schädigungen [53]). In die gleiche Rubrik wie Wasserwerfer und chemische Mittel gehört der durch Berührung wirkende Elektroschlagstock [54]) genauso wie die in den USA entwickelte und bereits erprobte Schaumkanone, die den Beschossenen jeder Orientierungsmöglichkeit beraubt [55]).

Der Ablösung offener Gewalt dienen drittens die Vorschläge, den Berliner Humor, die Psychologie, auflockernde musikalische Klänge, passende Worte etc. in den Bestand polizeilicher Mittel aufzunehmen. Dabei müssen jedoch zwei Verwendungsweisen unterschieden werden. Ihr Adressat kann die Polizei selbst sein: Den Beamten sollen Grundbegriffe der Psychologie beigebracht werden [56]); die Freund-Feind-Strukturen im Bewußtsein der Beamten sollen aufgelockert werden [57]); psychologische Arbeit soll autoritäre Verhältnisse in der Institution Polizei aufdecken [58]). Die andere Verwendungsweise zielt auf die Demonstranten:

51) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 26. 4. 1968.
52) Vgl. ebenda.
53) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 25. 5. 1968; für weitere medizinische Bedenken Berkeley Barb, a.a.O.
54) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 1. 5. 1968.
55) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. 6. 1968.
56) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 25. 5. 1968.
57) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 11. 12. 1967.
58) Vgl. Der Spiegel, Nr. 33/1967, S. 31 ff. über das kurze Intermezzo eines an die Ursachen vorstoßenden, nicht bei der Imagepflege verharrenden Psychologen wie H. Kentler.

Hierzu gehört der in letzter Zeit mehrfach unterbreitete Vorschlag zum verstärkten Einsatz von Polizeipferden, vor denen der Großstädter instinktiv Furcht habe [59]). Das Substitutionsverhältnis zur offenen Gewalt erhellt deutlich aus der jüngst benutzten Formulierung: „Unsere beste Waffe ist die Psychologie" [60]). Beide Verwendungsweisen treten bisweilen verbunden auf oder sind an Hand der vorliegenden Äußerungen nicht eindeutig zuzuordnen [61]). Doch läßt sich für die nur auf Demonstranten gemünzten Vorschläge folgendes sagen: Toleranz und Repression treten aus ihrer begrifflichen Polarität heraus und werden verschiedene Methoden auf einem Kontinuum abgestufter Gewalt. Zuhören und Zuschlagen können einander ablösen.

Die Gesamtheit der subtileren Waffen kann nur am Image der Polizei etwas ändern [62]), nicht an deren objektiver Funktion in Staat und Gesellschaft. Human-Relations-Praktiken dienen nicht der Lösung von Problemen, sondern ihrer Verschleierung.

Dieselbe Tendenz scheinbaren Entgegenkommens wird auch in der Diskussion um die Kennzeichnung der Polizeibeamten deutlich. Derartige Pläne werden von seiten der Polizei und ihrer Verteidiger vor allem mit dem Argument bekämpft, der Polizist solle nicht Träger einer „Hundemarke" oder gar eines „Kainsmales" sein. Obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung die Kennzeichnung wünscht [63]) und deren Notwendigkeit in der letzten Zeit überdeutlich geworden ist, wiegen die Beschwörung von Menschenwürde und personalem Selbstwertgefühl des Polizisten offenbar für viele Politiker erheblich schwerer als das öffentliche Interesse an der Identifizierbarkeit von Schlägern in Uniform. Denn die Identifizierung braucht nur zu fürchten, wer sich nicht einwandfrei verhält: das ist für Polizisten genauso wahr wie für Verkehrsteilnehmer und Kaufhausangestellte. Der ideologische Charakter der Rede vom Kainsmal indiziert die Furcht der Politiker vor verringerter Einsatzbereitschaft der Polizei im bisherigen Sinne. Ein gewiß unbeabsichtigtes Quantum subtilen Humors birgt die Formulierung gleichwohl. Denn der Brudermörder Kain sollte kraft göttlichen Fluchs unstet und flüchtig sein auf Erden; das Mal hingegen sollte ihn vor Folgen seiner Tat bewahren und bewirken, „daß ihn niemand erschlüge, der ihn fände" (1. Mose 4).

Die an Stelle der Kennzeichnung begrüßte Regelung, daß der Polizist eine auf Verlangen zu übergebende Visitenkarte bei sich trage [64]), kombiniert den Schein der Liberalität mit dem faktischen Nein zur Kontrolle. Jeder würde jede Visitenkarte bekommen, die er nicht haben will [65]). Den geringen Nutzen von Visitenkarten erfuhr ein Berliner, der für einen Verletzten höflich um die Karte eines Polizisten bat und zugerufen bekam: „Komm her, du Studentenschwein, du kannst noch eins in die Fresse haben, wenn du noch nicht genug hast" [66]).

Abschließend ist nach Tendenzen und Möglichkeiten zu fragen, die, der gegenwärtigen Praxis oder der spezifischen Situation der Polizei entspringend, eine gegenläufige Entwicklung begünstigen könnten.

Chancen auf Demokratisierung der Polizei?

Für den bewaffneten Dienst am Staat scheint es nur zwei Möglichkeiten zu geben: absoluter Gehorsam für beliebige Befehle oder Anspruch auf einen eigenen poli-

59) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 26. 4. 1968; Der Spiegel, Nr. 21/1968, S. 61.
60) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 11. 12. 1967.
61) Vgl. die Äußerungen des Bremer Regierungschefs H. Koschnick in: Der Spiegel, Nr. 5/1968, S. 36.
62) Vgl. A. Goeschel, Die Polizei als Dienstleistungsbetrieb (II), a.a.O., S. 52 ff.
63) Laut Infratest wünschen 66 Prozent eine Kennzeichnung der Polizeibeamten: 36 Prozent wollen Namensschilder, 30 Prozent wären auch mit Nummernschildern zufrieden. Zit. in Die Zeit, Nr. 30/1968, S. 7.
64) Vgl. etwa Göttinger Tageblatt vom 25./26. 5. 1968.
65) Vgl. stern, Nr. 25/1968, S. 132 und S. 147 ff.
66) Zit. in Kursbuch, Nr. 12 (1968), S. 85; für weitere Erfahrungen ähnlicher Art vgl. ebenda S. 44, 48, 61.

tischen Willen. Beiden Auffassungen ist ihr Extrem gedanklich mit auf den Weg gegeben.

Eine an Befehle und sonst gar nichts gebundene Polizei schwebt in der ständigen Gefahr, bewaffneter Knecht jeder gerade herrschenden Gewalt zu werden, unter Umständen dem auf der Klaviatur der Legalität spielenden Verbrecher zu dienen. Einen möglichen Endpunkt bezeichnet der Ausspruch von Johnny Torrio, einem der großen Gangster im Chicago der zwanziger Jahre: „Die Polizei ist mein Privateigentum" [67]). Auf der anderen Seite sind bewaffnete Einrichtungen mit eigenem politischen Willen stets auf dem Geleise, das zu einem Staat im Staate führt. Beispiele dazu bietet etwa die Geschichte der Weimarer Republik in Fülle.

Trotz dieser Gefahren und trotz der dargestellten Verflechtung polizeilicher Gewalt mit partikularen gesellschaftlichen Interessen scheinen einige bescheidene Möglichkeiten zu bestehen, die Polizei an etwas so Abstraktes wie die Demokratie zu binden. Initiativen dazu müssen weitgehend von der Polizei selbst kommen. Denn von politischer Seite ist auf Grund der hier versuchten Analyse schlechterdings nichts zu erwarten: Von daher muß die Polizei so sein, wie sie ist, und so handeln, wie sie es tat [68]).

Unmut bei der Polizei

Das Selbstverständnis der Polizei als einer relativ neutralen Kraft hat bei einer offenbar gar nicht geringen Zahl von Beamten die politischen Einsätze der letzten Zeit nicht ungebrochen überstanden. Die Diskrepanz zwischen Selbstverständnis und Funktion scheint zu offensichtlich geworden zu sein. So wurden Helmut Kentler während seines Gastspiels als kritischer Psychologe bei der Berliner Polizei telefonische Informationen von Polizeioffizieren zuteil, „denen der Kommißbetrieb über ist, die aber unter keinen Umständen ihren Namen nennen wollten" [69]). Und Werner Kuhlmann, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei,verwahrte sich dagegen, die Polizei zu einem „Prellbock zwischen Jugend und Establishment" zu machen. An die Adresse der Politiker gerichtet, sagte er: „Ich wehre mich gegen die Heuchelei, die Polizei zu loben und sie gleichzeitig auf dem Weg einer verderblichen Tradition zu belassen" [70]). Wie Kuhlmann die Ausbildungsmethoden bei der Polizei kritisierend, wandte sich der Wiesbadener Polizeipräsident Ender außerdem gegen die einseitige Schärfe der Polizei gegen Anti-Schah-Demonstranten und die einseitige Milde gegen die prügelnden Jubelperser. Bedenklich und undemokratisch nannte er die den Minderheitenschutz gefährdende Ansicht eines Polizeilehrers, wonach die Polizei sich nach der Mehrheit der Bevölkerung zu richten habe [71]). Und die Spitzen der Berliner Polizei mußten sich von dem Kriminologen und Psychologen Friedrich Hacker sagen lassen, daß die Aktionen der linksradikalen Studenten Teil einer weltweiten Auflehnung gegen den Konformismus, ein Experiment in Sachen Freiheit seien, die ein Umdenken der bisherigen Rolle der Ordnungsmächte erforderlich machten. Diese Umstellung sei aber nicht Aufgabe der Polizei. „Die Polizei ist nur der Sündenbock gesellschaftlicher Unentschlossenheit und damit der Prügelknabe der Politiker" [72]).

---

67) Zit. bei H. M. Enzensberger, Chicago-Ballade, Modell einer terroristischen Gesellschaft; in: ders., Politik und Verbrechen, Frankfurt 1964, S. 112.

68) Ähnlich F. Strempel, a.a.O.; in Kursbuch, Nr. 12 (1968), S. 8 f. heißt es: „Und die Politiker wissen, welch kostbares Gut eine einsatzfreudige Polizei für sie ist. Sie wissen, daß man ihr gegenüber nicht wankelmütig erscheinen darf."

69) Zit. in Der Spiegel, Nr. 33/1967, S. 32.

70) Zit. in Frankfurter Rundschau vom 7. 5. 1968; wie eindringlich das Verhältnis von Polizei und Demokratie innerhalb der Polizei selbst diskutiert wird, zeigen die Beratungen der Polizeigewerkschaft auf ihrem Bundeskongreß im Oktober 1968. Vgl. insbesondere das Gespräch mit W. Kuhlmann in Der Spiegel, Nr. 47/1968, S. 36 ff.

71) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 11. 12. 1967.

72) Zit. in Frankfurter Rundschau vom 13. 9. 1967.

Als letzter Beleg dieser Art sei aus dem Brief eines Pensionärs zitiert: „Als ehemaliger Polizeibeamter (in Ehren entlassen) muß ich mich immer wieder wundern, mit welchem Sadismus und welcher Brutalität doch einzelne Polizeibeamte in den Einsatz gehen" [73]).

Über das tatsächliche Ausmaß derartigen Unbehagens kann nichts gesagt werden. Doch deuten die angeführten Äußerungen darauf hin, daß auch Polizisten gedanklich beginnen, ihr Selbstverständnis gegen ihre Funktion in der Gesellschaft zu verteidigen und ihre reklamierte Unabhängigkeit durchzusetzen. Man fängt an, die eigenen Wahlsprüche gegen die Sprüche der Gewählten auszuspielen, zum Beispiel „Demokratie ist Diskussion" [74]). Ansätze dieser Art haben innerhalb der Polizei größere Chancen als anderswo.

Die Bedeutung der Ermessensspielräume

Mit anderen Großorganisationen hat die Polizei eines gemeinsam: Sie liefert gemeinsam handelnden und sogar einzelnen Individuen unfreiwillig einen gewissen Dispositionsspielraum [75]). Das erweist sich bei bewaffneten Verbänden sehr viel schärfer und mit sehr viel weiterreichenden Konsequenzen als bei anderen Einrichtungen. Denn Befehl und Ausführung sind oft unverbunden, Leistungen sind kaum kontrollierbar. Der Befehlsempfänger bekommt zwangsläufig zusammen mit dem Befehl einen erheblichen Freiheitsraum, den er relativ beliebig ausfüllen kann [76]). Bezogen auf die Polizei bedeutet das: Das staatliche Gewaltmonopol büßt in dem Moment unausweichlich seine Geschlossenheit ein, wo es an den einzelnen Polizisten delegiert wird. Delegation ist zugleich Zersplitterung. „Die Behauptung, daß die Zwecke der Polizeigewalt mit denen des übrigen Rechts stets identisch oder auch nur verbunden wären, ist durchaus unwahr. Vielmehr bezeichnet das ‚Recht' der Polizei im Grunde den Punkt, an welchem der Staat, sei es aus Ohnmacht, sei es wegen der immanenten Zusammenhänge jeder Rechtsordnung, seine empirischen Zwecke, die er um jeden Preis zu erreichen wünscht, nicht mehr durch die Rechtsordnung sich garantieren kann" [77]). Die unvermeidliche Lücke zwischen Befehl und Ausführung kann der einzelne Beamte differenzierend ausfüllen — je nach den politischen Implikationen des Befehls.

„Zwischen Befehl und Gehorsam steht beim Beamten immer noch das Gewissen ..." [78]). Dieses Wort von Klaus Harms, Pfarrer für Zoll und Polizei in Berlin, sollte in einer Hinsicht ergänzt oder auch nur präzisiert werden. Gewissen ist nicht nur ein nebuloses Gebilde in den Köpfen der Menschen, sondern auch die Gesamtheit des Wissens, der Einstellungen, Vorurteile und Urteile in politischen Fragen. Die große Bedeutung dieser unkontrollierbaren Zwischeninstanz wird etwa aus folgendem deutlich. Man kann Schießbefehle erteilen, aber keine Treffbefehle. Man kann, wie der Bremer Polizeipräsident von Bock und Polach es einmal tat, „Draufhauen, draufhauen, nachsetzen" kommandieren [79]); jenseits des Befehls liegt es, ob der Polizist einholt und mit voller Kraft öfter als nötig in Gesicht und Genitalien schlägt. In dieser Spanne individueller Handlungsfreiheit liegt eine erhebliche Chance auf Humanisierung des Polizeieinsatzes durch den einzelnen Beamten.

---

73) Leserbrief in Der Spiegel, Nr. 19/1968.
74) Beginn und Aufstieg, a.a.O., S. 100.
75) Die Anfälligkeit von Großorganisationen für ihre eigenen Prinzipien zeigten die „Bummelstreiks" bei Bahn und Post; sie lassen indirekt einen Schluß auf den Umfang unplanbarer Einzeltätigkeiten zu. Vgl. Ch. Helfer, Über ‚Dienst nach Vorschrift' als rechtssoziologisches Problem; in KZfSS, 17. Jg. 1965, S. 98 ff. — Für vergleichbare Erscheinungen in Industriebetrieben vgl. K. Thomas, Die betriebliche Situation der Arbeiter, Stuttgart 1964, etwa S. 43 ff.; R. Bendix, Herrschaft und Industriearbeit (1956), Frankfurt/M. 1960, etwa S. 590 f.
76) Vgl. etwa S.L.A. Marshall, Soldaten im Feuer, 3. Aufl., Frauenfeld 1959.
77) W. Benjamin, Zur Kritik der Gewalt, in: ders., Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt 1965, S. 44.
78) Zit. in Der Spiegel, Nr. 18/1968, S. 34.
79) Zit. in Der Spiegel, Nr. 5/1968, S. 36.

Diese private Chance gewinnt dadurch zusätzliche Bedeutung, daß es der Funktion nach ähnliche Ermessensspielräume auch in der Justiz gibt. Nur in der Konformität von Politik, Polizei und Judikatur wird Gewalt unangreifbar. Eine unabhängige Rechtsprechung hätte Kurt Tucholsky keinen Anlaß zu seiner Kritik am Urteil gegen Carl v. Ossietzky geben können: „Gummiknüppel sind keine Argumente. Und weiter ist dieses Urteil nichts" [80]). Jeder Bruch in dem oft nur bewußtseinsmäßigen Gleichklang — insofern Zwangsbündnis — zwischen den genannten Bereichen nimmt politischer Gewalt einen Teil ihrer Stoßkraft. Und die Richter und Staatsanwälte werden, das klang weiter oben an, teilweise jener im Bewußtsein verankerten Steuerungsanlage für das Schwert der Justitia gewahr, die es seit Jahrzehnten überwiegend nach links zuschlagen läßt.

Die kontrolliert einseitige Nutzung von Ermessensspielräumen ist eines der heikelsten Probleme dieser Ausführungen. Flexibilität von Willkür, Rechtsprechung von Rechtsbeugung zu unterscheiden, die tautologische Rechtfertigung der Gewalt durch ihre Anwendung zu durchbrechen: das ist Gegenstand eines letzten, skizzenhaften Abschnitts.

Leitlinien aktiv demokratischen Polizeieinsatzes

Man kann sich gesellschaftliche Probleme — und dazu gehören die Objekte polizeilichen Zugriffs — danach eingeteilt denken, wie leicht ein allgemeiner Konsensus über sie herzustellen ist. Was ein Handbuch mit dienstlichen Winken für den Polizeibeamten unter dem Stichwort „polizeiwidrig" aufführt, ist unproblematisch: „Beschädigter Kraftwagen, der den Verkehr behindert oder stört, zerbrochene und deshalb nicht brennende Straßenlaterne, beschmutzte Gehbahn usw." [81]). Derartige Zustände sind gesellschaftlich indifferent; jedes industrialisierte und urbanisierte Land muß, unabhängig von seiner gesellschaftlichen Verfassung, für Abhilfe sorgen. Der polizeiliche Zugriff ist durch den ohne weiteres anzunehmenden Konsensus legitimiert; die Auswahl der angemessenen Mittel bereitet keine Schwierigkeiten.

Doch reicht das Einverständnis einer großen Zahl von Personen nicht aus, um einen Maßstab für die differenzierte Ungleichbehandlung zu finden. Ein breiter Konsensus etwa für die Bestrafung der Homosexualität unterscheidet sich von dem vorigen Fall in einem entscheidenden Punkt: Für die Pönalisierung sind gerade diejenigen, die unter keinen Umständen betroffen sind. Die Regelung ist zwar für jedermann gültig, aber nur für wenige relevant. Dieses Auseinanderfallen von Konsens und Relevanz visiert auch die ironische Bemerkung von Anatol France an, daß es natürlich auch für die Reichen verboten sei, unter den Brücken von Paris zu nächtigen. Das muß der Beamte bedenken, wenn er sich an den in einem Jubiläumsband der Polizeigewerkschaft ganzseitig exponierten Wahlspruch hält: „Die Polizei ist die Dienerin für alle, aber sie hat nur einen Herrn: das Gesetz" [82]). Er muß wissen, wer ein Gesetz unter welchen Bedingungen verabschiedet hat; er muß erkennen, wem eine Bestimmung nützt und wem ein Normverstoß schadet. Der je verschiedene Grad von Betroffenheit durch eine Bestimmung und durch einen Verstoß gegen eine Bestimmung ist ein wichtiges Kriterium auch für das polizeiliche Handeln.

Doch erweisen sich diese Maßstäbe vorwiegend für politisch motivierte Straftaten als ungenügend. Etwa bei der Beschädigung von Springer-Fahrzeugen käme man bei formaler Betrachtung zu dem Resultat, daß der Normverstoß jeden be-

80) K. Tucholsky, Für Carl v. Ossietzky, General-Quittung; in: ders., Von Rheinsberg bis Gripsholm, Berlin 1965, S. 109.
81) Polizei-SOS, a.a.O., S. 174.
82) Beginn und Aufstieg, a.a.O., S. 22.

liebigen Autofahrer treffen könne: Danach würden Konsens, Relevanz und Grad der Betroffenheit einander weitgehend entsprechen und hartes Vorgehen legitimieren. Doch ist der politische Gehalt des angenommenen Normverstoßes damit nicht adäquat erfaßt: Er geht nach dem gemeinten Sinn weniger auf den konkreten Kraftwagen, sondern auf die antidemokratische Pressekonzentration. Deshalb muß weiter nach der Teilhabe der Allgemeinheit an dem geschützten Rechtsgut und dessen Bedeutung für die Allgemeinheit gefragt werden. Einem formal gleich erscheinenden Vorgang müssen seine gesellschaftlichen Implikationen abgewonnen werden — als Vorstufe unterschiedlicher Behandlung. Wenn der Normverstoß gesellschaftlichen Herrschaftspositionen gilt, von denen die Mehrheit der Bürger definitionsgemäß ausgeschlossen ist, muß der Beamte zu einem anderen Entschluß kommen als bei Angriffen auf ein Rechtsgut, an dem nahezu jeder teilhat.

Erforderlich ist eine Relativierung zweier Begriffe: Staat und Gesetz. Die Frage nach der Verknüpfung beider mit gesellschaftlichen Herrschaftsinteressen kann die Antwort auf jene andere erleichtern, ob ein polizeilich zu erfassendes Handeln oder Unterlassen der Demokratisierung der Demokratie nützt. Der eingangs entwickelte Demokratiebegriff kann in jedem auftretenden Fall dem Handeln eine relativ sichere Leitlinie geben. Die begonnene Verteidigung des polizeilichen Selbstverständnisses durch die Polizei selbst kann, verbunden mit der Nutzung von Ermessensspielräumen im Sinne differenzierter Ungleichbehandlung, eine geringe Chance darstellen, den Dualismus von Staatstreue und reflektiertem Staatsbürgerbewußtsein zugunsten der Demokratie zu erhalten.

Es mag sonderbar anmuten, Chancen einer Demokratisierung gerade bei Einzelpersonen innerhalb jener Institution finden zu wollen, die selbst oft genug Werkzeug gegen Ansätze aktiver Demokratisierung anderer gesellschaftlicher Teilbereiche war. Immerhin ist aber die allgemein geringe direkte Wirkung individuellen Handelns oder Unterlassens je nach sozialem Kontext verschieden gering — sie ist bei der Polizei noch am größten. Gerade weil der Polizeieinsatz ultima ratio sich bedroht fühlender Herrschaft ist, fällt jeder Reflexion des „Werkzeugs" großes Gewicht zu. Die letzte Waffe wird stumpfer und schartiger, wenn sie selber denkt. Ähnlich bedeutsam sind die indirekten Auswirkungen: Wenn zum Beispiel weniger Angst in der Demokratie erzeugt wird, schrumpft die Angst vor der Demokratie bei denjenigen, die sie durchsetzen könnten. Politische Ideen erhalten eine größere Chance: zumindest auf reflektierte Ablehnung anstelle emotionaler Aversion. Derartige multiplikative Effekte polizeilichen Handelns können der Demokratisierung zumindest insofern eine wichtige Hilfe sein, als sie ihrer Ausbreitung in Hochschulen, Schulen, dem Anschein nach auch in größeren Teilen der Arbeitnehmerschaft weniger Brachialgewalt entgegensetzen. Insgesamt freilich kann das Verhältnis von Staatsgewalt und Demokratie erst im demokratischen Staat einer demokratischen Gesellschaft demokratisch sein.

Karl Theodor Schuon / Hanne Wiedner

Politisch-soziologische Analyse historischer Kausalität und politische Bildung in der BRD

Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der Schulgeschichtsbücher für die Oberstufe der Gymnasien (I)

I

Die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik steht seit langem im Zeichen eines Restaurationsprozesses. Die letzten Phasen dieser Entwicklung forderten den massiven Protest vor allem von Schülern und Studenten heraus, der nicht nur im Endeffekt ohnmächtig auf sich selbst zurückschlug, sondern auch durch seine eigene Abstraktheit noch die Wirkungslosigkeit verstärkte. Eine ehemals apolitische Konsumentenhaltung hatte sich vorzeitig politisch aktivieren müssen; der Rückstand einer unzureichenden politischen Bildung auf der Höheren Schule mußte im Gewaltmarsch aufgeholt werden. Man erinnere sich daran, daß noch 1961 das Verhältnis von Student und Politik gekennzeichnet war von träger Anpassung oder Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Herrschaftsstrukturen und möglichen Gesellschaftsmodellen — ein unmittelbares Abbild der schulischen Vorbildung [1]). Die Verwandlung des demokratischen Systems in einen Obrigkeitsstaat antikommunistischer Prägung hätte damals bei der studierenden Jugend noch wenig Widerstand gefunden. Denn — so lautete noch vor vier Jahren die Diagnose — mit der vergleichsweise großen „Aufgeschlossenheit und Bereitschaft zu politischer Beteiligung sowie überwiegender, wenn auch häufig nur formaler Zustimmung zur Demokratie, solange sie wirtschaftlich funktioniert, vereint sich nur selten ein demokratisches Gesellschaftsbild, das die Studierenden in die Lage versetzte, unter veränderten Umständen politische Situationen kritisch aufzufassen und sich verantwortungsvoll für die Demokratie einzusetzen" [2]).

Die Vermittlung eines personalisierenden Geschichtsbildes noch in den Oberstufen der Gymnasien und die Vernachlässigung von geschichtlichen Tatbeständen, in denen die gesellschaftlichen und politischen Strukturen historischer Situationen zum Ausdruck kommen, kennzeichneten den Geschichtsunterricht [3]). Wenn auch die Schule lediglich einer der Faktoren im Kräftefeld des Sozialisierungsprozesses ist, in dem das Elternhaus und die informellen Gruppen Gleichaltriger, die großen Organisationen und die Massenmedien ihren Einfluß geltend machen, wenn es um das politische Engagement und das Geschichts- und Gesellschaftsbild der Jugendlichen geht, so ist doch hier eine hervorragende, weil kontinuierliche und demokratisch kontrollierbare Möglichkeit der politischen Bildung heute zu sehen. Der Geschichtsunterricht hat sich inzwischen wohl kaum verbes-

1) Vgl. Jürgen Habermas, Ludwig v. Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz, Student und Politik, Neuwied 1961.
2) Ludwig v. Friedeburg und Peter Hübner, Das Geschichtsbild der Jugend, München 1964, S. 47.
3) Vgl. ebd., S. 52 ff. Dazu auch: Rudolf Raasch, Zeitgeschichte und Nationalbewußtsein, Berlin 1964, S. 31 ff.

sert, seine Grundlage, die Darstellung vor allem auch der zeitgeschichtlichen Entwicklung in den Geschichtsbüchern unserer Gymnasien, ist weitgehend noch dieselbe. Eine Analyse der Darstellung der Weimarer Republik und des Dritten Reiches kann einen Überblick geben über die historischen und damit auch politischen Grundlagen und Kategorien, die der Jugend von heute als Vorbereitung für ihre akademische Ausbildung angeboten werden und die dann auch ihr politisches Handeln späterhin entscheidend mitprägen [4]).

Nach dem Ende des Dritten Reiches 1945 war es klar, daß auch die bildungspolitischen Grundlagen eines neuen Staates verändert und neu durchdacht werden müßten. Das Ziel sollte sein, die Jugend zu demokratischen Denk- und Verhaltensweisen zu erziehen. In der Anweisung Nr. 54 des Alliierten Kontrollrates heißt es: „Es sollen alle Schulen größtes Gewicht auf die Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortung und demokratischer Lebensweise legen und Lehrpläne, Schulbücher, Lehr- und Lernmittel und die Organisation der Schule selbst auf diesen Zweck ausrichten" [5]). Die Neubesinnung auf demokratische Grundlagen betraf an der Schule in erster Linie den Unterricht in Geschichte. Vor allem die zeitgeschichtliche Klärung der jüngsten deutschen Entwicklung war dringendstes Bedürfnis. Hinzu kam die Erkenntnis, daß der Rückgang einer vordem blühenden politischen Wissenschaft und die Verfemung der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit im Kaiserreich Bismarcks und in der Weimarer Zeit zur Kapitulation auch der Geschichtswissenschaft vor dem Na-

---

4) Der Untersuchung liegen alle Oberstufenlehrbücher für den Geschichtsunterricht an Gymnasien zugrunde, die von den Kultusministerien der Länder der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich „zum Gebrauch an höheren Schulen zugelassen" wurden. Lediglich in Hessen sind die Oberstufenbände nicht mehr zugelassen, obwohl sie weiter in den Gymnasien verwendet werden. Folgende Bücher wurden analysiert:
Bayerischer Schulbuchverlag: 1) Unsere Geschichte — unsere Welt, Bd. III, Von Napoleon III. bis zur Gegenwart, München 1964. Verfasser: Heribert Hilgenberg, Hugo Studinger, Elmar Wagner (5, 6, 8, 10).
Blutenburg Verlag: 2) Europa und die Welt, Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Oberstufe III, Ausgabe B, München o. J. Bearbeiter: F. Niedermayer (6).
Verlag G. Braun: 3) Werden und Wirken, Bd. III, Neueste Zeit 1815—1956, Karlsruhe 61960. Verfasser: Robert Mangelsdorf, unter Mitarbeit von Willy Andreas (5, 8, 9, 10).
Verlag Moritz Diesterweg: 4) Grundzüge der Geschichte, Oberstufe, Ausgabe B, Textband II, Vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gegenwart, Frankfurt/M., Berlin, Bonn und München 11966. Verfasser: H. G. Fernis, H. Haverkamp, bearbeitet von H. G. Fernis, Andreas Hillgruber (Neubearbeitung, noch nicht zugelassen. Alte Auflage war zugelassen in: 2, 3, 4, 5, 6, 9, 11).
(5) Grundzüge der Geschichte, Oberstufe, Ausgabe B, Historisch-politisches Quellenbuch, Bd. II, Vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 11966. Bearbeiter: H. Meyer, W. Langenbeck, in Verbindung mit H. G. Fernis, H. Hoffmann, N. v. Preradovich, W. Ripper.
(6) Grundzüge der Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart, Frankfurt/M., Berlin und Bonn 141967. Bearbeiter: H. G. Fernis, H. Haverkamp (1, 4, 5, 8, 9, 10, 11, ältere Auflage noch 1962 in: 7).
Hirschgraben-Verlag: 7) Deutsche Geschichte im europäischen Zusammenhang, Frankfurt/M. 31966. Verfasser: O. H. Müller, R. Schantz (5, 9, 10, 11).
Ernst Klett Verlag: 8) Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen, Ausgabe A, Bd. IV, Weltstaatensystem und Massendemokratie, Stuttgart 101965. Verfasser: H. Herzfeld, E. Dittrich-Gallmeister (5, 8, 11). — 9) Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen, Ausgabe B, Bd. III, Von 1850 bis zur Gegenwart, Stuttgart 51967. Verfasser: E. Dittrich-Gallmeister, J. Dittrich, H. Herzfeld (1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, ältere Auflage noch 1962 in: 7). — 10) Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen, Gekürzte, zweibändige Ausgabe B, Bd. II, Die moderne Welt, Von den bürgerlichen Revolutionären bis zur Gegenwart, Stuttgart 21966. Bearbeiter: J. Dittrich-Gallmeister, unter Mitwirkung von H. Herzfeld.
Verlag Schöningh-Schroedel: 11) Geschichtliches Unterrichtswerk für Höhere Lehranstalten, Oberstufe, Ausgabe G, Bd. III, Weltkriege und Weltordnung im 20. Jahrhundert, Hannover 1963. Bearbeiter: R. H. Tenbrock, K. Thieme (5, 8, 11). — 12) Geschichtliches Unterrichtswerk für Höhere Lehranstalten. Oberstufe, Ausgabe A, Bd. III, Die neueste Zeit, Vom Ursprung der USA bis heute, Paderborn 51956. Bearbeiter: R. H. Tenbrock, K. Thieme (2, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11).
Wochenschau-Verlag: 13) Epochen der Neueren Geschichte, Von 1815 bis zur Gegenwart, Bd. II, Unsere Geschichte 1933—1945, Das Dritte Reich in Darstellung und Dokumenten, Frankfurt 1962. Verfasser: Debus, Helbig, Buch (2).
Nicht analysiert wurde das Lehrbuch des Päd. Verlages Schwann, Düsseldorf, da es vergriffen und eine Neuauflage in Vorbereitung ist, sowie das Lehrbuch des Dr. Martin Lurz-Verlages, München, das ebenfalls vergriffen ist. — In Klammern sind die Länder der Bundesrepublik angegeben, in denen das Buch zugelassen ist: Bremen (1), Niedersachsen (2), Saarland (3), West-Berlin (4), Rheinland-Pfalz (5), Bayern (6), Hessen (7), Nordrhein-Westfalen (8), Hamburg (9), Baden-Württemberg (10), Schleswig-Holstein (11).
Wieweit die Titel in den einzelnen Gymnasien eingeführt sind, interessiert erst im Zusammenhang des Geschichtsunterrichts, der hier nicht untersucht wird. Jedenfalls treffen die staatlichen Zulassungskommissionen die wichtigste Vorentscheidung für den Geschichtsunterricht: In richtungweisenden Verordnungen legen sie einen Grundbestand an Schulbüchern fest, die „In Durchführung der Lernmittelfreiheit" kostenlos bezogen werden können. Die aufgeführten Titel wurden nach den Angaben der Länderkultusministerien, die diese auf Anfrage machten, zusammengestellt und teilweise nach den Amtsblättern noch ergänzt. — Die Bücher werden nach ihrer laufenden Nummer auf der Liste mit Seitenangaben nach dem Komma zitiert.
5) Binder, Frede, Kollnig, Messerschmid, Politische Bildung und Erziehung, Stuttgart o. J., S. 11.

tionalsozialismus geführt hatten und daß die Zurückhaltung in Fragen zeitgeschichtlicher Problematik in Wahrheit nicht Distanz von der „lärmenden" Gegenwart, sondern nur von der demokratisch-parlamentarischen Dimension unseres Zeitalters bedeutete [6]). Es galt daher nach 1945, bislang Versäumtes nachzuholen und Zeitgeschichte — also die Periode von 1917 bis zur Gegenwart umfassend — als Wissenschaft und Unterrichtszweig zu begründen. Das „Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen zur politischen Bildung und Erziehung" vom 22. Januar 1955 fordert deshalb: „Der Geschichtsunterricht muß bis in die Gegenwart führen und neben den Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft auch den Ertrag der Soziologie und verwandter Wissenschaften einbeziehen" [7]). Pädagogische Aufgabe des zeitgeschichtlichen Unterrichts aber sollte in erster Linie die politische Bildung der Jugend sein, um der gesellschaftlichen „Stillegung" von Demokratie entgegenzutreten. Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 2. Juli 1962: „Empfehlung zur Gestaltung der Lehrbücher für den Unterricht in neuester Geschichte und Zeitgeschichte" betont noch einmal ausdrücklich den engen Zusammenhang von geschichtlicher Erkenntnis und politischem Verhalten in der Gegenwart: „Geschichte muß als Feld menschlicher Entscheidungen begriffen und für die Erziehung zu politischer Verantwortung fruchtbar gemacht werden ... Besonderes Gewicht kommt der Behandlung der Zeitgeschichte (ab 1917) zu. Die gegenwärtige politische Lage Deutschlands und ihre Ursachen müssen deutlich gemacht werden. Ohne eine in die Tiefe dringende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist politische Bildung in Deutschland nicht möglich" [8]).

Die Forderungen sind klar formuliert. Doch nicht nur die politische Bildung und speziell der Unterricht in der Schule hatten sich danach zu richten; vor allem die Geschichtswissenschaft stand nach 1945 vor neuen Problemen, deren Lösung es erst möglich machen konnte, den Unterricht zu reformieren. Die Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts hatte sich von der Politik als Wissenschaft getrennt. Die Entfremdung zwischen den beiden Fächern vollzog sich vor allem mit dem Durchbruch des Historismus und ging auf dessen besonderen methodischen Ansatz zurück, der mit dem Begriff der idiographischen Methode zu umschreiben ist. „Die Betonung der Einmaligkeit und Konstellationsbedingtheit geschichtlicher Vorgänge, deren Aufhellung des sich einfühlenden Verstehens bedürfe, richtete sich nicht nur gegen alle Versuche, Geschichte als Gesetzeswissenschaft ... zu betreiben, sondern auch gegen die klassische liberale Historie, die die Trennung zwischen generalisierender politischer Theorie und geschichtlicher Darstellung nicht gekannt hatte" [9]). Man hielt zudem die jüngste Vergangenheit für noch nicht „geschichtsreif", noch zu sehr mit dem Leben verwoben, noch zu sehr im Mittelpunkt des eigenen Schicksals, der eigenen Verantwortung, dem eigenen parteiischen Standpunkt ausgesetzt. Erst in neuester Zeit setzte sich die Einsicht durch, daß Geschichte sich schon immer im fortwährenden Prozeß der Wechselwirkung zwischen dem Historiker und seinen Fakten, im unendlichen Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit konstituierte. Damit wurde es für den Historiker gleichgültig, ob er sich mit der Vergangenheit früherer Jahrhunderte beschäftigte, oder ob sein Forschungsgebiet die jüngste Vergangenheit war. Gerade die Geschichtswissenschaft selbst trug zu dieser neuen Sichtweise bei. Je mehr sie in das weite Feld der Vergangenheit vorstieß, „je mehr sie

6) Vgl. K. D. Bracher, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern, München und Wien 1964, S. 300.
7) Binder, Frede u. a., Pol. Bild. u. Erz., S. 147.
8) Hans Ebeling, Zur Didaktik und Methodik eines kind-, sach- und zeitgemäßen Geschichtsunterrichts, Hannover, Berlin, Darmstadt und Dortmund 1965, S. 319.
9) Hans Mommsen, Zum Verhältnis von Politischer Wissenschaft und Geschichtswissenschaft in Deutschland, in: Heinrich Schneider (Hrsg.), Aufgabe und Selbstverständnis der Politischen Wissenschaft, Darmstadt 1967, S. 286/287.

die geschichtlichen Bedingungen entdeckte, die den Menschen zu seiner Zeit so und nicht anders werden ließen, um so eher mußte sie auf den Anspruch verzichten, eine zeitlos unbedingte Wahrheit finden zu können" [10]). Der Haupteinwand gegen eine Beschäftigung mit der Zeitgeschichte war gefallen. Die Geschichtswissenschaft näherte sich damit notwendigerweise auch den Sozialwissenschaften und der Soziologie an. Man versuchte, von der herkömmlichen Diplomatiegeschichte oder Ideengeschichte wegzukommen und durch die von soziologischen Methoden unterbaute geschichtliche Darstellung zu einer ganz neuen Sehweise historischer Sachverhalte zu gelangen. Die neue Richtung jüngerer Historiker blieb vor allem in Deutschland nicht unwidersprochen, und die Diskussionen der Methode nahmen großen Raum ein, ohne daß klare Ergebnisse allgemein akzeptiert worden wären [11]).

Die politologische Wissenschaft hat inzwischen auch in Deutschland neue Erkenntnisse mit Methoden gewonnen, die die Geschichtswissenschaft wohl niemals so radikal anwenden kann. Politologische Untersuchung hat den Zweck, allgemeingültige Bedingungszusammenhänge zwischen historischen Ereignisketten und den ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken. Will man nicht nur Bedingungszusammenhänge aufdecken, sondern den gesellschaftlichen Gesamtprozeß in seinem tatsächlichen Ablauf und seiner tatsächlichen Kausalität vollständig beschreiben, so muß man notwendigerweise nicht nur über eine vollständige Kenntnis aller Bedingungszusammenhänge, sondern auch aller Randbedingungen verfügen [12]). Der Historiker legt nach wie vor Wert auf den historischen Prozeß in seiner historischen Einmaligkeit und vernachlässigt, zumindest in Deutschland, die sich anschließende Abstraktion vom Individuellen auf das Politisch-Allgemeine, die erst eine Nutzanwendung geschichtlicher Erkenntnis für das politische Handeln der Gegenwart ermöglicht. Politischer Unterricht ist ohne Rückgriff in die Zeitgeschichte nicht denkbar. Andererseits ist dieser ohne die Erkenntnisse der Politologie und Soziologie nicht politisch fruchtbar zu machen, ja geradezu dazu geeignet, undemokratische Verhaltensweisen zu fördern.

Es stellt sich daher die Frage, wieweit die Geschichtslehrbücher, die ohne Zweifel den Geschichtsunterricht in starkem Maße bestimmen, den Anforderungen, die an sie seit zwanzig Jahren kontinuierlich gestellt werden, entsprechen und ob sie Erkenntnisse der der Geschichtswissenschaft benachbarten Disziplinen angemessen berücksichtigen, um dadurch den politisch-demokratischen Bildungsgehalt des Geschichtsunterrichts zu garantieren. Selbstverständlich kann auch ein auf soziologischen Grundlagen aufgebauter und „bis an die Gegenwart herangeführter Geschichtsunterricht das Fach Gemeinschaftskunde nicht ersetzen" [13]). Nach der vernichtenden Kritik der Gemeinschaftskundebücher, die inzwischen vorliegt [14]), ist die Notwendigkeit aber um so größer, daß wenigstens die Geschichtsdarstellungen dem politischen Bildungsauftrag gerecht werden. Die bisherigen Analysen von Geschichtslehrbüchern der Bundesrepublik behandelten

10) Ernst Heinen, Zeitgeschichte in der Schule, Ratingen bei Düsseldorf 1966, S. 12.
11) Vgl. dazu Hans Rothfels, Zeitgeschichtliche Betrachtungen, 1941; Richard Dietrich, Geschichte und Geschichtsunterricht, Erfahrungen aus einem Seminar über vergleichende Schulbucharbeit, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Bd. VI, Braunschweig 1957, S. 5; Heinen, Zeitgesch., S. 9—22; Günter Moltmann, Zeitgeschichtlicher Unterricht, in: Quellen zur Unterrichtslehre, hrsg. von Georg Geißler, Bd. 9, Der Geschichtsunterricht, bearb. von Hartwig Fiege, Weinheim/B. 1963, S. 191 f., und vor allem auch die bahnbrechende neue Arbeit über die Entstehung und Entwicklung des Deutschen Reiches: Helmut Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, Köln und Berlin 1966.
12) Vgl. Jürgen Habermas, Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1965, S. 295.
13) Fritz Fischer, Lohnt es sich noch, Geschichte zu studieren?, in: Die Zeit, 40/1967, S. 24.
14) Vgl. Volker Nitschke, Schulbuch-Analyse, Zur Wirksamkeit politischer Bildung, Teil II (Forschungsberichte der Max Traeger Stiftung, Bd. 4), Frankfurt/M. 1966.

meist weiter zurückliegende historische Zeitabschnitte [15]), wobei der Vergleich mit Geschichtsbüchern der nationalsozialistischen Periode oder die Bedeutung nationaler Verschiedenheiten in europäischen Geschichtsbüchern im Vordergrund standen. Die Untersuchung der Behandlung der Französischen Revolution in europäischen Lehrbüchern zeigte deutlich, wie deutsche Geschichtslehrbücher die sozialen Hintergründe politisch-historischer Ereignisse vernachlässigten [16]). Die Untersuchung, die in der DDR gemacht wurde[17]), mag ideologisch verengt sein, doch erweist sie z. B. einwandfrei, daß die Behandlung der Kolonialpolitik in den westdeutschen Schulbüchern äußerst mangelhaft ist — ein im Hinblick auf die Vietnam-Debatte aufschlußreiches Kennzeichen politischer Bildung in der Bundesrepublik. Die einzige umfassende, den Zeitraum von 1917 bis 1945 behandelnde Analyse der Geschichtsbücher, die bislang vorliegt [18]), ist eine reichhaltige Zitatensammlung mit ergänzendem Kommentar, die sich aber so gut wie jeder ernsthaften Kritik enthalten muß, da sie das Problem zeitgeschichtlicher Analyse und Forschung nur sehr einseitig aus der Tradition deutscher Geschichtswissenschaft heraus begreift, die modernen Methoden soziologischer und politologischer Forschung dagegen vollständig vernachlässigt, was auch die Reverenz, die der Autor am Ende Alfred Weber erweist, nicht modifiziert.

Mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges soll unsere Analyse einsetzen und an einigen exemplarischen Beispielen deutlich werden lassen, welches Geschichtsbild vermittelt wird. Das Ende des Krieges schuf einer Welle der Demokratisierung freie Bahn und begründete gleichzeitig „die Ausgangsposition für Gegenbewegungen, die binnen kurzem die neuen Demokratien (mit Ausnahme Finnlands und der Tschechoslowakei) zu überwältigen vermochten" [19]). Demokratie und Nationalsozialismus in Deutschland sollen deshalb das Zentralthema der Untersuchung bilden, ist doch die Demokratie auch heute wieder durch autoritäre Tendenzen gefährdet.

II

Das Zeitalter der europäischen Demokratien nach 1918 wird in einer Reihe der Lehrbücher durch einen einführenden Überblick kulturhistorisch eingeordnet (vor allem in: 3, 8, 9). Gemeinsam ist diesen theoretischen Versuchen eine offene oder versteckte Abwertung der Massendemokratie, des Massenzeitalters, das Instinkte und Leidenschaften in die Politik eingebracht habe. „Die Vermassung der Politik beschwört ... die Gefahr herauf, daß elementare, durch keine Staatsraison mehr gebändigte Instinkte und Leidenschaften auch die Außenpolitik maßgeblich beeinflussen" (8, S. 62). „Mit dem Übergang von eingeschränkteren, abgestuften Wahlrechten zu gleichheitlichen und unmittelbaren Abstimmungsverfahren formt sich die Massendemokratie des 20. Jahrhunderts aus ... Aufpeitschung der Leidenschaften gehört ebenso zum Bild des Jahrhunderts wie politische Gleichgültigkeit ganzer Schichten" (3, S. 142). „Die Vermassung in der Politik beschwor die Gefahr herauf, daß elementare, durch keine Staatsraison mehr gebändigte Instinkte und Leidenschaften auch die Außenpolitik maßgeblich

15) Vgl. Jürgen Heinel, Die deutsche Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts im Spiegel der Schulgeschichtsbücher, Braunschweig 1962; Rolf-Joachim Sattler, Die französische Revolution in europäischen Schulbüchern, Braunschweig 1959; Ernst Weymar, Das Selbstverständnis der Deutschen. Ein Bericht über den Geist des Geschichtsunterrichts der höheren Schulen im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1961, ders., Die neuere Geschichte in den Schulbüchern europäischer Länder, Braunschweig 1956.

16) Vgl. Sattler, franz. Rev., 1959.

17) Horst Becker, Rudi Beyer, Fritz Drewitz und Horst Geist, Die zwei Entwicklungswege unserer Nation und ihre Widerspiegelung im Schulbuch, Berlin 1963;

18) Karl Mielcke, 1917 bis 1945 in den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik, Hannover 1961; vgl. dazu besonders die gründliche Untersuchung von Gertrud Bienko, So steht es immer noch im Geschichtsbuch, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 6/68.

19) Karl Dietrich Bracher, Der Feind stand rechts, in: Die Zeit, 7/1968, S. 30.

beeinflußten" (9, S. 119). Konsequenterweise wird die endliche Zerstörung der Demokratie durch den Faschismus den „Massen" angelastet, also die Demokratie selbst für ihren eigenen Untergang verantwortlich gemacht. „Die Demokratie trat in eine Krise, sobald die Massen begannen, auf die Männer zu hören, von denen sie — über die modernen Nachrichtenmittel — unmittelbar angesprochen wurden ... Hier brauchte die Masse nicht mehr selbstverantwortlich zu entscheiden, sondern nur noch zu gehorchen. Sie hielt die Autorität für leistungsfähiger als Debatte und Parteikampf. Indem die Masse der Wähler ihre Hoffnung auf einen Führer setzte, entartete die Demokratie zur Diktatur" (9, S. 119). „Krieg und Technik haben die Massen überall an Disziplin und Lenkung durch Befehl von oben gewöhnt. Gehorsam und Unterordnung erscheinen bequemer als selbstverantwortliche Entscheidung, Autorität leistungsfähiger als Debatte und Parteikampf ... Die Völker sind daher geneigt, ihre letzte Hoffnung auf eine starke Persönlichkeit zu setzen" (8, S. 61/62). „Gesteigerte Existenznöte und Genußsucht gingen nebeneinander her ... Die gleichförmige Prägung der Massen, ihre Zusammenballung in den Großstädten machte sie anfälliger für verantwortungslose politische Lockungen, widerstandsloser, in gewissem Sinn auch leichter erfaßbar als Gefolgschaft für die propagandistische Bearbeitung und den Zugriff diktatorischer Gewalten" (3, S. 144). Diese versteckte oder offene Abwertung des Demokratiegedankens geht zurück auf die Thesen Carl Schmitts zur Krise des Parlamentarismus. Sie gehört in die Tradition eines Denkens, das unmittelbar zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen hat[20]). Auch heute könnte diese Ideologie in den Schulbüchern wieder den Boden dafür bereiten, eines Tages die „Massen" erneut auf ihre wahre, ihnen angemessene politische Bedeutung zurückzudrängen. In unzulässiger Weise wird die differenzierte Schichtung einer Gesellschaft unterschlagen und mit moralischen Kategorien der „Genußsucht", „Instinkthaftigkeit" u. ä. die Demokratie in toto abgewertet. Noch deutlicher wird diese Psychologisierung sozialer Faktoren bei der Behandlung einzelner sozialer Gruppen, sofern sie überhaupt ins Blickfeld geraten: „Innerhalb der Arbeiterschaft brach eine Art Klassenkampf aus zwischen den Arbeitenden und dem Heer der Arbeitslosen ... Neid, Mißgunst und Hartherzigkeit traten an die Stelle der Klassensolidarität" (9, S. 122/123). Im selben Buch gipfelt die Diskreditierung in einer expressis verbis von Ortega y Gasset übernommenen Gedankenreihe: „Die Masse kennt keine Tradition und keine Autorität, sie anerkennt keine Normen und lebt letztlich ohne Ehrfurcht" (9, S. 123). Man muß anerkennen, daß im folgenden Abschnitt klarzumachen versucht wird, wie „Vermassung" eine notwendige Begleiterscheinung der Entwicklung der industriellen Gesellschaft ist. Doch wird das grundsätzlich Negative dadurch lediglich abgeschwächt, keineswegs aufgehoben, geschweige denn als Fortschritt gewertet.

Es nimmt nicht mehr wunder, daß die „fortschreitende Bedrohung und Zersetzung der christlich-abendländischen Kultur" (3, S. 141), oder „die bis zum Materealismus verhärteten wirtschaftlichen Interessen" (3, S. 142) eine weitere Bedrohung der „Humanität" darstellen. Der Nationalsozialismus stellt den Endpunkt dieser Entwicklung dar, weil er „keinerlei Bindung mehr an transzendente Werte kannte" (9, S. 120). Es bleibt nur noch, Hitler als Dämon zu begreifen; auch das wird angedeutet: „Eine dämonische Überspitzung des Nationalstaatsgedankens" (9, S. 120). Soziale Probleme oder politische Traditionen werden durch solche Psychologisierung in den Hintergrund gedrängt[21]). Soziale

[20]) Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962; Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München und Leipzig 1923.

[21]) Vgl. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 29—43.

Gruppen und Institutionen, die in einer modernen Gesellschaft die politische Entwicklung bestimmen, werden in ihrer strukturellen Beziehung zueinander nicht analysiert. Eine verhängnisvolle Personalisierung sozialer Phänomene wird verbunden mit einer lautstarken Abwertung der modernen, industriellen Entwicklung der europäischen Gesellschaften und ihrer politischen Ausdrucksformen, der parlamentarischen Parteidemokratie. Die „Weltkrise des 20. Jahrhunderts" (9, S. 117), wie eine Überschrift lautet, soll darüber hinwegtrösten, daß antidemokratische Traditionen — vor allem in Deutschland — die Demokratie systematisch zerstörten, Traditionen, die sich sozial und institutionell genau bezeichnen lassen und auf deren Zurückdrängung jederzeit hätte hingearbeitet werden können. Die Analyse der Einzeldarstellungen wird zeigen, daß hier in der Tat die historischen Darstellungen versagen, auch wenn die Mehrzahl der Bücher sich nicht zu solch krassen Abwertungen moderner Demokratie hinreißen läßt.

Ein einziger Versuch, die soziale Schichtung der deutschen Gesellschaft nach 1918 ausführlicher darzustellen (8, S. 65 ff.) — die anderen Bücher gehen nur sehr unvollkommen, weil viel zu kurz darauf ein, während z. B. die Behandlung der religiösen und kulturellen Krise oft den zehnfachen Raum einnimmt —, gelingt nur für die Arbeiter und ihre Parteien, wobei die seltsam rückwärtsgewandte Bezeichnung „Arbeiterstand" gewählt wird. Die Darstellung des Bürgertums versagt. Die Umschichtung dieser Klasse wird wohl erwähnt und das sogenannte „Versagen" des Bürgertums auf dieses wieder zurückgeführt, doch wird sie nicht genügend erklärt als wirtschaftlich notwendiger Aufreibungsprozeß der einstmals führenden Schicht zwischen Großunternehmern und Arbeiterklasse [22]). Lediglich Krieg und Währungszerrüttung werden angeführt, doch auch das ohne exaktere Bestimmung. Kein Wort liest man von der politischen Misere des deutschen Bürgertums im Kaiserreich, und was mit „Versagen" bezeichnet wird, bleibt vage. Der Zerfall der liberalen Partei in England gehört genauso dazu wie die antidemokratische Haltung des Bürgertums in Deutschland.

III

Die Revolution von 1918 wird in allen Lehrbüchern bis auf eine einzige Ausnahme, die gesondert behandelt werden muß, ohne die sozialen Hintergründe als im luftleeren Raum hängende politische Zufallstat dargestellt, lediglich ausgelöst durch den Krieg. Der Anlaß wird hochgespielt, die Ursachen verschwiegen. „Der Krieg hatte in den beiden Ländern Deutschland und Rußland, in denen die Idee der Monarchie bis dahin fest verwurzelt war, älteste europäische Tradition zerstört" (9, S. 102). Es sei nun Platz geworden für die „Errichtung ‚totalitärer' Staatsgebilde, typisch moderner, einförmiger Riesenbauten ohne alle und jede Tradition, Gehäuse des uniformen Massenmenschentums, nicht der freien Persönlichkeit" (9, S. 103). Die Revolution also war sinnlose Zerstörung alter Tradition und führte direkt in den Faschismus. Die Revolution wird weiterhin lediglich beschrieben als Rebellion der Matrosen. Daran schließt sich z. B. der Satz an: „Am 9. November wurde in Berlin die Republik durch Philipp Scheidemann ausgerufen, um der linksradikalen Revolution zuvorzukommen" (12, S. 183). Kein Wort mehr wird in diesem Buch über die deutsche Revolution gesagt. Oder: „Durch die Kriegsnot und die furchtbare Enttäuschung der Niederlage war eine tiefgehende Erbitterung in Deutschland entstanden, die von einer bewußt revolutionären Agitation geschürt wurde" (3, S. 137). „Die unmittelbare Folge der militärischen Niederlage war die Revolution" (4, S. 129). „Die allgemeine Erschöpfung und die Erbitterung weiter Kreise des Volkes machen den Fortbestand der

22) Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 106 ff.

Monarchie unmöglich" (8, S. 51). „Der militärischen Niederlage folgte auch in Deutschland die Revolution ... Meuternde Matrosen, welche die Ausführung des Befehls an die Hochseestreitkräfte zum Auslaufen verweigerten, erhoben sich gemeinsam mit Arbeitern in der Stadt Kiel ..." (6, S. 203). Oder aber wird die Revolution lediglich im Zusammenhang militärischer Ereignisse nebenher erwähnt: „Am 9. November wurde in Berlin die Republik durch Philipp Scheidemann ausgerufen, um der linksradikalen Revolution zuvorzukommen. Der Kaiser dankte ab und floh nach Holland" (11, S. 27). In keinem der entsprechenden Bücher wird mehr über die Revolution gesagt, als die bereits zitierten Stellen beinhalten. Eine „Ausnahme" bilden die bereits erwähnten „Einführungen" in das Problem der „Massendemokratie". Nicht nur werden damit politische Ereignisse von ihrem sozialen Hintergrund abgetrennt, sondern vor allem soll die Revolution als unnötiger Willkürakt und irrationaler Ausbruch eines durch Krieg und Hunger verschreckten Volkes abgewertet werden. Wohl wird bei der folgenden Schilderung der Entwicklung der Weimarer Republik gelegentlich — allerdings selten — darauf hingewiesen, wie verhängnisvoll es war, daß 1918 nicht eine radikale gesellschaftliche Umstrukturierung stattgefunden hatte; doch bleibt diese Erkenntnis isoliert, ohne in die Darstellung der Phase einzugehen, die zum großen Teil dafür verantwortlich gemacht werden muß. Der politische Schluß aus der Erkenntnis, daß Militär, Bürokratie, Justiz und Wirtschaftsführung die Demokratie bekämpften, müßte sein, solche Machteliten bei der Konstituierung einer demokratischen Gesellschaftsverfassung auszuschalten. Welchen anderen Sinn hatte die Revolution von 1918, eine Revolution, die seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie gefordert wurde und die in den übrigen großen westeuropäischen demokratischen Ländern zum selbstverständlichen historischen Bewußtsein gehörte? Höchstens ein einziges Mal gelingt die Zuordnung der deutschen Revolution zu westlichen Demokratien, wenn die Wirkung von Wilsons Forderung nach Demokratisierung geschildert wird: „Die revolutionäre Stimmung der deutschen Linken erhielt neuen Auftrieb ... In dieser Krise beschlossen die Linksgruppen zu handeln und setzten die Revolution auf den 11. November fest" (1, S. 101). Jedoch auch hier vermißt man jede soziale Einordnung. Was die sogenannten „Linksgruppen" wollten, welche Interessen sie vertraten, bleibt im Dunkeln, wenn dann auch sehr klar gesagt wird, wie die revolutionäre Umwandlung hätte aussehen müssen, wären die „Linksgruppen" ihrem Programm treu geblieben.

Ein einziges Buch macht eine gewisse Ausnahme. Es versucht, die historische Perspektive nicht aus dem Auge zu verlieren, die deutsche Revolution in die europäische Geschichte einzuordnen: „Die Novemberrevolution hat die Ziele erreicht, die vor vier Jahrhunderten einige Führer des Bauernkrieges, ihrer Zeit weit vorauseilend, aufgestellt hatten: die Fürsten sind beseitigt, Deutschland ist eine Republik. Sie wird nicht von einem Stande, sondern — wie in den demokratischen Staaten des Westens — von einer Volksmehrheit verschiedenster Herkunft und sozialer Stellung getragen. Ihre festesten Stützen hat sie in den sozialistischen Massen" (7, S. 249/250). Hier wird endlich einmal nicht von der „Krise des 20. Jahrhunderts", der „Massendemokratie" und der „abendländisch-christlichen Kultur" geredet, sondern von den politischen Kräften, die die Entwicklung nach ihren Interessen bestimmten: „Bald gewinnen wieder Parteien an Macht und Einfluß, die, der Demokratie feind, durch Umbenennung notdürftig getarnt, die Wiederherstellung der alten gesellschaftlichen Zustände, die Lenkung des politischen Lebens zum Vorteil der Besitzenden mehr oder weniger offen anstreben" (7, S. 250). Die Begriffe bleiben allerdings auch hier sehr vage („der Demokratie feind", „Vorteil der Besitzenden"), doch ist wenigstens ein Versuch

gemacht, dem komplexen Ereignis einer politischen Revolution mit adäquaten Methoden soziologischer Analyse beizukommen. Der Versuch ist zunächst nicht geglückt.

Dem mangelnden Verständnis für die sozialen Hintergründe der Revolution entspricht eine an den Tatsachen völlig vorbeigehende Darstellung der Rolle der USPD als einer Hauptträgerin der damaligen politischen Entwicklung: „... die Unabhängigen wünschten den gewaltsamen Umsturz und einen Staatsaufbau nach bolschewistischem Vorbild" (6, S. 303). „Das aus tausend Wunden blutende Deutschland droht im Winter 1918/1919 im Chaos der sozialen Revolution zu versinken. Spartakusbund und Unabhängige Sozialistische Partei erstreben die Diktatur des Proletariats und die Einführung des Rätesystems nach russischem Vorbild" (8, S. 87). „Der linke Flügel, der sich als Unabhängige Sozialdemokratische Partei selbständig machte, fühlte sich als Vorbereiter einer deutschen Revolution nach russischem Muster" (3, S. 137). Die Revolution wird damit einmal mehr herabgesetzt, da sie über das ohnehin ausgeblutete Deutschland nur neues Chaos hereinbrechen ließ. Vor allem aber wird in der überwiegenden Mehrzahl der Bücher die USPD — über ihren vollen Namen sind sich Deutschlands Geschichtslehrbücher nicht einig — als treibende Kraft einer bolschewistischen Revolution dargestellt, wobei es völlig dem Leser überlassen bleibt, was er sich darunter vorzustellen hat. Wichtig scheint nur zu sein, daß 1918 der Terror von links abgewehrt werden mußte, ein Terror, den jeder aus der Entwicklung des bolschewistischen Rußland kennt und der im Zeichen eines militanten Antikommunismus nun gleich dazu herhalten muß, die gesamte Linke zu verleumden. Nirgends wird erläutert, was der Grundgedanke des Rätesystems ist, nämlich die Überwindung des historischen Gegensatzes zwischen Exekutive und Legislative, die Ersetzung der bürokratischen Regierung über das Volk durch die Selbstregierung der mündigen Volksmassen. Die Räteregierung bedeutete — unter den ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnissen als in Rußland — weder irgendeinen Terror, noch eine Gewaltherrschaft einer Minderheit, noch irgendwelche phatastischen Experimente auf dem Gebiet der Wirtschaft[23]). Der Vorschlag der USPD-Führung, die Räte mit dem parlamentarischen System zu kombinieren, wird nirgends erwähnt. Lediglich eine einzige Darstellung versucht etwas objektiver zu sein: „Die in sich uneinigen Unabhängigen dagegen wünschten in ihrem revolutionären Flügel den gewaltsamen Umsturz und eine sozialistische Umgestaltung des Staates, der sich an das Muster des russischen Rätesystems anlehnen sollte" (4, S. 130). Wenn das Rätesystem überhaupt einmal erwähnt wird — meist reicht es schon, wenn man die USPD mit Bolschewismus gleichsetzt —, so wird nichts Näheres ausgeführt; die eigentlichen Zusammenhänge bleiben unklar. Der Leser assoziiert Terror und Diktatur; der „weiße Terror" erscheint dann als Gegenterror.

Erst recht wird der Spartakusaufstand begriffen als homogener Bestandteil der gesamten Linken, von den Arbeitern getragen. „Aufgehetzte Volksmassen" bedrohten die Grundlagen des Staates, „nur mit Mühe konnte der Volksbeauftragte Noske, ein Mehrheitssozialist, des Aufstandes Herr werden, den Liebknecht im Januar 1919 anzettelte, um eine Räterepublik nach russischem Muster zu errichten" (3, S. 152). Nur dies eine Zitat sei noch hinzugefügt, da es nicht lohnt, die stereotypen Wiederholungen zu erwähnen: „Ebert und der Reichswehrminister Noske sind dadurch zu enger Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung Hindenburg—Gröner genötigt" (8, S. 88). Eine im Hinblick auf den späteren Kampf um die Erhaltung der Demokratie eindeutige Fehlentscheidung Noskes

[23]) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961, S. 18 ff., ein Buch, das von deutschen Historikern gern ignoriert wird, obwohl es inzwischen zu einem Standardwerk der Pol. Wissenschaft geworden ist.

wird als Gebot der Stunde der Not gerechtfertigt; die verhängnisvolle Zusammenarbeit von Militär und Regierung war keineswegs unausweichlich. Später allerdings wird des öfteren sehr eindringlich darauf hingewiesen, wie die Reichswehrführung der alten Generale die Demokratie sabotierte. Angesichts des „roten Terrors" aber stellt sich nun ihr „Versagen" in einem rosigeren Lichte dar.

Auch der Kapp-Putsch wird in seiner Bedeutung für die weitere Entwicklung der Weimarer Demokratie nicht richtig dargestellt. Die Weigerung der Reichswehrführung, sich der Republik zur Verfügung zu stellen, und die nachträgliche Sanktionierung dieses Verhaltens durch die Regierung wird nirgends deutlich erwähnt. Der Putsch selbst wird beschrieben als ein Versuch, lediglich eine neue Regierung zu bilden, nicht aber die Demokratie aufzuheben. In einem Falle kann man ohne weiteres von historischer Lüge sprechen, wenn behauptet wird, der Kapp-Putsch sei zusammengebrochen, „da die Arbeiterschaft in den Generalstreik eintrat und die Reichswehr in ihrer Mehrheit zur Regierung hielt" (3, S. 159). Die Beschönigung der demokratiefeindlichen Haltung der Reichswehrführung [24]) und der mit ihr verbündeten Rechten korrespondiert sinnvollerweise mit der Abwertung der Massendemokratie und der demokratischen Revolution der Linken.

IV

Die Behandlung der Krise von 1923 zeigt mit aller Deutlichkeit, mit welch ungleichem Maß die Linke und die Rechte gemessen und damit die Überleitung zum autoritären Staat ab 1930 bereits hier zu rechtfertigen versucht wird.

Zunächst soll die Inflation als Naturereignis einer von unbekannter Hand in Gang gehaltenen Wirtschaft auf keinen Fall in einem Zusammenhang mit der Wirtschaftsführung und den Zielen der Wirtschaftsführer gesehen werden: „Aber die Mark stürzt ins Bodenlose, auf ein Billionstel ihres einstigen Wertes" (7, S. 253). Mehr wird über die Inflation nicht gesagt! Oder aber die Massen selbst sind an der Inflation schuld: „Die Unterstützung der vielen Streikenden mit Geldmitteln durch die Reichsregierung verschlang aber riesige Summen. Da infolgedessen das Tempo der Inflation sich immer mehr steigerte ..." (3, S. 157). Wenn außer dieser Ursache nichts mehr erwähnt wird, ist das Geschichtsfälschung. Die Mehrzahl der Bücher führt die Inflation wenigstens auf die hohen Reparationszahlungen zurück. Lediglich drei Bücher sehen auch eine falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung als Ursache (11, S. 52; 9, S. 141; 12, S. 198). Die unabänderliche Katastrophe einer Inflation stützt damit das Vorurteil, die Wirtschaft sei nicht machbar und dem politischen Willen selbstverantwortlich entscheidender Staatsbürger zu unterwerfen. Die autoritäre Wirtschaftsverfassung wird wie selbstverständlich gerechtfertigt, die Verschleierung ihrer verhängnisvollen Rolle bei der Etablierung des Faschismus schon hier vorbereitet.

Das verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gegen die Landesregierungen in Sachsen und Thüringen wird in allen Lehrbüchern beschönigend dargestellt. „In Sachsen beseitigt die Reichswehr die radikale Linksregierung Zeigner" (8, S. 93). „... im November erhält Deutschland mit der Rentenmark wieder eine feste Währung. In Sachsen rückt Reichswehr ein" (7, S. 254). Mehr Information wird nicht gegeben! „Aufstände von links und rechts bedrohten ihren (der Republik) Bestand" (6, S. 310/311). In eindeutiger Verfälschung der geschichtlichen und rechtlichen Tatbestände wird die Behauptung aufgestellt: „In Sachsen, wo sich unter einem linksradikalen Regime eine Willkürherrschaft ent-

[24]) Vgl. dazu Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1964[4], S. 229 ff.; George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt/M. 1955.

wickelt hatte, marschierte die Reichswehr ein und stellte wieder gesetzliche Zustände her" (3, S. 159). Die Verunglimpfung demokratischer Volksfrontregierungen als diktatorische Regime gehört zum Grundbestand der Geschichtsdarstellungen. „... in Thüringen und Sachsen versuchten Kommunisten, die in die Regierung eingetreten waren, Staaten nach sowjetischem Muster zu bilden, und in Bayern widersetzte sich die Bayrische Regierung (v. Kahr) offen allen Maßnahmen der Reichsregierung ..." (12, S. 200). „Beiden ging es um die diktatorische Führung des Reiches durch eine Stelle, die sich in ihrem Handeln von einer allgegenwärtigen Partei gestützt fühlte" (12, S. 202).

Diese unzulässige Gleichsetzung von rechts und links erfährt eine ebenso falsche Ergänzung durch die Darstellung der Maßnahmen der Reichsregierung: „Im Kampf gegen beide Bewegungen, die sich als Kommunismus in Sachsen und Thüringen eine gewisse Bedeutung verschafft hatten und als Nationalsozialismus vor allem in Bayern ..., errang die Regierung Stresemann ihre ersten größeren Erfolge" (11, S. 57). Damit wird der Anschein erweckt, als hätte die Demokratie einen Sieg errungen gegen links und rechts. Darüber hinaus wird der Hochverrat der bayrischen Regierung beschönigt durch die Überbewertung der dämonisierten Figur des jungen Hitler: „Mit vorgehaltener Pistole zwang er Kahr und andere bayerische Politiker, sich ihm als künftigem Reichskanzler ... zur Verfügung zu stellen" (1, S. 125). In keinem einzigen Buch wird die soziale Struktur Bayerns und seiner politischen Führung exakt analysiert und der konsequente Weg der bayerischen Konservativen bis zum Kampf gegen Berlin dargestellt. Die Person Hitler genügt als Erklärung, und es kann verschwiegen werden, wie ungleich die Maßnahmen Stresemanns gegen Sachsen/Thüringen einerseits und Bayern andererseits waren. Eine stillschweigende Amnestie deckte die Meuterei des Generals von Lossow und den Hochverrat des Herrn von Kahr zu. Die bayrische Justiz verurteilte Hitler und mehrere andere Führer der Aktion vom 9. November zu milden Festungsstrafen. Die Hauptschuldigen Kahr und Lossow gingen ohne Anklage in Amt und Würden herum. Kein Reichswehrsoldat der Reichsregierung hat bayrischen Boden betreten. Von scharfen Maßnahmen gegen Bayern konnte keine Rede sein. Deshalb war es nicht verwunderlich, daß antidemokratische Reichswehrführung und konservative Kreise nach 1924 gestärkt aus der Krise hervorgingen. Die Erklärung dafür sieht aber, wenn sie überhaupt gegeben wird, in den Lehrbüchern anders aus: „Die Entspannung der Weltlage nach 1924 verstärkt überall die konservativen Tendenzen in der Innen- und Sozialpolitik" (8, S. 99).

Sowohl die tatsächlichen Ereignisse als auch deren Hintergründe werden so dargestellt, als habe sich die Masse der Bevölkerung aus unerklärlichen Gründen nach rechts gewandt, wenn auch die Demokratie zwischen Links- und Rechtsradikalismus gut hindurchgekommen war. In Wirklichkeit hatten Justiz, Staatsbürokratie, Wirtschaftsführung und Reichswehrführung — die sogar 1923 den Staatsstreich geplant hatte, der in keinem Lehrbuch erwähnt wird — die demokratische Linke einschließlich der Kommunisten unterdrückt und geschwächt und dagegen ihre eigene antidemokratische Position des Konservatismus gefestigt. Die Weichenstellung für die spätere verhängnisvolle Entwicklung war vollzogen. Nur wird sie in unseren Geschichtslehrbüchern verschwiegen. Die Lehren, die man daraus ziehen müßte, könnten Positionen unserer heutigen Führungselite gefährden.

Die Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs der Weimarer Republik wird in erstaunlich übereinstimmender Weise von der Mehrzahl der Lehrbücher übergangen oder nur ganz am Rande erwähnt: „Im Herbst 1923 erhält Deutschland mit

der Rentenmark wieder eine feste Währung . . ." (6, S. 312). Sie wird als „Scheinblüte" (9, S. 150) bezeichnet oder lediglich in vier Zeilen als Wirtschaftskonjunktur gekennzeichnet, deren soziale Leistungen unerwähnt bleiben. Man geht dann meist über zur Wahl Hindenburgs und der „Versöhnung" der Rechten, eine kurze Darstellung der Reichswehr wird eingeblendet, die jetzt aber zusammenhanglos aus dem politischen und sozialen Kontext herausfällt; am Ende wird vor allem Außenpolitik abgehandelt. Lediglich drei Bücher gehen auf die Blütezeit der Weimarer Republik ausführlicher ein (7; 11; 12) und stellen die wirtschaftlichen Leistungen heraus. Nur ein Buch (11) gibt ausführlich Auskunft über die sozialen Errungenschaften. „Diese waren das entscheidende Verdienst der verschiedenen Gewerkschaften und jener politischen Parteien, die von jeher der sozialen Frage ihre größte Aufmerksamkeit gewidmet hatten (Zentrum und Sozialdemokratie), aber auch der sozial verantwortlichen Unternehmer" (11, S. 66).

Die Weimarer Demokratie prägt sich damit in das Bewußtsein der Jugend ein als ein mit großen Schwierigkeiten konfrontierter, innerlich zerrissener und außenpolitisch isolierter Staat, der teils wegen schicksalhafter Umstände, teils wegen eigener Unfähigkeit aus dem Zustand der Dauerkrise nie richtig herausgekommen war. Die „Erlösung" durch den 30. Januar 1933 wird dadurch plausibel. Die Forderung, die für die politische Pädagogik aufgestellt wurde, bleibt unerfüllt: „Hüten wir uns davor, den Nationalsozialismus allzusehr nur aus den Zuständen der Weimarer Republik herzuleiten und womöglich in naiven Gemütern die Vorstellung aufkommen zu lassen, daß ja eigentlich am Nationalsozialismus die Republik schuld sei" [25]). Nur eine eingehende Analyse der Sozialstruktur der damaligen Gesellschaft könnte ein solch verhängnisvolles Fehlurteil vermeiden. Leider findet man sie nirgends.

(Zweiter Teil folgt)

Prof. Dr. h. c. Manfred v. Ardenne, Dresden

Zur gegenwärtigen Lage der Informationswissenschaft*)

Der Einstrom wissenschaftlicher Informationen hat seit Ende des Ersten Weltkrieges etwa um den Faktor 60 zugenommen. In der gleichen Zeitspanne hat sich für den Nutzer der Informationen die Art der Informationsspeicherung, der Informationsaufbereitung und der operativen Informationsnutzung nur unwesentlich verbessert. Dieses eminente Mißverhältnis führt in unseren Tagen zu Schwierigkeiten, die sehr schnell an Bedeutung zunehmen.

---

25) Wolfgang Schlegel, Geschichtsbild und geschichtliche Bildung als volkspädagogische Aufgabe, Weinheim/Bergstraße 1961, S. 164.

*) Veröffentlicht auch in der Zeitschrift ZIID 15, 94, 1968.

Zur gegenwärtigen Lage

Die Beseitigung des genannten Mißverhältnisses, d. h. die Überwindung der kritischen Lage im Bereich von Information und Dokumentation, gehört zu den größten und dankbarsten Aufgaben, die unserer Generation gestellt sind. Der Kampf für den Fortschritt der Informationswissenschaft und gegen die Weitschweifigkeit in allen Bereichen unseres Lebens (Schulausbildung, Hochschulausbildung, Weiterbildung im Beruf, Forschung, Entwicklung, Wirtschaft, Leitungstätigkeit, Politik) mit den Waffen des Geistes und der modernen Technik gehört zu den zentralen Pflichten der Institute für Information und Dokumentation. Dieser Kampf steht überall in der Welt erst in den Anfängen. Das anzustrebende umfassende Herangehen an diese komplexe Aufgabe ist gegenwärtig noch außergewöhnlich schwierig. Informationswissenschaft und Informationstechnik befinden sich noch im Jugendstadium ihrer Entwicklung: Die theoretischen und technischen Methoden von Informationswissenschaft und Informationstechnik sind noch in einem ständigen Wandel begriffen. Bei den grundsätzlichen Fragen der Informationskennzeichnung und der computergerechten Klassifizierung ist man noch weit von einer allgemein anerkannten Standardisierung entfernt. Da die Informationswissenschaft an den Universitäten und Hochschulen erst neuerdings stärkere Berücksichtigung findet, stehen ausgebildete Informationsingenieure heute nur in sehr geringer Zahl zur Verfügung. Wenn man sich zu dieser kritischen Analyse noch vergegenwärtigt, daß dazu als Programm die Aufbereitung und Komprimierung des gesamten Informationsgehaltes der Wissenschaften und der Technik ansteht, dann könnte Mutlosigkeit jeden erfassen, der sich auf dieses zukunftsreiche Tätigkeitsfeld begibt. Hier gilt es, den Anfang richtig zu organisieren.

Wie und wo beginnen?

Der Verfasser hat bereits im Jahre 1951 für die ihm nahestehenden Fachrichtungen damit begonnen, aus der täglichen Forschungsarbeit die als wesentlich empfundenen wissenschaftlichen Informationen zu klassifizieren, zu speichern, aufzubereiten, zu wichten und gegebenenfalls operativ dem jeweils zuständigen Nutzer der Information zuzuführen. Seit damals widmete er, neuerdings unterstützt durch eine Informationsabteilung, täglich durchschnittlich etwa eine Stunde dieser Tätigkeit. Rückblickend darf festgestellt werden, daß gerade diese Arbeit (1) (2) in besonderem Maße zur positiven Entwicklung unseres Institutes auf dem Weißen Hirsch beigetragen hat. Aber aus diesem eigenen Erleben wissen wir auch, welches hohe Maß an Initiative, Phantasie, Fleiß und Ausdauer zur nützlichen Tätigkeit auf diesem Felde gehört.

Aus der Sicht unserer seit 1951 gesammelten praktischen Erfahrungen ergibt sich die Empfehlung, an folgende Teilaufgaben im ersten Schritt heranzugehen:

1) Abschluß der bereits laufenden Bemühungen um die Standardisierung der Informationskennzeichnung (Kette genormter Kennwörter für den Inhalt. Aufstellung standardisierter Wortschätze für die verschiedenen Bereiche).

2) Beschleunigung der Standardisierung für die Ordnung der Informationen (z. B. nach der prinzipiellen logischen Verknüpfung von Objekten und Merkmalen in einem Schichtenmodell (4) (5)), so daß die Klassifizierung sowohl in Datenbänken als auch z. B. in Büchern angewendet werden kann.

3) Beschleunigung der Standardisierung bewährter geistiger Methoden für die Aufbereitung und Kompression der Informationen bzw. ganze Informationskomplexe. Möglichst zweidimensionale Speicherung, z. B. ausnutzbar im Buchdruck,

in der Mikrofilmdokumentation und ferner in allen Datenbänken mit zweidimensionaler Datenspeicherung.

4) Systematische Durchsicht aller Verfahren der modernen Informationstechnik und Auswahl derjenigen Verfahren, die unter unseren Bedingungen als besonders vorteilhaft angesehen werden müssen.

5) Praktische Durchführung der Klassifizierung, Speicherung, Ordnung, Aufbereitung, Wichtung und Kompression von Informationen (Umkodierungsprozeß mit heuristischem Wert! (Beispiele (1) (2) (6)). Festlegung der speziellen Aufgaben, Gründung von Autorenkollektiven.

6) Praktische Durchführung des zuvor skizzierten Prozesses mit lawinenartig anwachsender Rate für weitere Bereiche und Fachgebiete.

Die Zukunft

Wenn durch Intelligenz und über Jahre hindurch aufrechterhaltenen Fleiß von vielen tausend Wissenschaftlern, Informationsingenieuren und Fachspezialisten die noch auf dem Wege liegenden methodischen Hindernisse beseitigt und die vordringlichsten Aufgaben gelöst sind, dann wird auch für das Informationswesen eine neue Zeit beginnen. Die menschliche Phantasie reicht nicht aus, um die feineren Einzelheiten der Entwicklung, die hier auf uns zukommt, vorauszuahnen.

Der vielleicht markanteste und folgenreichste Schritt wird die praktische Durchsetzung der neuen Prinzipien im Schul- und Hochschulwesen sein. In der Durchführung dieses Schrittes sehen wir den notwendigsten und revolutionärsten Prozeß der Hochschulreformen, um die gegenwärtig in der ganzen Welt gerungen wird. Wieder sei die sich bietende Gelegenheit dazu benutzt, um insbesondere das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen zu tatkräftigem, organisierendem Handeln auf der Linie der Empfehlungen 1) bis 6) zu mahnen. Wenn es zu diesem Handeln kommt, wird die berechtigte Unzufriedenheit der Studenten über die gegenwärtigen Ausbildungsmethoden, welche der gewaltigen Zunahme des Informationsflusses seit Ende des Ersten Weltkrieges kaum Rechnung getragen haben, zum großen Teil verschwinden. Dann werden Schüler und Studenten bei Klassenarbeiten, Klausuren und Prüfungen das notwendige Wissen aus ihren Informationsspeichern (zunächst noch die klassische Buchform) entnehmen dürfen und müssen. Dann wird es nicht mehr notwendig sein, den ständig weiterwachsenden Wissensstoff im Gehirn zu speichern. Vielmehr erstreckt sich unter den neuen Bedingungen das Lernen auf das Arbeiten mit solchen Wissensspeichern, auf das schnelle Finden der jeweils benötigten Informationen und auf die Auswertung der ermittelten Informationen im Rahmen der Lösung gestellter Aufgaben. Durch die hier skizzierten Maßnahmen, die gerade in unserem sozialistischen System bei Aktivwerden der beteiligten Ministerien relativ schnell zu realisieren sind, könnte der heutigen Überlastung der Gedächtniskapazität der jugendlichen Gehirne gesteuert und Raum geschaffen werden für die Entfaltung von Phantasie, kombinatorisch-schöpferischem Denken, also für die Ausbildung in nützlicher Verwertung der Informationen und in Richtung von echtem Können. Nicht mehr länger dürfen die Gehirne unserer Jugend als Gefäße betrachtet werden, die mit Wissensstoff angefüllt werden müssen, sondern es muß sich in der Praxis unserer Lehre wieder ein in früheren Jahrhunderten maßgebend gewesenes Prinzip durchsetzen: Die Lehre muß wieder zu einer Fackel werden, die in den Köpfen der Jugend sich entzündet und in deren Feuer das Neue entsteht und geformt wird.

Für immer mehr Berufsrichtungen werden Wissensspeicher entstehen, die nicht nur in Forschung und Entwicklung, sondern auch im beruflichen Alltag Leistungsfähigkeit, Arbeitspräzision, die Schärfe der Selbstkontrolle erheblich verbessern werden. Für die zweite Phase der Entwicklung läßt sich einschätzen, daß auch im öffentlichen und politischen Informationswesen (Presse, Rundfunk, Fernsehen) die Komprimierung und Wichtung der Informationen eine immer stärkere Rolle spielen wird.

In der Wirtschaft und im Verwaltungsapparat ließen sich Berichtswesen und Bürokratismus durch zweckmäßige Aufbereitung der wesentlichsten Informationen zu geordneten Informationskomplexen erheblich reduzieren. Beispielsweise wäre es nicht mehr nötig, daß Politiker, Minister, Generaldirektoren und Werkleiter täglich Berge von Berichten mit weitschweifigem Text studieren müssen. Sie brauchten nur noch wenige Tabellen mit gewichteten und geordneten Informationen durchzuarbeiten und hätten dabei noch den Vorteil der besseren visuellen Vergleichsmöglichkeit zwischen logisch zusammengehörenden Informationen. Die Einführung solcher Arbeitsweisen würde in erster Linie dem sozialistischen System zugute kommen, weil bei ihm das Prinzip der zentralen Leitung, welches die Hilfe der Informationswissenschaft besonders benötigt, mit größerer Häufigkeit zur Anwendung kommt.

Literatur

(1) M. von Ardenne, Tabellen zur angewandten Physik. Bd. 1, 2 (und in Vorbereitung 3). Dtsch. Verlag der Wissenschaften, Berlin 1962, 1964.

(2) M. von Ardenne — P. G. Reitnauer, Tabellen zur medizinischen Elektronik, Handbuch medizinische Elektronik, Teil I, Verlag Technik, Berlin 1962.

(3) M. von Ardenne und Mitarb., Zahlreiche Wissensspeicher auf dem Gebiet der Krebsforschung. 1959 bis 1968.

(4) W. Feitscher, Die Technik 22, 230, 1967.

(5) S. Reball, ZIID-Z. 15, 54, 1968.

(6) W. Feitscher, Graphische und tabellarische Wissensspeicher. ZIID-Schriftenreihe Nr. 14, Berlin 1967.

Dr. Jacques Otto Grézer

Vor fünfzig Jahren zerfiel Österreich-Ungarn

Fünfzig Jahre ist es in diesen letzten Wochen des Jahres 1968 her, daß Österreich-Ungarn auseinanderfiel. Ich spreche dabei ganz bewußt von einem Zerfallen, oder besser Auseinanderfallen, weil noch nicht einmal aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts ein exaktes Datum eindeutig ermittelt werden könnte, auf das man tatsächlich und unzweideutig das „Ende der habsburgischen Donaumonarchie" einwandfrei zu fixieren in der Lage wäre. Sehr allmählich löste sich dieses Vielvölkerreich von fast einem Dutzend Nationalitäten während eines Zeitraums mehrerer Wochen nach und nach auf: die gemeinsame Regierung funktionierte nicht so lange wie die gemeinsame Verwaltung, und die Liquidation der k.u.k.-Armee als letzter gemeinsamer Klammer überdauerte sogar noch den

schließlichen Thronverzicht der das alte Reich repräsentierenden kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät.

Unmittelbar nach der Proklamation des in dieser Form und auch zu diesem Zeitpunkt problematischen „Völkermanifestes Kaiser Karls" vom 16. Oktober 1918 [1]), das das genaue Gegenteil von dem vielleicht Erwarteten — d. h. den Beginn der Auflösung anstatt den Auftakt zum Umbau des Reiches — erreichte, begann das Auseinanderfallen des Donaustaatsverbandes, dessen Höhepunkt man allgemein mit dem Thronverzicht Kaiser Karls vom 11. November 1918 ansetzt, das aber erst endgültig zum Abschluß gekommen war, nachdem der letzte österreichisch-ungarische Oberbefehlshaber, Feldmarschall Kövess, am 20. Dezember 1918 auch die Liquidation der k.u.k.-Armee beendet hatte. Damit war — nachdem Polen, Tschechen und Slowaken, Südslawen und Rumänen, aber auch die Ungarn und ganz zum Schluß ebenfalls die Deutsch-Österreicher in jenen Wochen schon ihren „eigenen Weg" begonnen hatten — ein Staatsverband endgültig von der Landkarte verschwunden, der in seinen Kernländern der österreichisch-ungarisch-böhmischen Kronunion unter zunächst einer Personal- und später Realunion der Dynastie Habsburg seit dem Jahr 1526 immerhin fast vierhundert Jahre lang — in Form und Umfang freilich mehrfach wechselnd [2]) — Bestand gehabt hatte.

Wider zählebige Geschichtslegenden

Greift man die Problematik des Sterbens dieses Donaustaatsverbandes nach einem halben Jahrhundert heute nochmals auf, so gewiß nicht nur oberflächlich wegen der 50-Jahres-Zäsur. Für Historiker und Zeitgeschichtler — und im Fall der k.u.k.-Monarchie überschneidet sich geschichtliche mit noch immer zeitgeschichtlicher Forschung, weil ja die Konsequenzen der damaligen Ereignisse bis in unsere Gegenwart hineinreichen — ist nämlich die Frage ebenso aktuell wie noch nicht eindeutig beantwortet geblieben, ob denn das Ende dieser Donaugroßmacht zwischen dem potentiellen deutschen und russischen Machtfaktor der Folgezeit tatsächlich „zwangsläufig" war oder nicht. Sinnvoll kann man allerdings an die Beantwortung dieser Frage nur herangehen, wenn man die Akzente neu setzt und energisch mit einigen Legenden aufräumt, die sich inzwischen vor allem im deutschsprachigen Mitteleuropa um dieses Thema gleichsam als verspätetes Alibi gebildet haben:

1) Österreich-Ungarn sei „von den Feindmächten der Entente zerstört" worden;

2) „exzessive Ambitionen slawischer Völker" hätten zu seiner „Zerschlagung" geführt;

3) die „Wühlarbeit einiger (tschechoslowakischer und jugoslawischer) Exilgruppen" im alliierten Lager habe schließlich zu einer „mutwilligen Zerstörung" der Donaumacht geführt.

Wer heute vor allem wieder in den Memoirenwerken Thomas G. Masaryks und Eduard Beneschs aus jener Zeit [3]) blättert, der mag tatsächlich zu dem oberflächlichen Eindruck gelangen, daß der „wachsende Einfluß" dieser Emigrantengruppen (das gleiche mag auch für die jugoslawische Gruppe um Ante Trumbić u. a. gelten) und ihrer persönlichen Freunde auf die Politik der Ententemächte der

[1]) Helmut Rumpler, „Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918", Oldenbourg-Verlag, München 1966 (in der Reihe „Österreich-Archiv").

[2]) Neben der Länderunion Böhmen-Ungarn-Österreich gehörte zur Donaumonarchie längere Zeit auch Schlesien und die Lausitz (über Böhmen), das südliche Polen nach der Ersten Polenteilung (Galizien) und wechselnde Teile des südslawischen Raumes, wogegen andere mit dem Namen Habsburg verbundene Staaten heute kaum noch gegenwärtig sind. Vgl. darüber u. a. „Kaiseradler über dem Apennin — Die Österreicher in Italien 1700 bis 1866" und „Als Belgien österreichisch war", beide von Prof. Heinrich Benedikt, sowie „Als Venedig österreichisch war" von Max v. Rottauscher und auch „Österreich in Übersee" von Alexander v. Randa — alle im Herold-Verlag, Wien 1960 bis 1966.

[3]) T. G. Masaryk, „The Making of a State", Allen & Unwin, London 1929; E. Benesch, „Aufstand der Nationen — Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution", Ullstein, Berlin 1928.

eigentlich „treibende Motor" zum Ende Österreich-Ungarns gewesen sei. Psychologisch aus der Zeit der Abfassung dieser Memoiren durchaus verständlich, übertreiben ihre Autoren jedoch im Nachzeichnen der seinerzeitigen Perspektiven und täuschen die Nachwelt darüber hinweg, daß ihr „Einfluß im Entente-Lager" nur sehr langsam und unter zahlreichen Rückschlägen wuchs, ihre Tätigkeit hingegen nur sekundär wirksam, Konsequenz einer geradezu fatalen Entwicklung war, die sich im Laufe des Ersten Weltkrieges auf der Gegenseite — in Wien und Budapest, aber vor allem auch in Berlin — abgespielt hat.

In Wirklichkeit trifft die entscheidende Schuld oder noch besser Verantwortung am Niedergang des Habsburger Reiches das eigene Lager, d. h. die in Wien und Budapest während der letzten Jahre seiner Existenz Herrschenden und die Interessengruppen, die entweder im Land selbst oder außerhalb (in Berlin) hinter ihnen standen. Von kurzfristigen militärischen Schein-Erfolgen geblendet, waren diese Kreise einfach nicht in der Lage, zum jeweils richtigen Zeitpunkt das historisch notwendig Gewordene zu erkennen oder, wo dies vereinzelt zumindest theoretisch erkannt worden ist, in der Praxis auch energisch genug danach zu handeln. In dieser Sicht sind sich heute vor allem jene Historiker einig, die einen Zerfall der Donaumacht in jenen Tagen keinesfalls für so ganz „zwangsläufig" anzunehmen bereit sind: etwa der heute in London lebende und lehrende Tscheche Zbynek A. B. Zeman [4]) und der erst kürzlich mit einem sehr beachtlichen Buch über die Jahre 1916—1918 hervorgetretene österreichische Historiker und Publizist Peter Feldl [5]).

Je weiter wir uns übrigens vom Ende Österreich-Ungarns entfernen, um so geringer wird die Zahl jener Experten, die — immer natürlich aus der Sicht und den Möglichkeiten der damaligen fraglichen Zeit — etwa noch so apodiktisch formulieren möchten, wie dies erst wieder kürzlich Johann W. Bruegel in seinem ansonsten ausgezeichneten Dokumentarwerk über die tschechisch-deutsche Problematik im böhmisch-mährischen Raum zwischen beiden Weltkriegen [6]) einleitend getan hat: „Die Frage, ob ein Zerfall Österreich-Ungarns ... damals vermeidbar gewesen wäre, muß mit einem unzweideutigen Nein beantwortet werden ..."

Dieser und ähnlichen Aussagen steht seit einer Generation bereits die Antithese eines Mannes gegenüber, der wohl als einer der ersten die Zusammenhänge richtig erfaßt hatte: des österreichischen Dichters Anton Wildgans (1881—1932)! In seiner (Abschieds-)„Rede über (Alt-)Österreich" (1929) formulierte Wildgans so: „Der österreichische Staatsverband war weder in seinen ‚Grundfesten morsch' noch ‚als solcher unmöglich' geworden: unmöglich war er bloß als Schwerthalter des Germanentums (in Südosteuropa), und vor allem als solchem wurde ihm ja dann auch sein Untergang ... bereitet." Auch andere österreichische Literaten hatten dies damals in ihren Arbeiten immer wieder anklingen lassen (man denke vor allem an Franz Theodor Csokor, den heutigen Vorsitzenden des österreichischen PEN-Zentrums, aber auch an Joseph Roth und Karl Kraus), aber wohl niemand auf einen so kurzen Nenner gebracht wie eben Wildgans, dessen hier zitierte Äußerung in der Tat mitten hineinstößt in die wirklichen — und nicht nur vorgeblichen — Zusammenhänge um das Ende des Habsburgerreiches.

---

4) Z. A. B. Zeman, „The break-up of the Habsburg Empire", Oxford University Press 1962 (deutsch als „Zusammenbruch des Habsburger Reiches" im Oldenbourg-Verlag, München).
5) Peter Feldl, „Das verspielte Reich — Die letzten Tage Österreich-Ungarns", Paul Zsolnay-Verlag, Wien 1968 (die wohl bedeutsamste Neuerscheinung über die Entscheidungsjahre 1917 und 1918 in Österreich).
6) Johann W. Bruegel, „Deutsche und Tschechen 1918—1938", Nymphenburger Verlagshandlung, München 1967.

Neuverteilung der Verantwortlichkeiten

Natürlich kann man aus späterer Erkenntnis heute auch den damaligen Ententemächten einen Vorwurf daraus machen, daß sie — lange genug um ein Herauslösen der Donaumonarchie aus dem Bündnis mit Deutschland über einen Sonderfrieden vergeblich bemüht — die Sache einer „Donaugroßmacht zwischen Deutschland und Rußland" nicht auch nach der endgültigen Niederlage der Mittelmächte im Spätherbst 1918 zu der ihrigen machten oder damals erst recht und dementsprechend „das europäische Interesse an der Erhaltung eines föderierten und demokratisierten Donaustaatsverbandes, ja sogar dessen Stärkung durch eventuelle Assoziierung mit dem wiedererstandenen Polen zur künftig besseren Sicherung des schon seit 1866 bzw. 1871 gestörten kontinentalen Gleichgewichtes" in den Mittelpunkt der damaligen Pariser Vorortsverträge stellten. Wer dies aber ausspricht, wie etwa der polnisch-österreichische Historiker Otto Forst de Battaglia in seinem Deutschland wie Rußland gegenüber äußerst kritischen Werk „Zwischeneuropa" [7]), der muß dennoch zugleich die Schuld jener ungleich höher ansetzen, die durch eine klügere Politik den Ersten Weltkrieg hätten verhindern oder zumindest rechtzeitig aus ihm aussteigen können, um etwa einen modernisierten Donaustaat als europäischen Gleichgewichtsfaktor gegen den alldeutschen Imperialismus rechtzeitig aufzubauen — die aber im Gegensatz dazu all die Jahre und Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg und dann noch während seines Verlaufes bis in das Jahr 1918 hinein in Wien und Budapest auf den Niedergang Österreich-Ungarns aus Verblendung, Kurzsichtigkeit und dann gegen Schluß wohl einfach auch schon aus Ratlosigkeit[8]) mit einer negativen Zielstrebigkeit hinarbeiteten, die in diesem Ausmaß keiner der „Feinde des Habsburgerreiches" aufbrachte.

Eine Persönlichkeit, die es eigentlich am besten wissen müßte, weil sie über 20 Jahre hinweg zu den führenden Beamten des k.u.k.-Ministeriums des Äußeren gehörte und schließlich die rechte Hand der letzten drei österreichisch-ungarischen Außenminister (Aerenthal, Berchtold und Burian) unter Kaiser Franz Joseph I. (bis 1916) gewesen ist, aber auch noch deren Vorgänger Goluchowski und deren Nachfolger Czernin gut kannte — wir meinen Ernst-Emanuel von Urbas —, schrieb in ihren unter dem Pseudonym „Ernest U. Cormons" erst mit reichlichem Abstand nach dem Zweiten Weltkrieg verfaßten Memoiren [9]) zur Neuverteilung der wahren Verantwortlichkeiten am späteren Zerfall Österreich-Ungarns bereits für die Zeit vor und zu Beginn des Ersten Weltkriegs: „Es lag in erster Linie an Kaiser Franz Joseph selbst, dem ... ein wirklich schöpferischer staatsmännischer Geist ebenso fehlte, wie er ... letztlich auch ein wankelmütiger Charakter war, der seine besten Mitarbeiter jedesmal dann fallen ließ, wenn sie der Deckung der Krone zur Vollendung ihrer Reformpläne am meisten bedurft hätten ... Außerdem waren — neben dem magyarischen Feudaladel und vielleicht noch mehr als jener — die späteren ‚Sudetendeutschen' als die Totengräber dieses versunkenen Völkerverbandes anzusehen, die selbst auch dann noch, als das Donaureich schon auseinandergefallen war, ihre unheilvollen Machenschaften im Donauraum fortsetzten ..." Immer wieder tauchen übrigens bei Urbas bittere Klagen über die „ebenso fanatische wie kleinliche Empfindlichkeit, die engstirnige Rechthaberei und den nationalistischen Doktrinarismus der österreichischen Deutschnationalen und unter ihnen in erster Linie jener aus den

7) Otto Forst de Battaglia, „Zwischeneuropa — Der Raum von der Ostsee zur Adria", Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt 1954.
8) Walter Pollak, „Dokumentation einer Ratlosigkeit — Österreich im Oktober und November 1918", Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 1968.
9) Ernest U. Cormons, „Schicksale und Schatten — Eine österreichische Autobiographie", Otto Müller-Verlag, Salzburg 1950.

böhmisch-mährischen Randgebieten" auf, die noch immer „selbst geringe Fortschritte zugunsten der nicht-deutschen und vor allem slawischen Mehrheiten hintertrieben und damit alle rechtzeitigen Reformpläne schließlich vereitelten".

Selbst ein den Kaiser Franz Joseph weit positiver wertender Historiker unserer Generation wie der Brite Edward Crankshaw [10]) kann dem „alten Kaiser" den Vorwurf nicht ersparen, längst notwendig gewordene innenpolitische Reformen immer wieder hinausgezögert oder verhindert zu haben, womit er sich — ungeachtet des Nimbus, den nachher eine romantisierende Legende um ihn legte — im übrigen leider immer mit den herrschenden deutschnationalen und ungarisch-feudalen Kreisen, die jedoch in der Donaumonarchie immer mehr nur noch eine Minderheit darstellten, einig wußte. Und selbst ein dem späteren „Sudetendeutschtum" so nachsichtig gegenüberstehender Autor wie Helmut Slapnicka [11]) kann deren negativen Einfluß auf die strukturelle Entwicklung der Doppelmonarchie in ihren letzten Lebensjahrzehnten nicht verwischen. Hatte überdies schon sehr früh der selbst aus Deutschböhmen stammende Dichter K.-H. Strobel die Sudetendeutschen als das seiner ganzen Typologie nach „am wenigsten österreichische Volk der alten Monarchie" apostrophiert, so stellte inzwischen auch der Historiker Hermann Münch [12]) in seinem wohl bis heute unerreichten Quellenwerk über das tschechisch-sudetendeutsche als das „böhmische Schlüsselproblem" schon in der alten Donaumonarchie der radikal und unduldsam deutschnationalistischen Haltung der späteren „Sudetendeutschen" die bis fast zuletzt pro-österreichische Gesinnung der von den Deutschnationalen immer noch so verlästerten Tschechen gegenüber, deren Mehrheit sich — ebenso wie diejenige der anderen „österreichischen" Slawen von den Polen bis zu den Kroaten und Slowaken — immer wieder um den Fortbestand eines umgebauten Donaustaatsgebildes bemühte.

Die heute weitverbreitete propagandistische Schutzbehauptung der gegenwärtig in Westdeutschland lebenden Sudetendeutschen Landsmannschafts-Funktionäre, die sich zur Tarnung ihrer alldeutschen Ambitionen neuerdings gern „alt-österreichisch" geben, von einer angeblich „grandiosen Aufbaurolle der Sudetendeutschen im alten Österreich" ist eine der unhaltbarsten Geschichtsklitterungen, die zugleich jede objektive Wahrheitsfindung über die tatsächliche Historie jenes Raumes immer noch erheblich erschwert. Demgegenüber kann heute gar nicht genug auf die Zeugnisse jener Zeitgenossen und Historiker verwiesen werden, die — so peinlich dies auch den deutschnationalen Geschichtsverzerrern sein mag — auf die effektive „Totengräber"-Rolle des Sudetendeutschtums verweisen, die diese damals tatsächlich eifrig ausübten.

Die Fatalität des „deutschen Bündnisses"

Der bereits zitierte v. Urbas weist aber auch wiederholt auf die Fragwürdigkeit des „deutschen Bündnisses" (des seit 1879 bestandenen Zweibundes) für Österreich-Ungarn hin — nicht zuletzt im Zusammenhang mit der immer wieder verschleppten, aber spätestens seit 1871 notwendig gewordenen Föderalisierung anstelle des problematischen „Dualismus" von 1867, einer der unseligen Folgen der Niederlage von 1866: „Ein potentieller Wächter stand vor den problematischen (dualistischen) Verfassungsgesetzen von 1867: die Berliner Regierung, die das vielbesungene ‚Band der Bundesgenossenschaft' dazu benutzte, die Hege-

10) Edward Crankshaw, „The Fall of the House of Habsburg", Oxford University Press 1964 (deutsch als „Niedergang des Hauses Habsburg" im Econ-Verlag, Düsseldorf).
11) Helmut Slapnicka, „Zwischen Zentralismus und Föderalismus — Die staatsrechtlichen Gestaltungsversuche Alt-Österreichs und die Sudetendeutschen", Holzner-Verlag, Kitzingen 1953.
12) Hermann Münch, „Böhmische Tragödie — Das Schicksal Mitteleuropas im Licht der tschechischen Frage", Georg Westermann-Verlag, Braunschweig 1949.

monie auf der einen Seite der Deutschen (und unter ihnen vor allem wieder der Deutschnationalen) und des ungarischen Feudaladels auf der anderen Seite auf Kosten der anderen Nationalitäten zu stützen und alle Versuche zu einer gerechten Föderalisierung und Demokratisierung Österreichs zu torpedieren. Der Druck, den die deutsche Botschaft in Wien in dieser Richtung über einige Zeitungen, wachsende wirtschaftliche Einflüsse und vor allem mittels enger Beziehungen zu den deutsch-radikalen Parteien ausübte, ging über alles irgendwie noch Tragbare weit hinaus..."

War das „Bündnis" zwischen Wien und Berlin, das bereits in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts der unglückliche Thronfolger Rudolph auflösen wollte (der dann in Mayerling nicht zuletzt wegen grundsätzlicher politischer Meinungsverschiedenheiten mit dem alten Kaiser sich das Leben nahm), schon vor dem Ersten Weltkrieg immer problematischer geworden (auch der tschechische Politiker Karel Kramarž, dessen Berufung zum k.u.k.-Außenminister zu Beginn dieses Jahrhunderts ebenfalls die Deutschnationalen verhinderten, hatte sich ebenso für eine außenpolitische Neuorientierung eingesetzt), so mündete es während des Krieges in ein völliges Abhängigkeitsverhältnis: nicht nur der außenpolitische Druck, auch die innenpolitische Einmischung des Deutschen Reiches gegenüber Österreich-Ungarn verstärkte sich im gleichen Maße, in dem zunächst die „deutschen Waffen" scheinbar „erfolgreich" waren, und spätestens 1916 war Wien endgültig zum Vasallen der imperialistischen Berliner Balkan- und Orientpolitik herabgesunken. Die sogenannte „Osterbegehrschaft" des Jahres 1916 ist in etwa ein typisches Beispiel für das völlige Einschwenken des Deutschnationalismus in Österreich-Ungarn auf die alldeutsche „Mitteleuropa"-Linie unter dem Druck Berlins.

Oder ein anderes, ebenso typisches Beispiel: Als sich Kaiser Karl (er hatte wohl die Notwendigkeit einer Loslösung Wiens vom Berliner „Bündnis" richtig erkannt, war aber nicht stark genug, um dies auch wirklich konsequent in die Praxis umzusetzen) im Juli 1917 um eine Regierungsbildung bemühte, die, unter starker slawischer, vor allem tschechischer Beteiligung von Joseph Redlich und anderen österreichischen Pazifisten (Meinl, Lammasch u. a.) geführt, einen Friedensschluß ansteuern sollte, protestierte Kaiser Wilhelm II. gegen dieses „unerträgliche Kabinett unter dem Vorsitz eines Juden (Redlich)", und Karl gab damals leider — wie so oft noch in jener Zeit — wider besseres Erkennen und Einschätzen der Lage dem Berliner Druck nach.

Nichtsdestoweniger berichtete der damalige deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, gleichzeitig an die Wilhelmstraße, daß „im Fall einer Volksabstimmung die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der ö.-u.Monarchie einschließlich sogar der meisten Deutsch-Österreicher gegen Deutschland und seine weitere Kriegszielpolitik eingestellt" wäre: „Nur noch die Deutschen Böhmens sind für Deutschland." Dies war freilich zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten — auch deutschsprachigen — Österreicher nicht mehr an den „deutschen Siegfrieden" glaubten, zum Unterschied übrigens von den meisten Deutschen im Reich. Noch kurz vorher war dies anders gewesen...

Zwei „Voraussetzungen zur Rettung" des Donaustaates

Als z. B. T. G. Masaryk wenige Tage vor seiner Anfang 1915 erfolgten Ausreise ins Exil (über die neutrale Schweiz mit einem gültigen österreichischen Paß übrigens) den damaligen österreichischen Ministerpräsidenten Baron v. Koerber nach den „Chancen für die Freiheit der Völker Österreichs nach einem Siege der Mittelmächte im Weltkrieg" fragte, faßte dieser seine Antwort wie folgt zusammen: „Dann werden erst recht die Militaristen herrschen und weiter zentralisie-

ren und germanisieren . . ." Und dieses Interview gab dann für Masaryk nach eigener Äußerung den letzten und endgültigen Ausschlag gegen Österreich-Ungarn, obwohl er vorher als Politiker und Professor selbst jahrzehntelang den Vielvölkerstaat an der Donau gegen alle separatistischen Nationalisten verteidigt hatte.

Kurz vor seinem Tod (1937) beschlichen den späteren Staatsgründer und ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei in einem Gespräch mit dem Dichter Karel Čapek freilich Zweifel: „Ich glaube, wir haben 1918 zuviel erreicht." Damit knüpfte er an seine These an, die Masaryk schon 1917 in Kiew anläßlich seines Aufenthaltes in Rußland während der Kerenskij-Ära geäußert hatte: „Mein Ziel ist nicht die ‚Balkanisierung Europas' (nach einer eventuellen Auflösung Österreich-Ungarns); anstelle der alten Gemeinschaft werden wir uns um eine neue im Einklang mit den Idealen der modernen Zeit bemühen müssen" [13]). Dazu ist es allerdings nach 1918 nicht mehr gekommen.

Baron v. Koerbers Prognose sollte sich als richtig erweisen, solange den damals Herrschenden ein „deutscher Sieg" zumindest möglich schien: Was bis hinein in das Jahr 1917 an deutschnationalen Vorstellungen auf uns überkommen ist (den österreichischen Staatsverband ebenso über einen Putsch der Militärs zu einem die deutsche Vorherrschaft konservierenden Bestandteil der alldeutschen „Mitteleuropa"-Vorstellungen zu degradieren), sind erstaunliche Zeugnisse deutsch-imperialistischer Verbohrtheit. Daß angesichts derartiger Planungen, die sich alle von Friedrich Naumanns Vorstellungen vom „Deutschen Mitteleuropa" [14]) ableiteten und an der hirnrissigen alldeutschen Kriegszielpolitik [15]) orientierten, in der Österreich-Ungarn als eigenständiger Faktor gar nicht mehr vorgesehen war, die nicht-deutschen und vor allem slawischen Völker der Donaumonarchie in ihrer Mehrheit dem Habsburgerreich dennoch bis so gut wie zum Ende die Treue hielten (Insubordinationen blieben bis kurz vor Kriegsende Einzelfälle, und die vielgerühmten „Legionen" auf der Entente-Seite wurden weit mehr aus Kriegsgefangenen oder einfach im Ausland Lebenden denn aus „Überläufern" rekrutiert), mag immer noch das Erstaunlichste an dieser Entwicklung gewesen sein.

Denkt man demgegenüber an eine eventuelle „Rettung des Donaureiches" in jener Zeit, wie sie tatsächlich die Majorität vor allem seiner nicht-deutschen Bevölkerung immer wieder versuchte, so wäre dies im Gegensatz zu den deutschen Vorstellungen höchstens unter zwei Voraussetzungen denkbar gewesen:

1) dem vollständigen innenpolitischen Umbau des staatsrechtlichen Dualismus von 1867 [16]), der ja faktisch nur ein doppelter Zentralismus zur Sicherung der deutsch-ungarischen Vorherrschaft über die Mehrheit der anderen Völker der Monarchie war, in eine Föderation oder Konföderation, wobei allerdings zugleich auch die noch aus der Feudalzeit überkommenen Verwaltungschemen hätten einem demokratischen Neuaufbau Platz machen müssen, auch wenn sich dies

13) Petr Zenkl, „The Problem of Small Nations and the European Crisis", Edition „New Yorské Listy" (tschechische Zeitung), New York 1950.

14) Friedrich Naumann, „Mitteleuropa", Berlin u. Gotha 1915; Paul R. Sweet, „Germany, Austria-Hungary and Mitteleuropa" (in der Festschrift für Prof. Heinrich Benedikt, Österr. Bundesverlag, Wien 1957); sowie die kritischen Schriften: Jacques Droz, „L'europe Centrale — Evolution historique de l'idée de Mitteleuropa", Ed. Payot, Paris 1960; Janusz Pajewski, „Mitteleuropa — Studia z dziejów imperializmu niemeckiego w dobie pierwszej wojny swiatowej", Instytut Zachodni, Poznan 1959.

15) Fritz Fischer, „Griff nach der Weltmacht — Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschland 1914—18", Droste-Verlag, Düsseldorf 1961; Friedrich Wilhelm Foerster, „Weltpolitik und Weltgewissen", Verlag für Kulturpolitik, München 1919, sowie „Zur Beurteilung der deutschen Kriegführung", dortselbst, vom gleichen Verfasser (die meiner Kenntnis nach ersten Bücher, die die bisher noch von allen Deutschnationalen bis heute abgeleugnete Kriegsschuld und Kriegszielpolitik Deutschlands im Ersten Weltkrieg einwandfrei herausstellten); Werner Basler, „Deutschlands Annexionspolitik 1914—1918", Rütten & Loening-Verlag, Berlin (Ost) 1962.

16) Peter Berger, „Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 — Seine Vorgeschichte und Auswirkungen", Herold-Verlag, Wien 1967 (das bisher ausführlichste Dokumentationswerk zur Problematik des österr.-ung. Dualismus und seiner Folgen).

zwangsläufig zum Nachteil der bislang herrschenden deutschen Minderheit auswirken mußte;

2) dem außenpolitischen Bündniswechsel, da sich ohne ein Abrücken von dem immer peinlicheren Vasallenverhältnis Wiens gegenüber Berlin nicht nur jener föderalistische und demokratische Umbau nicht hätte zufriedenstellend bewerkstelligen lassen (kaum vor dem Ersten Weltkrieg oder unter dessen Vermeidung und schon gar nicht nach 1914 oder gar erst 1917 und danach), sondern weil ja auch der von allen Anhängern einer „Donaukonzeption" vielgerühmte „Gleichgewichtsfaktor zwischen Deutschland und Rußland" nur als Gegengewicht gegen den alldeutschen Imperialismus sinnvoll gewesen wäre, wie dies z. B. immer wieder von André Chéradame, Jacques Bainville und später auch noch André Tardieu betont worden ist.

In meinen Augen war das „Deutsche Bündnis" schon immer ein Fehltritt Wiens, und ich hätte schon nach 1866 für eine zeitgemäße Rückkehr des Ballhausplatzes zur „Kaunitz'schen Allianz" (Frankreich-Österreich-Rußland) plädiert [17]), wobei es vermutlich dabei zur Weltkriegskonstellation von 1914 gar nicht gekommen wäre. Erst der Weltkrieg, in den dann Österreich-Ungarn von Berlin buchstäblich hineingetrieben worden war (die sogenannte „Blankovollmacht Wilhelms II." an die Wiener Politiker, während selbst ein Kaiser Franz Joseph noch bis zum letzten Augenblick zögerte), weil das Deutsche Reich auf einen ähnlichen Anlaß für seinen „Griff nach der Weltmacht" längst gewartet hatte, lieferte eine scheinbare „Rechtfertigung des deutschen Bündnisses" — vor allem für die deutschnationalen Kreise der österreichischen Politik. Man muß aber Peter Feldl recht geben, daß ab 1917, spätestens der Jahreswende 1917/18, diese Konstellation endgültig gegen alle Interessen Österreich-Ungarns war und die Donaumonarchie höchstens noch — gemeinsam mit dem Deutschen Reich — in den Untergang hineinziehen mußte: „Schon 1917 hatten die Alliierten Österreich-Ungarn alles geboten, was eben noch möglich war (die austro-polnische Lösung, eine Lösung der südslawischen und rumänischen Frage auf dem Balkan in einer Assoziation mit Wien unter allerdings der Voraussetzung der verwirklichten Föderalisierung, schließlich sogar die Rückgabe Schlesiens und vielleicht gar eine Anlehnung Bayerns an den Donaustaatsverband, verbunden mit französisch-österreichischen Einflußzonen in Süddeutschland): aber Wien hatte immer wieder weder abgelehnt, noch auch angenommen, weder auf das Deutsche Reich (und dessen illusionär-imperialistischen Pläne und Ziele) einen wirklichen Druck ausgeübt, um zu einem Frieden zu gelangen, noch sich von Deutschland rechtzeitig getrennt."

Genauso wie es in den Jahren vor 1914 und teilweise auch wieder ab 1917 eine Fülle von Plänen zum föderativen und demokratischen Umbau des Habsburger-Reiches gegeben hat, bei denen in ihrer extremen Formel kaum viel mehr noch als die Krone als einziges gemeinsames Band übriggeblieben wäre [18]), in der Praxis aber so gut wie nichts bis zum Stadium der Realisierung gedieh, sondern eben weiter „fortgewurstelt" worden war, weil bornierte Interessen einen echten Sprung nach vorn noch immer zu verhindern wußten, so war es dann 1917/18 auch mit den zahlreichen österreichischen Geheimkontakten zu der Entente: keinem der teilweise sehr großzügigen alliierten Angebote trat man wirklich näher, obwohl damals die breiten Massen in Österreich-Ungarn die Niederlage

[17]) Vgl. meine Arbeit „Am Anfang stand Königgrätz — 100 Jahre ‚deutsche Frage' in Mitteleuropa", „Blätter . . ." Nr. 7/1966.
[18]) Wilhelm Böhm, „Konservative Umbaupläne im alten Österreich — Gestaltungsprobleme eines Vielvölkerreiches", Europa-Verlag (in der Reihe „Österreich-Profile"), Wien 1967. Rudolf Wierer, „Föderalismus im Donauraum", Hermann Böhlau-Verlag, Graz 1960.

der Mittelmächte bereits weit deutlicher vor Augen hatten als im Deutschen Reich und folglich ein „Absprung vom deutschen Bündnis" weite Popularität genossen haben würde.

Rätselraten um Franz Ferdinand und Kaiser Karls Schwächen

Gegen den Willen Kaiser Franz Josephs befaßte sich der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, im letzten Jahrzehnt vor seiner dann in Sarajewo erfolgten Ermordung intensiv mit föderalistischen Umbauplänen für die Monarchie. Obwohl damals Franz Ferdinand mit seinen Mitarbeitern, die teilweise schon fast die Gestalt eines „Schattenkabinetts" annahmen, in diesem Zusammenhang nach und nach verschiedene mögliche Föderalisierungsmodelle theoretisch zu durchdenken versucht hatte, wie aus den uns nachgelassenen Papieren und Protokollen zu entnehmen ist, erscheint er dennoch heute nicht allen Historikern aus diesem Grund in dem gleichen Ausmaß als der potentielle „Retter des Donaustaatsverbandes" wie seinen erklärten Bewunderern [19]), obwohl andererseits auch nicht daran gezweifelt werden soll, daß durch die noch rechtzeitige Verwirklichung wenigstens einiger seiner Vorstellungen — also wenigstens ab 1907/08, als in der „österreichischen Reichshälfte" das allgemeine Wahlrecht eingeführt worden war, freilich noch nicht ebenso auch in Ungarn — manches hätte gebremst werden können, was sich dann 1914 zusammenbrauen sollte. Der jugoslawische Historiker Vladimir Dedijer glaubt freilich in seinem jüngsten und sehr ausführlichen Dokumentarband [20]) nicht so recht, daß Franz Ferdinand bei seinen föderalistischen Reformplänen, die er in erster Linie auf Kosten des ungarischen Feudaladels zu verwirklichen versucht hätte, zugleich auch auf jede deutsche Vormacht innerhalb der von ihm projektierten Föderation verzichtet haben würde. Auch erscheint es Dedijer als unbewiesen, daß Franz Ferdinand zu jenem außenpolitischen Frontwechsel bereit und fähig gewesen wäre, sobald sich herausstellen mußte, daß sich eine konsequente Föderalisierung des Donaureiches anders doch nicht hätte vollenden lassen. Ebenso möchte Dedijer daran zweifeln, ob der in seinen Vorstellungen immerhin sehr konservative Thronfolger auch das entsprechende Verständnis für eine Entfeudalisierung der Donaumonarchie und damit für die „erforderliche demokratische Reorganisation der doch meist noch aus dem Mittelalter überkommenen Institutionen" aufgebracht haben würde, die allerdings hätte sinnvollerweise mit der Föderierung Hand in Hand gehen müssen. Schließlich aber bleibt die entscheidende Frage, ob nicht selbst ein Franz Ferdinand am Ende an der „böhmischen Frage" gescheitert wäre, die ja wegen der intransigenten Borniertheit der Sudetendeutschen so gut wie „unlösbar" blieb, auch wenn ihm eine föderative Lösung der polnischen und südslawischen Frage, ja sogar eine Föderierung der „ungarischen Reichshälfte" gelungen sein würde.

Einen weiteren Schatten auf die eventuelle Wirksamkeit der Pläne Franz Ferdinands wirft jedoch am Ende eine Person, die zeitweilig ebenfalls zu seinem Mitarbeiterkreis gehört hatte und nicht zuletzt deshalb von Kaiser Karl auch 1916 zum neuen Minister des Äußeren berufen worden war: Ottokar Graf Czernin. Czernin, dessen Bild in der Geschichte sehr stark schwankt und der auch erst sehr spät einen Biographen fand [21]), steht nunmehr vor der jüngsten Geschichts-

[19]) Friedrich Funder, „Vom Gestern ins Heute — Aus dem Kaiserreich in die Republik", Herold-Verlag, Wien 1952. Rudolf Kiszling, „Erzherzog Franz Ferdinand — Leben, Pläne, Wirken", Styria,Verlag, Graz 1933. Ernst J. Görlich, „Der Thronfolger", Eduard Vancura-Verlag, Wien 1961. Emil Franzel, „Franz Ferdinand d'Este — Leitbild einer konservativen Revolution", Herold-Verlag, Wien 1953.
[20]) Vladimir Dedijer, „Die Zeitbombe — Sarajewo 1914", Europa-Verlag, Wien 1967.
[21]) Ladislaus Singer, „Ottokar Graf Czernin — Staatsmann einer Zeitwende", Styria-Verlag, Graz 1965.

forschung — vor allem für Feldl — als die möglicherweise verhängnisvollste Figur der letzten Lebensjahre Österreich-Ungarns und vielleicht gar als der Hauptschuldige an dessen endgültigem Untergang da. Feldl über Czernin, der zwar einem germanisierten böhmischen Adelsgeschlecht entstammte, aber noch nicht einmal ein typisch „Deutschnationaler" war: „Die Notwendigkeit einer hegemoniefreien Föderalisierung Österreich-Ungarns verstand er nicht ... Ein Österreich ohne deutsche Vorherrschaft war für ihn undenkbar ..." Und dieser Mann war es nun, der in den Jahren 1917 und 1918 bis zu dem großen, von ihm provozierten Skandal vom April 1918, der dann zu seinem Rücktritt führen sollte, zugleich aber Österreich-Ungarn im Entente-Lager empfindlich schadete und schließlich im September 1918 auch zur Anerkennung der tschechoslowakischen und jugoslawischen Emigrantenkomitees als „Exilregierungen kriegführender Staaten" durch die Alliierten führte, das zwar taktisch nicht immer geschickte, aber dennoch aufrichtige Bemühen des als Persönlichkeit nur schwachen Kaisers Karl zu Fall brachte, durch einen Sonderfrieden mit der Entente den Deonaustaatsverband womöglich doch noch zu retten[22]). Gewiß hätte Czernin nicht soviel Unfug machen können, wenn Kaiser Karl, der die Lage gelegentlich erstaunlich klar erfaßte, eine kraftvollere Persönlichkeit gewesen wäre. Vergeblich hatten ihn allerdings so kluge Berater wie etwa Prof. Friedrich Wilhelm Foerster[23]), die ebenfalls über gute Kontakte zu den Alliierten verfügten, vor dem ebenso intriganten wie arroganten Czernin gewarnt, der einfach die Notwendigkeiten einer neuen Zeit nicht begriff.

Feldl über die damaligen österreichischen Friedenschancen kaum noch mit (wegen der überspannten deutschen „Kriegsziele"), voraussichtlich ohne, vielleicht gar gegen das Deutsche Reich: „Die Friedensbemühungen des österreichischen Kaisers im Jahr 1917 mußten aussichtlos bleiben, solange sich Österreich-Ungarn wegen der falschen außenpolitischen Einschätzung der Lage Rußlands (durch Czernin) nach dem Sturz des Zaren immer noch von Deutschland abhängig glaubte, die deutsche Regierung jedoch nach wie vor einen ‚Siegfrieden' anstrebte, anstatt einzusehen, daß sie diesen Krieg bereits hoffnungslos verloren hatte. Wäre Deutschland bereit gewesen, auf jede gegenwärtige und zukünftige Ostexpansion zu verzichten und sich mit den Westmächten ohne Annexionsforderungen zu arrangieren, hätten Karls damalige Kontakte zu den Alliierten auch für Deutschland noch nützlich sein können ... So aber blieb, was vor allem seine pazifistischen Ratgeber Foerster, Lammasch und Meinl früh erkannten, praktisch tatsächlich nur noch der Sonderfrieden und das Verlassen des Bündnisses mit Berlin ..." Und eben dies wollte wiederum Czernin verhindern und irritierte darin Kaiser Karl unter Ausnutzung von dessen persönlichen Schwächen.

Czernin „verriet" Alt-Österreich an Großdeutschland

Deutschlands illusionären machtpolitischen Ziele in Mitteleuropa und Europa, die unter Hitler nochmals dem Kontinent zum Verhängnis werden sollten und auf die — in neuer Form diesmal in erster Linie wirtschaftlich wiederaufgelegt — offenbar auch Bonn bis heute nicht zu verzichten bereit ist, haben sich schon 1917/18 als verhängnisvoll erwiesen und rissen schließlich Österreich-Ungarn, das den Mut zum rechtzeitigen Bruch mit den preußisch-deutschen Imperialisten nicht aufbrachte, mit ins Verhängnis. Czernins in jener Zeit so entscheidendes Intrigenspiel deutete Feldl so: „Zwar glaubte schließlich auch er nicht mehr an

22) Robert A. Kann, „Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg", Oldenbourg-Verlag, München 1966 (in der Reihe „Österreich-Archiv").
23) Friedrich Wilhelm Foerster, „Erlebte Weltgeschichte", Glock & Lutz, Nürnberg 1953; sowie auch vor allem vom gleichen Verfasser „Das österreichische Problem", Wien 1915 (eine Art Anti-Naumann).

Deutschlands Sieg im Ersten Weltkrieg, vertraute aber dennoch ganz fest auf Deutschlands — und keineswegs mehr auf Österreich-Ungarns — Zukunft. Aus diesem Grund schien es ihm letztlich auch besser, die deutschen Teile Österreichs wären schließlich Teil eines besiegten Deutschlands geworden, denn eines überlebenden Donaustaatsverbandes, wenn dieser es nur noch ohne Deutschland, ja vielleicht sogar gegen dieses schaffen konnte ... So opferte Czernin die Donaumonarchie für Deutschlands spätere Zukunft..."

Diese Interpretation der Handlungsweise Czernins — Feldl spricht von „verräterischem Treiben", was es ja zumindest vom wohlverstandenen Interesse Österreichs her auch war — scheint besonders wichtig: aus Furcht vor einem Überleben der Donaumonarchie ohne oder gar gegen Deutschland, weil dies bei einer unter derartigen Auspizien nachvollzogenen Föderalisierung und Demokratisierung eindeutig eine slawische oder zumindest nicht-deutsche Führung — eben die tatsächliche Majorität repräsentierend — an die Macht gebracht haben würde. Und Feldl folgert nur allzu treffend: „In erster Linie fürchteten sich vor einer solchen Eventualität die Deutschen Böhmens und Mährens (lies: die Sudetendeutschen), weil sie sich unter diesen plötzlich völlig neuen Verhältnissen mit den Tschechen hätten nicht mehr auf der Basis einer deutschen Vorherrschaft in Böhmen oder einer Zweiteilung Böhmens einigen können, sondern eine Vorherrschaft der Tschechen, die ja auch die Mehrheit hatten, hätten akzeptieren müssen." Aber dies wollten jene Kreise ebensowenig im Rahmen einer eventuellen Donaukonföderation wie auch später im Rahmen der Tschechoslowakei!

Überlegungen dieser Art verführen natürlich zu der Vorstellung, daß — wie ja auch der eingangs zitierte Forst de Battaglia meinte — es unter solchen Umständen hätte erst recht Sache der Entente sein müssen, sich des Donaustaatsverbandes ihrerseits nach einer Niederlage der Mittelmächte anzunehmen, die ja schließlich die deutsche Machtpolitik zwang, Österreich-Ungarn als ihr „Werkzeug" zur Erlangung der Herrschaft über Europa fallen zu lassen. Nur wenige Einzelgänger machten sich unmittelbar nach 1918 bereits ähnliche Gedanken in die Zukunft, wie dies etwa der französische Historiker Jacques Bainville[24]) tat, der in seiner Kritik der Pariser Vorortsverträge bereits 1920 niedergeschrieben hatte: „Der Friedensvertrag von Versailles hat die deutsche Einheit — Europas Unglück seit 1871 — nicht nur im wesentlichen bewahrt, er hat sie sogar noch relativ verstärkt. Im Herzen eines nunmehr aufgesplitterten Mitteleuropa blieb immerhin ein einheitliches Deutschland übrig — territorial zwar verkleinert, aber dennoch das Werk Bismarcks und der Hohenzollern in seinem essentiellen Kern respektierend ... Gleichzeitig haben wir tatenlos zugesehen, wie sich die österreichisch-ungarische Monarchie auflöste, ja wir haben diese Auflösung am Ende selbst unterstützt und schließlich (in den Friedensverträgen von St. Germain und Trianon) sanktioniert... Mehr als ein halbes Dutzend Kleinstaaten, die ihre Existenz aus sich selbst heraus nie werden bewahren können und deshalb auch mehr auf unsere Hilfe angewiesen sein werden, als daß sie uns gegebenenfalls unterstützen könnten bei der Wiederherstellung von Gleichgewicht und kollektiver Sicherheit in Europa, ‚umgürten' nunmehr das auch weiterhin — trotz seiner Niederlage — einige Deutschland ... Seit es Österreich-Ungarn oder ein ihm äquivalentes Donaustaaten-Gebilde, wie immer man es nennen mag, nicht mehr gibt, das wir hätten nach der deutschen Niederlage erst recht zu unserem Bundesgenossen machen müssen, breitet sich nunmehr zwischen Ostsee und Schwarzem Meer nur noch ein Mosaik von kleinen Staaten

[24]) Jacques Bainville, „Les conséquences politiques de la paix", Nouvelle Librairie Nationale, Paris 1920 (deutsch 1939 herausgegeben von Friedrich Grimm unter dem Titel „Frankreichs Kriegsziel", Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1939).

aus ... geradezu eine Einladung für eine neue Welle des deutschen Imperialismus ..."

Ein Blick in die Zukunft? Immerhin hatte ein gewisser Adolf Hitler schon 5 Jahre nach Bainville in „Mein Kampf" begriffen: „Die Stunde des Zerfalls dieses Völkerbabels (gemeint war Österreich-Ungarn, Anm. d. Verf.) erschien mir als die eigentliche Morgenröte des Großdeutschen Reiches ..." Czernin (gest. 1932) sollte diese „Früchte" seiner „Tätigkeit" von 1917/18 nicht mehr erleben ...

Erst als die Gefahr des Hitler-Imperialismus, der an die deutsch-imperialistische Zielsetzung während des Ersten Weltkrieges geschickt anknüpfte, allgemein sichtbar geworden war, erinnerte man sich vor allem in Frankreich, aber auch in Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei und anderen Staaten jenes Raumes ebenfalls erneut an „donauföderalistische Ideen", die aber — obwohl auch noch während des Zweiten Weltkriegs gelegentlich wieder hervorgeholt — dennoch nicht mehr realisiert werden konnten[25]), gleichgültig ob mit oder auch ohne Habsburg. Die Außenpolitik des Dritten Reiches war schlau genug, die Polen von den übrigen Donaustaaten zu isolieren, dann Österreich und Ungarn gegen die „Kleine Entente" — einen nur unvollkommenen Ersatz einer Donaustaatengemeinschaft — auszuspielen und schließlich auch Jugoslawien und Rumänien aus dieser Front herauszubrechen. Am Ende stand zum zweiten Male ein deutscher Versuch, über Österreich, die Tschechoslowakei, Polen und die Donaustaaten den Griff nach der Herrschaft über Europa, ja vielleicht der „Weltmacht" zu wagen.

Hätte das Bestehen einer Donau-Konföderation die europäische Entwicklung nach 1918 in andere Bahnen lenken können — vor allem, wenn gleichzeitig die Einheit des Deutschen Reiches anstelle von Österreich-Ungarn aufgegliedert worden wäre? Jede Antwort auf diese Frage muß Hypothese bleiben, während wir nur wissen, was in den letzten 50 Jahren geschehen ist, weil eben die Ententemächte 1918/19 so und nicht anders entschieden haben. Der Erste Weltkrieg, so kann heute festgestellt werden, hat das Auseinanderfallen der Donau-Monarchie entscheidend gefördert; der Zweite Weltkrieg und die seitherige Nachkriegsentwicklung taten mehr: sie haben jedem Gedanken zur Wiederbelebung einer Donaukonföderation die realpolitische Grundlage entzogen. Die große Schuld des deutschen Imperialismus an Mitteleuropa — dies vor allem sollte diese Geschichtsanalyse zeigen — ist weit älter als die „Episode Hitler", die ihrerseits nur logische Folge früherer Ursachen war.

---

25) Richard v. Kutschera, „Lebenseinheit Donauraum — zwischen Ost und West", Eugen Dichtl-Verlag, Linz 1946; Joachim Kühn, „Föderationspläne im Donauraum und in Ost-Mitteleuropa", Oldenbourg-Verlag, München 1958; Peter Jordan, „A Central Union of Europe", Random House New York 1945 (Dokumentation vor allem der während des Zweiten Weltkriegs von Emigranten aus dem Raum „Zwischeneuropa" ventilierten Föderationspläne).

Emanuel Salomon Sachs, London

Südwestafrika und die Vereinten Nationen

Einführung

Seit dem Jahre 1652, als die erste Gruppe von Weißen aus Holland am Kap der Guten Hoffnung landete, ist die Geschichte des südlichen Afrika weithin die Geschichte billiger Arbeitskräfte gewesen. Trotz geringfügiger Variationen waren die von den Kolonialisten angewandten Methoden die gleichen. In der einen Hand die Bibel, in der anderen das Gewehr, so haben sie der dort lebenden Bevölkerung das Land mit Gewalt entrissen, ihre in manchen Gebieten starke, in anderen schwache soziale Organisation zerstört, diejenigen, die ihre Heimat verteidigten, getötet und aus den Überlebenden Holzfäller und Wasserträger gemacht. Die nomadisierenden Gruppen wie die Buschmänner (die zusammen mit den Hottentotten die Ureinwohner des Kaps und eines großen Teils Südwestafrikas waren), die die Freiheit der Knechtschaft vorzogen, wurden ausgerottet oder gezwungen, zur Wüste Kalahari zu trecken.

Als dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst Diamanten und dann Gold entdeckt wurden und der Arbeitskräftebedarf zunahm, wurden von den weißen Eroberern drastischere Methoden praktiziert, um ein weites Reservoir an Arbeitskräften für burische Farmer und britische Bergwerksbesitzer zu schaffen. Das Land ganzer Gemeinschaften wurde enteignet und die Wirtschaft der Eingeborenen absichtlich zerstört, um durch Armut und Hunger die gesunden und kräftigen Männer zum Verlassen ihrer Wohnsitze und zur bedingungslosen Arbeitssuche zu zwingen. In dem Maße, wie der Bedarf an Arbeitskräften stieg, wurden immer mehr Afrikaner in die Armut getrieben und gezwungen, sich auf Arbeitssuche zu begeben.

Heute ist fast die gesamte afrikanische Bevölkerung in der Südafrikanischen Republik, Rhodesien und Südwestafrika zu ungelernten Arbeitskräften geworden. Bevor im Mai 1948 in Südafrika die Nationalistische Partei an die Macht kam, hatte die afrikanische Bevölkerung noch die — wenn auch magere — Hoffnung, eines Tages eine Mitsprache in der Regierung ihres Landes und eine Teilhabe an dem vor allem durch ihre Arbeit produzierten übergroßen Reichtum zu verwirklichen. Die ihnen von den Nationalisten in jeder Lebenslage aufgezwungene unmenschliche Politik der Apartheid bedeutet jedoch, daß alle Nichtweißen in die Lage von Untergebenen gezwungen worden sind, deren einziger Lebenszweck darin besteht, den weißen Herren zu Diensten zu stehen. Um zu gewährleisten, daß kein Afrikaner sich der Arbeit für einen weißen Herren entzog, wurden Hütten- und Wahlsteuern in Höhe von 1 bis 2 Pfund Sterling jährlich eingeführt. Dadurch wurde jeder erwachsene Mann gezwungen, seine Arbeitskraft an einen weißen Farmer, Bergwerksbesitzer oder Fabrikanten zu verkaufen; Hunderttausende wurden Dienstboten. Um die Löhne auf einem Minimum zu halten, wurde fast die gesamte afrikanische Bevölkerung des südlichen Subkontinents einschließlich Malawis und Portugiesisch-Ostafrikas pauperisiert. Da die weißen Herren weit entfernt von den afrikanischen Reservaten leben, ist die afrikanische Familie zerbrochen. Schätzungsweise leben zwei Millionen

männliche Afrikaner für ein Jahr, zwei Jahre oder länger Hunderte von Meilen von ihrer Heimat entfernt.

Afrikaner haben keinerlei Mitsprache in der Regierung oder Wirtschaft ihres Landes. Von der Wiege bis zur Bahre, jede Minute am Tage und in der Nacht, wird jeder Schritt und jede Bewegung eines Afrikaners von Polizisten, weißen Beamten und schwarzen Lakaien, die von der Regierung bezahlt werden, reguliert.

Historischer Hintergrund

Die Elemente sind zum afrikanischen Kontinent nicht sehr freundlich gewesen, und Südwestafrika ist ein unwirtliches Land, es besteht größtenteils aus Wüste. Das ist vermutlich der Grund dafür, daß die Kolonialisten aus Westeuropa und die Weißen aus Südafrika das Territorium bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Ruhe ließen.

Bei der Jagd nach afrikanischen Kolonien war Deutschland das letzte europäische Land, das sich Kolonien sichern konnte, es war auch das erste, das sie wieder verlor. 1884/85 setzte sich Deutschland in den Besitz von Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika (Tansania) und Südwestafrika. Bismarck erklärte im Ton mildester Menschenfreundlichkeit: „Alle Regierungen teilen den Wunsch, die Nationen Afrikas durch die Erschließung des Landesinnern für den Handel und durch die Versorgung der Eingeborenen mit den Mitteln der Bildung in das Reich der Zivilisation zu bringen."

Die „Zivilisation" und die „Bildung", die die deutschen Kolonialisten der südwestafrikanischen Urbevölkerung brachten, führten zu einem der schwärzesten Kapitel in der finsteren Geschichte kolonialer Herrschaft. Die zahlreichen Stämme des Territoriums hatten ihre Unabhängigkeit immer über alles geschätzt; dies war besonders bei den Hereros der Fall, einer stolzen, gut organisierten und vor der Ankunft der Kolonialisten blühenden Gemeinschaft. Die deutschen Invasoren wollten Land und Arbeitskraft dieser friedlichen Menschen, die sich weigerten, Sklaven zu werden, und führten seit 1904 einen jahrelangen grausamen Krieg gegen die Hereros. Ganze Gemeinschaften, Frauen und Kinder einbegriffen, wurden ausgerottet. Die Hereros kämpften sehr geschickt und mit beispiellosem Mut und brachten dem Gegner schwere Verluste bei. Aber die Chancen standen gegen sie, und sie wurden geschlagen. Ihres Landes und ihres Viehs beraubt, wurden sie gezwungenermaßen halbversklavte Arbeiter für die weißen Farmer, für einen erbärmlichen Lohn von wenigen Shillings im Monat.

Diese kleine, freiheitsliebende Gemeinschaft war so entschlossen, sich nicht versklaven zu lassen, daß die Frauen einen Eid schworen, keine Kinder zu gebären, um die Deutschen nicht mit Sklaven zu versorgen. Innerhalb weniger Jahre war das Volk der Hereros von 80 000 auf 15 000 reduziert.

Ein für die Niederwerfung der afrikanischen Bevölkerung entscheidender Faktor bestand in der Uneinigkeit zwischen dem Dutzend in Südwestafrika lebenden verschiedenen Gemeinschaften. Die Deutschen nutzten diese Uneinigkeit sehr geschickt aus.

Der Krieg 1914-18: Das Mandat

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich die öffentliche Meinung in England und unter den Weißen Südafrikas nicht gegen die deutsche Kolonialpolitik gerichtet. Scharfe Kritik setzte erst nach der Eroberung Südwestafrikas durch die südafrikanischen Streitkräfte im Jahre 1915 ein. Mit der vollen Unterstützung der britischen Regierung erklärte Smuts, ein südafrikanischer Minister und Mit-

glied des britischen Kriegskabinetts, das Territorium müsse von Südafrika annektiert werden. Nach dem Kriege wurde das Mandatssystem geschaffen, und zwar in erster Linie als Mittel, um die früheren deutschen und türkischen Kolonien unter die Siegermächte aufzuteilen. Smuts wollte eine direkte Annexion, war jedoch gezwungen, eine besondere Art von Mandat zu akzeptieren, die es Südafrika erlaubte, seine eigene Gesetzgebung auf das Territorium anzuwenden und es als integrierenden Bestandteil des Landes zu verwalten. Die betroffene Bevölkerung wurde nicht gefragt. Erst später wurde ein Verfahren geschaffen, nach dem sie Petitionen bei der Ständigen Mandatskommission einbringen konnte, dies jedoch nur über die Mandatsmacht.

Die verschiedenen afrikanischen Gemeinschaften hatten den südafrikanischen Truppen, als diese in das Territorium eindrangen, unschätzbare Dienste geleistet und gegen Ende des Krieges gehofft, wenn schon nicht die Unabhängigkeit, so doch zumindest eine Form der Selbstregierung und mehr Land zu erhalten. Ihre Illusionen sollten bald zerstört werden.

Das Bondel-Massaker

Die Bondelzwarts sind ein Stamm der Oorlams, die damals den äußersten südlichen Teil Südwestafrikas bewohnten. Das von ihnen bewohnte Land war unfruchtbar, und sie waren darauf angewiesen, ihr mageres Einkommen durch Viehzucht und Antilopenjagd aufzubessern. Zu diesem Zweck hielten sie Hunde. Als sie nach dem Kriege unter das Mandat kamen, beklagten sie sich wiederholt bei der Mandatsverwaltung über ihre außerordentliche Armut. Anstatt jedoch ihre Lebensbedingungen zu erleichtern, erlegte man ihnen eine Hundesteuer auf, wahrscheinlich die höchste Hundesteuer der Welt. Für einen Hund wurde die Steuer mit 1 Pfund festgesetzt, sie war jedoch zunehmend gestaffelt, so daß der Besitzer von fünf Hunden bereits 10 Pfund zu zahlen hatte — so viel, wie ein armer Bondel im ganzen Jahr verdiente. Diese unerträgliche Belastung wurde ihnen nicht aus fiskalischen Gründen auferlegt, sondern erfolgte zu dem Zweck, die verarmte Bevölkerung zu zwingen, sich als Arbeiter für monatlich 10 Shillings oder sogar noch weniger bei den europäischen Farmern des Distrikts zu verdingen. Eine Provokation war schnell inszeniert. Die Bondels wollten fünf ihrer Landsleute, die sich weigerten, die Steuer zu zahlen, nicht ausliefern, woraufhin Smuts beschloß, ihnen eine Lektion zu erteilen.

Am 25. Mai 1922 meldete Major Van Coller, er habe 22 Offiziere und 348 andere Dienstgrade, ausgerüstet mit Maschinengewehren und Artillerie, zusammengezogen. Am darauffolgenden Tag wurde eine Handvoll praktisch unbewaffneter Bondels mit Flugzeugen, Artillerie, schweren Maschinengewehren und Gewehren unter Feuer genommen. Über 100, darunter Frauen und Kinder, wurden getötet. Selbst diejenigen, die ihn erschossen, mußten rühmend Abram Morris erwähnen, einen der Führer, der im Kampf für sein Volk fiel.

Das Jahr 1946

Entscheidende und vorrangige Verpflichtung der Mandatsmacht war es, „mit größter Dringlichkeit das materielle und moralische Wohlergehen sowie den sozialen Fortschritt der Bewohner voranzutreiben".

Nachdem der Völkerbund Südafrika das Mandat übertragen hatte, geschah nichts, um die im Mandat niedergelegten Prinzipien zu verwirklichen. Jahr für Jahr wurden beträchtliche Summen für die Ansiedlung armer Weißer aus Südafrika im Mandatsgebiet ausgegeben. Je mehr Weiße im Territorium siedelten, um so mehr Land wurde ausgebeutet, das eigentlich der eingeborenen Bevölkerung gehörte, und um so stärker stieg auch die Nachfrage nach afrikanischen

Arbeitskräften, zumal riesige Summen von der gigantischen Anglo-American Corporation und einer Reihe großer amerikanischer Gesellschaften in die Förderung von Diamanten, Kupfer und anderen Mineralien investiert wurden. In dem Maße, wie sich das Land wirtschaftlich entwickelte, schwanden die Chancen für die Afrikaner des Territoriums, jemals wohlhabende Farmer, Geschäftsleute, Beamte oder qualifizierte Arbeiter zu werden. Auf den Farmen der Weißen verdienten sie vielleicht 1 oder 2 Pfund im Monat oder weniger; in den Bergwerken waren ihre Löhne auf ein Fünfzehntel bis ein Zwanzigstel der Löhne weißer Arbeiter festgesetzt.

In den dreißiger Jahren wurde Südwestafrika zu einer Brutstätte von Nazi-Aktivitäten, und die Naziorganisationen lieferten Agenten und Geld, um nazistische Aktivitäten und Organisationen in Südafrika zu fördern.

Mit der Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen im Jahre 1945 begannen die führenden Mächte, von einem Treuhandsystem über Kolonien zu reden. Smuts reiste mit einem Plan nach San Francisco, der die Eingliederung Südwestafrikas in die Südafrikanische Union vorsah. Er mußte ihn bald aufgeben. In die UNO-Charta wurde der Artikel 76 aufgenommen, der in einer unschlüssigen Sprache abgefaßt und mit allen möglichen Modifikationen abgesichert ist; man hat ihn auch als „eine in reichem Maße mit Hintertüren versorgte Blaupause" bezeichnet.

Südafrikas schändliche Behandlung der Bevölkerung des Territoriums, über das es das Mandat ausübt, kam zum ersten Male im Jahre 1946 vor die Vereinten Nationen und steht seit damals ununterbrochen auf der Tagesordnung. Praktisch die gesamte Welt, sogar einschließlich Englands und der USA, hat die Apartheid in Südafrika und ihre Anwendung auf das Mandatsgebiet verurteilt. Aber unglücklicherweise haben alle Resolutionen und Verurteilungen der unmenschlichen Politik Südafrikas der grausam unterdrückten Bevölkerung Südwestafrikas keine Erleichterung gebracht. Was England und Amerika anbetrifft, so haben beide Länder rund 1,5 Mrd. Pfund in Südafrika und eine beträchtliche Summe im Mandatsgebiet investiert. Die Dividenden sind sehr hoch, da die Arbeitskräfte so billig sind. Während einer Reihe von Jahren ist es die Regierungspolitik dieser beiden Länder gewesen, die Apartheid in den stärksten Formulierungen zu verurteilen — Worte bedeuten nicht sehr viel — und gleichzeitig zu gewährleisten, daß keine wirksamen Schritte gegen Hitlers Schüler im südlichen Afrika unternommen werden, da das den Dividenden zuwiderlaufen würde. Das ist die übliche Technik geworden: laut und viel zu schreien und nichts zu tun.

Die zahlreichen von der Bevölkerung des Mandatsgebietes eingebrachten Petitionen und selbst das Urteil des Internationalen Gerichtshofes, in dem festgestellt wurde, die UNO habe in der Angelegenheit des Mandats die Nachfolge des entschlafenen Völkerbundes inne, haben keinerlei Wirkung auf Südafrika ausgeübt.

Die 450 000 Afrikaner des Territoriums haben keinerlei Mitspracherecht bei der Regelung der Angelegenheiten ihrer Heimat, sie sind nicht einmal in den Gemeinderäten vertreten. Die 70 000 Weißen wählen ihre eigene Versammlung und entsenden auch sechs Parlamentsmitglieder nach Kapstadt. Die reale Macht liegt in den Händen eines von der südafrikanischen Regierung eingesetzten Administrators. Und er ist Pretoria und nicht der Bevölkerung des Territoriums verantwortlich.

Fünf Jahre hindurch hatte die unterdrückte Bevölkerung gehofft, durch den Internationalen Gerichtshof Erleichterungen zu erhalten, den Äthiopien und Libe-

ria angerufen hatten, um die Rechtslage im Hinblick auf das Mandat Südafrikas über Südwestafrika klären zu lassen. Das vom Gerichtshof im Jahre 1966 gefällte Urteil erregte Aufsehen und weltweiten Widerwillen. Die Mehrheit, obzwar eine sehr kleine, befand, die beiden klageerhebenden Länder hätten keinen „locus standi". Die Hoffnungen der afrikanischen Bevölkerung waren zerstört — ebenso wie das Prestige der Mehrheitsrichter.

Südafrikas Mandat über Südwestafrika wurde im Oktober 1966 von der UNO-Vollversammlung beendet. Die Resolution Nr. 2145 über die Beendigung des Mandats stellte unter anderem fest: „Das Seiner Majestät dem König von Großbritannien übertragene und an seiner Statt von der Regierung der Südafrikanischen Union ausgeübte Mandat ist beendet, da Südafrika kein Recht mehr hat, das Territorium zu verwalten; Südwestafrika wird nunmehr der direkten Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen unterstellt."

Anfang April 1968 flog der UNO-Rat für Südwestafrika nach Zambia, um sich in das Territorium zu begeben. Der Präsident der Delegation, Mustafa Rateb Abdel-Wahab (VAR), erklärte: „Der Rat ist entschlossen, sich nach Südwestafrika zu begeben, um seinen Verpflichtungen zur Verwaltung dieses Landes bis zur Erreichung der Unabhängigkeit nachzukommen." John Vorster, der faschistische und rassistische Premier Südafrikas, drohte, der Kommission werde die Einreise nicht gestattet und ihre Mitglieder würden im Falle ihrer Landung in Südwestafrika verhaftet werden. Die Delegation kehrte daraufhin nach New York zurück.

Vorsters Gründe, eine UNO-Kommission nicht nach Südwestafrika einreisen zu lassen

Wäre die Kommission in Südwestafrika eingetroffen und hätte sie dort eine korrekte Untersuchung durchgeführt, so hätte sie folgendes angetroffen: 1) 70 000 Menschen mit weißer Haut im Genuß eines hohen Lebensstandards, viele mit palastartigen Häusern, Schwimmbädern und natürlich zahlreichen Dienern zur Erfüllung ihrer Wünsche; sowie 450 000 Menschen mit brauner oder schwarzer Haut, die in tiefster Armut ohne jedes menschliche oder politische Recht leben, auf den Status ungelernter Arbeiter beschränkt sind und nur deshalb leben, um ihren weißen Herren zu dienen. 2) 5000 weiße Farmer halten 48 Prozent der Gesamtfläche des Territoriums besetzt, während 450 000 Nichtweiße auf 25 Prozent der Bodenfläche in Gettos gehalten werden, wobei ein großer Teil dieses Landes zu unfruchtbar ist, um auch nur die nackte Existenz zu ermöglichen. 3) Für die Nichtweißen besteht ein schändliches „Paßsystem", das erbarmungslos praktiziert wird, um einen Überfluß an billigen Arbeitskräften in den Gebieten zu gewährleisten, in denen die weißen Herren diese Arbeitskräfte benötigen. Faktisch unterscheidet sich das Paßsystem nur sehr wenig von Zwangsarbeit. 4) Das Prokopfeinkommen der nichtweißen Bevölkerung beträgt pro Jahr 8/10/0 Pfund. Der Lohn eines afrikanischen Bergmannes beträgt ungefähr ein Fünfzehntel der Nebeneinkünfte, die einem weißen Bergmann gezahlt werden, der über 1500 Pfund im Jahr verdient. 5) Der größte Teil der Einkünfte aus Diamanten, Kupfer, Mangan und anderen Mineralien, die zum großen Teil aus dem Territorium stammen und den Hauptteil des Nationaleinkommens ausmachen, wird in Form von Dividenden an ausländische Investitoren gezahlt. Im Zeitraum von 1958 bis 1962 wurden 37 Prozent des Bruttonationaleinkommens an Ausländer gezahlt. 6) Das Bildungswesen ist völlig unzureichend und so angelegt, daß aus den Afrikanern gute Diener ihrer weißen Herren werden, und sonst nichts. Der Zugang zur höheren Bildung wird den Afrikanern verwehrt. Es gibt keinen einzigen afrikanischen Ingenieur, Architekten oder Manager. 7) Jede Form des Protests wird mit äußer-

ster Härte niedergeschlagen. 1959 wurde ein Dutzend Afrikaner kaltblütig erschossen, weil sie friedlich gegen den Versuch protestierten, sie aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Gefängnisse sind voll von Menschen, deren einziges Verbrechen darin bestand, die Apartheidsgesetze übertreten oder gegen ihre Unterdrückung zu protestieren gewagt zu haben. Zahllosen Personen ist ein bestimmter Aufenthaltsort angewiesen, den sie nicht verlassen dürfen. 8) Südwestafrika ist im vollsten Sinne des Wortes eine Kolonie der Südafrikanischen Republik geworden. 9) Keinem Afrikaner ist es erlaubt, sich die Arbeit, die er tun will, selbst auszusuchen. Ebensowenig ist ihm gestattet, in seinem eigenen Heimatland frei zu reisen. Bevor er eine Fahrkarte kaufen kann, muß er eine offizielle schriftliche Erlaubnis dazu vorweisen.

So furchtbar die Bedingungen für die 13 Millionen Afrikaner schon in der Südafrikanischen Republik sind — im Mandatsgebiet sind sie noch weit schlechter.

Widerstand der Unterdrückten

Achtzig Jahre grausamer kolonialistischer Unterdrückung haben die tiefe Freiheitsliebe der eingeborenen Bevölkerung Südwestafrikas nicht ersticken können; ihr Widerstand gegen die Tyrannei ist heute entschlossener als je zuvor.

Am 7. Februar 1968 verkündete Richter Ludorf vom Obersten Gerichtshof in Pretoria das Urteil in einem in die Länge gezogenen Prozeß gegen eine Gruppe südwestafrikanischer Freiheitskämpfer. Nachdem sie lange Zeit unmenschlicher Folter unterworfen worden waren, hatte man sie nach Pretoria geflogen, um sie dort kapitaler Verbrechen anzuklagen. Neunzehn wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, neun erhielten je 20 Jahre Gefängnis, unter ihnen der heldenhafte Toivo Herman Ja Toivo, der Sekretär der South West African People's Organization (SWAPO).

Toivo wurde von südafrikanischer Sicherheitspolizei in Ovamboland verhaftet, nach Pretoria gebracht und dort geprügelt und mit verbundenen Augen elektrischen Schocks und anderen teuflischen Folterungen unterworfen.

Das folgende sind Auszüge aus der von Toivo vor der Urteilsverkündung abgegebenen Erklärung:

„... Es gefällt der südafrikanischen Regierung, zu sagen, sie regiere Südwestafrika mit der Billigung von dessen Bevölkerung. Das ist nicht wahr. Wir haben sofort nach unserer Verhaftung gemerkt, daß der Prozeß gegen uns nicht von Gleichberechtigten, sondern von unseren Herren geführt wird... Wären es Gleichberechtigte gewesen, dann wäre es nicht erforderlich gewesen, über unsere Klagen zu diskutieren. Wir sind hier in einem fremden Land und werden nach Gesetzen für schuldig erklärt, die von Leuten gemacht worden sind, die wir immer als Ausländer betrachtet haben. Wir stehen hier vor einem Richter, der kein Landsmann von uns ist und der nicht vor dem gleichen Hintergrund steht wie wir. Wir alle sind zutiefst davon überzeugt, daß dieser Prozeß hier in Pretoria nicht stattfinden dürfte." An den Richter gewandt, fuhr Toivo fort: „Sie, My Lord, haben sich das Recht zugesprochen, über uns zu urteilen, weil Ihr Parlament Ihnen dieses Recht zuerkannt hat. Wir sind Namibier und keine Südafrikaner." (Die SWAPO hat Südwestafrika den von der Wüste Namib abgeleiteten Namen „Namibia" gegeben.) „Wir werden auch künftig Ihr Recht nicht anerkennen, auf Grund von Gesetzen zu regieren, an deren Verabschiedung wir nicht beteiligt waren. Die südafrikanische Regierung hat wieder einmal ihre Stärke dadurch bewiesen, daß sie uns, so lange es ihr gefiel, in Haft gehalten hat, einige von uns in 400- bis 500tägiger Einzelhaft, und uns dann zum Prozeß in die Hauptstadt gebracht hat. Sie hat ihre Stärke damit bewiesen, daß sie für uns ein Sondergesetz mit rückdatierter Geltung verabschiedet hat."

Toivo bezog sich dabei auf das im vergangenen Jahr vom südafrikanischen Parlament verabschiedete Terrorismus-Gesetz, nach dem er und seine Mitkämpfer für schuldig befunden wurden. Dadurch, daß das Inkrafttreten des Gesetzes auf 1962 rückdatiert wurde, kann es auf alle nach 1962 begangenen Handlungen angewandt werden.

Toivo fuhr fort: „Ihre Regierung, My Lord, hat eine ganz besondere Verantwortung übernommen, als ihr das Mandat über uns zuerkannt wurde. Wir sind der Auffassung, daß Südafrika aufgrund seines Glaubens an rassische Überlegenheit dieses Vertrauen mißbraucht hat. Wir wußten, daß Südafrika übermächtig ist, aber wir wußten auch, daß unsere Sache gerecht und unsere Lage unerträglich war." Toivo sagte, daß das Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom Juli 1966, das die südafrikanische Regierung als Triumph angesehen hatte, die SWAPO bitter enttäuscht habe, und fuhr fort: „Ist es verwunderlich, daß meine Landsleute zu den Waffen gegriffen haben? Sicher ist Gewalt etwas Schreckliches, aber wer würde sich und seinen Besitz nicht gegen einen Räuber verteidigen? Und wir glauben, daß Südafrika uns unser Land geraubt hat. My Lord, Sie haben es für nötig gehalten, mich als Feigling zu brandmarken. Aber als es während des Zweiten Weltkrieges offensichtlich wurde, daß mein Land und Ihr Land vom Nazismus bedroht wurden, da habe ich mein Leben für beide eingesetzt und eine (südafrikanische) Uniform mit organgefarbenen Tressen getragen. Einige Ihrer Landsleute jedoch haben, als sie in den Kampf zur Verteidigung der Zivilisation gerufen wurden, Sabotage gegen ihr Vaterland betrieben. Heute sind sie unsere Herren und werden als Helden gepriesen, und ich werde Feigling genannt ... Ich gebe zu, mich entschlossen zu haben, denjenigen beizustehen, die die Waffen aufgenommen haben. Meine Mitangeklagten und ich haben gelitten. Aber wir sind nicht der Meinung, daß unsere Anstrengungen und unsere Opfer vergebens waren. Wir hoffen, daß das Geschehene die Weißen Südafrikas davon überzeugen wird, daß wir und die Welt im Recht und sie im Unrecht sind."

Proteste aus allen Teilen der Welt einschließlich seitens der UNO wurden gegen die südafrikanische Regierung erhoben. Nur der Druck der internationalen Öffentlichkeit konnte die Freiheitskämpfer vor dem Strick des Henkers retten.

W a s n u n ?

Das Jahr 1968 wird das Jahr der Menschenrechte genannt. Die faschistische und rassistische Regierung Südafrikas hat sich der flagranten Verletzung einer jeden Bestimmung der UN-Charta schuldig gemacht. Für die Bevölkerung Südwestafrikas und für die Millionen Nichtweißer in der Südafrikanischen Republik ist es ein Jahr des menschlichen Unrechts.

Wie lange noch werden es die UNO und die gesamte zivilisierte Menschheit Hitlers Schülern im Süden Afrikas erlauben, mehr als 20 Millionen Afrikaner zu unterdrücken?

Wie lange noch wird die UNO die schamlose Herausforderung durch eine Handvoll Tyrannen dulden, die den Weltfrieden bedrohen und die internationalen Beziehungen vergiften?

Wieviele Jahrzehnte noch wird die UNO damit fortfahren, fromme Resolutionen zu verabschieden, die von den Piraten in Pretoria nur verhöhnt werden?

Die Freiheit von über 20 Millionen Menschen, der Frieden der Welt und nicht nur die Würde, sondern die Existenz der UNO selbst stehen auf dem Spiel. Es ist höchste Zeit für entschiedenes Handeln.

DAS BUCH DES JAHRES 1969!

Eine Flut von Bestellungen und Nachfragen nach dem in Vorbereitung befindlichen Buch des bekannten Erfolgsautors Karl Böhm

SCHAUPLATZ ZUKUNFT DDR

hat eingesetzt und zeigt, daß ein Bestseller des Jahres 1969 geboren wird.

Auf 450 Seiten schildert der Autor in anschaulicher Form, wie sich das wahre „Wirtschaftswunder" in der DDR vollzieht und wie die sozialistische Menschengemeinschaft von morgen immer mehr zu Beherrschern von Natur und Gesellschaft wird, wie hohe Kultur und Bildung, sozialistische Moral und Ethik das tägliche Handeln aller Menschen von morgen bestimmen. 160 Fotos und Farbtafeln dokumentieren die Ausgangsbasis und geben dem Leser ein anschauliches Bild vom heutigen Entwicklungsstand.
Der Preis dieses Buches wird ca. 12,– DM betragen.

Sichern Sie sich schon heute ein Exemplar, indem Sie Ihre Bestellung ebenfalls schon jetzt Ihrer Buchhandlung übergeben oder direkt richten an den

STAATSVERLAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
DDR – 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17

Anmerkungen Zuschriften

Zum Fernsehfilm „Die weiße Rose — Abschied von einem Mythos"

Der Titel, offiziell in allen Rundfunkprogrammen der Bundesrepublik zu lesen (und so auch im Ausland), löste Aufmerksamkeit aus. Was sollte er besagen? Würde das tragische Geschehen um den studentischen Münchner Widerstandskreis „Die weiße Rose" um neues, bisher unbekanntes Material bereichert werden oder die Lynchjustiz des unehrenhaften Juristen Roland Freisler und seiner Hintermänner eine neue Durchleuchtung erfahren? Nichts dergleichen erfolgte — es blieb eine regielich dilettantisch aufgezogene Dokumentation mit Interviews, zu denen sich der Vater der hingerichteten Geschwister Scholl und nächste Angehörige der ebenfalls hingerichteten Alexander Schmorell, Willi Graf, Prof. Kurt Huber neben Freunden des Widerstandskreises, wie Prof. Geiger, Dr. Harnack und Jaeger, bereitgefunden hatten. Sie alle sprachen zum Thema „Weiße Rose" und keiner zum Thema „Abschied von einem Mythos". Der suggestive Untertitel zerfiel in Nichts. Oder war er eine Täuschungsabsicht? Wem die Autoren (Joachim Hess und Christian Petry) eine solche Titelangabe zu unterstellen wagten, sei mit einem kleinen Vorgang dokumentiert, der dem Volksgerichtsprotokoll vom 22. II. 1943 entnommen ist: Roland Freisler zur Angeklagten Sophie Scholl: „Ihr Vater hat Sie also zur Demokratie erzogen?" Die Angeklagte: „Nein, mein Vater hat uns immer unseren freien Willen gelassen, aber er hat uns Demokratie vorgelebt."

Vater Robert Scholl, der, wie bekannt, selbst zum Kreis der politisch Verfolgten der NS-Zeit gehört, führt die jetzt eingetretene erhebliche Verschlechterung seiner geschwächten Gesundheit auf die erfahrenen betrüblichen Provokationen zurück. Im Interesse der historischen Wahrheit über die Widerstandsbewegung und zur Wahrnehmung der Interessen der Widerstandsbewegung sah er sich gezwungen, Rechtsanwalt Hannover zu veranlassen, den Dokumentationsvorgang bei Radio Bremen zu überprüfen. Der Vorfall ging besonders deshalb über seine Kraft, weil er nicht nur ein Freund und Förderer der Jugend ist, sondern auch ihrem selbständigen Denken und ihrem aktiven Wahrheitssuchen mit offener Bereitschaft Vertrauen entgegenbringt.

Das Einschreiten des bekannten Rechtsanwalts erwies sich als sehr notwendig: Manches konnte verhindert werden, darunter auch die Ausstrahlung der ursprünglichen Titelgebung. So entfiel die Behauptung, daß der Widerstand der Studentengruppe ein „Mythos" sei, von dem Abschied genommen werde. Das Bremer Fernsehen hat seine Titelgebung nicht offiziell durch Bild und Ton revidiert, obgleich es dazu verpflichtet erscheint, wenn es aus dem Zwielicht, in das eine leichtfertige Redaktion es hineinmanövrierte, wieder herauskommen will. „Abschied von einem Mythos" kann im Zusammenhang mit der Historie „Weiße Rose" bei einigem Anstand im politisch-moralischen Bereich der Bundesrepublik nicht hingenommen werden. An sich ist der junge, gut behütete Titelgeber Petry, der, nichts wissend von Verfolgung, Freiheitsberaubung, Folterung, Todesangst und tiefster menschlicher Unwürdigkeit, sich darüber mit falschverstandener Gesellschaftskritik hinwegsetzt, uninteressant. Er muß erst Lebenserfahrung gewinnen, und er wird sich hoffentlich darauf besinnen. Aber Rücksichtnahme ist nicht angebracht gegenüber Institutionen, deren Aufgabe es ist, für eine positive Lebenshaltung und Lebensgestaltung zu wirken, und die selbst Ausdruck und Einschätzungsbasis eines Volkes sind, bzw. sein wollen, wie Rundfunkanstalten und Verlage. Sie tragen Verantwortung auch gegenüber einer unaufgeklärten Jugend, die, stets aus Erfahrungsmangel, leichter verführbar und beeinflußbar ist. Geschichtsfälscher und ehrgeizige politische Ignoranten werden nicht davor zurückschrecken, den von den Massenmördern des Dritten Reiches millionenfach mit Martern und Tod bestraften Widerstand als zu verabschiedenden „Mythos" hinzustellen.

Dokumente, die Beschämung und warnende Lehre ausdrücken, werden lieber verschwiegen und verfälscht, weil man sich damit dem Nachdenken und der Selbstverantwortung entzieht. Gerade das deutsche Fernsehen hat dankenswerterweise wiederholt solche Dokumente in Bild und Ton zur Diskussion gestellt. Dann kamen allerdings Kräfte auf, denen es nicht um Aufhellung ging und die mit Verbot, Kündigung oder sonstiger Androhung die Sender unter Druck setzten. Nichts aber ist notwendiger als die Wahrheit. Mit dokumentarischen

Beweisen und Interviews könnte dargestellt werden, wie sich Deutsche hergegeben haben, mit der Waffe in der Hand oder als Bombenwerfer, teils sogar getarnt in der militärischen Uniform der überfallenen Länder (genau so wie gekaufte Schreiberlinge und verlogene Berichterstatter) in diese Länder Vernichtung, Leid und Mord tragen. So wurde durch niedrigen Überfall der Angriffskrieg der Hitlerdiktatur „provoziert", und deshalb mußte er, unter dieser schrecklichen Selbstbelastung, bis zur bedingungslosen Kapitulation durchgehalten werden. Natürlich kamen Hitler und die Seinen nicht von ungefähr über das deutsche Volk. Sie konnten sich in ihm breitmachen und sie werden in ihm bleiben, solange die deutsche Gesellschaft nicht den Weg des „In-sich-Gehens" konsequent beschreitet.

Aufmerksamkeit tut not, und dazu ist die denkende Jugend aufgerufen. Wie oft hört man aus den Mündern selbst führender Leute die Entschuldigung, sie seien in ihren wohlmeinenden Aktionen eingeschränkt und mißverstanden, weil sie Enttäuschung erfahren müßten. Kaum einer will sich eingestehen, daß alle Enttäuschungen letztlich Selbsttäuschungen sind. Man täuscht sich selbst in einem Geschehen, in einer Sache oder auch in einer Person. Selbst wenn beabsichtigte Täuschungsmanöver vorliegen, enthebt dies nicht der Selbstüberlegung und die Selbstkritik.

Auf der gleichen Ebene liegt das Gerede vom „Wiederaufbau". Man rühmt sich sogar dessen, denn er habe Wohlstand und Sicherheit gebracht. Wir werden es noch erleben, wohin diese Selbsttäuschung vom Wiederaufbau führen wird. Vom „Neuaufbau" einer Lebenshaltung und Lebensgestaltung ist kaum die Rede. Sie wäre zwar wichtiger, und die denkende Jugend wäre dafür ansprechbar; aber der Neuaufbau würde Umstellungen verursachen — er wäre zunächst unbequemer . . .

Es geht mir mit dieser Zuschrift nicht nur um eine persönliche Ehrenrettung der Familie Scholl, sondern auch darum, daß die Aktion „Weiße Rose" im demokratischen Bewußtsein unserer heranwachsenden Generation einen bleibenden Platz als Teil des antifaschistischen Widerstandes behalten muß und nicht zum „Mythos" abgewertet werden darf.

Willi Cronauer, Oberregierungsrat a. D.,
München

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND DISKUSSION

58 **Literatur aus der DDR - Neue Texte**
Bartsch, V. Braun, Erb, Grüning, I. Müller, Pitschmann, Reimann, Schmoll

59 **Walter Benjamin**
60 Entwurf einer materialistischen Kunsttheorie. Auseinandersetzung mit den Interpretationen und Editionspraktiken der Herausgeber Adorno, Tiedemann, Unseld.
Brenner: Die materialistischen Intentionen des Benjaminschen Hauptwerkes – Walter Benjamin: Unveröffentlichter Brief an Asja Lazis – Lazis: Benjamins «Entwurf eines proletarischen Kindertheaters» – Heise: Widerlegbare Behauptungen der Benjamin-Herausgeber – Gallas: Wie es zu den Eingriffen in Benjamins Texte kam – Die Diskussion in der ‚Frankfurter Rundschau' – Bibliographie
Pierre Bertaux: Hölderlin und die Französische Revolution. Provokation der deutschen Hölderlinforschung durch die französische Germanistik.
Lucien Goldmann: «Die Neger» Untersuchung der Mikrostrukturen in Jean Genets Bühnenstück

61 **Deutschunterricht und Germanistik**
Untersuchungen zu Fachdidaktiken, Lehrbüchern, Aufsatzerziehung, Lehrerausbildung. Schichtenspezifische Sprachkodes und Intelligenz. 14 Thesen und Forderungen. – Dokumentation: Besetzung des Germanistischen Instituts. Streik am Berlin-Kolleg.

62 **Strukturalismus und**
63 **Literaturwissenschaft**
Die erste deutschsprachige Sammlung zu Theorie und Methode der strukturalen Literaturanalyse bringt Texte ihrer wichtigsten französischen Vertreter.
Jakobsen/Lévi-Strauss: «Les Chats» von Ch. Baudelaire – Barthes: Historie und ihr Diskurs – Todorov: Die Odyssee – Archetyp der Erzählung? – Kristeva: Russischer Formalismus und Strukturalismus – Genette: Strukturuntersuchungen zu Robbe-Grillets Werk – Leenhardt: Robbe-Grillets «La Jalousie» – Greimas: Zur Interpretationstheorie des Mythos – Bibliographie. Wichtige Begriffe u. a.

Fragen Sie nach alternative in Ihrer Buchhandlung, oder bestellen Sie direkt beim alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstraße 13/V. Einzelnummer 2,50 DM, Doppelnummer 5,– DM. Jahresabonnement 13,50 DM.

Fernseh-Spalte

KEINE BILANZ

„Fernsehen als gesellschaftlicher und politischer Markt schlechthin ist zum Medium herrschender Ideogramme geworden. Seine Freiheit ist in deren Auflösung Utopie" (Otto Gmelin in „Philosophie des Fernsehens", Band I). Ein einziger Satz wie dieser macht eine Jahresbilanz überflüssig. Zur Präzisierung der Situation 1968 wären noch zwei Worte hinzuzufügen: weitgehende Verflachung. Alles andere bliebe Detail-Statistik — die nicht viel nützt, wenn die Norm dessen, was in allen Sparten der Nicht-Unterhaltung gesendet wird, an „infratest"-Demoskopie und Parteienproporz gemessen werden muß.

Das heißt: Dokumentarspiele, die Hintertreppenscheiße — mit Verlaub — als Zeitgeschichte vorspiegeln, „Panoptikumsfiguren" für historisch authentische Gestalten ausgeben. Ich übernehme diesen Begriff dankbar mit Quellenangabe: „Mannheimer Morgen" vom 25. 11. 68 über den „Fall Tuchatschewskij".

Das heißt: Politische Magazinsendungen, zwei links, zwei rechts, wiewohl sie noch immer zu den besten Sendungen überhaupt gehören. Die Abwertung des oft ausgezeichneten Informationswertes stellt sich indessen unmittelbar dann ein, wenn der Moderator sein hämisch-füchsiges Sprüchlein zum eben Gesehenen unbedingt an den Mann bringen muß (Spezialbeispiel: „Report München"). Aber da wir schon dabei sind, auch ein Zugeständnis: „Panorama"-Chef Peter Merseburger hat in den letzten Monaten mehrmals den eigenen Schatten übersprungen. Und er ist so konsequent ins Fettnäpfchen des Proporzes, der Tabus und der politischen Mißstände getreten, daß man um seine Position bangen muß.

Das heißt: Filme aus allen Teilen der Erde von unzweifelhaftem Wert gegen Filme wie „Gefrühstückt wird zu Hause", „Hotel Adlon", „Die weiße Hölle des Piz Palü" oder „Sissy".

Das heißt: Etwa 60 bis 80 Serien im Jahresschnitt vom Niveau „Bonanza", „Tennisschläger und Kanonen", „Bronco" oder „Bezaubernde Jeannie".

Das heißt: Berichte und Features aus Politik, Kultur und Wissenschaft unter weitgehendem Ausschluß einer die Grenzen der (häufig auch noch manipulierten) Information sprengenden progressiven Meinungsformung.

Das heißt schließlich: Desinteresse der Zuschauer-Millionen an wirklich guten, anstrengenden, zum Denken anregenden, anti-normativen, kritischen Sendungen aller Art. So klar wir den ideologischen Charakter der „infratest"- und anderer sogenannter demoskopischer Instrumente erkennen, wir müssen damit rechnen, weil die TV-Anstalten darauf eingeschworen sind. Die höchsten Werte in der Beurteilung der Zuschauer erhielten im ersten Halbjahr 1968: „Expeditionen ins Tierreich", „Chor der Welt", „Forellen-Quintett", „Aktenzeichen XY . . ." u. a. Die höchsten Teilnehmerzahlen wurden verzeichnet bei Durbridge („Ein Mann namens Harry Brent", 83 Prozent), „Mainz wie es singt und lacht" (82 Prozent), „Vergißmeinnicht" (78 Prozent), „Was bin ich" (78 Prozent), „Der goldene Schuß" (77 Prozent). Das ist, gelinde gesagt, eine Katastrophe. Mögen die Zahlen manipuliert sein oder nicht, die Programmverantwortlichen vergötzen sie. Und da beißt sich der Hund in den Schwanz. Wie soll kritisches Bewußtsein geformt werden und sich entwickeln, wenn jeder Sender alles daran setzt, sein Programm auf solche Zahlen hin zu orientieren? Es ist eine Katastrophe. Wenn sich da nichts ändert (und wie sollte sich etwas ändern?), wird die Zeit dennoch nicht stehen bleiben.

Und das heißt: Die Intendanten werden sich unversehens in ihren Proporz-Refugien aufgestört sehen, dann nämlich, wenn die weiterschwelende Unruhe sich an der proporz-autoritären Struktur des Fernsehens entzünden sollte. Dasselbe gilt für die Parteien. Beim Schreiben dieses Artikels überkommt mich der Gedanke: Das Fernsehen in der Bundesrepublik könnte zu einem ähnlichen Objekt der Auseinandersetzung werden wie die Hochschul- und Bildungspolitik. Es ist fast verwunderlich, daß es noch nicht geschah. Eine Reform des von zwei grundsätzlich übereinstimmenden Parteien weitgehend gelenkten Fernsehens und damit der gesamten Rundfunkordnung in der Bundesrepublik möge bald ins Haus stehen. Sonst könnte aus der Programm-Katastrophe wieder mal eine politische werden.

E. H. Wahl

Bücher

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Maurice Merleau-Ponty, Die Abenteuer der Dialektik. Aus dem Französischen von Alfred Schmidt und Herbert Schmitt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 284 S., Ln. 28,— DM, kart. 20,— DM. — Aus dem weiteren Programm des Suhrkamp Verlages: Urs Jaeggi, Ordnung und Chaos. Der Strukturalismus als Methode und Mode (172 S., kart. 10,— DM). / Hans-Jörg Sandkühler, Freiheit und Wirklichkeit. Zur Dialektik von Politik und Philosophie bei Schelling (290 S., kart. 14,— DM). / Louis Althuser, Für Marx. Aus dem Französischen von Karin Brachmann und Gabriele Sprigath (220 S., kart. 10,— DM).

Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum und andere Schriften. Ausgewählt und mit einem Nachwort versehen von Hans G. Helms. Hanser Verlag, München, 281 S., br. 7,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 6). — Zu den ersten acht Bänden der neuen Reihe gehört als Bd. 3: Marx-Chronik. Daten zu Leben und Werk. Zusammengestellt von Maximilien Rubel. Aus dem Französischen von Anjuta Dünnwald (162 S., br. 7,80 DM).

John A. Hobson, Der Imperialismus. Aus dem Englischen von Helmut Hirsch. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 312 S., Paperback 24,— DM, Ln. 34,— DM.

Aimé Césaire,Über den Kolonialismus. Aus dem Französischen von Monika Kind. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 80 S., kart. 3,50 DM, im Abonnement 2,50 DM (Rotbuch 3).

Roman Cilek / Jan Stehlik, Das Recht muß warten. Macht und Verbrechen. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich, 240 S., Paperback 14,80 DM. — Die Autoren untersuchen einen gesellschaftlichen Vorgang im westlichen Deutschland der Nachkriegszeit: den Aufstieg von Kriegsverbrechern in hohe Ämter und Stellungen, die späten Prozesse, die Urteile. Herkunft, Milieu und Werdegang dieses Personenkreises werden einer kritischen Analyse unterworfen.

HEIDELBERGER BLÄTTER 12/13

DISKUS EXPRESS 1/2

ZUM POLITISCHEN SELBSTVERSTÄNDNIS DER ZEITSCHRIFT:

Kommentare

E. Osborg & R. Roth, Wer herrscht über die Legalität? · Reimut Reiche, Hat der autoritäre Staat noch eine Massenbasis?

Gisela Mandel, Viva la Revolution Cubana! · Franco Mogni, Venceremos! · Mario Cogoy, Die neue italienische Studentenbewegung · J. Wieszt, Autonome Gewerkschaft?

Juristische Gegenvorlesung in Frankfurt · Wissenschaftskritik der Germanistik in Frankfurt · Theorie und Praxis der Psychologie in Tübingen und Frankfurt · H. D. Suckale, Revolte der Ingenieurstudenten

Rahmenthema

Gewerkschaftliche Lohnpolitik und antikapitalistische Strategie

Wirtschaftssystem - Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften (I)

Elmar Wolfstetter, Verteilungstheorie, Lohnpolitik und Gewerkschaften · Elmar Altvater, Vermögenspolitik und Gewerkschaften · Bruno Trentin, Aktuelle Tendenzen des westeuropäischen Kapitalismus und die Strategie antikapitalistischer Strukturreformen · K. Deppe, H. D. Doll, R. Hasse, D. Hoss, K. Kullmann, D. Löber, V. Mosler, U. Rödel, A. Scheil, E. Schudlich, H. Schwab, Das Ende des „Wirtschaftswunders" und die Gewerkschaften · Kajo Heymann, Springer-Presse und Streik · Hanspeter Riesche, Der Dunlop-Streik in Hanau — Ein Beispiel · Manfred Liebel, Betriebsdemokratie und Sozialismus — Zu Anker-Ording's „Betriebsdemokratie in Norwegen"

HEIDELBERGER BLÄTTER werden herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung Duisburg e. V. und der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Hochschulgruppe Heidelberg in Zusammenarbeit mit den übrigen gewerkschaftlichen Studentengruppen in der BRD. DISKUS EXPRESS wird als Expreß herausgegeben von Diskus, Frankfurter Studentenzeitung.

Dieses Heft kostet im Einzelverkauf 3,50 DM. Im Abonnement der HEIDELBERGER BLÄTTER 2,50 DM zuzüglich Porto.

Bestellungen richten Sie an

VERLAG HEIDELBERGER BLÄTTER

Wolfstetter & Brock, 6 Frankfurt am Main, Untermainanlage 9, Telefon (0611) 23 16 37

Alfred Daniel, Die protestantische Revolution. Verlag Hinder + Deelmann, Bellnhausen über Gladenbach (Hessen), 134 S., kart. 9,80 DM.

Otto Zoff, Tagebücher aus der Emigration 1939—1944. Mit einem Nachwort von Hermann Kesten. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg, 293 S., Ln. 28,50 DM.

Susan Sonntag, Kunst und Antikunst. 24 literarische Analysen. Deutsche Ausgabe von „Against Interpretation". Aus dem Amerikanischen von Mark W. Rien. Rowohlt Verlag, Reinbek, 320 S., Paperback 12,80 DM (Rowohlt Paperback, Bd. 69). — Analyse der Arbeiten von Camus, Hochhuth, Ionescu, Sartre, Peter Weiss, Godard u. a. Als Bd. 68 der „Rowohlt Paperbacks" erschien: Jean-Paul Sartre, Kolonialismus und Neokolonialismus. Sieben Essays (128 S., Paperback 7,80 DM).

Geschichte und Zeitgeschichte

Ploetz, Auszug aus der Geschichte. 27. Auflage (Neubearbeitung 1968). A. G. Ploetz Verlag, Würzburg, 2320 S., Dünndruck, Ln. 59,80 DM, Kunstleder mit Schuber 65,80 DM, Saffianleder mit furniertem Schuber 118,50 DM.

Fischer Weltgeschichte / Bd. 10: Das frühe Mittelalter. Herausgegeben und verfaßt von Jan Dhondt, 398 S. / Bd. 14: Der Islam I. Vom Ursprung bis zu den Anfängen des Osmanenreiches. Herausgegeben und verfaßt von Claude Cahen, 376 S. / Bd. 17: Indien. Geschichte des Subkontinents von der Induskultur bis zum Beginn der englischen Herrschaft. Herausgegeben und verfaßt von Ainslie T. Embree und Friedrich Wilhelm, 351 S. / Bd. 19: Das Chinesische Kaiserreich. Herausgegeben und verfaßt von John Whitney Hall, 380 S. / Fischer Bücherei, Frankfurt, br. je Band 4,80 DM. — Zusammenfassende Darstellungen der Geschichte außereuropäischer Länder sind im deutschen Schrifttum der letzten Jahre nur sehr schwach vertreten, und so dürfen die Arbeiten über die asiatischen Kaiserreiche auf besonderes Interesse rechnen; beide Bände sind nach dem Prinzip der „Fischer Weltgeschichte" zudem vorzüglich illustriert. Prof. Hall (Yale Universität) führt sein Buch bis in die jüngste Gegenwart, und so erhält der Leser einen detaillierten Einblick in die Entstehung des japanischen Imperialismus, seine wirtschaftlichen Triebkräfte und seine außenpolitische Aggressivität, die schließlich in den Weltkrieg im Fernen Osten und die spätere Niederlage führte. Von den geplanten 35 Bänden der Gesamtausgabe liegen jetzt 22 vor (vgl. „Blätter", Heft 12/1965, S. 1052 f, Heft 12/1966, S. 1173 f. und Heft 12/1967, S. 1311).

Francois Furet, Die Französische Revolution. Aus dem Französischen von Ulrich Friedrich Müller. G. B. Fischer Verlag, Frankfurt, 750 S., 120 Abb., Ln. 36,— DM.

Napoleon kam nur bis Waterloo. Die Hundert Tage im Spiegel der zeitgenössischen Presse. Herausgegeben von Alfred Kröger. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 177 S., br. 2,80 DM (DTV/Dokumente Bd. 515). — Der „Pressespiegel" ist aus der reichen Privatsammlung des Verfassers hervorgegangen, die rd. 17 000 Zeitungsausschnitte aus den Jahren 1736 bis 1821 enthielt.

Innenansicht eines Krieges. Bilder, Briefe, Dokumente 1914/18. Herausgegeben von Ernst Johann. Scheffler Verlag, Frankfurt, 360 S., 20 Abb. auf Tafeln und 23 Abb. im Text, Ln. 24,— DM.

Rolf Reventlov, Spanien in diesem Jahrhundert. Bürgerkrieg, Vorgeschichte und Auswirkungen. Europa Verlag, Wien, 504 S., Ln. 30,— DM.

Dieter Wagner / Gerhard Tomkowitz, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!" Der Anschluß Österreichs 1938. Piper Verlag, München, 392 S. mit 33 Abb. und Register, Ln. 25,— DM.

Christian Petry, Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern. Piper Verlag, München, 258 S. mit 10 Abb. auf Tafeln, Paperback 12,80 DM. — Über die Tätigkeit der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose", deren bekannteste Mitglieder die Geschwister Hans und Sophie Scholl und Prof. Kurt Huber aus München waren, legt der Autor viele bisher unbekannte Zeugnisse vor.

Leo Huberman / Paul M. Sweezy, Kuba — Anatomie einer Revolution. Aus dem Amerikanischen von Herbert Preißler. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 236 S., kart. 9,— DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung von Präsident Johnson zur Einstellung der Bombardierung Nordvietnams aus der Luft sowie von See und Land her vom 31. Oktober 1968 (Auszug)

Wir haben mit den Nordvietnamesen seit Mai dieses Jahres in Paris Gespräche geführt. Die Erörterungen begannen, nachdem ich am Abend des 31. März in einer Fernsehansprache an die Nation bekanntgegeben hatte, daß die USA — in dem Bemühen, Gespräche über eine Beilegung des Krieges in Vietnam in Gang zu bringen — die Bombardierung Nordvietnams in einem Gebiet, in dem 90 Prozent der Bevölkerung leben, eingestellt hatten. Als unser Vertreter — Botschafter Harriman und Botschafter Vance — nach Paris entsandt wurden, hatten sie Anweisung, darauf zu bestehen, daß die legitim gewählte Regierung Südvietnams ihren Platz in ernsthaften Verhandlungen über die Zukunft Südvietnams einnehmen müsse. Unsere beiden Botschafter ... haben es daher von Anfang an gegenüber den Vertretern Nordvietnams in aller Klarheit ausgesprochen, daß — wie ich es in meiner Rede am 31. März zu verstehen gab — wir die Bombardierung des nordvietnamesischen Territoriums völlig einstellen würden, wenn dies zu produktiven und sofortigen Gesprächen führen würde, womit Gespräche gemeint sind, an denen es auch der Regierung von Vietnam freistehen sollte, teilzunehmen. Unsere beiden Botschafter haben gleichzeitig betont, daß wir die Bombardierung nicht einstellen könnten, solange wir dadurch das Leben und die Sicherheit unserer Truppen gefährden würden. Die Gespräche ergaben im Verlauf vieler Wochen keinerlei Fortschritt, ja es hatte den Anschein, als seien sie völlig festgefahren. Dann traten sie vor einigen Wochen in eine neue und zu weitaus größeren Hoffnungen berechtigende Phase. Als wir diese Fortschritte erzielten, führte ich eine Reihe von intensiven Gesprächen mit unseren Verbündeten und mit den maßgeblichen militärischen und diplomatischen Vertretern der Regierung der USA über die Aussichten für einen Frieden. Ich habe außerdem unsere führenden Kongreßmitglieder und die Präsidentschaftskandidaten über die Lage unterrichtet. Am letzten Sonntagabend und während des Montag erhielten wir dann die Bestätigung der grundlegenden Verständigung, um die wir uns bei den Nordvietnamesen seit einiger Zeit hinsichtlich der entscheidenden Fragen bemüht hatten. Ich verbrachte den größten Teil des Dienstag damit, jede Einzelheit dieser Angelegenheit mit dem Kommandeur unserer Truppen in Vietnam zu erörtern — mit General Abrams, den ich nach hier beordert hatte, der früh morgens um 2.30 Uhr im Weißen Haus eintraf und der sich sofort mit mir und den zuständigen Mitgliedern des Kabinetts beriet. General Abrams gab uns seine Beurteilung der Situation, und wir haben uns ausführlich seine Empfehlungen angehört. Als Ergebnis all dieser Entwicklungen habe ich nunmehr angeordnet, daß alle Bombardierungen Nordvietnams aus der Luft, von See her und durch Artillerie ab Freitagmorgen 8.00 Uhr Washingtoner Zeit eingestellt werden. Ich habe diese Entscheidung auf der Grundlage der Entwicklung der Pariser Gespräche getroffen, und ich habe sie in der Überzeugung getroffen, daß diese Maßnahme zu Fortschritten auf dem Wege zu einer friedlichen Lösung des Vietnam-Krieges führen kann. Ich habe die 3 Präsidentschaftskandidaten wie auch die führenden Politiker der republikanischen und der demokratischen Partei im Kongreß über die Gründe unterrichtet, die die Regierung zu dieser Entscheidung veranlaßt haben. Diese Entscheidung entspricht weitgehend den Erklärungen, die ich in der Vergangenheit in bezug auf die Einstellung der Bombardierung abgegeben habe. So hatte ich am 19. August erklärt: „Daß die Regierung der USA keine weiteren Konzessionen machen wird, solange sie keinen Grund zu der Annahme hat, daß die andere Seite ernsthaft gewillt ist, mit uns gemeinsam den Krieg zu de-eskalieren und ernsthafte Schritte in Richtung auf den Frieden zu unternehmen." Am 10. September erklärte ich: „Die Bombardierung wird erst dann eingestellt werden, wenn wir der Überzeugung sind, daß dadurch die amerikanischen Verluste nicht größer werden." Die Chefs

des gemeinsamen Stabes — sie alle Soldaten — versicherten mir — und General Abrams hat mit dieser Zusicherung am 29. Oktober während unserer Besprechung in den Morgenstunden um 2.30 Uhr (Ortszeit) ausdrücklich bestätigt —, daß nach ihrem militärischen Urteil dieser Schritt jetzt getan werden sollte und daß ein derartiger Schritt nicht zu einem Ansteigen unserer Verluste führen würde. Am Mittwoch, dem 6. November, werden in Paris die regulären Vietnamgespräche fortgesetzt werden, an denen die Vertreter der südvietnamesischen Regierung jederzeit teilnehmen können. Wir wurden von den Vertretern der Regierung in Hanoi unterrichtet, daß die Vertreter der Nationalen Befreiungsfront ebenfalls teilnehmen werden. Ich betone, daß ihre Teilnahme in keiner Weise die Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront in irgendeiner Form involviert. Sie steht jedoch im Einklang mit den Erklärungen, die wir im Verlauf der Jahre immer wieder abgegeben haben, daß es keinerlei Schwierigkeiten für die Nationale Befreiungsfront geben dürfte, ihre Ansichten zu vertreten. Was wir nunmehr erwarten — und mit Recht erwarten können — sind sofortige, produktive, ernsthafte und intensive Verhandlungen in einer Atmosphäre, die zum Fortschritt beiträgt. Wir haben das Stadium erreicht, wo produktive Gespräche beginnen können. Wir haben der anderen Seite klargemacht, daß solche Gespräche nicht andauern können, wenn sie daraus militärischen Vorteil zieht. Es kann keine produktiven Gespräche in einer Atmosphäre geben, wo die Städte beschossen werden und die entmilitarisierte Zone mißbraucht wird. Ich glaube, ich sollte Sie, meine amerikanischen Mitbürger, warnen, daß Arrangements dieser Art niemals 100prozentig sicher sind. Auch formelle Verträge sind niemals 100prozentig sicher, wie die Erfahrung uns gelehrt hat. Aber angesichts des Fortschrittes, der in den vergangenen Wochen erzielt wurde, und nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung der einmütigen militärischen und diplomatischen Ratschläge und Beurteilungen, die ich als Oberbefehlshaber (der US-Streitkräfte) erhalten habe, habe ich schließlich entschieden, diesen Schritt jetzt zu tun und die Glaubwürdigkeit derjenigen zu erproben, die uns versichert haben, daß Fortschritte erzielt werden würden, wenn die Bombardierung eingestellt werde, und herauszufinden, ob ein baldiger Friede möglich ist. Die alles beherrschende Überlegung in diesem Augenblick ist die Chance und die Möglichkeit, daß es uns gelingt, Menschenleben zu retten — und zwar Menschenleben auf beiden Seiten. Deswegen habe ich beschlossen, daß wir feststellen wollen, ob die andere Seite guten Willens ist. Wir könnten irregeführt worden sein — und wir sind auch auf einen solchen Fall vorbereitet. Wir beten zu Gott, daß dieser Fall nicht eintritt. Aber es sollte allen von uns klar sein, daß die neue Phase der Verhandlungen, die am 6. November beginnt, nicht bedeutet, daß bereits ein stabiler Friede in Südostasien herrscht. Es kann in der vor uns liegenden Zeit durchaus noch sehr harte Kämpfe geben, und bestimmt wird es sehr harte Verhandlungen geben, denn die Verhandlungsführenden stehen immer noch vor zahlreichen schwierigen und entscheidend wichtigen Problemen. Ich hoffe, daß wir sie mit gutem Willen lösen können. Wir wissen, daß Verhandlungen schnell voranschreiten können, wenn das gemeinsame Interesse der Unterhändler dem Frieden in der Welt gilt. Die Welt sollte wissen, daß das amerikanische Volk noch mit Bitterkeit an die langwierigen und sich schleppend hinziehenden Verhandlungen in Korea zurückdenkt, die von 1951 bis 1953 dauerten, — und daß unser Volk nicht noch einmal vorsätzliche Verzögerungen und ein langes Hinschleppen akzeptieren wird. Wie ist es nun dazu gekommen, daß wir jetzt, am 1. November, einer Einstellung der Bombardierung Nordvietnams zugestimmt haben? Ich hätte alles, was ich besitze, darum gegeben, wenn die Umstände mir bereits vor Monaten eine Einstellung der Bombenangriffe gestattet hätten, — wenn nur irgendwelche Fortschritte bei den Pariser Gesprächen es gerechtfertigt hätten, daß ich zu Ihnen gesagt hätte, „jetzt können sie ohne Gefahr eingestellt werden". Aber ich habe als Präsident der USA keine Kontrolle über den zeitlichen Ablauf der Entwicklungen in Hanoi. Die in Hanoi getroffenen Entscheidungen haben de facto bestimmt, wann und ob es für uns eine Möglichkeit zur Einstellung der Bombardierung geben würde. Wir konnten nicht von unserem festen Standpunkt abweichen, daß die Regierung Südvietnams an ernsthaften Verhandlungen, die die Zukunft ihres Volkes — der Bevölkerung Südvietnams — betreffen, teilnehmen müsse. Denn wenn wir auch in vielen Jahren uns mit Südvietnam in diesem Kampf verbündet haben, so haben wir uns doch niemals die Rolle angemaßt und werden eine solche Forderung auch niemals stellen, daß wir die Zukunft des südvietnamesischen Volkes diktieren könnten. Das Grundprinzip, für das wir in

Südvietnam eingetreten sind — das Prinzip der Selbstbestimmung — erfordert, daß dem südvietnamesischen Volk die Möglichkeit gegeben wird, in Freiheit für sich selbst bei den Pariser Verhandlungen zu sprechen, und daß die südvietnamesische Delegation eine führende Rolle spielt — in Einklang mit unserem in Honolulu mit Präsident Thieu getroffenen Übereinkommen. Wir haben Nordvietnam gegenüber genauso klargestellt, daß ein totaler Bombenstopp kein Risiko für das Leben unserer Männer mit sich bringen darf. In meiner Rede vom 31. März sagte ich: „Ob eine vollständige Einstellung der Bombenangriffe in Zukunft möglich sein wird, wird von den Entwicklungen abhängen." Ich kann Ihnen heute nicht genau in allen Einzelheiten sagen, warum es in Paris Fortschritte gegeben hat. Aber ich kann Ihnen sagen, daß in Südvietnam verschiedene zu Hoffnungen berechtigende Ereignisse eingetreten sind: — Die Regierung Südvietnams ist ständig stärker geworden; — Die südvietnamesischen Streitkräfte sind wesentlich und soweit verstärkt worden, daß jetzt, heute Nacht, eine Million Soldaten unter Waffen stehen, und die Schlagkraft dieser Verbände wurde ständig erhöht; — Der über jedes Lob erhabene Einsatz unserer eigenen Soldaten hat unter der hervorragenden Führung der Generale Westmoreland und Abrams zu wirklich beachtlichen Erfolgen geführt. Vielleicht haben einige dieser Faktoren oder auch alle dazu beigetragen, daß es bei den Gesprächen zu Fortschritten kam. Und als es schließlich zu Fortschritten kam, forderten es, so glaube ich, meine Verantwortung gegenüber den tapferen Soldaten, unseren Soldaten, die die Last des Kampfes heute nacht in Südvietnam tragen, — und meine Pflicht, mich um eine ehrenvolle Beendigung des Krieges zu bemühen, daß ich dies zur Kenntnis nahm und unverzüglich handelte. Ich habe heute nacht gehandelt. Es hat viele Tage des Wartens auf neue Schritte in Richtung auf den Frieden gegeben — Tage, die voll Hoffnung begannen, um am Abend nur in Enttäuschung zu enden. Das Festhalten an unserem nationalen Ziel — nämlich die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Südostasien zu schaffen — hat mich in all diesen Stunden aufrecht gehalten, wenn es bei diesen Gesprächen keinerlei Fortschritt zu geben schien. Aber nachdem nunmehr Fortschritte erzielt worden sind, weiß ich, daß Sie gemeinsam mit mir und der gesamten Menschheit darum beten, daß die von mir heute abend angekündigte Maßnahme ein entscheidender Schritt in Richtung auf einen dauerhaften und ehrenhaften Frieden in Südostasien sein wird. Sie kann es sein. Was also von uns unter diesen neuen Umständen verlangt wird, ist genau die unbeirrte Entschlossenheit und Geduld, die uns diesen hoffnungsvolleren Ausblick eröffnet hat. Was von uns verlangt wird, ist ein Mut, eine Standhaftigkeit und eine Ausdauer, wie sie der Haltung unserer Soldaten entspricht, die heute für uns in Vietnam kämpfen. Ich bitte Sie daher nicht um Ihre Gebete, sondern auch um die mutige und verständnisvolle Unterstützung, die die Amerikaner ihrem Präsidenten und dem Mann an ihrer Spitze in der Stunde der Bewährung immer geben. Mit diesem Verständnis und mit dieser Unterstützung werden wir nicht scheitern. Vor 7 Monaten habe ich erklärt, daß ich es nicht zulassen würde, daß das Amt des Präsidenten in parteipolitische Zwistigkeiten hineingezogen würde, die sich damals in dem jetzigen so politisch entscheidenden Jahr abzuzeichnen begannen. In diesem Sinne habe ich in meiner Rede am 31. März bekanntgegeben, daß ich mich um die Nominierung meiner Partei für eine weitere Amtszeit als Präsident weder bemühen noch eine solche annehmen würde. Ich habe jede mir mit meinem Amt als Präsident gegebene Möglichkeit genutzt, um in Südostasien zu einem Frieden zu gelangen. Den ganzen Sommer und Herbst hindurch habe ich alle Präsidentschaftskandidaten voll und ganz über die Entwicklungen in Paris und in Vietnam unterrichtet. Ich habe keinerlei Zweifel aufkommen lassen, daß keiner der Kandidaten gegenüber einem anderen einen Vorteil erlangen sollte — sei es hinsichtlich der Unterrichtung über diese Entwicklungen oder hinsichtlich irgendeiner anderen Information im voraus über die von der amerikanischen Regierung beabsichtigten Politik. Die maßgeblichen diplomatischen und militärischen Vertreter unserer Regierung wurden alle angewiesen, den gleichen Kurs einzuschlagen. Seit jenem Abend des 31. März hat jeder Kandidat unterschiedliche Ansichten über die Politik der Regierung gehabt. Allgemein gesehen konnten wir jedoch während des ganzen Wahlkampfes eine Einmütigkeit zeigen, die unsere Regierung und unsere Soldaten in Vietnam unterstützte. Ich hoffe und glaube, daß dies bis zum 20. Januar nächsten Jahres anhalten kann, wenn ein neuer Präsident sein Amt antritt. Denn in dieser kritischen Stunde können wir es uns einfach nicht leisten, der Suche nach Frieden mit mehr als einer Stimme für unsere Nation zu sprechen.

Wortlaut des Appells des Präsidenten der DRV, Ho Chi Minh, an das vietnamesische Volk vom 2. November 1968

Angesichts der großen Siege, die unsere bewaffneten Kräfte und unser Volk in beiden Gebieten, besonders im Süden, seit Beginn dieses Frühjahrs errungen haben, mußte die Regierung der Vereinigten Staaten am 1. November 1968 bedingungslos die Bombardierungen des Gesamtgebiets der Demokratischen Republik Vietnam einstellen.

Nach vier Jahren überaus heldenhaft geführten Kampfes haben unsere bewaffneten Kräfte und unser Volk ruhmvolle Siege erzielt: Sie haben mehr als 3200 Flugzeuge abgeschossen, etwa 100 große und kleine Kriegsschiffe in Flammen gesetzt und damit den Zerstörungskrieg der amerikanischen Imperialisten gegen den Norden unseres Landes fehlschlagen lassen. Dieser Sieg hat hohe Bedeutung für den großen Kampf unseres Volkes gegen die amerikanischen Imperialisten, für das nationale Wohl.

Die amerikanischen Imperialisten haben fälschlicherweise geglaubt, sie könnten mit der barbarischen Zerstörungskraft ihrer Bomben und Granaten Nordvietnam schwächen, die Unterstützung des großen Hinterlandes für die große Front verhindern und die Kampfkraft Südvietnams vermindern. Doch je stärker der Kampf im Norden gegen die amerikanischen Aggressoren war, um so mehr hat er sich in allen Gesichtspunkten konsolidiert. Der Norden hat mit allen seinen Kräften ständig den heroischen Befreiungskampf seiner Landsleute im Süden unterstützt. Und je mehr unsere Landsleute im Süden die amerikanischen Imperialisten bekämpfen, je enger ihre Einheit wird, ihre Kräfte sich entwickeln, um so größer sind ihre Siege.

Das ist auch ein Erfolg der richtigen revolutionären Linie unserer Partei, ein Erfolg des glühenden Patriotismus und der Kraft der Einheit der ganzen Nation, die entschlossen ist zu kämpfen und zu siegen, ein Erfolg der großartigen sozialistischen Ordnung, das ist ein gemeinsamer Erfolg für unsere bewaffneten Kräfte und für unser Volk in beiden Gebieten. Das ist ebenfalls ein Erfolg der Bruderländer und unserer Freunde auf den fünf Kontinenten.

Im Namen der Partei und der Regierung benutze ich diese Gelegenheit, um wärmstens unsere Landsleute und Mitstreiter im ganzen Land zu beglückwünschen und aufrichtig den sozialistischen Bruderländern zu danken, den nahen und fernen Freundesländern, den Völkern der ganzen Welt, den fortschrittlichen Menschen der Vereinigten Staaten, die uns alle große Hilfe, ihre Sympathie und ihre Unterstützung gaben.

Wir haben den Zerstörungskrieg der amerikanischen Imperialisten im Norden zum Fehlschlag gebracht. Doch das ist erst ein Anfangssieg. Die amerikanischen Imperialisten sind sehr hartnäckig und hinterlistig. Sie sprechen von „Frieden", von „Verhandeln". Aber sie verzichten deshalb auch nicht auf ihre Aggressionsabsichten. Mehr als eine Million amerikanischer Soldaten, Marionettentruppen und Satelliten begehen noch jeden Tag ungezählte barbarische Verbrechen gegen unsere Landsleute im Süden. Deshalb ist es jetzt heilige Pflicht unseres ganzen Volkes, die Entschlossenheit zu kämpfen und zu siegen zu bekräftigen, den Süden zu befreien, den Norden zu verteidigen und den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes zu beschreiten.

Solange noch ein Aggressor auf unserem Boden ist, müssen wir den Kampf fortsetzen, um ihn zu verjagen. Mögen unsere Landsleute und unsere Mitkämpfer des heldenhaften Südens unter der ruhmreichen Fahne der Nationalen Befreiungsfront unaufhörlich ihren Angriff und ihre Erhebungen fortführen, mögen sie entschlossen vorwärtsgehen, um den völligen Sieg zu erringen.

Die bewaffneten Kräfte und die Bevölkerung des Nordens müssen im patriotischen Eifer die Bemühungen verdoppeln, den Sozialismus aufzubauen, ihre Pflicht gegenüber unseren teuren Landsleuten des Südens erfüllen, die Wachsamkeit verdoppeln und mit Hilfe unserer Mittel ihre Kraft steigern und sich kampfbereit halten, um jedes neue Manöver des Feindes zu zerschlagen.

Wir sind überzeugt, daß der Kampf unseres Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren und für das nationale Wohl die Sympathie, den Beistand und die unaufhörliche

wachsende Hilfe der Völker der Bruderländer und der Völker der ganzen Welt einschließlich der fortschrittlichen Menschen der Vereinigten Staaten findet.

Unser Volk hat ein Jahrhundert kolonialistischer Beherrschung und mehr als 20 Jahre Kampf gegen die imperialistische Aggression mitgemacht. Mehr als manch anderer strebt unser Volk glühend nach dem Frieden, um das Land aufzubauen. Aber das muß ein echter Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit sein.

Deshalb verlangen wir entschlossen:

— daß die Regierung der Vereinigten Staaten Schluß macht mit dem Aggressionskrieg in Vietnam, endgültig auf alle Handlungen verzichtet, die die Souveränität und die Sicherheit der Demokratischen Republik Vietnam verletzen,

— daß alle amerikanischen und Satellitentruppen aus Südvietnam abgezogen werden,

— daß die inneren Angelegenheiten Südvietnams von der südvietnamesischen Bevölkerung selbst entsprechend dem politischen Programm der Nationalen Befreiungsfront ohne jedwede ausländische Einmischung geregelt werden,

— daß die Wiedervereinigung Vietnams von der Bevölkerung beider Gebiete, des Südens und des Nordens, ohne jede ausländische Einmischung geregelt wird.

Zahlreiche Opfer und Entbehrungen erwarten uns. Aber der große Kampf unseres Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren, für das nationale Wohl geht ungestüm in Richtung auf den Sieg. Das Vaterland ruft uns, kühn voranzuschreiten zum völligen Sieg über die amerikanischen Aggressoren.

Die amerikanischen Imperialisten werden unvermeidlich geschlagen!

Unser Volk wird siegen!

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Wortlaut des Schlußkommuniqués der Ministertagung der NATO vom 16. November 1968

1) Der Nordatlantikrat trat am 15. und 16. November 1968 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. An dieser Tagung nahmen Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister teil. Der Rat hatte seine üblicherweise Mitte Dezember stattfindende Jahresschlußtagung vorverlegt, damit die Minister zu einem früheren Zeitpunkt die ernste Lage erörtern konnten, die als Folge der bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei und der Besetzung dieses Landes durch Streitkräfte der Sowjetunion und vier ihrer Bundesgenossen entstanden ist.

2) Die Minister bekräftigten erneut die Unverletzlichkeit des Grundsatzes, auf den sich alle Staaten einschließlich der Sowjetunion bei zahlreichen Anlässen berufen haben, daß alle Nationen unabhängig sind und daß infolgedessen jede Einmischung eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen Staates rechtswidrig ist.

Sie stellten fest, daß dieser Grundsatz von den sowjetischen Führern mit Unterstützung von vier ihrer Bundesgenossen vorsätzlich verletzt worden ist. Die bewaffnete Intervention, die gegen den Wunsch der Regierung und der Bevölkerung der Tschechoslowakei durchgeführt wurde, hat die Weltöffentlichkeit zutiefst empört. Alle Mitglieder des Bündnisses haben diese Gewaltanwendung, die den Frieden und die internationale Ordnung gefährdet und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verletzt, verurteilt. Wie alle anderen Völker muß auch das Volk der Tschechoslowakei die Freiheit haben, sein Schicksal ohne Einmischung von außen zu gestalten. Abmachungen, die unter dem Druck von Besatzungsstreitkräften zustande gekommen sind, können die Verletzung dieses grundlegenden Begriffs nicht rechtfertigen.

3) Die Auffassung der sowjetischen Führung, es gebe ein Recht, das die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten gestatte, sofern diese einer sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft" zugerechnet werden können, widerspricht den Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen, gefährdet die europäische Sicherheit und muß Anlaß zu ernster Besorgnis geben. Sie läßt eine Gewaltanwendung auch in weiteren Fällen befürchten.

Die Anwendung von Gewalt und die Stationierung von sowjetischen Streitkräften in der Tschechoslowakei, die bisher nicht dort standen, haben zu ernster Ungewißheit über die Lage sowie über die Pläne und Absichten der Sowjetunion geführt. Diese Ungewißheit erfordert große Wachsamkeit der Bündnispartner.

4) a) Auf Deutschland angewandt, legt die Politik, die die Sowjetunion von ihrer Doktrin einer sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft" ableitet, der Annäherung und schließlichen Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands neue Hindernisse in den Weg. Eine solche Politik würde zudem im Widerspruch zu Wortlaut und Geist der Viermächtevereinbarungen über ganz Deutschland stehen.

b) In dieser Situation und unter Berücksichtigung der besonderen Verantwortung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bekräftigen die Minister erneut die Entschlossenheit des Bündnisses, in seinen Bemühungen fortzufahren, zu einer friedlichen Lösung der Deutschlandfrage auf der Grundlage der freien Entscheidung des deutschen Volks und des Interesses der europäischen Sicherheit beizutragen. Ihre Regierungen erkennen die „DDR" nicht an und weisen alle Ansinnen zurück, die die Verewigung der Teilung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes zur Folge haben würden.

c) Die Minister nehmen auf ihr am 25. Juni 1968 in Reykjavik veröffentlichtes Kommuniqué Bezug und bestätigen die Unterstützung ihrer Regierungen für die erklärte Entschlossenheit der Drei Mächte, die Sicherheit Berlins zu gewährleisten und den freien Zugang zu dieser Stadt aufrechtzuerhalten. Sie erinnern an die Berlin-Erklärung des Nordatlantikrats vom 16. Dezember 1958 und an die Verpflichtungen, die jeder Mitglied-

staat hinsichtlich der Sicherheit und des Wohlergehens Berlins eingegangen ist. Sie nehmen mit Befriedigung die wichtigen Maßnahmen zur Kenntnis, die die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Status von Berlin zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Stadt getroffen hat. Sie identifizieren sich mit der Auffassung der Drei Mächte hinsichtlich des legitimen Interesses der Bundesregierung am Wohlergehen und der Lebensfähigkeit Berlins und der sich daraus ergebenden Bindungen, die auf der Grundlage der geltenden Regelungen zwischen beiden bestehen.

d) Die Minister schließen sich dem von den Drei Mächten an die Sowjetunion gerichteten Appell an, die Viermächtevereinbarung über Berlin und die auf Grund dieser Vereinbarungen von den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien getroffenen Entscheidungen zu respektieren.

5) Die als Ergebnis des kürzlichen sowjetischen Vorgehens entstandene Unsicherheit erstreckt sich auch auf das Mittelmeerbecken. Diese Situation macht es erforderlich, daß sich die Bündnispartner auch weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln für Stabilität, für einen gerechten Frieden sowie für Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis in dieser Region einsetzen. Die Verstärkung der sowjetischen Aktivität im Mittelmeeraum einschließlich der erhöhten Präsenz sowjetischer Seestreitkräfte erfordert Wachsamkeit, um die Sicherheit der Bündnispartner zu gewährleisten.

6) Die Mitglieder des Bündnisses fordern die Sowjetunion auf, sich im Interesse des Weltfriedens der Gewaltanwendung und der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten zu enthalten. Entschlossen, die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Staaten zu wahren, können sie gegenüber jeglicher Entwicklung, die ihre Sicherheit gefährdet, nicht gleichgültig bleiben. Jede sowjetische Intervention, die die Situation in Europa oder im Mittelmeer mittelbar oder unmittelbar beeinflußt, würde zu einer internationalen Krise mit schwerwiegenden Folgen führen.

7) Solange die sowjetischen Führer ihre Politik der Gewalt beibehalten, wird diese neue Unsicherheit bestehenbleiben. Die Bündnispartner sind davon überzeugt, daß ihre politische Solidarität auch weiterhin unerläßlich ist, um vor Aggressionen und anderen Formen der Unterdrückung abzuschrecken. Vor allem bleiben sie fest entschlossen, ihrer gemeinsamen Verantwortung nachzukommen und die Bündnispartner in Übereinstimmung mit dem Nordatlantischen Vertrag gegen jeden bewaffneten Angriff zu verteidigen.

8) Die am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO teilnehmenden Bündnispartner mußten daher den Stand ihrer Verteidigung erneut überprüfen. Sie sind der Auffassung, daß die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene Lage eine gemeinsame Reaktion erfordert. Sie haben vereinbart, Qualität, Schlagkraft und Bereitstellung der Streitkräfte der NATO sowohl hinsichtlich der Mannschaftsstärke als auch hinsichtlich der Ausrüstung zu verbessern, um eine größere Fähigkeit zur Verteidigung so weit vorn wie möglich zu erzielen. Die Qualität der Reserven wird ebenfalls erhöht und ihre Fähigkeit zur raschen Mobilmachung gesteigert. Der Bereitstellung von Verstärkungen für die Flanken und der Stärkung der dortigen Streitkräfte wird erneute Beachtung geschenkt. Die konventionelle Schlagkraft der taktischen Luftstreitkräfte der NATO wird erhöht. Bestimmte zusätzliche nationale Verbände werden den Obersten Befehlshabern der NATO unterstellt. Gewisse innerhalb dieser Kategorien zu treffende Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungskraft der NATO-Streitkräfte wurden bereits gebilligt.

Die Minister vereinbarten, daß die abgestimmte Durchführung dieser Maßnahmen und die Aufbringung der dazu erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel Teil des NATO-Streitkräfteplans für 1969—1973 bilden sollen, der im Januar 1969 vorgelegt werden wird. Sie erkannten darüber hinaus an, daß die Solidarität des Bündnisses gestärkt werden kann durch die Zusammenarbeit der Bündnispartner zur Erleichterung der Belastungen, die eine Folge von Zahlungsbilanzdefiziten sind, die sich insbesondere aus militärischen Aufwendungen für die kollektive Verteidigung ergeben.

9) Vor einem Jahr erklärten die Minister in dem Bericht über die künftigen Aufgaben des Bündnisses, daß die Allianz bei Aufrechterhaltung einer ausreichenden militärischen Stärke und politischen Solidarität zur Abschreckung jedes Angreifers eine Politik der Entspannung fördern sollte. Die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei hat die Hoffnung auf eine Regelung der ungelösten Probleme, die nach wie vor Europa und Deutschland teilen, und auf Frieden und Sicherheit in Europa ernstlich zurückgeworfen; sie stellt gewisse Fortschritte in Frage, die auf dem Gebiet der Entspannung bereits erzielt worden sind. Angesichts des Vorgehens der fünf Mitglieder des Warschauer Pakts haben Umfang und Ebene der Kontakte der Bündnispartner mit ihnen sogar reduziert werden müssen.

10) Insbesondere haben die Aussichten auf ausgewogene gegenseitige Truppenverminderungen einen schweren Rückschlag erlitten. Nichtsdestoweniger setzen die Bündnispartner in engem Einvernehmen ihre Studien und Vorbereitungen für den Zeitpunkt fort, in dem die Atmosphäre für fruchtbare Diskussionen günstiger sein wird.

11) In jedem Fall besteht das politische Ziel in Übereinstimmung mit den Wertbegriffen des Westens nach wie vor in der Herbeiführung gesicherter, friedlicher und für beide Seiten nutzbringender Beziehungen zwischen Ost und West. Die Bündnispartner sind entschlossen, dieses Ziel zu verfolgen, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Suche nach Entspannung das Bündnis nicht spalten darf. Der Wunsch nach Frieden verlangt Fortschritte auf den entscheidenden Gebieten der Abrüstung und der Rüstungskontrolle, die mit der Sicherheit des Westens in Einklang stehen; er macht weitere Bemühungen um die Lösung der grundlegenden Fragen, die Ost und West trennen, notwendig.

12) Die Nordatlantische Allianz ist auch in Zukunft der unerläßliche Garant der Sicherheit und die wesentliche Grundlage für die europäische Versöhnung. Auf Grund ihrer Verfassung ist die Allianz von unbegrenzter Dauer. Die jüngsten Ereignisse haben erneut bewiesen, daß ihre weitere Existenz notwendiger denn je ist.

Der französische Außenminister erinnerte seinerseits daran, daß nach Auffassung der französischen Regierung das Bündnis so lange fortgeführt werden soll, wie es sich als notwendig erweist, es sei denn, es träten Ereignisse ein, die die Ost-West-Beziehungen grundlegend veränderten.

13) Die nächste Ministertagung des Rats findet am 10. und 11. April 1969 in Washington statt.

14) Der Ausschuß für Verteidigungsplanung trat am 14. November zu einer Ministertagung zusammen und wird seine nächste Ministertagung am 16. Januar 1969 abhalten.

Wortlaut der Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 23. November 1968 zur Ministertagung der NATO

Vor kurzem hat eine NATO-Ratstagung in Brüssel stattgefunden. Ihr ging eine massierte und den sozialistischen Ländern gegenüber offen feindselige Kampagne voraus, die von den Regierungen einer Reihe von NATO-Mitgliedländern und ihren Propagandaorganen gelenkt wurde.

Diese Kampagne sollte eine entsprechende politische Stimmung vor allem in den westeuropäischen Ländern als Vorbereitung zu einer Aktivierung der militärischen Tätigkeit des nordatlantischen Blocks unter dem Vorwand hervorrufen, daß sich die Situation in Europa in den letzten Monaten nicht zugunsten der NATO verändert hat. Um den Anschein zu erwecken, daß die Situation äußerst ernst sei, wurde die NATO-Ratstagung einen Monat vor dem ursprünglich festgelegten Termin abgehalten.

Mit anderen Worten: Die aggressiven Kreise der NATO haben alles getan, um auf der Brüsseler Tagung und in Verbindung damit eine solche Atmosphäre zu schaffen, in der ein nüchternes Herangehen an die Einschätzung der Entwicklung durch einzelne Mitgliedstaaten des Nordatlantikblocks unmöglich war. Eine fehlende Bereitschaft, im Gefolge der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA die Kriegsvorbereitungen zu steigern, würde eine Anklage auf Verletzung der „atlantischen Solidarität" zur Folge haben.

Wie die Berichte über den Verlauf der NATO-Ratstagung und das Abschlußkommuniqué beweisen, gaben in Brüssel jene den Ton an, die ihre Hoffnungen an die Aufrechterhaltung der Spannungen knüpfen, die in Kategorien des „kalten Krieges" denken und den Weg der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten auf gesamteuropäischer Grundlage ablehnen.

Die Brüsseler Tagung hat Beschlüsse gefaßt, die darauf abzielen, zusätzliche militärische Maßnahmen im Rahmen der NATO zu verwirklichen und die Militärbudgets der Teilnehmerstaaten zu erhöhen. Allem Anschein nach ist dem Steuerzahler bei weitem noch nicht alles gesagt worden, was ihn erwartet und in welchem Maße die Steuern hochgeschraubt werden, um neue Bewilligungen für die Realisierung der in Brüssel festgelegten militärischen Programme zu erwirken.

Wie sind diese Beschlüsse mit der Abrüstung, einer friedlichen Regelung der internationalen Streitfragen und der Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu vereinbaren? Solche Fragen haben den Veranstaltern der NATO-Tagung offenbar am wenigsten Sorgen bereitet. Das, was sie erörterten, ist gerade darauf gerichtet, eine positive Perspektive der Entwicklung der internationalen Lage vor den Völkern zu verbergen, ihnen vorzumachen, daß die Fortsetzung des Wettrüstens unvermeidbar ist und Kollisionen und Konflikte unabwendbar sind.

An der Schwelle des Jahres 1969, da jeder Teilnehmer des Nordatlantikvertrages das juristische Recht auf Austritt erhält, versucht die NATO-Ratstagung alles zu tun, um mit der abgegriffenen These von einer „sowjetischen Gefahr" die in einer Reihe von Mitgliedstaaten der NATO in Erscheinung tretende Tendenz zu einer größeren Selbständigkeit in der eigenen europäischen und internationalen Politik zu ersticken.

Die NATO-Machthaber wollen außer den bereits vorhandenen komplizierten internationalen Problemen neue, möglicherweise noch akutere schaffen. Zu diesem Zweck versuchen sie, das Völkerrecht, die UN-Charta, die alliierten Viermächteabkommen über Deutschland auf eigene Art auszulegen, neue Staaten in die „Interessensphäre" der NATO einzubeziehen, ohne deren Meinung darüber einzuholen, und auf ihre Weise, entsprechend den Belangen ihrer Aggressionspolitik, den Status der internationalen Gewässer zu bestimmen.

Als der Nordatlantikblock erst im Entstehen begriffen war, stellte die Sowjetregierung fest, daß er ein Instrument zur Unterwerfung schwächerer Staaten durch einen starken

imperialistischen Staat sein wird und daß der Existenzsinn dieses Bündnisses der Kampf gegen demokratische, antikolonialistische und Befreiungsbewegungen ist. Die seither vergangenen nahezu zwei Jahrzehnte haben in vollem Maße die Richtigkeit dieser Einschätzung bestätigt.

Der Nordatlantikblock hat nicht nur eine Krise in Europa, Asien und Afrika ausgelöst. Er trägt die Verantwortung dafür, daß Hunderte Milliarden Dollar, Pfund Sterling und westdeutsche Mark, statt dem Wohl der Völker, der Lösung dringender wirtschaftlicher und sozialer Probleme, an denen die gesamte Menschheit Interesse hat, zu dienen, für Kriegsvorbereitungen verschleudert wurden. Die Ergebnisse der Brüsseler Tagung und die Erklärungen ihrer Teilnehmer, daß die NATO ihre Aktionsphäre auch auf Staaten ausdehnen könne, die nicht Mitglieder des Nordatlantischen Vertrags sind, stellen diesen Militärblock erneut vor aller Welt als eine aggressive imperialistische Staatenkoalition bloß. Diese Pseudoverfechter fremder Interessen haben im allgemeinen nichts Neues erfunden. Sie greifen zu dem alten Trick, dessen sich jene wiederholt bedienten, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker antasteten — von den Organisatoren der Kolonialkriege bis zu den Hitleraggressoren. Es ist bezeichnend, daß diejenigen Regierungen, denen die Interessen der Sicherheit und der Gewährleistung der Souveränität ihrer Länder teuer sind, die Ansprüche der NATO auf Bevormundung dieser Länder unzweideutig ablehnen.

Erhöhtes Interesse bekundeten die Tagungsteilnehmer für den Mittelmeerraum. Den NATO-Politikern würde es selbstverständlich passen, wenn sie die Möglichkeit hätten, in verschiedenen Teilen Europas und anderer Kontinente, im Mittelmeer und im Nahen Osten nach eigenem Gutdünken zu schalten und zu walten. Diese Politiker betrachten es als durchaus natürlich, daß sich die 6. USA-Flotte im Mittelmeer aufhält, obwohl die USA viele tausend Kilometer von diesem Raum entfernt liegen und mit ihm unmittelbar nichts zu tun haben. Die Anwesenheit der sowjetischen Marine im Mittelmeer erscheint ihnen dagegen als unbequem. Sie hemmt ihre aggressiven Absichten.

Als Schwarzmeer- und folglich Mittelmeerstaat übt die Sowjetunion ihr unanfechtbares Recht auf die Präsenz in diesem Raum aus. Die sowjetischen Kriegsschiffe befinden sich im Mittelmeer nicht, um ein Volk oder einen Staat zu bedrohen. Ihre Aufgabe besteht darin, die Stabilität und den Frieden im Mittelmeerraum zu fördern.

Wieviel Aktivität und Nervosität gewisse Kreise des Nordatlantikblocks auch an den Tag legen mögen, die Völker werden nie ihr Bestreben hinnehmen, die Ergebnisse der gewaltigen Arbeit zunichte zu machen, die die friedliebenden Staaten geleistet haben, um die Zusammenarbeit in Europa in die Wege zu leiten, eine Entspannung auf diesem Kontinent zu erreichen und die gesamteuropäische Sicherheit zu festigen. Die europäische und internationale Sicherheit kann weder durch das Wettrüsten noch durch die Steigerung der Kriegsvorbereitungen erzielt werden. Die Beschlüsse der Brüsseler NATO-Tagung haben mit den wirklichen Interessen der europäischen Völker, mit den Interessen eines dauerhaften Friedens nichts gemein, so sehr das aggressive Wesen der NATO auch getarnt werden mag.

Dem Programm zur Erweiterung der Kriegsvorbereitungen setzen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder ein Programm zur Lösung der bestehenden internationalen Probleme mit friedlichen Mitteln, am Verhandlungstisch, ein Programm konkreter Abrüstungsmaßnahmen, Vorschläge zur Entwicklung der Beziehungen zwischen allen Staaten, unabhängig von den vorhandenen Unterschieden ihrer Gesellschaftsordnung, entgegen.

Die Linie der Sowjetunion in den internationalen Angelegenheiten ist klar und konsequent. Sie ist in den Beschlüssen des XXIII. Parteitags der KPdSU und der Plenartagungen des ZK der KPdSU, in den Erlassen des Obersten Sowjets der UdSSR und in den Dokumenten festgelegt, welche die Sowjetunion gemeinsam mit anderen sozialistischen Staaten angenommen hat. Das ist die Politik der Festigung der Sicherheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, die Politik der Entspannung, der Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit sowie der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen mit allen

Staaten, die ihrerseits danach streben. Das ist die Politik der Abwehr der Aggression und der Hilfeleistung für den Befreiungskampf der Völker.

In den führenden Kreisen der Sowjetunion wird die Hoffnung geäußert, daß ein realistisches Herangehen in den Staaten, die dem Nordatlantischen Block angehören, letzten Endes die Oberhand gewinnt, weil die Zukunft auch ihrer Völker mit der Festigung des Friedens und mit der Abwendung militärischer Zusammenstöße untrennbar verbunden ist. TASS ist ermächtigt zu erklären, daß jedwede Aktion der Teilnehmer des NATO-Militärblocks von der Sowjetunion gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bei der Verwirklichung notwendiger Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der sozialistischen Ländergemeinschaft selbstverständlich berücksichtigt wird.

Bund demokratischer Wissenschaftler gegründet

Ein Bund demokratischer Wissenschafter hat sich am 26. Oktober 1968 in Marburg konstituiert. Ihm gehören als Gründungsmitglieder Hochschullehrer aus 23 Hochschulstädten der Bundesrepublik und aus Westberlin, wissenschaftliche Mitarbeiter sowie einige außerhalb der Universität wissenschaftlich Tätige an. Inzwischen hat der Bund demokratischer Wissenschafter eine erste Information herausgegeben, in der die Mitglieder gebeten werden, „im Sinne jener demokratischen Initiativen, die der Bund wecken und unterstützen will, an ihrem Orte selbst tätig zu werden, Interessenten und neue Mitglieder zu gewinnen und den Vorstand regelmäßig von Angelegenheiten in Kenntnis zu setzen, die für die Arbeit des Bundes und für Zwecke der Information von Bedeutung sind. Wo immer möglich, sollten die Mitglieder des Bundes sich zu örtlichen Arbeitsgemeinschaften zusammenfinden, die selbständig tätig werden und größere Kreise von Sympathisierenden um sich scharen. Solche örtlichen Gruppen sollten untereinander auf Landesebene in Verbindung treten, um etwa eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf eines Hochschulgesetzes zu erarbeiten. Soweit dies gewünscht wird, wird auch der Bund als solcher hier tätig werden." D.Red.

Über die Aufgaben des Bundes ist in der konstituierenden Sitzung folgender Beschluß gefaßt worden:

„In dem Bestreben, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen, stellt sich der Bund demokratischer Wissenschafter folgende Aufgaben:

1) Das Eintreten für eine ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußte Wissenschaft, für Erweiterung der Formen von Öffentlichkeit, von Mit- und Selbstbestimmung und gegen antidemokratische Tendenzen in Hochschule, Bildungswesen, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat;

2) Schutz wissenschaftlich Tätiger gegenüber ungerechtfertigten Angriffen und Maßnahmen;

3) Förderung der demokratischen Mitwirkung aller Mitglieder der Hochschule in der Selbstverwaltung von Forschung und Lehre;

4) Zusammenwirken mit gleichgerichteten Kräften an Hochschulen anderer Länder."

Zum Vorsitzenden des Bundes wurde Prof. Dr. Werner Hofmann (Marburg) gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind (nach der Reihenfolge der Stimmen): Prof. W. Jens (Tübingen), Prof. W. Klafki (Marburg), Dr. Sandkühler (Gießen), Prof. W. Abendroth (Marburg), Prof. J. Habermas (Frankfurt), Dr. de la Vega (Gießen), Prof. H. Düker (Marburg).

Einstimmig wurde Herr Herbert Claas (Marburg) zum Sekretär des Bundes gewählt.

Die konstituierende Sitzung hat ferner die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1) Der Bund bildet sich zunächst als nicht eingetragener Verein. Sein Sitz ist Marburg.

2) Der Vorstand fungiert bis zu einem Gründungskongreß, den er vorbereitet. Bis dahin sollen verschiedene Satzungsfragen in der Mitgliederschaft erörtert werden.

3) Der Bund, der ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt, finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Der Jahresbeitrag beträgt für Ordinarien (und vergleichbare Einkommensgruppen) mindestens DM 40,—, für alle anderen mindestens DM 20,—. Bisher haben mit ihrer Unterschrift den Gründungsvorschlag unterstützt bzw. sich als Gründungsmitglieder angemeldet:

Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg — Elmar Altvater, Nürnberg — Prof. Dr. H. W. Bartsch, Frankfurt — Dr. Frank Benseler, Neuwied — Dr. Kurt Beutler, Hamburg — Dipl.-Pol. Bernhard Blanke, Berlin — Prof. Dr. H. Blankertz, Berlin — Dr. Winfried Börsch, Mellnau — Prof. Dr. I. Bog, Marburg — Dr. J. C. Brengelmann, Ph. D., München — Herbert Claas, Marburg — PD. Dr. R. Cohen, München — Dr. Frank Deppe, Marburg — Dr. H.-U. Deppe, Marburg — Prof. Dr. H. Düker, Marburg — Dr. Brigitte Eckstein, Aachen — Prof. Dr. A. Faessler, München — Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin — Jan Gehlsen, Frankfurt — Eike Gerken, Marburg — Prof. Dr. W. Gottschalch, Berlin — Prof. Dr. M. Greiffenhagen, Stuttgart — Prof. Dr. E. Groß, Gießen — Prof. Dr. Jürgen Habermas, Frankfurt — Prof. Dr. K. Heitmann, Marburg — Dr. Sebastian Herkommer, Berlin — Prof. Dr. W. Hestermeyer, Paderborn — Prof. Dr. H. J. Heydorn, Frankfurt — Prof. Dr. W. Hofmann, Marburg — Prof. Dr. H. J. Hohorst, Marburg — Dr. W. Jacobsen, Hamburg — Prof. Dr. Urs Jaeggi, Bochum — Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen — Prof. Dr. E. Kaufmann, Marburg — Prof. Dr. A. Keil, Gießen — Horst Kern, Göttingen — H. G. Kilian, Marburg — Prof. Dr. W. Klafki, Marburg — Prof. Dr. J. Klein, Marburg — Dr. Arno Klönne, Paderborn — Dr. Karl Kohut, Marburg — Dr. Reinhard Kühnl, Marburg — Prof. Dr. Chr. Graf von Krockow, Frankfurt — Prof. Dr. Kurt Lenk, Erlangen — Dr. Werner Link, Mannheim — Prof. Dr. H. Maus, Marburg — Prof. Dr. F. Merz, Marburg — Prof. Dr. W. Metzger, Münster — Dr. Klaus Meschkat, Berlin — Prof. Dr. K. Mollenhauer, Kiel — Dr. Joseph Mück, Marburg — J. B. Müller, Stuttgart — Dr. K. Müller, Braunschweig — Wolf-Dieter Narr, Konstanz — Dr. Oskar Negt, Frankfurt — Prof. Dr. Peter v. Oertzen, Hannover — Martin Osterland, Göttingen — Dr. K. Potthoff, Kiel — Dr. W. Promies, Neuwied/Hannover — Harry Pross, Bremen — Prof. Dr. Adalbert Rang, Berlin — Dr. H. Ringsdorf, Marburg — Prof. Dr. P. M. Roeder, Hamburg — Dr. Peter Römer, Marburg — Dr. H. J. Sandkühler, Gießen — Adolf J. Sauerwald, Marburg — Dr. Hans Schenk, Gießen — Prof. Dr. W. Schäfer, Bremen — Prof. Dr. F. P. Schneider, Würzburg — Michael Schumann, Göttingen — Prof. Dr. Günter Slotta, Saarbrücken — Ulrich Stascheit, Frankfurt — Prof. Dr. H.-M. Stimpel, Göttingen — Dr. U. Sünkel, Münster — Prof. Dr. Jacob Taubes, Berlin — PD Dr. L. Tent, Marburg — Prof. Dr. M. Teschner, Darmstadt — Lutz Unterseher, Frankfurt — Prof. Dr. Ingeborg Weber-Kellermann, Marburg — Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Berlin — Prof. Dr. R. Wiethölter, Frankfurt.

Anschrift: Bund Demokratischer Wissenschafter,

Geschäftsstelle: z. Hd. Herrn Herbert Claas, 355 Marburg, Huteweg 3

Autoren dieses Heftes

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte

Dr. Reinhard Kühnl, geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Philosophie und Theaterwissenschaften; seit 1966 ist er als Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig

Hans Heinz Holz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich

Martin Hall, geb. 1901 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA

Dorothea Dane, geb. 1945, Abitur in Köln, Studium der Germanistik und Romanistik in Tübingen, Zürich und Berlin, ist zur Zeit Auslandsreferentin im AStA der FU Berlin

Niels Kadritzke, geb. 1943, ist Diplom-Politologe und war 1965/66 AStA-Vorsitzender an der FU Berlin

Rainer W. Hoffmann, geb. 1949, studierte Sozialwissenschaften und ist zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Seminar Göttingen tätig

Karl Theodor Schuon, geb. 1940 in Friedrichshafen, studierte Politologie, Germanistik und Philosophie in Tübingen, Berlin und Marburg, Staatsexamen 1968, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg.

Hanne Wiedner, geb. 1938 in Hirschberg/Schlesien, studierte Germanistik, Geschichte, Geographie und wissenschaftliche Politik in München und Marburg, Staatsexamen 1965; Studienassessorin in Gießen

Prof. Dr. h. c. Manfred v. Ardenne, geb. 1907 in Hamburg, ist Leiter des Forschungsinstituts Manfred v. Ardenne in Dresden

Dr. Jacques Otto Grézer, geb. 1924 in Ostrava/CSSR, studierte Staatswissenschaften, Geschichte und Jura in Prag, Paris und London und promovierte 1948 zum Dr. phil. Er lebt als freier Publizist in Mannheim

Emanuel Salomon Sachs lebt in London und gilt als einer der besten Afrikakenner der westlichen Welt

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Suhrkamp Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen

Bemerkungen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 63 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Otmar Frhr. v. Aretin
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Dr. Wilhelm R. Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Prof. Dr. Igor Bestushew
Dr. Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Martin Hall
Prof. Dr. George W.F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Dr. Eckart Helmendahl
Hans G. Helms
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Egbert Hoehl
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
Prof. D. J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Klemens Kepllcz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Dr. Reinhard Kühnl
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser †
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Niekiewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Dr. jur. A. Poltorak
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Marianne Regensburger
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Dr. Peter Römer
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Theo Schiller
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

Karl D. Bredthauer, geb. 1943 in Bonn, studiert dort Germanistik und Geschichte

Dr. Reinhard Kühnl, geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Philosophie und Theaterwissenschaften; seit 1966 ist er als Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig

Hans Heinz Holz, geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich

Martin Hall, geb. 1901 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA

Dorothea Dane, geb. 1945, Abitur in Köln, Studium der Germanistik und Romanistik in Tübingen, Zürich und Berlin, ist zur Zeit Auslandsreferentin im AStA der FU Berlin

Niels Kadritzke, geb. 1943, ist Diplom-Politologe und war 1965/66 AStA-Vorsitzender an der FU Berlin

Rainer W. Hoffmann, geb. 1949, studierte Sozialwissenschaften und ist zur Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Seminar Göttingen tätig

Karl Theodor Schuon, geb. 1940 in Friedrichshafen, studierte Politologie, Germanistik und Philosophie in Tübingen, Berlin und Marburg, Staatsexamen 1968, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg.

Hanne Wiedner, geb. 1938 in Hirschberg/Schlesien, studierte Germanistik, Geschichte, Geographie und wissenschaftliche Politik in München und Marburg, Staatsexamen 1965; Studienassessorin in Gießen

Prof. Dr. h. c. Manfred v. Ardenne, geb. 1907 in Hamburg, ist Leiter des Forschungsinstituts Manfred v. Ardenne in Dresden

Dr. Jacques Otto Grézer, geb. 1924 in Ostrava/CSSR, studierte Staatswissenschaften, Geschichte und Jura in Prag, Paris und London und promovierte 1948 zum Dr. phil. Er lebt als freier Publizist in Mannheim

Emanuel Salomon Sachs lebt in London und gilt als einer der besten Afrikakenner der westlichen Welt

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Suhrkamp Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen

Bemerkungen

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 63 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIII. Jahrgang | Dezember 1968 | Heft 12

Chronik des Monats November 1968

1. 11. — U N O. Die Vollversammlung wählt Nepal, Finnland, Kolumbien, Sambia und Spanien zu neuen nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. — Am 12. 11. steigt die Mitgliederzahl der Vereinten Nationen mit der Aufnahme der Republik Äquatorial-Guinea auf 126 an. — Am 19. 11. stimmt eine Mehrheit in der Vollversammlung gegen die Einsetzung der Volksrepublik China in ihre Rechte innerhalb der Weltorganisation und den Ausschluß der Delegation von Formosa (Stimmenverhältnis: 58:44 bei 23 Enthaltungen).

— B u n d e s p r ä s i d e n t. Vorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD nominieren Justizminister Heinemann für das Amt des Bundespräsidenten. — Am 15. 11. stellt die CDU Bundesverteidigungsminister Schröder als Gegenkandidaten auf.

2. 11. — V i e t n a m. Der südvietnamesische Staatspräsident Van Thieu lehnt eine Teilnahme an den Friedensgesprächen in Paris mit der Begründung ab, seine Regierung könne sich niemals zu Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront als „einer separaten Einheit" bereiterklären. — Am 3. 11. heißt es in einer Erklärung des nordvietnamesischen Präsidenten Ho Chi Minh, die Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe gegen die DRV sei als großer Sieg zu werten. Am gleichen Tag legt die Südvietnamesische Befreiungsfront ihren Standpunkt über eine „politische Lösung" dar. Punkt 4 des Programms lautet: „Die Wiedervereinigung Vietnams wird vom vietnamesischen Volk in beiden Teilen des Landes Schritt für Schritt, durch friedliche Mittel, auf der Grundlage von Konsultationen und Übereinkommen zwischen beiden Gebieten und ohne irgendeine ausländische Einmischung geregelt werden." — Am 27. 11. teilt das südvietnamesische Außenministerium mit, die Regierung habe sich entschlossen, doch eine Delegation nach Paris zu entsenden. Der Mitteilung waren mehrere Gespräche zwischen Präsident Van Thieu und dem amerikanischen Botschafter Bunker vorausgegangen.

3. 11. — G r i e c h e n l a n d. Anläßlich der Beisetzung des am 1. 11. verstorbenen früheren Ministerpräsidenten Georg Papandreou demonstrieren in Athen viele tausend Menschen gegen das Militärregime. Etwa 40 Personen werden von der Polizei einem Sondergericht vorgeführt, das An-

klage wegen „antinationaler Propaganda und Ungehorsam gegen einen militärischen Befehl" erhebt. — Am 17. 11. verurteilt ein Militärgericht den 30jährigen Alexandros Panagoulis wegen „Desertion" und Verstoßes gegen das Ausnahmegesetz 509 (Tätigkeit zum gewaltsamen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung) zweimal zum Tode. Wegen eines Anschlages auf Ministerpräsident Papadopoulos wird außerdem eine Zuchthausstrafe von 18 Jahren verhängt. Bei den übrigen Angeklagten erkennt das Gericht auf langjährige Haftstrafen. Inoffiziell verlautet später in Athen, die Militärjunta habe das Todesurteil in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt.

4. 11. — Jordanien. Aus der Hauptstadt Amman werden bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen jordanischen Truppen und Einheiten der Befreiungsorganisation für Palästina „Al-Nasr" (Der Sieg) gemeldet. Die Regierung verhängt ein Ausgehverbot; König Hussein bezeichnet die Organisation als „eine Gruppe von Verrätern". — Am 5. 11. führt Hussein ein Gespräch mit Vertretern verschiedener palästinensischer Widerstandsbewegungen, in dem die Meinungsverschiedenheiten zunächst beigelegt werden.

4.—7. 11. — CDU. Die 571 Delegierten des Bundesparteitages in Westberlin verabschieden ein neues „Aktionsprogramm" der Christlich-Demokratischen Union. Über die Frage der Mitbestimmung kommt es während der Beratungen zu einer Kontroverse.

5. 11. — USA. Die Präsidentenwahlen gewinnen der Kandidat der Republikaner, Richard Nixon, und sein Stellvertreter Spiro T. Agnew. Auf die republikanische Liste entfallen nach dem vorläufigen Endergebnis 30 446 028 Stimmen (43,6 Prozent), auf die demokratische Liste des Präsidentschaftskandidaten Hubert H. Humphrey (Stellvertreter Edmund S. Muskie) 30 175 835 Stimmen (43,2 Prozent). Der Kandidat der „American Independent Party", George C. Wallace (Stellvertreter Curtis E. LeMay), erhält 9 184 703 Stimmen (13,2 Prozent). Das Wahlmänner-Gremium, das den künftigen Präsidenten formell zu bestimmen hat, setzt sich wie folgt zusammen: für Nixon 302, für Humphrey 191, für Wallace 45 Elektoren. Im Senat und Repräsentantenhaus können die Demokraten auch nach geringen Stimmenverlusten bei den am gleichen Tage stattfindenden Teil-Neuwahlen ihre Mehrheit behaupten.

7. 11. — Frankreich. Der bisherige Vorsitzende der Föderation der Demokratisch-Sozialistischen Linken und Gegenkandidat von de Gaulle bei den letzten Präsidentenwahlen, Francois Mitterrand, legt seine Ämter in der Partei nieder. — Am 14. 11. kündigt Minister Marcellin anläßlich der Budgetdebatte über das Innenressort in einem Rückblick auf die Mai-Ereignisse eine Verstärkung der Polizei sowie scharfe Maßnahmen für „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Verhinderung einer illegalen Besetzung öffentlicher Gebäude" an.

11. 11. — Mittelmeer. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" begründet in einem Artikel die Anwesenheit sowie kürzlich vorgenommene Verstärkungen der sowjetischen Flotte im Mittelmeer mit einem Hinweis auf die dortige Präsenz der Sechsten US-Flotte. Die Sowjetunion sei „eine Schwarzmeer- und in diesem Sinne auch eine Mittelmeer-Macht" und müsse daher „am Frieden und an der Sicherheit dieses Gebietes, das in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Südgrenze liegt, direkt interessiert" sein.

11.—16. 11. — Polen. Der V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei tagt in Warschau. Die Delegierten nehmen den Rechenschaftsbericht des Ersten Sekretärs Wladyslaw Gomulka entgegen und wählen ein neues Zentralkomitee. Erster Sekretär wird wiederum Gomulka. Aus dem Politbüro scheidet u. a. der bisherige Außenminister, Adam Rapacki, aus. Zu den Gastrednern des Kongresses gehören die Parteisekretäre der Sowjetunion und der DDR, Breschnew und Ulbricht.

14. 11. — VAR. Präsident Nasser unterzeichnet ein Dekret über die Auflösung der Nationalversammlung und setzt für den 8. Januar 1969 die Wahl eines neuen Parlaments an, dessen 350 Mitglieder zur Hälfte Arbeiter und Bauern sein sollen.

14.—17. 11. — Tschechoslowakei. Das Zentralkomitee der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei berät die politische Lage im Lande. Das Hauptreferat hält Parteisekretär Alexander Dubcek. In einer Entschließung werden die Ereignisse seit dem Januar-Plenum untersucht und bestimmte Erscheinungen kritisch eingeschätzt. Hauptaufgabe sei jetzt die Stär-

kung des Einflusses der Partei in Politik, Wirtschaft und Kultur.

15.—16. 11. — N A T O. Die Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister der Mitgliedstaaten halten ihre Herbsttagung in Brüssel ab. Am Vorabend der Konferenz befaßt sich der Ausschuß für Verteidigungsplanung mit weiteren Maßnahmen zur Verstärkung der einzelnen nationalen Streitkräfte. Die Bundesrepublik sagt dabei eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts für 1969 um 740 Mill. DM zu. — Am 29. 11. erläutert Bundesverteidigungsminister Schröder die NATO-Beschlüsse vor dem Bundestag. Der Minister spricht dabei von einem zusätzlichen Finanzbedarf der Bundeswehr von 2,5 Mrd. DM für die Jahre 1969 bis 1972.

18.—21. 11. — W e l t k o m m u n i s m u s. In Budapest hält die Vorbereitungskommission für eine internationale Beratung der kommunistischen Parteien eine weitere Sitzung ab. Die Vertreter von 67 Parteien kommen überein, die ursprünglich für November geplante Weltkonferenz für Mai 1969 nach Moskau einzuberufen. Einziger Punkt der Tagesordnung: „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Periode und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien und aller antiimperialistischen Kräfte." Die Konferenzdokumente sollen von einer Arbeitsgruppe neugefaßt und auf einer nochmaligen Vorbesprechung in Moskau am 17. März 1969 geprüft werden.

19. 11. — M a l i. Staats- und Regierungschef Modibo Keita wird durch die Armee gestürzt. Ein Militärkomitee übernimmt die politische und administrative Gewalt.

20.—22. 11. — W e l t w ä h r u n g. Auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Schiller tritt in Bonn kurzfristig der „Zehnerklub" zusammen, dem die Wirtschafts- und Finanzminister sowie die Notenbankgouverneure der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Italiens, Kanadas, Schwedens, Japans und der Bundesrepublik angehören; die Schweiz ist mit Beobachterstatus vertreten. Im Mittelpunkt stehen die Krisenerscheinungen bei den westlichen „Leitwährungen", vor allem beim französischen Franc. Im Zusammenhang mit Spekulationen um eine bevorstehende Aufwertung der DM hatten sich die französischen Währungsreserven allein bis Ende Oktober um 1 762 Mill. Dollar vermindert. Während der Beratungen werden sowohl Forderungen nach einer Veränderung des Wechselkurses der DM, wie auch nach einer Abwertung des Franc erhoben. In einem Schlußkommuniqué wird mitgeteilt, man habe Frankreich neue Kreditmöglichkeiten in Höhe von 2 Mrd. Dollar eröffnet. Das Kommuniqué erwähnt ferner die von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, eine steuerliche Begünstigung der Einfuhren und eine Belastung der Ausfuhren von je 4 Prozent des Wertes einzuführen. — Am 22. 11. gibt der britische Schatzkanzler Jenkins unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Bonn dem Unterhaus neue fiskalische Maßnahmen bekannt, die neben Zigaretten, Alkohol und Benzin fast alle Konsumgüter verteuern. — Am 24. 11. tritt Staatspräsident de Gaulle in einer Rundfunkansprache noch einmal allen Forderungen nach einer Abwertung des Franc scharf entgegen. Zur Sanierung der Finanzen seien jedoch drastische Schritte erforderlich. — Am 26. 11. erläutert Premierminister Couve de Murville vor der Nationalversammlung die geplanten Sanierungsmaßnahmen, die u. a. eine Devisenkontrolle, eine Erleichterung des Exports, eine fühlbare Belastung der Importe und umfangreiche Einsparungen im Staatshaushalt zu Lasten von Subventionen vorsehen. — Am 28. 11. verabschiedet der Bundestag, am 29. 11. der Bundesrat das „Gesetz über die umsatzsteuerlichen Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung", das am 1. Dezember 1968 in Kraft tritt und bis zum 31. März 1970 befristet ist.

26. 11. — I t a l i e n. Der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Mariano Rumor, erhält den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung des „linken Zentrums" unter Beteiligung der Sozialisten und Republikaner. Das christlich-demokratische Minderheitskabinett des Ministerpräsidenten Leone hatte am 19. 11. demissioniert.

27. 11. — K e r n w a f f e n. Als erste Nuklearmacht hinterlegt Großbritannien in Moskau und Washington die Ratifikationsurkunden zum Vertrag für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968. — Am 29. 11. ratifiziert das dänische Parlament einstimmig den Vertrag.

29. 11. — W a r s c h a u e r P a k t. In Bukarest wird eine mehrtägige Beratung der führenden Militärs der Mitgliedsländer beendet. Den Vorsitz führte der Oberkommandierende der Streitkräfte, der sowjetische Marschall Jakubowski.